



## Pressespiegel

# zum 1. „Sozialforum in Deutschland“

**Stand: 28. Juli 2005**

Dieser Pressespiegel erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.  
Er enthält eine Auswahl von Agenturberichten sowie Eigenberichten aus Zeitungen  
über das Sozialforum vom 21.-24 Juli in Erfurt

Wichtiger Hinweis: Die Texte dienen nur zur persönlichen Information des  
Empfängers. Eine Weitergabe und elektronische Archivierung ist nicht gestattet.

Malte Kreuzfeldt  
Pressesprecher Attac Deutschland  
Münchener Straße 48  
60329 Frankfurt/Main



# Inhalt:

Gemeinsame Beilage von taz, Neues Deutschland und Junge Welt, 9.7.05:

Editorial: Vor neuen Gemeinsamkeiten .....	4
Machtverhältnisse nicht vergessen .....	4
An einem Wendepunkt .....	5
Spannende Frage des Partners .....	5
„Wir brauchen ein Forum .....	6
Eben nicht der Kirchentag .....	7
„Ich war ein Wirtschaftskiller“ .....	9
„Kein Ghetto für nette Gestalten“ .....	11
Aufbruch in eine neue Kultur .....	12
Ein erweiterter Politikbegriff .....	14
Schub durch Politik .....	15
Es ist genug für alle da! .....	16
Wäschetrommeln werden zu Hockern .....	17
Von Chiapas und Porto Alegre zu Erfurt .....	18
die themen des sozialforums .....	19
der zeitplan, die anmeldung und die anreise zum SFID .....	20
Die Grundideen des Forums, die Arbeitsweise und die Finanzierung .....	21
epd, 12.07.05: 5.000 Teilnehmer zum ersten Sozialforum in Deutschland erwartet .....	22
Frankfurter Rundschau, 16.7.05: Gelebte Utopie .....	23
Jungle World, 19.7.05: Deutsche vernetzen .....	24
Jungle World, 19.7.05: Angriff von innen .....	25
Junge Welt, 19.7.05: „Nicht ohne Arbeiterklasse“ .....	27
dpa, 19.07.05: Erstes deutsches Sozialforum in Erfurt .....	28
Junge Welt, 20.7.05: „Vorbereitung auf Sozialforum läuft auf Hochtouren“ .....	29
epd, 20.07.05: Sozialforum: Von Porto Alegre nach Erfurt - (Hintergrund) .....	30
epd, 20.07.05: Sozialforum Deutschland setzt auf außerparlamentarische Bewegung .....	31
AFP, 20.07.05: Tausende Teilnehmer zu erstem Sozialforum Deutschland erwartet .....	31
dpa, 20.07.05: Erstes deutsches Sozialforum beginnt in Erfurt .....	31
Frankfurter Rundschau, 21.7.05: Basar gegen den Neoliberalismus .....	32
Frankfurter Rundschau, 21.7.05: Sozialforum will Bewegung in die Politik bringen .....	33
Frankfurter Rundschau, 21.7.05: Getrennte Wege, denn die Ziele sind nicht deckungsgleich .....	34
Frankfurter Rundschau, 21.7.05: Einsteigerin .....	35
Berliner Zeitung, 21.7.05: Linkspartei will Sozialforum für Werbung nutzen .....	36
taz, 21.7.05: Gipfeltreffen der sozial Bewegten in Erfurt .....	37
Neues Deutschland, 21.7.05: Sozialforum hält Distanz zu Parteien .....	38
Mitteldeutsche Zeitung, 21.7.05: Visionen ohne klare Botschaft .....	38
Junge Welt, 21.7.05: Sandkörner im Getriebe .....	39
Junge Welt, 21.7.05: Was Erfurt sonst noch bietet .....	41
Freies Wort, 21.7.05: Das ganz große Linksbündnis .....	42
Thüringer Allgemeine, 21.7.05: In Zeiten des Wahlkampfs .....	43
Deutschlandfunk, 21.7.05: Sozialforum will Distanz zu Parteien wahren .....	44
AFP, 21.07.05: Sozialforum in Erfurt will keine Wahlwerbung von Parteien dulden .....	45
dpa, 21.07.05: Von Globalisierung bis Hartz IV - Erstes deutsches Sozialforum .....	46
epd, 21.07.05: Das aktuelle Stichwort: Sozialforum in Erfurt .....	46
epd, 21.07.05: Erstes deutsches Sozialforum beginnt in Erfurt - 5.000 Teilnehmer .....	47
epd, 21.07.05: Erstes deutsches Sozialforum in Erfurt eröffnet .....	47
Tagesspiegel, 22.7.05: Es fehlt die Konzentration .....	48
Neues Deutschland, 22.7.05: Schwung für eine gerechte Gesellschaft .....	49
Märkische Allgemeine, 22.7.05: Sozialforum in Erfurt eröffnet .....	49
Thüringer Allgemeine, 22.7.05: Fünf von fünftausend .....	50
epd, 22.07.05: Auftakt für inhaltliche Arbeit auf dem Sozialforum in Erfurt .....	51
epd, 22.07.05: Erfurt: Kircheninitiativen auf Sozialforum mit eigenen Projekten .....	51
epd, 22.07.05: Erfurter Sozialforum diskutiert Konzepte gesellschaftlichen Wandels - .....	52
FAZ, 23.07.05: Dem Sozialismus auf der Spur .....	53
Tagesspiegel, 23.7.05: Das erste Sozialforum in Erfurt: Schleppender Auftakt, wenige Teilnehmer .....	54

Berliner Zeitung, 23.7.05: Kontakt zu potenziellen Wählern .....	55
taz, 23.7.05: Reichtum macht ein wenig unglücklich .....	56
taz, 23.7.05: Perspektivlosigkeit raubt Würde .....	56
Neues Deutschland, 23.7.05: Neuland Sozialforum.....	58
Neues Deutschland, 23.7.05: In weite Ferne.....	60
Junge Welt, 23.7.05: „Angstregime“ überwinden.....	61
Junge Welt, 23.7.05: Power statt Panik: für gleiche Rechte .....	62
Thüringer Allgemeine, 23.7.05: Die gleichen Ziele.....	63
Märkische Allgemeine, 23.7.05: Parteilos .....	63
Märkische Allgemeine, 23.7.05: Deutsches Sozialforum beginnt in Erfurt.....	64
Märkische Allgemeine, 23.7.05: Sonnabends? Nein, montags!.....	64
Osterländer Volkszeitung, 23.7.05: Erstes deutsches Sozialforum kommt nur zaghaft in Gang .....	65
epd, 23.07.05: Sozialforum: Themenkonferenzen mit Bsirske und Sternmarsch .....	65
epd, 23.07.05: Bsirske fordert mehr Aktionen für soziale Gerechtigkeit.....	66
epd, 23.07.05: Sternmarsch des Sozialforums durch Erfurt.....	66
dpa, 23.07.05: Bsirske fordert erneut Vermögenssteuer und Ausbildungsplatzabgabe .....	66
dpa, 23.07.05: ver.di-Chef Bsirske für Vermögenssteuer und Mindestlohn.....	67
AP, 23.07.05: Erstes deutsches Sozialforum demonstriert in Erfurt.....	67
Berliner Kurier am Sonntag, 24.7.05: „Sozialforum“ für mehr Gerechtigkeit.....	67
epd, 24.07.05: Sozialforum geht mit Abschlusserklärung zuende .....	68
epd, 24.07.05: Zwischen Polit-Happening und Kirchentag .....	68
dpa, 24.07.05: Was ist gerecht und was sozial?.....	69
epd, 24.07.05: Organisatoren werten erstes Sozialforum in Deutschland als Erfolg .....	70
dpa, 24.07.05: Erstes Sozialforum endet mit Forderung nach mehr Gerechtigkeit.....	70
epd, 24.07.05: Sozialforum ruft zu Protesten gegen weiteren Sozialabbau auf .....	71
AP, 24.07.05: Sozialforum kündigt Proteste zur Bundestagswahl an .....	71
Süddeutsche Zeitung, 25.07.05: Solidarisch, ökologisch, demokratisch .....	72
Süddeutsche Zeitung, 25.07.05: Ostdeutscher Globalisierungsakt .....	73
Handelsblatt, 25.7.05: Sozialforum plädiert für Politikwechsel.....	73
Frankfurter Rundschau, 25.7.05: Nicht jeder wartet auf die Revolution - einige tun auch etwas .....	74
Berliner Zeitung, 25.7.05: Treffen des Unbehagens .....	75
Tagesspiegel, 25.7.05: Sozialforum lockt wenig Teilnehmer .....	76
taz, 25.7.05: Links im Basislager .....	77
taz, 25.7.05: Im Herbst geht es weiter.....	77
Neues Deutschland, 25.7.05: Sozialforum zum Abschluss optimistisch.....	78
Neues Deutschland, 25.7.05: Wärmendes im politischen Eisschrank.....	78
Neues Deutschland, 25.7.05: Kein Erfolg .....	79
Junge Welt, 25.7.05: Aufruf zum Widerstand.....	80
Junge Welt, 25.7.05: „Zeit für Plan B“ .....	81
Junge Welt, 25.7.05: „Ein kleinteiliger Anfang“ .....	82
Junge Welt, 25.7.05: Wir haben Alternativen – eine andere Welt ist möglich! .....	83
Junge Welt, 25.7.05: Massives Kontrollversagen .....	85
Stuttgarter Zeitung, 25.07.05: Der Erfolg der Linkspartei bringt Prinzipien insWackeln.....	89
Badische Zeitung, 25.7.05: Dagegen sein allein reicht nicht mehr .....	91
Thüringer Allgemeine, 25.7.05: „Keine Wahlempfehlung“.....	92
Thüringer Allgemeine, 25.7.05: Bürger sollten beim Haushalt mitreden .....	93
Thüringer Allgemeine, 25.7.05: Bunte Federn.....	94
Freies Wort, Leipziger Volkszeitung, 25.7.05: Debatten zwischen Kapital- und Wochenmarkt.....	95
Neue Osnabrücker Zeitung, 25.07.05: Forum kündigt Proteste an .....	96
Neue Osnabrücker Zeitung, 25.07.05: Nur ein Anfang.....	96
Rhein-Zeitung, 25.7.05: Sozialforum fehlte es an Unterstützung.....	97
Nürnberger Nachrichten, 26.7.05: „Grundbedürfnisse nicht berücksichtigt“ .....	98
Fürther Nachrichten, 26.7.05: Ermutigende Impulse aus Erfurt .....	99
Jungle World, 27.7.05: Local Players .....	100
Wolfsburger Allgemeine, 27.7.05: Attac zieht positive Bilanz.....	103
Westfälische Nachrichten, 28.7.05: Reinhard schildert seine Erfahrungen .....	103
Freitag, 29.7.05: Erfurt ist nicht Porto Alegre.....	104
Freitag, 29.7.05: Drei Studen Arbeit am Tag werden genügen.....	105

## Editorial: Vor neuen Gemeinsamkeiten

Drei linke Tageszeitungen gestalten gemeinsam ein journalistisches Schwerpunktthema zum Sozialforum 2005 in Erfurt. So wie diese ganze Bewegung einzigartig ist, erscheint auch dieses Projekt von JW, ND und taz als Ausdruck einer neuen Gemeinsamkeit. Ähnliches hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Im Gegenteil. Zumindest im vergangenen Jahrhundert zeichnete sich die deutsche Linke eher durch unversöhnlichen Streit als durch gemeinsames Handeln aus. In unserer neuen Zeitrechnung seit Seattle und Genua hat sich da etwas verändert. In Porto Alegre und Mumbai, in Florenz, Paris und London trafen sich Menschen und Gruppen zum Gespräch, die bis dahin kaum voneinander wussten, geschweige denn miteinander geredet hatten. So wird es auch in Erfurt sein. Die Überzeugung, dass eine andere Welt möglich ist, führt bei einigem Nachdenken zu der Erkenntnis, dass sie nur durch gemeinsames Handeln zu schaffen ist. Der gemeinsame Auftritt dieser drei Zeitungen zur Förderung eines ersten Sozialforums in Deutschland macht sie von journalistischen Beobachtern zu einem Teil der Bewegung. Das ist neu und ein gutes Beispiel für andere.

HUGO BRAUN, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac

### bewegung als vorbild

## Machtverhältnisse nicht vergessen

### KOMMENTAR VON REINER METZGER

Der Zwiespalt wird dieser Tage besonders deutlich: Die Linken fühlen sich in Aufbruchstimmung, denn die neu versammelte Linkspartei aus PDS und WASG kommt laut Umfragen auf den dritten Platz im kommenden Bundestag. Trotzdem schwenkt die Mehrheit im Lande nicht von Schröder nach links, sondern wählt nach den gleichen Umfragen Merkel und Westerwelle. Und die neue Regierung wird uns dann schon zeigen, wo der Kapitalist den Most holen lässt.

Wie sollen Engagierte, wie soll die soziale Bewegung umgehen mit diesem Mehrheitsverhältnis? Es bleibt nur das geduldige Stärken der Basis, gewiss. Aber das ist in Deutschland traditionell besonders mühsam. Außer der Gründung von Attac wirkt seit vielen Jahren kaum eine basisdemokratische Organisation in die Mehrheitsgesellschaft hinein. Und auch bei Attac lässt die Präsenz in den so genannten bürgerlichen Medien wieder nach.

Die sozialen Bewegungen in Deutschland sind meist zu sehr im Studentischen angesiedelt. Nach kurzem Engagement ziehen viele AktivistInnen von der Uni weiter in den Beruf oder in die Familie. Das schwächt nicht nur die Zahl der Protestierenden, sondern vor allem die Breite des Protests, die Kompetenz, die Verankerung der Themen in der viel zitierten Bevölkerung. Teile der Gewerkschaften besinnen sich angesichts des Durchmarschs der Arbeitgeber derzeit und finden vielleicht zu einer Rolle als Träger und Organisierer von Alternativen. Aber es fehlt einfach noch an pragmatischen Aktivisten aller Milieus.

Viele haben das erkannt und suchen Wege der Vernetzung. Ein Sozialforum in Deutschland ist dafür eine gute Gelegenheit. Für die Vielen in der Gesellschaft, die dem Dogma „Es gibt keine Alternative“ anhängen, sollte das Forum quasi eine Ausstellung der Möglichkeiten sein, zeigen, dass man mit scheinbar privaten Problemen auch gemeinschaftlich umgehen kann - ob Arbeitslosigkeit, Stress im Job oder Kindererziehung. Und dass auch gegen große Projekte lokaler Widerstand möglich ist - wie im Wendland bei Antiatom oder im Nordwesten Brandenburgs der Widerstand gegen das Bombodrom in der Wittstocker Heide. Nur wenn die Mehrheit Alternativen vorgeführt bekommt, ändert sie ihre Haltung. Und bei der Mehrheit der Aktiven liegt die Macht.

Reiner Metzger ist stellvertretender Chefredakteur der taz

## An einem Wendepunkt

KOMMENTAR VON ARNOLD SCHÖLZEL

Der Unmut im Land wächst. Umfragen sehen die sich bildende Linkspartei mit mehr als 10 Prozent im nächsten Bundestag. Der politisch-mediale Komplex reagiert fassungslos bis hysterisch mit „Oskar Haider“ (Die Zeit), „weder links noch neu“ (Berliner Zeitung), dem Verfassungsschutz oder Bildschirmverbot für einen „Tatort“-Kommissar wegen politischer „Schleichwerbung“. Gysi und Lafontaine gelten als Schreckgespenster der Nation. Ausgerechnet.

Bevor das neue Linksbündnis existiert, erzeugt es Panik. Das kann sich nur steigern - der Wut unten entspricht die Nervosität oben. Frankreich und die Niederlande lassen grüßen. Es wackeln keine Stühle, und die Verhältnisse tanzen nicht, aber der bundesdeutsche Lack aus selbstgerechtem „Freiheit und Demokratie“-Geplärre und Wirtschaftswundergrößenwahn ist ab, es zeigen sich Risse im Gefüge. Das so genannte Führungspersonal in Wirtschaft und Politik verkleinert systematisch seine Basis.

Schröders Mitteilung, Neuwahlen anzustreben, hat einen Prozess in Gang gesetzt, der nicht nur ihm aus dem Ruder läuft. Die sozialen Bewegungen der letzten Jahre, die 100.000 Protestierenden am 1. November 2003 in Berlin, die Montagsdemonstrationen, die Aktionen gegen Hartz IV und die Kundgebungen in Berlin am 2. und 3. Oktober 2004 haben die Welle der Zustimmung für die neue Partei vorbereitet - obwohl sie regelmäßig von den Großmedien beerdigt wurden.

Das Zustandekommen des Linksbündnisses ist nicht Resultat des Drucks, der vom vorfristigen Wahltermin ausgeht, sondern Ergebnis eines offiziell verdrängten Vorgangs. Wo im Jargon der neoliberalen Propagandaakteure von „Verlierern“ die Rede ist, handelt es sich längst um einen sozialen Problemstau größten Ausmaßes. Seit der Kapitalismus 1990 ff. zu seiner Normalform zurückgefunden hat, zeigt sich, dass er die sozialen Folgen seiner Existenz auf dem Niveau des 19. Jahrhunderts abhandeln möchte. Nach 15 Jahren ist die Zeit reif, das nicht mehr widerstandslos hinzunehmen. Ob dies gelingt, hängt nicht in erster Linie vom Einzug der Linkspartei in den Bundestag ab, sondern davon, ob sich die sozialen Bewegungen vernetzen, verbreitern und ständig präsent sind. Das erste deutsche Sozialforum kann ein Wendepunkt sein.

Arnold Schölzel ist Chefredakteur der Tageszeitung junge Welt

### bewegung und strategie

## Spannende Frage des Partners

KOMMENTAR VON JÜRGEN REENTS

Die Sozialforumsbewegung ist nicht die erste außerparlamentarische Opposition, die mit dem Anspruch auftritt, eigenständig gegenüber den Parteien zu agieren. Das ist ihren Vorgängern nicht immer und dauerhaft gelungen. Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften etwa lässt sich ebenso intim wie instrumentell nennen, zumal oppositionelle Einstellungen bei den Gewerkschaften längst nicht mehr gesellschaftspolitisch, sondern nur noch konjunkturell bestimmt sind.

Bei Grünen und Anti-AKW- oder Friedensbewegung ist es komplizierter: Eine einst engere Partnerschaft ist hier beiderseits weitgehend aufgelöst, da die Bereitschaft der einen, frühere Grundsätze im Zuge des Mitregierens aufzugeben, und die der anderen, an ebendiesen Grundsätzen festzuhalten, kaum noch ein aufeinander abgestimmtes Handeln zulassen.

Es waren aber nicht allein Bedrängungen der jeweiligen Parteien, die die Bewegungen zeitweise oder dauerhaft in deren Fahrwasser geraten ließen. Immerhin lag es im Interesse der Bewegungen, nach Multiplikatoren im politischen Raum Ausschau zu halten. Vor einem solchen Spannungsfeld wird auch die Sozialforumsbewegung unweigerlich stehen, wenn und sofern sie mehr als eine Veranstaltung sein will, deren Bedeutung von ihren Akteuren zwar hoch geschätzt wird, die gesellschaftlich aber marginal bleibt. Die Vorstellung, hier könne etwas entstehen, was grundlegende Veränderungen jenseits und ungeachtet der Parteien herbeiführen kann, dürfte jedenfalls eine (bedauerliche) Illusion sein.

Die spannende, wenn auch alte Frage ist, ob die Sozialforumsbewegung einen politischen Partner finden kann, der ihr gegenüber unter Zurückstellung organisatorischer Egoismen zu glaubwürdigerem Respekt fähig ist. Schaut man auf die Sozialforums-Themen, wird sich eine solche Debatte vorrangig mit der Linkspartei auseinander zu setzen haben. Am Sozialforum läge es, sich nicht selbst Fesseln anzulegen und sich aus falsch verstandener Prinzipientreue einer Kooperation zu verweigern - die Linkspartei andererseits dürfte das Sozialforum nicht als bloße Pressure-Group und Kaderreservoir missbrauchen. Zweifellos ist die Linkspartei dabei stärker gefordert.

Jürgen Reents ist Chefredakteur des Neuen Deutschland

# „Wir brauchen ein Forum...“

**...um unsere Erfahrungen auszutauschen, um uns von der Wirkung der Lügen zu befreien, um unsere eigene Sprache zu finden und zu üben, um die Umwelt und unsere Rechte zu schützen. Denn wie etwa die Abstimmungen über die EU-Verfassung gezeigt haben: Demokratie ist möglich“**

## VON ECKART SPOO

Werden wir es irgendwann einmal schaffen, unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen? Viele Menschen in Deutschland - im Westen und im Osten - glauben nicht daran. Können es sich gar nicht vorstellen. Resignieren, bevor sie sich auch nur auf ernsthaftes Nachdenken darüber einlassen.

EU, G 8, Nato, Gatt, IWF, Weltbank - das erscheint alles weit entfernt, unerreichbar für jede Einwirkung. Wörter wie „europäisch“ oder gar „global“ schüchtern ein. Wir wissen: Da werden täglich Milliarden und Abermilliarden hin- und hergeschoben. Aber was verstehen wir davon? Wir stellen vielleicht nicht einmal mehr Fragen - schon aus Furcht, uns zu blamieren. Wir halten uns aus der Politik heraus. Wir denken: Finger weg - um sie uns nicht zu verbrennen.

Im Wahlkampf werben die Politiker der großen Parteien mit gewaltigem Aufwand um unser Vertrauen. Wir sollen ihnen unser Kreuzchen geben, damit angeblich alles oder wenigstens einiges besser wird. Sie versprechen mehr für die Bildung, mehr für die Familie, mehr Ausbildungsplätze, mehr Sicherheit fürs Alter. Aber die Bildungschancen verschlechtern sich, im internationalen Vergleich (Pisa-Studie) rutscht Deutschland ganz tief nach unten, und die in Wahlprogrammen der regierenden Sozialdemokraten versprochene Ausbildungsplatzabgabe nicht ausbildender Unternehmen war nach jeder Wahl schnell vergessen. Allemal setzte sich das große Kapital durch. Die rabiate Privatisierung des Gemeinwesens hat dazu geführt, dass sich die Konzerne immer mehr aneignen, was gemeinschaftlich geschaffen worden war, was der Allgemeinheit gehörte und worüber im Gemeinderat oder in anderen öffentlichen Gremien entschieden wurde. Jetzt entscheidet ein Konzernvorstand, der in irgendeinem Steuerparadies sitzt. Geht es nach Westerwelle oder Merz oder Stoiber, werden auch Mitbestimmungs-, Gewerkschafts- und Tarifrechte abgebaut.

Verzicht auf Umweltschutz, Verzicht auf Jugendschutz, Verzicht auf Mutterschutz, Verzicht auf Arbeitsschutz, Verzicht auf Kündigungsschutz, Verzicht auf Datenschutz, Verzicht auf alle je erkämpften Rechte und Sicherheiten soll angeblich die Rahmenbedingungen verbessern, die sich die Reichen wünschen, um dann eventuell bereit zu sein, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Aber der verheißene Aufschwung kommt nicht, auch wenn Politiker immer mehr von unserem Recht und unserem Geld preisgeben. Der Aufschwung kann nicht kommen, wenn immer mehr Menschen immer weniger Geld haben. Und jetzt wollen sie uns auch noch weismachen, wir müssten länger arbeiten - obwohl die Warenproduktion infolge des permanenten technischen Fortschritts immer weniger Arbeitsaufwand erfordert, längere Arbeitszeiten also zwangsläufig die Massenarbeitslosigkeit vergrößern.

Wir alle wissen oder ahnen zumindest: Dieser ganze Neoliberalismus, weder neu noch liberal, ist durch und durch verlogen. Und wenn Parlamentarier allzu oft gegen ihre eigenen Absichten stimmen, wenn sich schließlich ein Kanzler sogar ausdrücklich wünscht, dass ihm das Parlament das Misstrauen ausspricht, dann wächst in vielen von uns die Neigung, von Politik auf Sport oder Show und Quiz umzuschalten. Da wird zwar auch geschoben, gelogen und betrogen, aber es wirkt unterhaltsamer.

Oder werden wir es irgendwann doch einmal schaffen, unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen? Dann sollten wir nicht warten. Irgendwann ist heute oder niemals. Als Einzelne fühlen wir uns politisch ohnmächtig. Im Betrieb lassen wir uns als Einzelne vielleicht sogar alle auf unbezahlte Mehrarbeit ein. Aber wenn wir uns angewöhnen, am Arbeitsplatz mit den Kolleginnen und Kollegen über die gemeinsamen Arbeitsbedingungen zu reden, kann das Gespräch zum gemeinsamen Nein führen. Nur wenn wir miteinander reden, verhindern wir, dass jede gegen jeden ausgespielt wird: Standorte, angebliche Konkurrenten, Jung und Alt, In- und Ausländer.

Wir brauchen ein Forum fürs Gespräch. Um unsere Erfahrungen auszutauschen. Um uns von der Wirkung der Lügen zu befreien, mit denen wir in kleine und große Kriege getrieben werden. Um der Einschüchterungspropaganda der Konzernmedien zu widerstehen. Um unsere eigene Sprache für unsere eigenen Interessen zu finden und zu üben. Um Vertrauen in unsere eigene Einsicht und unsere eigene Kraft zu fassen. Um uns zu verabreden. Um Demokratie zu wagen.

Uns wurde eingeredet, es gebe keine Alternative zu einer EU-Verfassung, die das Kapital über alles setzt, unsere Rechte schmälert, die Aufrüstung vorantreibt. Fast niemand kannte hier den Inhalt im Einzelnen. Ahnungslos waren auch die meisten Bundestagsabgeordneten, die - ruck, zuck! - mit Ja stimmten. In Frankreich bekamen alle Wahlberechtigten den Text. Eine breite Debatte endete mit einem mehrheitlichen Nein. Die Niederländer schlossen sich an. Und weg war die bössartige Verfassung, in die wir gezwängt werden sollten wie in eine Uniform. Merke: Demokratie ist möglich.

Eckart Spoo ist Mitherausgeber der Zweiwochenzeitschrift Ossietzky (benannt nach dem Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky). Er lebt in Berlin.

# Eben nicht der Kirchentag

**Kurz vor Beginn ist in Erfurt das erste Sozialforum in Deutschland noch nicht überall zu spüren. Doch immerhin ist der Bürgermeister selbst ein Bürgerbewegter, und auch Skeptiker arbeiten am Gelingen**

## AUS ERFURT TOM STROHSCHNEIDER

Man muss sich beeilen, wenn man in Erfurt ankommen will. Kaum hat der Intercity nach Düsseldorf gehalten, fährt er auch schon wieder ab. Erfurt ist bloß eine Durchgangsstation wie viele andere auch. Die Landeshauptstadt sieht man der Bahnhofsbaustelle jedenfalls nicht an. Und man fragt sich zum ersten Mal: Warum eigentlich Erfurt? Wenn sich Deutschlands soziale Linke in Bewegung setzt, stehen normalerweise andere Orte auf dem Reiseplan der Engagierten. Berlin etwa, Frankfurt/Main oder Hamburg. Selbst in Kassel und Hannover war schon mal was los. Aber in Erfurt?

### Die Ahnungslosen

Wer in der Altstadt vom Fischmarkt in Richtung Krämerbrücke abbiegt, kann die Touristeninformation nicht verfehlen. In den mit Glasvitrinen, Nippes und Stadtplänen voll gestopften Räumen weiß man Antworten auf Fragen nach Luther, der auch mal in Erfurt war, Interessantes über den Dom und die Zitadelle Petersberg. Über das viertägige Politifestival weiß man hier zwei Wochen vor dem Start nichts. „Sozialforum“, sagt die Frau hinter dem Schalter, „da müssen Sie sich mal an meine Kollegin wenden.“ Die hat immerhin schon davon gehört. „Rufen Sie doch bitte bei der zuständigen Abteilung an.“ Dort ist besetzt. Das erste Sozialforum in Deutschland ist offenbar nichts für Touristen.

### Der Freiwillige

Eugen Baumann ist 41, und wenn man ihn fragt, wo er herkommt, sagt er: „Von hinterm Berg.“ Das ist jenseits des Thüringer Waldes, dort, wovon die Leute von der Landeshauptstadt nicht sehr viel halten. Außer dass man dort gut einkaufen kann. Eugen Baumann sitzt im Jugendbüro „Filler“, einer alten Baracke im Hof der Ver.di-Bezirkszentrale, wo das Organisationsbüro des Sozialforums untergekommen ist. Er war selbstständiger Fuhrunternehmer, jobbte dann in der Jugendpädagogik, und als er wieder Arbeit suchte, rief er die PDS in Erfurt an. Dort erinnerte man sich an diese Sache mit dem Sozialforum. Nun sitzt Baumann vor einer riesigen Magnetwand und schiebt bunte Schnipsel hin und her. Er kümmert sich darum, dass es beim Sozialforum nicht nur ein Programm geben wird, sondern dass die unzähligen Workshops und Diskussionsrunden auch wirklich stattfinden können, und er tut dies ehrenamtlich. Als im Filler jemand anerkennend sagt: „Eugen, wenn du so weitermachst, engagieren wir dich noch“, antwortet Baumann leise: „Ich bin doch schon engagiert.“

### Der Bürgermeister

Als Manfred Ruge vor ein paar Monaten gefragt wurde, ob Erfurt das erste Sozialforum in Deutschland aufnehmen könne, hat er „relativ spontan gesagt: Das machen wir.“ Ein CDU-Oberbürgermeister, der sich für ein Bundestreffen linker Weltverbesserer einsetzt? „Man muss auch Meinungen öffentlich sagen dürfen, die sich von meinen unterscheiden.“ Ruge ist seit 1990 so etwas wie der „Mister Erfurt“. Als er mit Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus über das Treffen gesprochen hat, sagte der nur: „Manfred, was du machst, machst du. Es ist deine Sache. Es ist deine Stadt.“

Die vom Sozialforum sagen über ihren schwarzen Oberbürgermeister, dass er gern den jovialen Übertäter gibt. Es schwingt auch Anerkennung mit: Ruge habe einmal „sogar“ eine Stadtratssitzung auf dem Fischmarkt organisiert und diesen von der CDU-dominierten Rat so gegen einen geplanten Naziaufmarsch demonstrieren lassen.

Es war nicht das erste Mal, dass Ruge aus Protest auf die Straße gegangen ist, und sein Entgegenkommen beim Sozialforum hat wohl auch mit seiner Biografie zu tun. In der DDR hat der heutige CDU-Landesvize einst das Neue Forum mitgegründet, das erste Büro der neuen Opposition war in Ruges Privathaus. „Das war eine Bewegung von unten“, sagt er, und so sieht sich das Sozialforum auch. „Wir haben doch 1989 auch über alles Mögliche diskutiert, wollten die Welt verändern. Aber die Wirklichkeit hat uns eingeholt.“

In dieser Wirklichkeit ist Ruge Oberbürgermeister von Erfurt und wird in zwei Wochen eine Abordnung derjenigen feierlich empfangen, die eine andere Welt weiter für möglich halten. Ob er selbst zum Sozialforum kommt? Ruge lehnt sich zurück, macht eine Pause und sagt: „Ich weiß noch nicht.“ Die Organisatoren hätten immer darauf bestanden, „nichts mit der Politik zu tun zu haben“. Ruge meint die Parteipolitik, und genau die lässt ihn zögern. „Ich will erst abwarten: Wer tritt dort noch alles auf? Wenn es Personen gibt, die ich jetzt hier nicht nenne, und die treten dort auf, gehe ich nicht hin. Nicht wegen der Personen, sondern wegen des Anspruchs des Sozialforums, frei von Parteien zu sein.“ Ob er Oskar Lafontaine meint? Ruge lacht. „Sie werden von mir keinen Namen hören.“

### Die Begeisterte

Kathrin ist Ende 20, vielleicht aber auch Anfang 40. Das Alter, sagt sie, während ziemlich viele Ringe an ihr klimpern, spiele keine Rolle. Genauso wie der Name. „Es geht doch um die Botschaften, darum, was ich dir sage. Oder interessiert du dich nachher auch für meine Schuhgröße?“ Vielleicht 38, aber wer weiß das schon. Kathrin, die dann immerhin auf dem h in ihrem Namen besteht, braucht man vom Sozialforum nichts zu erzählen. „Sozialforum, das ist nicht nur ein Treffen,

das ist eine Idee, das ist eine neue Bewegung von unten, die könnte vielleicht alles ändern.“ Was denn? „Die Ungerechtigkeit, die Armut, die neoliberale Globalisierung ...“ Kathrin will sich „auf jeden Fall beim Sozialforum einbringen“ und hat sich im Internet schon das Programm angesehen. Im Gehen dreht sie sich noch einmal um und fragt: „Wann war das nochmal?“ In zwei Wochen. „Ach ja. Na dann, bis dann.“

#### Die Zielperson

Michael Schkade ist Mitte 30 und arbeitet beim Thüringer Umweltministerium. Postmaterialistisch würden ihn Soziologen nennen, liberal-aufgeklärt, politisch interessiert. Jemand, der die PDS nicht für den linken Rand der Gesellschaft hält und der bei Nachhaltigkeit nicht an ein neues Gurtsystem für Autos denkt. Schkade sitzt auf dem peniblen Rasen vor dem Ministerium und sagt: „Eigentlich müsste viel mehr passieren. Die Fachleute und die mit Visionen müssten mehr miteinander ins Gespräch kommen. Es ändert sich doch nichts, wenn die einen immer nur von der Revolution reden und die anderen sich schon an kleinen Dingen festfahren und dann irgendwann aufgeben. Da muss mehr zusammenkommen.“ Wäre da nicht eine Ideenbörse wie das Sozialforum das Richtige? Michael Schkade hat bisher nur beiläufig davon gehört. Vielleicht fährt er Ende Juli doch lieber in den Urlaub.

#### Die Skeptikerin

Heike Mahnert sitzt im Filler und sagt, dass es schwierig ist, ein Sozialforum auf die Beine zu stellen. Die 38-Jährige hat seit zweieinhalb Monaten beim Organisationsbüro eine halbe Stelle und findet, dass die Zeit schon zu knapp ist. „Es hat vielleicht etwas von Cassandra. Aber ein Dreivierteljahr ist hier fast gar nichts passiert. Da kommt der Frank Spieth vom DGB auf die Idee, das erste Sozialforum in Deutschland könne ja in Erfurt stattfinden, und dann wird erst einmal darüber geredet, ob es nun ‚Deutsches Sozialforum‘ heißen soll oder ‚Sozialforum in Deutschland‘. Die eigentliche Arbeit ist darüber liegen geblieben.“ Mahnerts größte Sorge ist, dass das Forum „nicht die erreicht, um die es geht, sondern nur die, die schon organisiert sind“.

Bei den Erfurtern ist das Sozialforum kaum bekannt, und Geld für größere Plakataktionen fehlt. Mahnert: „Wir sind eben nicht der Kirchentag.“ Obwohl der hier auch ganz gut gepasst hätte. Die Region gilt politisch als schwarz, und die knapp 200.000 Erfurter machen da kaum eine Ausnahme, auch wenn hier bei den Bundestagswahlen 2002 ein SPD-Kandidat gewann und die PDS bei den Landtagswahlen viele Stimmen holte.

Daran ändert auch die kleine alternative Szene wenig. Aber wenigstens gibt es so etwas wie einen linken Ruck in der Stadt. In der knappen Zeit bis zum Sozialforum sieht Mahnert noch viel zu tun. Zu viel? „Wir können froh sein, dass wir jetzt da sind, wo wir stehen. Vor fünf Wochen sah das noch ganz anders aus.“ Dann wird Cassandra noch einmal ihrem Ruf gerecht: „Mit etwas Glück wird es kein Reifall.“

Tom Strohschneider arbeitet beim Neuen Deutschland

# „Ich war ein Wirtschaftskiller“

**John Perkins war beteiligt am wirtschaftlichen Ruin von Entwicklungsländern. Er schwatzte ihnen mit geschönten Statistiken riesige Bauprojekte auf. Die Länder überschuldeten sich, US-Konzerne profitierten. Und das System funktioniert noch immer**

taz: Herr Perkins, in den Siebzigerjahren sind Sie durch die Welt gereist und hatten einen gut bezahlten und ungewöhnlichen Job...

John Perkins: Ja, ich war ein „Economic Hit Man“ [EHM], also ein „Wirtschaftskiller“. Meine Kollegen und ich haben nach Entwicklungsländern gesucht, die über Rohstoffe verfügen, die uns interessierten, wie zum Beispiel Rohöl. Und dann sorgten wir für riesige Kredite von Organisationen wie der Weltbank, mit denen das Land dann große Infrastrukturprojekte baute, zum Beispiel Kraftwerke, Häfen oder Autobahnen.

Was war schlecht daran?

Diese Projekte kamen vor allem den sehr reichen Bürgern des Landes zugute. Und das meiste Geld aus den Krediten ging nicht in die Staaten, sondern floss direkt zu großen US-Firmen wie Bechtel oder Halliburton, die diese Projekte bauten. Am Ende waren die Staaten stark verschuldet und konnten die Kredite nicht mehr begleichen. Dann gingen wir zurück in das Land und sagten: „Ihr schuldet uns viel Geld und könnt es nicht zurückzahlen. Also tut uns einen Gefallen und verkauft uns eure Ölfirma zu einem günstigen Preis, oder stimmt mit uns bei der nächsten heiklen Entscheidung der Vereinten Nationen.“

Welche Rolle spielen Weltbank und IWF in diesem System?

Diese Organisationen sind Werkzeuge der EHM. Wir haben sie benutzt, um Geld zu den Firmen zu transferieren. Die Leute, die davon am meisten profitiert haben, waren die Besitzer dieser Unternehmen in den USA und Europa und ein paar reiche und korrupte Familien in den Entwicklungsländern.

Sind denn auch Firmen außerhalb der USA, zum Beispiel deutsche Firmen, in das System eingebunden?

Ich bin seit einiger Zeit nicht mehr im Geschäft, sodass ich nicht sagen kann, welche Firmen konkret derzeit involviert sind. Aber im Prinzip können Sie jedes große Unternehmen nennen, das Technologie für große Infrastrukturprojekte anbietet.

Wie viele EHM waren denn gemeinsam mit ihnen in der Welt unterwegs?

Ein Teil der Macht in diesem System beruht darauf, dass alles sehr geheim ist. Ich war oft sicher, dass ich gemeinsam mit einem anderen EHM in einer Bar in Jakarta oder Caracas sitze. Aber wir haben uns nicht zu erkennen gegeben. Wie viele es waren, kann ich also nicht sagen. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass ihre Zahl zugenommen hat. Viele von ihnen arbeiten mittlerweile direkt für internationale Unternehmen.

Sie waren Chefökonom bei Chas.T. MAIN Inc., einer internationalen Unternehmensberatung, die Aufträge von der Weltbank oder dem US-Finanzministerium erhalten hat. Was war ihre Rolle dort?

Meine Aufgabe war es, mit den Mächtigen in den Entwicklungsländern Deals abzuschließen. Ich hatte einen Stab von mehreren Dutzend Mitarbeitern, Wirtschaftsexperten, sehr fähige Leute. Sie mussten die Prognosen und Berichte anfertigen, die meine Projektabschlüsse rechtfertigten. Aber diese Statistiken waren in der Regel viel zu optimistisch angelegt, und die Projekte wurden somit überdimensioniert. Das führte dazu, dass die Länder sich langfristig stark bei der Weltbank überschuldeten.

Es ist erstaunlich, dass die Regierungen der Entwicklungsländer solchen gefälschten Statistiken geglaubt haben. Sie hätten doch ihre Lage viel besser einschätzen können. Warum hat man Ihrem Urteil mehr vertraut?

Die Entscheidung über die Projekte lag immer bei einer kleinen Gruppe oder einer Einzelperson. Und sie wollten in diesem Prozess auch reich werden, sie waren korrupt.

Sie wurden von einer Frau namens Claudine, die ebenfalls bei MAIN gearbeitet hat, zum EHM ausgebildet. Sie hat dabei sehr ehrlich über ihren zukünftigen Job gesprochen. Warum haben Sie das Angebot überhaupt angenommen?

Ich bin groß geworden in einer Familie, die nicht sehr viel Geld hatte, und besuchte gleichzeitig ein Internat mit sehr reichen Studenten. Ich wollte immer ein so gutes Leben führen wie sie. Und in meinem Job war ich erfolgreich.

Ihre finanziellen Bedürfnisse haben sie also befriedigt. Aber sie berichten in ihrem Buch auch, dass sie sich immer schuldig fühlten und depressiv wurden. Hätten Sie nicht einfach ihre Methoden ändern und realistische Prognosen erstellen können? Das hätte den Entwicklungsländern geholfen ...

Das war nicht möglich. Wer nicht in dem System mitgemacht hat, wurde gefeuert. Die einzige Ausnahme war Panama, wo der damalige Präsident Torrijos in einer sehr mächtigen Position war. Er nahm mich beiseite und sagte „Ich weiß, welches Spiel ich für euch spielen soll und dass ich so reich werden könnte. Aber das interessiert mich nicht. Ihr könntet also das Land verlassen oder es auf meine Weise tun.“ Das gab ich meinen Chefs weiter, und wir entschieden uns zu bleiben. Denn wir wurden bezahlt für unsere Arbeit. In Panama haben wir gute Arbeit geleistet, aber nur, weil meine Chefs damit einverstanden waren.

Sie haben mehr als 20 Jahre gewartet, um das Buch zu schreiben. Warum so lange?

Nach meiner Kündigung arbeitete ich in Branchen, in denen ich von meinen Kontakten profitierte. Ich besaß ein alternatives Energieunternehmen, das erfolgreich war, weil ich Hilfe von Menschen innerhalb des von mir beschriebenen Systems bekommen habe. Wenn ich das Buch geschrieben hätte, hätte ich diese Hilfe nicht bekommen. Und 1982 wurde meine Tochter geboren. Von dem Zeitpunkt an fürchtete ich um ihr Wohlergehen. Ich habe mehrmals begonnen, das Buch zu schreiben, aber ich wurde jedes Mal überzeugt, es nicht weiterzutun.

Wie zum Beispiel?

In den frühen Neunzigern bekam ich einen Beratervertrag bei einem Maschinenkonzern. Ich habe viel Geld bekommen. Und der Grund dafür war, dass ich das Buch nicht schreiben sollte.

Die Anschläge vom 11. September änderten ihre Einstellung?

Ja, als ich am Ground Zero stand, wusste ich, dass ich das Buch schreiben muss. Viele Amerikaner verstehen nicht, warum so viele Menschen in der Welt uns aus guten Gründen hassen. Ich wollte es ihnen erklären, denn der 11. September war ein Verbrechen, aber auch eine Widerspiegelung dieses Hasses.

Ihr Buch liest sich über weite Strecken wie ein Drehbuch zu einem Politthriller. Sie liefern keine Dokumente als Beleg ihrer Geschichte.

Jedes Ereignis, das ich in dem Buch beschreibe, ist gut dokumentiert, sei es die Rolle Torrijos oder die Entwicklung in Saudi-Arabien. Das Einzige, das man infrage stellen kann, ist: War ich wirklich vor Ort? Habe ich die Dinge wirklich getan, über die ich berichte? Natürlich habe ich Pässe und Dokumente, die zeigen, dass ich als Chefvolkswirt bei MAIN gearbeitet habe. Aber ich wollte ein persönliches Buch schreiben und nicht von einem akademischen Standpunkt aus berichten.

Vor kurzem hat James Wolfowitz sein neues Amt als Weltbankpräsident angetreten. Wie sehen sie seine Rolle?

Das zeigt uns, dass die Weltbank in Wahrheit eine US-Bank ist. Wir wählen den Präsidenten aus, wir haben die Kontrolle über die Bank. Und es macht keinen Unterschied, ob der Präsident des Internationalen Währungsfonds ein Europäer ist. Die USA kontrollieren die Einlagen des IWF und haben die Gewalt über alle größeren Entscheidungen.

Wenn Sie auf die Weltkarte blicken, wo ist das Schlachtfeld der EHM im Moment?

In jedem Land, das Rohstoffe hat, an denen Unternehmen interessiert sind, wie zum Beispiel im Nahen Osten. Allerdings ist die Situation dort sehr schwierig, weil die USA nicht einen so starken Widerstand im Irak erwartet haben. Dort haben die EHM zweimal versagt, in den Achtzigern und nach dem ersten Golfkrieg in den Neunzigern. Deshalb ist der Hauptsatzort der EHM zurzeit Lateinamerika. Bei den jüngsten Wahlen sind dort in sechs Ländern Präsidenten gewählt worden, die in Opposition zur US-Politik stehen. In all diesen Ländern sind die EHM sehr aktiv.

INTERVIEW: STEPHAN KOSCH

Der Autor ist Mitarbeiter der taz

JOHN PERKINS, 59, arbeitete bis 1982 als Berater für Entwicklungsländer. Danach gründete er eine Entwicklungsfirma für nachhaltige Energiesysteme. Heute leitet er die „Dream Change Coalition“, die sich für den Schutz des Amazonas einsetzt.

## Unsichtbares Reich

Von exotischen Ländern, mächtigen Männern, schönen Frauen und vor allem von viel Geld handeln die „Bekanntnisse eines Economic Hit Man“, die der US-Amerikaner John Perkins jetzt auch auf Deutsch im Riemann Verlag veröffentlicht hat.

In der Tat lesen sich die Berichte von seiner Arbeit in Indonesien, Panama, Saudi-Arabien und Kolumbien über weite Strecken wie eine Stoffsammlung für einen klassischen Thriller von Graham Green. Logisch, sagt Perkins: Green habe eben sehr genau recherchiert. Mit Fiktion habe sein eigenes Buch aber nichts zu tun. „Das ist eine wahre Geschichte. Ich habe jede Minute davon erlebt.“

Perkins wurde von der „National Security Agency (NSA) angeworben und arbeitete als „Wirtschaftskiller“. So wurde er Teil des Systems, das er „Korpokratie“ nennt, die Weltherrschaft von Konzernen, die gemeinsam mit der US-Regierung ein unsichtbares Reich geschaffen haben. Das Buch stand in den USA monatelang auf den Bestsellerlisten. step

## „Kein Ghetto für nette Gestalten“

**Der russische Globalisierungsbeobachter Boris Kagarlitzky meint: Nationale Sozialforen sind wichtig zur Verankerung der Bewegung. Auf europäischer Ebene braucht es mehr Verständnis zwischen Ost und West. Derzeit ist Athen 2006 im Visier**

### INTERVIEW WOLFGANG POMREHN

taz: In Erfurt kommt das erste deutsche Sozialforum zusammen. Gibt es aus russischer Perspektive diesbezüglich besondere Erwartungen?

Boris Kagarlitzky: Nicht speziell an ein deutsches Sozialforum, aber an Sozialforen in Europa im Allgemeinen: Wir müssen die Bewegungen breiter machen und die Sozialforen besser verwurzeln. Zum einen, indem wir mehr lokale Gruppen einbeziehen, vor allem aber, indem wir die lokalen Themen mit der globalen Kritik am kapitalistischen System verbinden. Wir dürfen uns also nicht darauf beschränken, das System als Ganzes abzulehnen, sondern wir müssen einzelne Maßnahmen bekämpfen, die auf der lokalen beziehungsweise nationalen Ebene umgesetzt werden. Insofern sind nach den großen internationalen Sozialforen nationale wichtig, um die Bewegung besser zu verankern.

Gibt es gelungene Beispiele dafür in Russland?

Für uns war der Januar 2005 ein wichtiger Wendepunkt, als wir sehr erfolgreiche Massenproteste gegen ein Bundesgesetz hatten. Mit dem Gesetz Nummer 122 sollten soziale Garantien für die ärmsten Schichten der Bevölkerung, hauptsächlich für Pensionäre, abgeschafft werden. Aufgrund des starken Widerstands in der Bevölkerung ist ein großer Teil des Gesetzes gescheitert. Viele der Kürzungen mussten zurückgenommen werden. Für uns ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass wir den Menschen erklären: Das Gesetz 122 ist direkt mit den Verhandlungen im Rahmen des russischen Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) verbunden. Die USA und die EU wollen, dass Russlands Dienstleistungssektor kommerzialisiert und privatisiert wird. Ziel des Gesetzes 122 war im Wesentlichen, Russland für den WTO-Beitritt fit zu machen. Im Augenblick geht es um einen ganz ähnlichen Kampf gegen eine so genannte Bildungsreform. Auch in diesem Fall gibt es einen direkten Zusammenhang mit der WTO, diesmal mit dem so genannten Gats-Prozess. Gats ist das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Die russischen Eliten versuchen, die Musterknaben des Neoliberalismus zu sein, gelehrige Schüler Washingtons und Brüssels.

In Russland gab es bereits einige regionale Foren und zuletzt im April ein erstes landesweites Sozialforum. Was waren die Ergebnisse?

Zunächst war angesichts der Schwäche der russischen Linken allein die Durchführung ein großer Erfolg. Logistisch und finanziell war es eine große Herausforderung. 1.200 Teilnehmer aus 70 Provinzen waren gekommen. Mit Ausnahme Sibiriens waren die meisten Teile des Landes vertreten. Das Forum hat die Menschen sehr begeistert, was auch damit zu tun hatte, dass die Stimmung nach den Erfolgen der Januarproteste sehr gut war. Zwei Initiativen, die inzwischen Gestalt annehmen, wurden auf dem Forum geboren. Zum einen geht es um die Koordinierung der verschiedenen lokalen Räte, die geschaffen wurden, um die Proteste zu organisieren. Am 15. Juli gibt es ein landesweites Treffen in Perm am Ural, auf dem die Perspektiven dieser Bewegung diskutiert werden. Zum anderen gibt es einen neuen Anlauf zur Bildung einer linken Front, die die verschiedenen politischen Organisationen, aber auch Einzelpersonen und Gewerkschaften zusammenbringen soll. Das ist angesichts der sektiererischen Natur einiger Gruppen eine wesentlich schwierigere Aufgabe, und wir wissen nicht, ob wir mit ihr Erfolg haben werden. Immerhin hat es im Juni eine Konferenz gegeben, um die Möglichkeiten einer linken Front zu diskutieren. Das Treffen war nicht so erfolgreich wie das Sozialforum. Aber wenigstens war man sich einig, dass man den eingeschlagenen Weg fortsetzen will.

Die Beteiligung aus Russland und den anderen osteuropäischen Ländern an den Europäischen Sozialforen in Florenz, Paris und London war nur sehr gering. Woran lag das?

Wir kämpfen mit verschiedenen Hindernissen, die zum Teil auch von unseren westlichen Kollegen errichtet werden. Zum einen gibt es finanzielle Probleme. Reisen kostet viel Geld. Zum letzten Europäischen Sozialforum im Herbst 2004 in London kamen wir mit 120 Leuten aus Russland. Es kostete uns erhebliche Zeit und Anstrengung, vom Organisationskomitee und westlichen Organisationen Unterstützung dafür zu bekommen. Andere Länder in Osteuropa haben gar nicht die entsprechenden Verbindungen und Leute, um sich diese Hilfe zu erkämpfen.

Aber es sind nicht nur die finanziellen Probleme. Die westeuropäischen Vertreter, die die Vorbereitungstreffen dominieren, sind oft sehr zögerlich, die Themen aufzunehmen, an denen wir interessiert sind. Das sehen nicht nur wir in Russland so. Das ist eine allgemeine Klage, die man von allen Osteuropäern, von Tschechen, Ungarn, Polen und so weiter, hören kann. Die Tagesordnung wird hochgradig von den westlichen Teilnehmern dominiert. Auf der einen Seite beklagen sich die westlichen Organisatoren über die mangelnde Teilnahme aus Osteuropa. Aber auf der anderen Seite müssen wir jedes Mal, wenn wir Themen für gemeinsame Veranstaltungen vorschlagen, zunächst erklären, dass wir sehr wohl das Recht haben, Änderungen der Tagesordnung zu verlangen. Die geringe Beteiligung ist also nicht so sehr von der tatsächlichen oder vermeintlichen Schwäche der osteuropäischen sozialen Bewegungen verursacht, sondern das Problem ist fehlendes Verständnis zwischen Ost und West.

Könnten Sie ein Beispiel vom letzten Europäischen Sozialforum geben?

Nach längeren Kämpfen konnten wir in London zwei von Russen organisierte Seminare durchsetzen. Soweit ich mich erinnere, gab es nur ein weiteres Seminar, das von anderen Osteuropäern organisiert worden war. Also im ganzen Programm bloß drei Veranstaltungen. Aber das Problem ist gar nicht mal, dass wir mehr Veranstaltungen über Osteuropa wollen. Wir wollen allgemeine Debatten, an denen auch Genossen aus dem Westen teilnehmen, die aber aus unserer Perspektive initiiert werden. Wir wollen kein exotisches Ghetto für diese netten Gestalten von außerhalb der westlichen Welt.

Was wäre nötig?

Es gibt im Westen einfach einen großen Unwillen, zu akzeptieren, dass im Osten irgendetwas von allgemeiner Bedeutung gesagt und geregelt werden könnte. Zu den lokalen Themen dürfen wir uns äußern, aber Allgemeingültiges kann es aus dem Osten nicht geben. Wir brauchten ein Sozialforum für Ost- und Mitteleuropa. Das könnte uns wirklich weiterbringen. Aber der Vorschlag wurde im Mai in Prag auf einem Vorbereitungstreffen für Athen abgeblockt. Dort wird im Frühjahr 2006 das nächste Europäische Sozialforum abgehalten. Im Augenblick konzentrieren wir uns auf Athen, aber dort werden wir das Thema sicherlich wieder zur Sprache bringen. Außerdem bemühen wir uns darum, dass Russisch endlich zu einer der offiziellen Sprachen der Europäischen Sozialforen gemacht wird, eine Forderung, die auch einige andere osteuropäische Freunde unterstützen.

Der Politikwissenschaftler BORIS KAGARLITZKY ist Direktor des Instituts für Globalisierungsstudien (Institute of Globalization Studies) in Moskau. Berichte von ihm, unter anderem vom diesjährigen Russischen Sozialforum, finden sich auf [www.zmag.org/bios/homepage.cfm?authorID=137](http://www.zmag.org/bios/homepage.cfm?authorID=137).

Wolfgang Pomrehn ist Mitarbeiter der jungen Welt

## Aufbruch in eine neue Kultur

**Die Menschen wissen, wie und was sie eigentlich verbrauchen sollten. Doch intellektuelle Argumente erreichen sie nicht. Gemeinschaftliche Projekte können über das Rauschen im Kanal hinweghelfen. Wie aber den Leuten einen Zugang schaffen?**

**VON DIETER HALBACH**

„Wir müssen selbst die Veränderung sein, die wir in der Welt sehen wollen“ (Mahatma Gandhi).

Die Suche nach einem anderen, besseren Leben durchzieht unsere ganze Gesellschaft: Da gibt es die Globalisierungskritiker mit „Eine andere Welt ist möglich“, das „Simplify your life“ (dein Leben vereinfachen) des Psychobooms oder das „Gut leben statt viel haben“ in der Umweltbewegung. Eine Studie aus Amerika spricht bereits von insgesamt 25 Prozent der Bevölkerung, den so genannten Kulturell-Kreativen, die diese anderen Werte verfolgen (Paul Ray). In Deutschland ermittelte das Umweltbundesamt, dass 92 Prozent der Deutschen die Umwelt schützen wollen. Aber nur 3 Prozent kaufen Biobiolebensmittel.

Es klafft also eine riesige Lücke zwischen Wissen und Handeln. „Wir Verbraucher versagen. Und: Wir lügen. Fragt man uns nach unserem Verhalten, antworten wir brav, was der Fragende hören will“, so die taz vom 15. März dieses Jahres,

dem Weltverbrauchertag. Der taz-Redakteur schlägt einen „Benimmkurs“ für Verbraucher vor: „Wir sollten Verzicht üben. [...] Warum sollten wir das tun? Ganz einfach: Weil es richtig ist.“

Doch immer weniger Menschen sind mit solch intellektuellen Argumenten zu erreichen. Sie winken müde ab: „Das weiß ich doch alles schon.“ Sie verstehen solche Sätze eher als Bevormundung. Da es sich jedoch um eine gerechte Sache handelt, stimmen sie zu - und leben weiter wie bisher. Diese häufigste Form des Widerstands gegen Veränderung - gerade auch in „politisch korrekten“ Kreisen verbreitet - nennt man in der Gestalttherapie „Introjektion“: Anpassung an Leitwerte durch ein Schlucken, ohne zu verdauen.

Private Fragen müssten zum Thema werden

Was aber steckt hinter dem Widerstand: Gewohnheit, Bequemlichkeit und Doppelmoral? Unaufgearbeitete Muster der Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit in der eigenen Lebensgeschichte? Solche und andere „private“ Fragen müssten in den sozialen Bewegungen zum Thema eines Prozesses der Selbstverständigung werden. Denn wenn wir selbst nicht überzeugend leben, wovon wir reden, wird unsere Botschaft bei anderen nur ein Rauschen im Kanal erzeugen. Es ist eine große Chance, dass das erste Sozialforum in Deutschland dieses Thema aufgegriffen hat. In den Worten des Mitinitiators Heiko Lietz: „Ohne die Veränderung des persönlichen Lebensstils wird es auch keine umfassende Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse geben.“

Der Mensch ist anders, er will als ganzer Mensch wahrgenommen werden. Unsere politische Kultur braucht die Ergänzung durch einen lebensweltlichen Ansatz, eine ganzheitliche Dimension. Wir finden sie in den Beispielen sozialökologischer Gemeinschaftsprojekte, in Lebensstilinitiativen, in der Tiefenökologie oder in kulturellen Initiativen wieder. So formuliert zum Beispiel die amerikanische Lebensstilinitiative „Seeds of simplicity“: „Wir dürfen Menschen nie zu einem ES machen, sie müssen immer ein DU bleiben. [...] Wir wissen, dass ein einfacheres Leben viele Probleme der Menschen und der Welt lösen würde. Aber wir würden das Prinzip von ICH und DU verletzen, wenn wir versuchen würden, Menschen davon zu überzeugen, dass sie einfacher leben sollen.“ Wie auch in der deutschen Initiative „Aufbruch - anders besser leben“ sind Gesprächskreise im ganzen Land die Basis: Die Beziehung trägt die Arbeit der Veränderung. Diese Herangehensweise ist auch der Kern der vielfältigen Gemeinschaftsprojekte, die eine selbstbestimmte und ganzheitliche Lebensweise praktizieren.

Projekte verbrauchen weniger Umwelt

Ihr nachweisbar niedrigerer Umweltverbrauch gegenüber dem Normalverbrauch (auch in ökologischen Haushalten) wird in einer Studie der Uni Kassel belegt. Dies wird allerdings nicht als Konsumverzicht, sondern als Qualitätszuwachs gesehen. Andere Werte - wie solidarisches Verhalten, soziale Bezüge, politisches Engagement, künstlerische Aktivitäten - haben Vorrang, und die Gemeinschaft macht es möglich, diese anderen Werte „alltäglich“ zu leben.

Wenn gemeinschaftliche Lebenszusammenhänge neue Erfahrungsräume darstellen, wie können wir dann mehr Menschen Zugang zu solchen Erfahrungen ermöglichen, wie gestalten wir menschliche Begegnung? Einen möglichen Zugang bietet die dialogische Nutzung verschiedener Kunstformen. Teresa Heidegger, die Regisseurin des auf dem Sozialforum zu sehenden Theaterstückes „Global Player“, fragt sich: „Wie kommen wir aus dieser Kritik am Bestehenden in eine Hoffnung, eine Vision eines anderen Lebens? Das Theater vermag die Antwort darauf nicht zu geben. Es vermag jedoch einen emotionalen Raum der Berührung zu kreieren.“

Dieser Vereinigung von Herz und Intellekt, von persönlichem und politischem Wandel einen gesellschaftlichen Raum zu geben ist eine der zentralen Aufgaben des Sozialforums. Es braucht eine Art „Selbsthilfebewegung der sozialen Bewegungen“, die uns hilft, entsprechend unseren Idealen zu leben. Früher sollte der „neue Mensch“ (um)erzogen werden. Heute sollten wir lieber nach einer sanfteren Pädagogik des Dialogs suchen. Doch ohne diese Selbstentdeckung des „revolutionären Subjekts“ wird die Revolution auch diesmal ausfallen. Eine andere Welt ist möglich - wenn wir anders leben!

Der Autor wohnt im Ökodorf Sieben Linden und ist Musiker, Seminarleiter und Redakteur der Kurskontakte/Eurotopia

Adressen zum Text

Die Mediengruppe Kulturell Kreative: [www.kulturkreativ.net](http://www.kulturkreativ.net). Die US-Lebensstil-Initiative für freiwillige Einfachheit: [www.seedsofsimplicity.org](http://www.seedsofsimplicity.org). Ihr deutsches Pendant findet sich unter [www.anders-besser-leben.de](http://www.anders-besser-leben.de). Eine Übersicht über Gemeinschaftsprojekte, die eine selbstbestimmte und ganzheitliche Lebensweise praktizieren, bietet [www.eurotopia.de](http://www.eurotopia.de). Die vergleichende Studie des Wissenschaftlichen Zentrums für Umweltsystemforschung der Uni Kassel zum Verbrauch gemeinschaftlicher Lebensformen findet sich unter [www.usf.uni-kassel.de/glww](http://www.usf.uni-kassel.de/glww). Die Projekte verbrauchen zwischen einem und drei Viertel des BRD-Durchschnitts an „Treibhausgasäquivalenten“ - die starken Unterschiede ergeben sich vor allem aus dem unterschiedlichen Heizverhalten. Und Veganer verbrauchen bei der Ernährung weniger Energie. Die Studie bietet auch eine Übersicht etwa über die Zahl der Projekte und der in ihnen lebenden Menschen in Deutschland.

# Ein erweiterter Politikbegriff

**Wir reagieren auf Pläne und Programme anderer. Und wenn wir nicht erfolgreich sind, dann tricksen wir uns selbst aus. Dabei haben immer Einzelne angefangen, so entsteht Politik - auch in verrückten Zeiten wie diesen. Aber woher die Kraft nehmen?**

von **ILONA PLATTNER**

Es ist Zufall, dass das erste Sozialforum in Deutschland in eine von allen Seiten als historisch bezeichnete Phase fällt. Ob sie sich tatsächlich als historisch erweisen wird, sei dahingestellt. Von Bedeutung ist jedoch, dass die gegenwärtige Situation nicht vorhersehbar war. In beispielhafter Weise bekommen die Menschen in Deutschland vorgeführt, dass alle Pläne, alle Programme vor allem eines sind: Reaktionen auf Pläne und Programme anderer. Das Misstrauen gegenüber der Politik rührt zu einem erheblichen Teil aus diesem Phänomen.

Nun kennen wir aber alle die Kluft zwischen unseren Bekundungen und unserem Handeln. Erfolg bemisst sich ja an der größtmöglichen Übereinstimmung zwischen dem Ziel und dem tatsächlich Erreichten. Da aber nie ganz klar ist, wann die Kette der Handlungen zu Ende ist, also an welcher Stelle wir das Geschehen sinnvollerweise beurteilen können, retten wir uns in zwei alte Tricks. Wir behaupten, dass das, was passiert, genau das ist, was wir wollten, selbst wenn es das Gegenteil ist - oder wir machen die anderen, die nicht so wollten wie wir, für die Nichtübereinstimmung von Bekundung und Erreichtem verantwortlich.

Das eine ist so unbefriedigend wie das andere. Vielleicht wäre es ein Ausweg, Erfolg anders zu bemessen. An sich bedeutet der Begriff schlicht, dass etwas Folgen hat. Als etwa 1999 in Seattle die globalisierungskritische Bewegung die mediale Weltbühne betrat, war nicht abzusehen, dass die neuen sozialen Bewegungen eine derartige Bedeutung gewinnen würden.

Nach sechs Jahren Bewegung der Bewegung, fünf Weltsozialforen, zahlreichen anderen regionalen und lokalen Sozialforen und der größten Antikriegsdemo in der Geschichte der Menschheit kann mit Fug und Recht gesagt werden: Das Engagement der Zivilbevölkerung war an Folgen reich! Es sind Einzelne gewesen, die irgendwo, ohne auch nur im Traum daran zu denken, welche Folgen ihr Handeln haben könnte, angefangen haben, das Risiko des selbstbestimmten Handelns einzugehen. Risiko, weil nicht wirklich abzusehen ist, was passiert, wenn ein Anfang gesetzt wird und andere Menschen folgen.

Wir neigen dazu, das menschliche Miteinander, die Welt, die wir bewohnen, immer noch viel zu sehr in mechanistischen Metaphern zu erklären. Wir haben trotz System-, Chaos-, und Kommunikationstheorie nicht begriffen, dass Menschen unbekannte Größen sind und ständig irgendwelche unvorhergesehenen Dinge tun. Keine Billardkugel der Welt wird sich bewegen, wenn sie nicht angestoßen wird. Aber ein Brief, der nicht geschrieben wird, kann jede Menge Reaktionen hervorrufen. Und weil Menschen sprachbegabte Wesen sind, beginnt die Tat bereits in der öffentlichen Äußerung dessen, was zu tun beabsichtigt ist. Weil das so ist, beginnt Politik - das politische Tätigsein - viel früher, als wir das gemeinhin annehmen.

Politik beginnt dort, wo Menschen zusammenkommen, zu Wort kommen und von anderen gehört werden. Der Sinn von Politik ist nicht, um Pfründen zu feilschen oder Interessen durchzudrücken, sondern der Sinn von Politik ist Freiheit. Die Freiheit, sich zu treffen, die eigene Meinung frei zu äußern, in Freiheit zuzuhören und die Möglichkeit zu haben, damit was auch immer zu tun. In dieser Hinsicht findet zurzeit fast keine Politik statt.

Die BerufspolitikerInnen sind im Grunde HaushälterInnen, die den Notwendigkeiten gehorchen und unter der Knute der Interessenkonflikte jegliche Freiheit verlieren. Aus diesem Grund sind von ihnen keine wirklich anderen Handlungsmöglichkeiten zu erwarten. Das heißt nicht, dass alle Menschen, die von Berufs wegen Politik betreiben, böse sind - sie sind nur ungeeignet, Neues, Unwahrscheinliches zu schaffen. Dies kann nun bedauert werden, es kann aber auch als Chance begriffen werden, selbst tätig zu werden.

Wie aber werden wir nun, im oben genannten Sinne, politisch tätig? Woher holen wir die Kraft und den Mut, öffentliche Räume zu organisieren mit der Absicht, keine Absicht zu haben, außer der, zu sprechen und zuzuhören? Vielleicht können wir lernen von denen, die das Neue schon immer in den Mittelpunkt ihres Schaffens stellten. In der Vergangenheit ist es eine kleine Gruppe von Menschen gewesen, die so genannte Avantgarde, die etwa forderte, Trennlinien zwischen Alltag und Kunst aufzuheben. Heute besteht die Möglichkeit für viel mehr Menschen, jenseits ihrer Daseinsvorsorge, sich mit anderen zu treffen und Unvorhergesehenes zu kreieren.

Wenn wir die Welt als etwas von uns allen Geschaffenes betrachten, können wir die Verantwortung nicht einfach abgeben. Sie ist unser aller Werk. Und wenn wir denn in außergewöhnlichen Zeiten leben, fordert dies außergewöhnliche Handlungen, verrückte sogar. Oder ist es etwa nicht verrückt, dass Tausende von Menschen zusammenkommen, ohne ein bestimmtes Ziel zu haben, ohne zwingend ein Programm verabschieden zu müssen?

Es ist ein Zufall, aber ein schöner, dass das Sozialforum in Deutschland so unverhofft in diese Zeiten fällt.

Ilona Plattner ist Künstlerin und Mitglied im attac-Rat

# Schub durch Politik

**Die Organisation in Erfurt lief erst schleppend, legt nun aber einen Endspurt hin: 5.000 werden erwartet**

von FELIX LEE

Das hören die InitiatorInnen sicherlich nicht gerne. Aber erst die Ankündigung der vorgezogenen Bundestagswahl und die Debatte um eine neue Linkspartei könnten dem ersten Sozialforum in Deutschland (SFiD) in Erfurt doch noch zu dem Erfolg verhelfen, den sich die InitiatorInnen gewünscht haben - zumindest, was die Teilnehmerzahl betrifft.

Noch vor einem halben Jahr war das allgemeine Interesse nämlich eher mau. Zu schleppend war der Vorlauf, zu vage, was denn mit einem deutschlandweiten Sozialforum überhaupt bezweckt werden soll. Sowohl etablierte Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften als auch viele linke Basisinitiativen ließen sich Zeit, bis sie sich zur Teilnahme durchrangen. Sie befürchteten: wieder einmal eine Veranstaltung, auf der nur geplaudert wird und wenig Konkretes herauskommt.

„Bereits im Januar habe ich allen Skeptikern gesagt: Wir wissen gar nicht, wie die politische Situation nach den NRW-Wahlen aussieht“, berichtet Lena Bröckl vom Attac-Koordinierungskreis, die für das globalisierungskritische Netzwerk von Beginn an im Vorbereitungsbündnis für das SFiD sitzt. Das habe sich nun bewahrheitet. Nun stellten sich sowohl für die parlamentarische als auch für die außerparlamentarische Linke gleichermaßen die Fragen: Wie ist das Verhältnis zur Linkspartei? Wo gibt es nach einem wahrscheinlichen Regierungswechsel gemeinsame Anknüpfungspunkte für die sozialen Bewegungen?

Mit so rapiden politischen Veränderungen hatte vor einem Jahr noch keiner der InitiatorInnen gerechnet. Die montäglichen Hartz-IV-Proteste hatten noch nicht so recht begonnen, da beschlossen etwa ein Dutzend VertreterInnen vor allem aus dem globalisierungskritischen Spektrum auf einem Treffen in Frankfurt/Main, den Geist der Europäischen und Weltsozialforen von Florenz und Porto Alegre endlich auch nach Deutschland zu holen. Ein „Verbindungsglied zu aktuellen sozialen Kämpfen“ wolle man schaffen, mit „allen gesellschaftlichen Bereichen, die von der kapitalistischen Globalisierung betroffen sind“, lauteten die gemeinsamen Zielvorstellungen.

Einzelne lokale und regionale Sozialforen gab es zu der Zeit bereits. Aber erst nachdem Jürgen Zerull vom Thüringer Sozialforum auf dem Frankfurter Treffen zu einem deutschlandweiten Forum nach Erfurt eingeladen hatte, kam die Maschine langsam ins Rollen. Der DGB vor Ort unterstützte das Anliegen, doch es mussten noch einmal neun Monate vergehen, bis das Interesse auch bei den Basisinitiativen angekommen war.

Inzwischen sind fast sämtliche Einzelgewerkschaften aufgesprungen. Friedensgruppen, die evangelische Landeskirche und die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligen sich. Gelder für das etwa 250.000 Euro teure Event gibt es auch von Greenpeace und dem BUND. Und selbst die CDU-geführte Stadt Erfurt will das Sozialforum unterstützen. Mit etwa 600 Veranstaltungen und 5.000 TeilnehmerInnen rechnet Zerull.

Die PDS und die WASG dürfen zwar nicht offiziell teilnehmen. Denn angelehnt an die so genannte „Charta von Porto Alegre“ haben politische Parteien auf einem Treffen der sozialen Bewegungen nichts zu suchen (was in Porto Alegre aber auch nicht durchgehalten wurde). Dennoch ist Erfurt für beider Parteien vor allem ein Stimmungsbarometer für die Bundestagswahlen im Herbst. Außerparlamentarisch orientierte AktivistInnen fürchten hingegen, dass die bevorstehende Bundestagswahl andere Themen in den Hintergrund drängen könnte: Proteste gegen den G-8-Gipfel, der 2007 in Heiligendamm stattfinden wird, die Diskussion um eine alternative EU-Verfassung von unten, Herbstkampagnen gegen Sozialabbau, alternative Lebens- und Wohnformen und die bei Vernetzungsfragen von sozialen Bewegungen immer wiederkehrende Frage, wie eine nachhaltige Vernetzung optimiert werden kann.

Genau diese Vernetzung werde vom Sozialforum in Erfurt nicht ausgehen, glaubt Jörg Bergstedt von der Projektwerkstatt Saaßen. Der Graswurzelbewegte hatte sich bereits vor einem Jahr enttäuscht aus den Vorbereitungen herausgezogen. Das SFiD wolle an Porto Alegre und Florenz anknüpfen, doch im Unterschied zu Brasilien oder Italien bestehe in Deutschland kein Bedarf an weiteren überregionalen Vernetzungsstrukturen. Bundesweite Verbandsstrukturen und Dachorganisationen mit Hauptamtlichen gebe es zur Genüge, so Bergstedt: „Was fehlt, ist eine breite Basis.“ Mit einem Forum als Vernetzungsprozess der AktivistInnen von unten hat er gerechnet, nicht aber mit einem Promiaufgebot.

Daraus wird nun nichts. Ver.di-Gewerkschaftschef Frank Bsirske ist eingeladen, ebenso die Schriftstellerin und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Daniela Dahn.

Es gebe ein legitimes Interesse, dass alle ihre Positionen darstellen können, hält der Thüringer Zerull Kritikern entgegen. „Auch das zieht doch neue Leute.“

Felix Lee ist Mitarbeiter der taz

# Es ist genug für alle da!

**Die Politik der vergangenen 30 Jahre hat die Armut-Reichtum-Schere weiter auseinander getrieben. Wenn künftig nur noch 20 Prozent der Arbeitenden für die herkömmliche Wirtschaft gebraucht werden, muss endlich Arbeit anders gedacht werden**

von **HARDY KRAMPERTZ**

Ist das Ende der Arbeitsgesellschaft angebrochen? 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit sprechen eigentlich eine deutliche Sprache, dennoch fehlen Politikern anscheinend Rezepte, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen und ihnen damit eine zumindest partielle Existenzsicherung zu garantieren. Auch die „ruhige“ Hand von Kanzler Schröder war keine Hilfe. Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze sind gescheitert unter der Maßgabe, dass der Sozialstaat behalten und Arbeit geschaffen werden soll. Im Gegenteil wurden im Namen der Standortsicherung Unternehmen milliardenschwere Steuergeschenke gemacht und der Sozialstaat geschliffen, weil er nicht mehr zu finanzieren sei.

Weltweite Billigstlöhne werden es ebenfalls nicht richten, sondern führen nur zu weiteren prekären Arbeitsverhältnissen. Im Gegenteil, alle Politik der letzten Dezennien hat die Armut-Reichtum-Schere weiter auseinander getrieben, und selbst für Menschen mit Arbeit haben prekäre Lebenslagen zugenommen. Für Arbeitsplätze im kulturellen oder sozialen Bereich wird die Förderung gestrichen. Ganz en passant wird der Abbau sozialer Rechte weltweit betrieben und werden rechtliche Standards wie Kündigungsschutz und Umweltgesetze zurückgedrängt oder unterlaufen.

Immer mehr Arbeit an Maschinen: Das ist gut so

Es lässt sich nicht von der Hand weisen: Die auf Vollzeit ausgerichtete Erwerbsarbeit reicht nicht mehr für alle Menschen aus. So simpel diese Tatsache ist, so wichtig scheint es zu sein, sie dennoch nicht auszusprechen. Das wäre die Bankrotterklärung neoliberaler Politik. Die einfachere Losung der Politiker lautet, auch wenn sie nicht funktioniert: Mehr und länger arbeiten bei gleichzeitig geringerem Einkommen. Wie soll sie auch funktionieren? Die Schüssel mit Suppe wird doch auch nicht voller, wenn ich noch mehr Gäste einlade und ihnen sage, sie sollen bitte auch schneller essen.

Rationalisierungen, technologische Innovationen und die „digitale Revolution“ haben mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen. Die Produktivkraft ist zudem heute um ein Vielfaches effizienter und kann weiter gesteigert werden. Immer mehr Arbeit wird von Maschinen übernommen und durch neue Technologien ersetzt. Dies ist gut so. Es ist besiegelt: Das in der Ära des rheinischen Kapitalismus ausgeprägte „Normalarbeitsverhältnis“ ist überholt. Vielleicht ist es übertrieben, schon jetzt davon auszugehen, dass in weiterer Zukunft nur etwa 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen werden zur Warenproduktion und Erstellung hochwertiger Dienstleistungen, um damit die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. Dies ist aber keine leere Vision, und es braucht daher andere als die hilflosen Konzepte von Politikern und Wirtschaftsvertretern, die am Dogma vom Wirtschaftswachstum und weiteren Deregulierungen festhalten. Darum ist das erste deutsche Sozialforum der Ort, an dem die Zivilgesellschaft Alternativen diskutieren kann und muss.

Am nötigsten ist jetzt eine wahre Existenzsicherung

Es ist unumgänglich: Eine „Neudefinition“ der Arbeit muss vorgenommen werden! Wenn Arbeit zur Existenzsicherung nicht mehr im ausreichenden Maße vorhanden und diese darüber hinaus selten genug sinnstiftend ist, wenn zugleich die gesellschaftlich geleistete Arbeit und der so geschaffene Reichtum Not und Armut ohne Mühe beseitigen könnten, dann kann es Sinn machen, den Rest vorhandener Arbeit anders zu verteilen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Am allernötigsten ist jetzt eine Existenzsicherung, die den Namen auch verdient.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie es seit zwei Jahren im Attac-Schwerpunkt „Genug für alle“ und im Netzwerk Grundeinkommen diskutiert wird, ist ein Konzept zur Absicherung der Menschen und stellt auch die Frage nach dem Stellenwert der Arbeit in der Gesellschaft neu. Ein bedingungsloses Grundeinkommen, kombiniert mit Mindestlöhnen, soll die materielle Lebensgrundlage aller hier lebenden Menschen sichern und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Tätigkeiten in sozialen, kulturellen und auf Gemeinwohl ausgerichteten Sektoren der Gesellschaft werden aufgewertet. Nicht die häufig sinnleerte Arbeit, sondern die kreative, selbstbestimmte Tätigkeit ist Ziel gesellschaftlicher Veränderung. Dies ist der Weg in eine freie und emanzipatorische Gesellschaft, zu einer menschenwürdigen Globalisierung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und gesellschaftliche Teilhabe und die Ausweitung der Demokratie ermöglicht.

Hardy Krampertz ist im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac

# Wäschetrommeln werden zu Hockern

**Ein Recyclingzentrum als Quelle von Design und neuen Formen der Zusammenarbeit: In Österreich bringen „sozialökonomische Betriebe“ die Leute mit hoher Erfolgsquote wieder in den Arbeitsmarkt - und sparen dabei**

Kiste auf Kiste, Container auf Container ist in der Werkshalle gestapelt. Aus den einen blicken hohläugige Kadaver von Staubsaugern und Plastikverschalungen von Stereoanlagen. Andere sind mit Metallschrott gefüllt oder mit elektronischen Kleinteilen. Drei Lkw-Lieferungen Elektroaltgeräte werden jede Woche angeliefert. Was nicht repariert werden kann, wird zerlegt. Brauchbare Ersatzteile bleiben da, der getrennte Sondermüll wird der Entsorgung zugeführt.

Das Demontage- und Recycling-Zentrum, kurz D. R. Z., in Wien zerlegt aber nicht nur Sachen, es ist auch kreativ: Zum Trashdesign veredelt, finden sich da Wäschetrommeln, die mit Leder überzogen zu Hockern werden, oder Ohrgehänge aus bunten Plastikteilchen, die einem Radio oder Computer entstammen. Apparate, die noch repariert werden können, landen ums Eck im Reparatur- und Service-Zentrum, RUSZ, wo sie jedermann günstig kaufen kann.

„Vier Jahre war ich arbeitslos“, erzählt Anton Stengeli, der als Lehrling in einem großen Elektronikbetrieb angefangen hatte und dort zuletzt für 120 Mitarbeiter verantwortlich war: „Ich war überzeugt, dass ich dort bis zu Pension bleiben würde.“ Dann schloss der Betrieb plötzlich. Anton stand auf der Straße und musste schnell erfahren, dass seine Erfahrung nicht mehr zählte. „Zu alt“, hieß es. Schließlich vermittelte ihn der Arbeitsmarktservice (AMS), wie das ehemalige Arbeitsamt jetzt heißt, an das D. R. Z. Dort fungiert er jetzt als Controller.

Auch der Elektromonteur James Fadayomi aus Westafrika hat nach fast sechs verzweifelten Jahren hier einen Job gefunden. Nichts sei schlimmer gewesen, als „in der Früh aufzuwachen und nichts zu tun zu haben“, sagt James. Die Beschäftigung im D. R. Z. bedeute nicht nur sinnvolle Arbeit, sondern auch, „unter Leuten zu sein und praktisch etwas dazuzulernen“. Die Morgendepression ist er jetzt los.

D. R. Z. und RUSZ sind sozialökonomische Betriebe, das heißt, sie werden von der öffentlichen Hand gefördert. Die wirtschaftliche Rentabilität steht nicht im Vordergrund. Man nimmt auch behinderte, kranke, haftentlasse Menschen oder solche, die eine Entziehungskur hinter sich haben. 1,4 Millionen Euro schießt das AMS jährlich zum Gesamtbudget des RUSZ von 2,5 Millionen zu. Einkommen wird durch Verkauf des getrennten Mülls an Recyclinganlagen erzielt.

Ein Jahr lang werden die Leute hier für den Arbeitsmarkt fit gemacht. Dann müssen sie einen Job suchen. Den meisten gelingt das. Neue Fertigkeiten und das aufgemöbelte Selbstwertgefühl helfen bei jeder Bewerbung. Geschäftsführer Sepp Eisenriegler berichtet von einer Erfolgsquote von 71 Prozent. Außerdem habe das RUSZ durch die Übernahme von Reparaturarbeiten bereits mehrere kleinere Reparaturbetriebe vor dem Bankrott bewahrt. Zumindest eine erfolgreiche Betriebsgründung ist bereits aus dem RUSZ hervorgegangen.

Das RUSZ wurde 1999 vom Verband der Wiener Volksbildung als EU-Projekt mit Förderungen des AMS, des Europäischen Sozialfonds und der Stadt Wien gegründet: mit zwölf Auszubildenden. Mittlerweile sind es 46 und 17 so genannte Schlüsselkräfte. Die waren auch arbeitslos, dürfen aber bleiben. Im D. R. Z, vor zwei Jahren als Pilotprojekt zur Demontage von Elektrogeräten und Schadstoffentfrachtung entstanden, sind es 39 Arbeiter und 15 Schlüsselkräfte.

Claudia Goldmann ist so eine Schlüsselkraft. Die ehemalige Druckereiarbeiterin fand nach der Kinderpause keinen Job, weil man bei ihr multiple Sklerose diagnostiziert hatte. Jetzt registriert sie alle Geräte und Teile, die von drei Wiener Sondermülldeponien abgeholt werden. Seit sie arbeitet, fühlt sie sich gesünder. Phasen der Arbeitsunfähigkeit kämen jetzt so selten, dass sie sie kaum behinderten.

Geschäftsführer Eisenriegler zitiert den SPÖ-Finanzsprecher Christoph Matznetter, der die Kosten pro Arbeitslosen mit 43.000 Euro jährlich errechnet hat. „Dagegen kostet ein Transitarbeitsplatz bei uns inklusive aller Nebenkosten 35.000 Euro“, rechnet er vor. „Dazu kommt, dass die ehemals Langzeitarbeitslosen bei uns zu aktiven Steuerzahlern werden.“ Die Projekte, so Eisenriegler, ließen sich in jede Stadt mit einem Einzugsgebiet von mindestens 50.000 Einwohnern und entsprechenden Mülldeponien transferieren.

RALF LEONHARDT

Leonhardt ist taz-Korrespondent in Wien

# Von Chiapas und Porto Alegre zu Erfurt

Die Wurzeln der Sozialforum-Bewegung liegen auf dem amerikanischen Kontinent. Offiziell wird das Weltsozialforum, das im Jahr 2001 erstmals im brasilianischen Porto Alegre stattfand, als Geburtsstunde genannt. Die damals von der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) regierte Stadt hatte unter europäischen Linken eine Art Modellcharakter. Während sich in Europa auch linke Parteien scheinbar ohne Alternativen neoliberalen Sachzwängen unterordnen, ging die damalige linke Stadtregierung von Porto Alegre einen anderen Weg.

Reformschritte, wie der Beteiligungshaushalt, bei dem die VertreterInnen von Stadtteilen und sozialen Organisationen über die Verteilung der kommunalen Finanzen mitentscheiden, stießen bei den Gästen aus Europa auf großes Interesse. Die Weltsozialforen wurden zur internationalen Gegenveranstaltung zum World Economic Forum in Davos: Während sich in den Bergen der Schweiz Ende Januar die Spitzen von Wirtschaft und Politik zum gemütlichen Wintertreffen versammelten, hatten im sommerlich-heißen Porto Alegre die KritikerInnen des Neoliberalismus das Wort.

Doch spätestens als Lula, der Vorsitzende und Mitbegründer der PT, brasilianischer Regierungschef wurde, brachen die Fronten. So sorgte er als frisch gewählter Präsident 2003 für Aufsehen und auch für Missmut unter den internationalen GlobalisierungskritikerInnen, als er nach einer kurzen Ansprache auf dem Sozialforum in Porto Alegre nach Davos weiterflog. Er wolle den Geist von Porto Alegre zum Economic Forum bringen, versuchte er seine KritikerInnen zu beruhigen.

Manche erinnerten sich dann doch lieber einer weniger bekannten Wurzel der Bewegung - dem „intergalaktischen Treffen“ im Juli 1996 in Chiapas. In den lakandonischen Regenwald im Süden Mexikos hatte der charismatische Sprecher der Zapatisten-Bewegung, Subcommandante Marcos, zum „Ersten Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus“ eingeladen. Zur Vorbereitung fanden auf den verschiedenen Kontinenten Treffen statt. Im Juni 1996 versammelten sich rund 1.200 Menschen aus ganz Europa in Berlin. Nach dem Meeting gab es im Frühjahr 1997 ein zweites interkontinentales Treffen in Madrid. So können Berlin und Madrid als Vorläufer der europäischen Sozialforum-Bewegung bezeichnet werden.

Doch der Prozess war schwierig und verlief nicht ohne Brüche. Die Solidarität mit den Zapatistas ließ bald nach, und die Versuche, die Ideen der Treffen gegen den Neoliberalismus in Europa umzusetzen, erwiesen sich als mühevoll. So brachten erst die Treffen von Porto Alegre neuen Schwung in die Diskussion um ein europäisches Sozialforum. Aber es gab auch neue Konflikte, weil die politischen Akteure über die allgemeine Kritik am Neoliberalismus hinaus oft wenig verband. Während sich in Mexiko vor allem staatskritische Linke am „Ya basta“ („Es reicht“) der Zapistas begeisterten, ließen sich von den Meetings in Porto Alegre vor allem GewerkschafterInnen und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen inspirieren.

Dieser spannende, aber auch konfliktreiche Gründungsprozess ist für die Europäischen Sozialforen bis heute bestimmend. Bisher gab es drei Sozialforen auf europäischer Ebene. Das erste fand im November 2002 in Florenz statt. Es war bestimmt von der Mobilisierung gegen den drohenden Angriff auf den Irak und den Kampf gegen die italienische Rechtsregierung unter Berlusconi. Der hatte das Sozialforum in die Nähe von Terroristen gerückt. Als Reaktion darauf haben sich große Teile der regierungskritischen Bevölkerung von Florenz mit dem Sozialforum solidarisiert.

Das Zweite Europäische Sozialforum tagte im November 2003 in Paris. Es erregte weit weniger Aufmerksamkeit. Das dritte Sozialforum fand ein Jahr später in London statt. Dort wurden die unterschiedlichen politischen Konzepte innerhalb der Sozialforum-Bewegung stärker öffentlich thematisiert. So wurde eine Veranstaltung zum Irakkrieg mit dem Londoner Bürgermeister Ken Livingstone als Diskussionspartner von staatskritischen TeilnehmerInnen massiv gestört. Die Debatten darüber, wie sich der Geist von Chiapas mit den Impulsen von Porto Alegre vereinbaren lässt, werden sicher in Erfurt und beim Vierten Europäischen Sozialforum in Athen 2006 weitergehen. PETER NOWAK

Peter Nowak ist freier Journalist in Berlin

## die themen des sozialforums

Auf Basis der Rückmeldungen sowie der Diskussionen bei den offenen Treffen in der Vorbereitung wurden bereits die folgenden fünf Themenbereiche für das SFID erarbeitet. Zu allen Arbeitsbereichen gibt es neben den großen Konferenzen auch Seminare und Arbeitsgruppen. Welche genau, steht auf [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de) unter „Programm“, dann unten weiterklicken bei „Übersicht der bereits angemeldeten Veranstaltungen“.

1. Arbeitswelt und Menschenwürde. An der großen Konferenz zum Thema nehmen hier Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, die Professorin Ursula Schumm-Garling von der Uni Dortmund, Professor Ronald Lutz, FH Erfurt, sowie eine weitere Referentin teil (Zeitpunkt: 23. Juli 2005 von 11 bis 13.30 Uhr). Zum Thema: Neue Konzepte zum Abbau der Arbeitslosigkeit benötigt die Gesellschaft. Der Markt alleine wird es nicht richten. In Zeiten anhaltender Wachstumsschwäche, besonders auf dem Binnenmarkt, muss der Staat die Verantwortung für mehr und bessere Arbeitsplätze übernehmen. Das ginge mit öffentlichen Investitionsprogrammen, gezieltem Wachstum des öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS), verstärkter Beschäftigungsförderung und Arbeitszeitverkürzung.

2. Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt. Auf der dazugehörigen Konferenz wird diskutiert: Was ist die Realität der Globalisierung? Was sind ihre Ergebnisse für die Länder des Südens und für die Beschäftigten und Arbeitslosen im Norden? Welche Rolle spielt das Militärische bei der Durchsetzung des Neoliberalismus? Welche Verantwortung liegt bei der EU? Ist eine andere EU möglich, die eine andere Rolle in der Welt spielt? Welche Rolle spielt die deutsche Außenpolitik? Könnte sie anders sein, als sie ist? Teilnehmende aus Brasilien und Europa.

3. Menschenrechte und politische Teilhabe. Hier finden sich vier Redebeiträge unter der entsprechenden „Programm“-Rubrik mit folgenden Titeln: „Das Menschenbild des Neoliberalismus und die Rolle des Kampfs um die Menschenrechte für die gesellschaftliche Entwicklung“, „Migration - Partizipation“, „Das Recht zu gehen, zu kommen und zu bleiben“ und schließlich „Soziale Rechte als Persönlichkeitsrechte“. An alle RednerInnen stellen sich die Fragen: Wie lauten unsere Forderungen? Wie kann Einheit praktisch hergestellt werden? Was stellen sich dabei für Anforderungen an die Akteure?

4. Eine lebenswerte Welt - anders besser leben. Auf der Konferenz sollen drei Impulsreferate aus verschiedenen Blickwinkeln die Erfordernisse und Möglichkeiten einer befriedigenden zukünftigen Lebensweise präsentieren, um dann Raum für Diskussion zu bieten: Manfred Linz, Theologe und Sozialwissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, spricht zu „Drei Wege zur Nachhaltigkeit: Effizienz, Konsistenz und Suffizienz“. Veronika Bennholdt-Thomsen, Ethnologin und Soziologin der Uni Bielefeld, ist als Mitschöpferin der deutschen Frauenforschung und der Subsistenztheorie bekannt geworden. Ihr Thema: „Was können wir von indigen-matriarchalen Gesellschaftsstrukturen lernen?“ Barbara Stützel, Diplompsychologin, lebt seit 2001 in einer Lebensgemeinschaft mit 80 Menschen in der Nähe von Berlin und engagiert sich im „GEN - Global Ecovillage Network“, einem weltweiten Zusammenschluss von Ökodörfern und Gemeinschaften, die eine nachhaltige Lebensweise entwickeln und erproben. Ihr Thema: „Lebensgemeinschaften heute - welche Bedeutung haben sie für die Entwicklung neuer Arbeits- und Lebensformen?“ Moderation: Heiko Lietz, ökumenische Basisgruppen.

5. EU-Europa: In welcher Verfassung sollte es sein? Das Nein zur EU-Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden „bietet die Chance, die Gestaltung eines anderen Europas auf die Tagesordnung zu setzen, eines sozialen, demokratischen und zivilen Europas“, so das Thema der Konferenz. „Gemeinsam mit Freunden aus Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Ungarn werden wir die Perspektiven EU-Europas diskutieren“, heißt es - wozu auch die Perspektive eines Europas der zivilen Konfliktbearbeitung und Konfliktvorbeugung gehört sowie einer sozialen und solidarischen Wirtschaft, die Nachhaltigkeit fördert. Die Konferenz ist am Freitag von 14.30 bis 16.30 Uhr im Zelt.

# der zeitplan, die anmeldung und die anreise zum SFID

Donnerstag, 21. Juli 2005:

Ab 18 Uhr Eröffnungsveranstaltung (Open-Air unter anderem mit Gruppen aus Brasilien und Griechenland).

Dann kommen zwei Tage Themen, Themen, Themen. Eine kleine Auswahl: 1-Euro-Jobs - Arbeitszeitverkürzung - Arbeitnehmerbegehren - Bedingungsloses Grundeinkommen - Studiengebühren - Macht der Konzerne - Mythos Standortschwäche - Kritik des Neokeynesianismus - Sozialismus oder Barbarei? - Fairer Handel - Diktatur der Finanzmärkte? - Wasser ist Menschenrecht - Nebenwiderspruch Ernährung? - Globale Entwicklungen und ihre lokalen Folgen - Iraktribunal - EU-Verfassung und die Folgen des Neins - Gewerkschaften in der Globalisierung - Ist der Süden noch zu retten? - Neuer Imperialismus - Irakkrieg - Politische Gefangene und Isolationshaft - Islamophobie - Flüchtlinge in Deutschland - World Parliament - Die Weltressourcen teilen - Die Rolle der Religionen in der Globalisierung - Feminisierung und Antiglobalisierungsbewegung - Die soziale Frage und der Rechtsextremismus - Perspektiven für kritische Wissenschaften in der BRD - Fußball-WM - Stadtführung durch Erfurt - Führung durch das KZ Buchenwald u. v. m.

Freitag, 22. Juli 2005:

9-11 Uhr Konferenzen/Seminare/Arbeitsgruppen/Werkstätten.  
11.30-13.30 Uhr dito, genauso 14.30-16.30 Uhr, 17-19 Uhr.  
19.30-21 Uhr Vernetzungstreffen (Darstellung der Ergebnisse).

Samstag, 23. Juli 2005:

9-11 Uhr Konferenzen/Seminare/Arbeitsgruppen/Werkstätten, genauso 11.30-13.30 Uhr.  
Um 14.30 Uhr Demonstration, danach Kultur auf dem Domplatz.  
17-19 Uhr Vernetzungstreffen und Seminare/Arbeitsgruppen/Werkstätten.  
19-21 Uhr Kulturveranstaltung.

Sonntag, 24. Juli 2005:

9-11 Uhr Konferenzen/Seminare/Arbeitsgruppen/Werkstätten.  
11.30-13.30 Uhr Konferenzen/Seminare/Arbeitsgruppen/Werkstätten.  
11.30-13.30 Uhr Versammlung sozialer Bewegungen auf dem Domplatz. Hier werden eine Abschlusserklärung und praktische Initiativen für die nächste Zeit vorgestellt.

Freitag bis Sonntag:

Kulturveranstaltungen auf verschiedenen Plätzen in der Erfurt Altstadt (u. a. auf dem Domplatz und am Anger).

Wer teilnehmen möchte und nicht Veranstalter ist: Die Anmeldung ist weiter möglich - am besten vorher online, damit es in Erfurt nicht zu unerwarteten Menschaufläufen kommt ... Per Internet: [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de); per Fax: 03 61-211 72 40; oder per Brief: Sozialforum in Deutschland, c/o Jugendbüro Filler, Schillerstr. 44, 99096 Erfurt.

Die Preisstruktur ist nicht ganz einfach: Die Einzeltageskarte Donnerstag und Sonntag kostet fünf Euro. Am Freitag und Samstag kostet sie zehn Euro, dafür gibt es dann für bestimmte Personen eine Ermäßigung auf fünf Euro. Für „Kulturschaffende“ sind die Tageskarten jeweils gratis.

Die Einzelgesamtkarte (inklusive öffentlicher Nahverkehr und Sammelunterkunft) kostet 50 Euro, ermäßigt 20 Euro. Es gibt auch noch diverse, billigere Gruppentarife. Bitte überweisen an: Friedens- und Zukunftswerkstatt, Kto.-Nr. 20 00 81 292, Frankfurter Sparkasse 1822, BLZ 500 502 01, Stichwort: „Sozialforum/Teilnehmerbeitrag“. Überweisungsbeleg für die Registrierung in Erfurt mitbringen!

Übernachtung in Erfurt: In Turnhallen, auf dem Zeltplatz (Zelt mitbringen!), privat oder in Pensionen und Hotels. Übernachtungswünsche bitte bei der Anmeldung der Teilnahme angeben.

Fahrt nach Erfurt: Neben der Mitfahrbörse im Internet gibt es bei der Bahn zum Beispiel Gruppenfahrten mit Bayern-Ticket, Thüringen-Ticket und Schönes-Wochenende-Ticket für ca. 15 Euro bei fünf Personen. Einzelpersonen, die zum Beispiel aus München mit den Zug fahren wollen, können sich dem Sozialforum München anschließen. Hinfahrt: Donnerstag, 21. Juli, Treffen um 9 Uhr am Hauptbahnhof München beim Info-Point unter der großen Anzeigetafel vor den Gleisen. Rückfahrt: Sonntagnachmittag, Kosten: 15 Euro. Damit die Münchner einen Überblick haben, E-Mail an [erfurt2005@m-sf.de](mailto:erfurt2005@m-sf.de) senden. Es erfolgt keine Bestätigung.

# Die Grundideen des Forums, die Arbeitsweise und die Finanzierung

**Das Folgende ist weitgehend aus der sechssprachigen Website des Forums zitiert ([www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de)):**

Das 1. Sozialforum in Deutschland findet vom 21. bis 24. Juli 2005 in Erfurt statt als zunächst einmaliges Event. Es ist Teil des Weltsozialforumsprozesses und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre mit ihren 14 Punkten. Im südbrasilianischen Porto Alegre trafen sich 2001 erstmals Menschen aus aller Welt unter der Losung „Eine andere Welt ist möglich“. Parallel zu ähnlichen kontinentalen Foren in Afrika und Asien trat 2002 in Florenz das Erste, 2003 in Paris das Zweite und vergangenes Jahr in London das Dritte Europäische Sozialforum zusammen.

Das Forum will viele Bedürfnisse stillen: Aktivisten sollen Kontakte und einen Austausch mit Aktiven aus anderen Bereichen herstellen und erweiterte Netzwerke aufbauen können;

Interessierten, auch dem interessierten Tagespublikum, ermöglicht es, zuzuhören, sich kundig zu machen, prominente RednerInnen kennen zu lernen, das Angebot zu konsumieren;

das Sozialforum lädt ein mitzumachen - daher sein Werkstattcharakter sowie die Entfaltung kreativer Initiativen und Aktionen, die zudem nach außen gerichtet sind und die lokale Bevölkerung ansprechen wollen und nicht in geschlossenen Räumen verbleiben.

Es gibt ein breites Kulturangebot.

Politische Parteien können keine Veranstaltungen anbieten, jedoch Jugendorganisationen, parteinahe Stiftungen und Medien.

Die Arbeit wurde geregelt über einen Unterstützerkreis, in dem Spender und Ehrenamtliche helfen. Dabei gibt es ein Plenum, in dem die politischen Entscheidungen getroffen werden. Es wurde ein Vorbereitungskreis gebildet aus Vertretern der Arbeitsgruppen und des Erfurter Büros. Es gibt diese Arbeitsgruppen: AG Programm und Erweiterung, AG Presse und Öffentlichkeitsarbeit sowie interne Kommunikation, AG Organisation und Finanzen, AG Kultur.

Veranstalter konnten sich im Vorfeld melden. Die Angebote werden nach vier Schwerpunkten gebündelt:

1. Arbeitswelt und Menschenwürde
2. Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt
3. Menschenrechte und politische Teilhabe
4. Eine lebenswerte Welt - anders leben

Daneben gibt es völlig autonom gestaltete Bereiche. Angemeldet sind bisher (Stand Anfang Juli):

5. Sozialforum von unten (als Open-Space-Konferenz)
6. FrauenRaum

Dabei gibt es Arbeitsgruppen, von nur einer Gruppe angeboten (bis zu 25 Teilnehmenden); Seminare, von mehreren Gruppen gemeinsam angeboten, um die Debatte und Kooperation zu befördern (80 bis 200 Teilnehmende); Konferenzen, das sind Großveranstaltungen, die von mehreren interessierten Organisationen in Eigenverantwortung vorbereitet werden.

Der geschätzte Finanzbedarf für das Sozialforum liegt bei 250.000 Euro. Er soll gedeckt werden durch Solidaritätsbeiträge der VeranstalterInnen (je nach Größe und Finanzkraft) und UnterstützerInnen (siehe Liste auf der Website), Veranstaltungs- und Standgebühren, TeilnehmerInnenbeiträge, Spenden (ohne Zweckbindung) und Merchandising (Verkauf von Werbemitteln). Stände müssen eine Gebühr zahlen: Infostände 30 Euro pauschal, kommerzielle stände 30 Euro und Essensstände 50 Euro pro Quadratmeter.

Wer noch spenden will - es gibt ein spendenabzugsfähiges Konto (Friedens- und Zukunftswerkstatt, Kto.-Nr. 20 00 81 292, Frankfurter Sparkasse 1822, BLZ 500 502 01, Verwendungszweck: „Sozialforum 2005“). Falls Spendenquittung gewünscht, bitte dies ebenfalls beim Verwendungszweck durch Zusatz „bitte Quittung!“ vermerken. Bei Einzahlungen/Überweisungen bis zu 50 Euro wird der Einzahlungsbeleg/Kontoauszug als Spendenquittung vom Finanzamt anerkannt). Im Onlineshop und vor Ort gibt es T-Shirts in den SFID-Farben, Taschen und Buttons.

Auf der Website ist auch eine Mitfahrbörse organisiert. Hier hatten sich bis Anfang Juli allerdings noch wenige FahrerInnen eingetragen.

## **5.000 Teilnehmer zum ersten Sozialforum in Deutschland erwartet**

Erfurt (epd). Zum ersten Sozialforum in Deutschland werden vom 21. bis 24. Juli in Erfurt rund 5.000 Teilnehmer aus allen Bundesländern erwartet. Mit dem viertägigen Treffen sei der weltweite Dialog um soziale Veränderungen auf nationaler Ebene angekommen, sagte der Sprecher der Initiative, Hugo Braun, am Dienstag vor Journalisten in der Thüringer Landeshauptstadt. Das erste Weltsozialforum fand 2001 im brasilianischen Porto Allegre statt, gefolgt von weiteren Treffen in Mumbai (Indien), Florenz, Paris und London.

In Erfurt sind den Angaben zufolge 340 Seminare und Work-Shops geplant. Zudem werde es jeweils eine Konferenz zu den Themen Arbeitswelt, Globalisierung, Menschenrechte und „eine lebenswerte Welt“ geben. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen habe dabei die Zukunft Europas einen hohen Stellenwert. Das Treffen solle einen offenen Raum für Debatten bieten, um den Dialog aller Gruppen in der Zivilgesellschaft auf den Weg zu bringen, sagte Braun.

Das Sozialforum versteht sich nach eigenen Angaben als breites Bündnis von Initiativen, Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen, die mit ihrem Engagement Alternativen für eine gerechte und soziale Weltordnung aufzeigen wollen. Neben Gewerkschaftern sowie Jugend- und Umweltorganisationen beteiligen sich auch Globalisierungskritiker von „attac“ und Kirchengruppen an der Arbeit des Sozialforums.

Ergänzend seien im Programm ökumenische Gottesdienste und Gebete sowie zahlreiche kulturelle Veranstaltungen vorgesehen, hieß es weiter. Mit einem Sternmarsch am Samstag durch die Erfurter Innenstadt sollen die Anliegen des Forums in die Öffentlichkeit getragen werden. Für den Abschluss am Sonntag wurde eine gemeinsame Erklärung der in Erfurt vertretenen sozialen Bewegungen angekündigt.

## Gelebte Utopie

**Kommune Niederkaufungen praktiziert ganzheitliche Arbeits- und Wohnform / Statt Lohn gemeinsame Konsumkasse**

**Auf dem ersten Deutschen Sozialforum kommende Woche in Erfurt lautet ein Thema „Anders arbeiten - anders leben“. Ein Projekt, das sich in diesem Rahmen präsentiert, ist die Kommune Niederkaufungen.**

VON ROLAND BUNZENTHAL

Frankfurt a.M. · 15. Juli · Der frisch renovierte Gebäudekomplex des ehemaligen Gutshofes fügt sich harmonisch in das Fachwerk-Bild des alten Ortskerns von Niederkaufungen, nahe Kassel. Wo einst Kühe im Stall standen, befindet sich heute der neu gestaltete Speisesaal, direkt daneben arbeitet eine Schreinerei. Auf einem Ständer liegen Broschüren und Flyer aus: „Bio Partyservice - Tolles aus der Naturküche“ steht auf einem, „Hofkäserei Birkengrund“ auf einem anderen. Am unteren Rand der Hinweis: „...seit 19 Jahren gelebte Utopie“.

1986 erwarb eine Initiativ-Gruppe den heruntergekommenen Gutshof für 580 000 Mark. Die jungen Leute hatten sich zwei Jahre zuvor auf der Basis einiger Grundsätze zusammengeschlossen: „Zusammen leben und kollektiv arbeiten (möglichst ökologisch), Wirtschaften in und aus einem Topf, Entscheidungen nach dem Konsensprinzip, Abbau von kleinfamiliären und patriarchalischen Strukturen.“

Mittlerweile besteht die Arbeits-, Wohn- und Lebensgemeinschaft auf dem knapp 10 000 Quadratmeter großen Gelände aus 59 Erwachsenen und 19 Kindern. Vier Erwachsene sind außerhalb beschäftigt, der überwiegende Rest ist in den zwölf Arbeitsfeldern der Kommune aktiv - von der Baufirma bis zum landwirtschaftlichen Betrieb, von der Tagespflege bis zur Projektberatung.

Gründungsmitglied Uli Barth versteht unter „gelebter Utopie“ den Satz von Karl Marx, dass jeder nach seinen Fähigkeiten arbeiten und jeder nach seinen Bedürfnissen konsumieren soll. Löhne oder Gewinne gibt es denn auch bei der Kommune nicht, mitgebrachtes Vermögen von Neumitgliedern oder Einkünfte von außen werden vom Gemeinschaftstopf kassiert. Dafür bedient sich jeder für seine Konsumzwecke daraus, muss allerdings Anschaffungen von mehr als 150 Euro am Schwarzen Brett ankündigen. 50 000 Euro monatlich stehen dem kollektiven Haushalt aus den Betriebserlösen zur Verfügung, darüber hinaus die Nutzung von sieben Autos und Bahnnetzkarten sowie die Dienste der hauseigenen Betriebe - neben der Küche vor allem die Kindertagesstätte.

Ein paar Abstriche vom Ideal erzwingt die Praxis. So ist Diplom-Ingenieur Barth mit vier anderen Kommunarden für die Verwaltung zuständig. Den Grundsatz, dass jeder mal auf diesen Job rotieren soll, „haben wir nicht umgesetzt“, berichtet Barth, weil dort Kontinuität und Professionalität nötig seien und einer Machtanhäufung durch Transparenz entgegenwirkt werde.

Von der Selbstverwaltungs-Bewegung der 70er und 80er Jahre mit zeitweise mehreren hundert Alternativbetrieben ist nur ein harter Kern übrig geblieben: 35 bis 40 ähnlich organisierte Gruppen zählt das bundesweite Netzwerk der Kommunen - „wir sind aber die weitaus größte“, so Barth. Gründe für das Scheitern vieler Kollektive gebe es etliche: Hierarchisierung und Selbstausbeutung durch Gruppendruck, mangelnde Professionalität und Konkurrenz am Markt.

Konflikte gibt es natürlich auch in Niederkaufungen - etwa als Folge einer fehlenden Arbeitszeitregelung. „Wer rund um die Uhr malocht, sieht es manchmal kritisch, dass andere weniger machen“, beschreibt Barth einen gelegentlichen Streitpunkt auf dem wöchentlichen Plenum aller Mitglieder. Der Rat, den er solchen Kritikern gibt, widerspricht dem gängigen Leistungsprinzip: „Mach doch auch weniger!“

Während andere Kollektive ums wirtschaftliche Überleben kämpfen, wächst und investiert die nordhessische Kommune dank einer konsequenten ökologischen Nischenstrategie. So fertigt die Schreinerei Spezialmöbel für Behinderte. Gebaut wird gerade ein Tagespflegeheim auf dem Gelände.

Auch die Kommune will wachsen - jedoch nicht beim Umsatz, sondern bei der Kopfzahl. Zielgröße sind 100 Mitglieder. In den 19 Jahren Existenz sind aber auch zahlreiche Mitglieder wieder ausgestiegen. Sie erhalten zwar nicht ihr beim Eintritt abgegebenes Erspartes zurück, doch bekommen sie je nach Familiengröße und beruflicher Situation eine Abfindung, die etwa neun Monate lang zum Leben reicht.

## Deutsche vernetzen

**Am kommenden Wochenende treffen sich Globalisierungskritiker und Freunde der neuen Linkspartei zum ersten Sozialforum in Deutschland. von jesko bender**

Wenn Frieden und Gerechtigkeit sich küssen“, dann, ja dann, könnte man diesem Veranstaltungstitel hinzufügen, ist wieder Sozialforum. Dieses Mal findet es vom 21. bis 24. Juli in Erfurt statt und ist weder ein Weltsozialforum (WSF) noch ein Europäisches Sozialforum (ESF), sondern das erste „Sozialforum in Deutschland“. Zwar lassen Veranstaltungen wie die erwähnte eher eine Nähe zum rund vier Wochen später in Köln stattfindenden Weltjugendtag vermuten – wie auch jene über die „Erhaltung der Schöpfung“ oder die Frage, wer nun eigentlich die Welt regiert: „Gott oder Profit (Mammon)?“ Doch beim deutschen Sozialforum geht es um wesentlich mehr.

Die erwarteten 5 000 Teilnehmer können nach dem vorläufigen Programm knapp 600 Veranstaltungen und Workshops besuchen. Das vielfältige inhaltliche Angebot sei eine „prima Möglichkeit“ zur Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland, erklärt Steffen Kachel, der im Organisationsbüro für die Pressearbeit zuständig ist. „Gerade in Deutschland ist die Zusammenarbeit der vielen Gruppen und Initiativen sowohl inhaltlich als auch konzeptionell sehr zurückgeblieben.“ Aus diesem Grund sei das zunächst einmalig geplante deutsche Sozialforum trotz der bereits existierenden internationalen Pendanten sinnvoll. Das Weltsozialforum (WSF) fand bereits fünf Mal statt, das Europäische Sozialforum (ESF) trifft sich im Jahr 2006 zum vierten Mal.

Wesentliche Unterschiede zwischen den drei Varianten des Sozialforums gibt es nicht. Gerade darin liegt auch ein zentrales Problem. Die Sozialforen zeichnen sich durch eine nahezu grenzenlose inhaltliche Beliebigkeit aus. Fast alles und fast jeder, dem das Wort „Globalisierung“ Unbehagen bereitet, kann teilnehmen, ausgenommen Parteien und Faschisten.

Das Potpourri der für Erfurt angekündigten Veranstaltungen teilt sich in fünf Themengebiete, zu denen jeweils auch eine größere, prominent besetzte Konferenz stattfindet. Auf der Konferenz zum Schwerpunkt „Eine lebenswerte Welt – anders besser leben“ soll beispielsweise mit der Ethnologin und Soziologin Veronika Bennholdt-Thomsen von der Universität Bielefeld über die Frage diskutiert werden, was „wir von indigen-matriarchalen Gesellschaftsstrukturen lernen“ können. Andere Bereiche sind „EU-Europa: In welcher Verfassung sollte es sein?“, „Menschenrechte und Partizipation“ sowie „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. Auf der zentralen Veranstaltung zum Schwerpunkt „Arbeitswelt und Menschenwürde“ tritt der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, auf. Im Einleitungstext dazu heißt es: „In Zeiten anhaltender Wachstumsschwäche, besonders auf dem Binnenmarkt, muss der Staat die Verantwortung für mehr und bessere Arbeitsplätze übernehmen. Das ginge mit öffentlichen Investitionsprogrammen, gezieltem Wachstum des öffentlichen Beschäftigungssektors (...), verstärkter Beschäftigungsförderung und Arbeitszeitverkürzung.“ Besser könnte es die Wasg nicht formulieren.

Hat man sich halbwegs einen Überblick über das Programm verschafft, erscheint ein eigenes Sozialforum in Deutschland angesichts der offensichtlichen Tendenz zur Renationalisierung sozialer Bewegungen nur konsequent. Adressaten politischer Forderungen sind wieder mehr und mehr die einzelnen Staaten, wie sich nicht zuletzt in den Argumenten zeigte, mit denen die EU-Verfassung abgelehnt wurde. Gegen die Globalisierung zu sein, bedeutet auch beim deutschen Sozialforum häufig: zurück zur Nation und/oder den „Völkern“! Dementsprechend trifft man nicht selten auf hohe Erwartungen, die sich an das Bündnis aus PDS und Wasg richten. In der anlässlich des Forums gemeinsam von taz, junge Welt und Neues Deutschland produzierten Sonderbeilage frohlockt beispielsweise Arnold Schölzel, der Chefredakteur der jungen Welt, ob der „Panik“, die die guten Umfrageergebnisse des Linksbündnisses hervorriefen. Dem „politisch-medialen Komplex“ bleibe augenblicklich nichts anderes mehr übrig, als „fassunglos bis hysterisch“ Oskar Lafontaine und Gregor Gysi niederzumachen. Gerade deshalb könne das Sozialforum zu einem „Wendepunkt“ werden. Steht etwa die Vereinigung der Bewegung mit der Partei schon kurz bevor?

„Es gibt de facto viele Überschneidungen zum Linksbündnis“, sagt Roland Röder, Geschäftsführer der Aktion 3. Welt Saar, die sich an den ersten großen Sozialforen beteiligte. Er sieht in der Wasg „die inhaltliche Fortsetzung der Sozialforumsbewegung“ und meint das keineswegs positiv. Diejenigen, die sich aktiv an den Sozialforen beteiligten, propagierten nach wie vor ein dichotomes Weltbild, in dem es lediglich Unterdrückte und Unterdrücker, also Gut und Böse gebe. „Soziale Marginalisierung bedeutet nicht unbedingt überbordende Klugheit“, sagt er. Deshalb fuhr seine Gruppe bereits nicht mehr zum ESF nach London und wird auch am Sozialforum in Erfurt nicht teilnehmen.

Zurückhaltende Töne zum Linksbündnis sind jedoch ebenso zu vernehmen. Steffen Kachel begründet beispielsweise seine Vorbehalte mit der „Charta“ des WSF in Porto Alegre, die eine Mitarbeit von Parteien an den Sozialforen grundsätzlich ausschließt. Allerdings müsse man sich auch der „Gefahr der Instrumentalisierung von außerparlamentarischen Bewegungen“ durch Parteien bewusst sein.

Indessen arbeitet Eckart Spoo, Mitherausgeber der Zeitschrift Ossietzky, in der Co-Produktion der drei Tageszeitungen an einer Vertiefung politischer Flachheiten. Ein Sozialforum in Deutschland sei notwendig, „um uns von der Wirkung der Lügen zu befreien, mit denen wir in kleine und große Kriege getrieben werden“ und „um der Einschüchterungspropaganda

der Konzernmedien zu widerstehen“. Ihm sei ein Workshop der Schenker-Bewegung empfohlen: „Gewissenprüfung, Schenkende Liebe, einfaches Leben im Naturkreislauf, Pilgerschaft, Sozialarbeit, Dorffamilie“.

Topthemen der Sozialforumsbewegung bleiben jedoch Israel, Palästina und der Irak-Krieg. Obligatorisch sind auch in Erfurt Veranstaltungen wie etwa eine zur israelischen Sperranlage, die mit dem Titel „Stoppt die Mauer in Palästina“ jegliche abweichende Meinung ausschließt. Dem Irak widmet sich die „Initiative Internationales Tribunal der Völker“ gleich in einem ganztägigen „Hearing“. Darin sollen zahlreiche Referenten unter anderem ausloten, „inwiefern bewaffneter Widerstand im Irak durch das Recht zum Widerstand gegen Fremdherrschaft und Besetzung gedeckt“ ist. Einer von ihnen ist Joachim Guillard vom Antikriegsforum Heidelberg, der gleichzeitig verantwortlich für die Internetpräsenz der Initiative ist. Seine Meinung zu „militärischen Aktionen gegen die Besatzer“ wird er nicht müde zu betonen: Sie seien „selbstverständlich legitim“ (Jungle World 10/05). Wenn Frieden und Gerechtigkeit sich küssen, heißt es also Land gewinnen und auf keinen Fall mitknutschen!

**Jungle World, 19.7.05**

## **Angriff von innen**

**Ein bedingungsloses und Existenz sicherndes Grundeinkommen kann die Produktionsverhältnisse grundlegend verändern. von ronald blaschke und katja kipping**

In seinem Artikel „Placebo für den Widerstand“ polemisiert Ernst Lohoff gegen Linkskeynesianer und Befürworter des Grundeinkommens gleichermaßen. Lohoff zufolge ist nur eins notwendig: das Skandalisieren der grotesken Widersprüche des Kapitalismus. Damit enthüllt er vor allem sein Unverständnis für emanzipatorische und transformatorische Ansätze als Weg zu einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft. Er wagt nicht einmal den Versuch, Grundzüge einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu entwerfen bzw. Wege zur Transformation aufzuzeigen. Eine solche Form der Kapitalismuskritik verkommt leider schnell zu einer Trauerspielversion des Stückes „Warten auf Godot“. Und der kam bekanntlich nie. Ebenso wird die Gesellschaft jenseits des Kapitalismus nicht einfach über Nacht entstehen, weil man ordentlich skandalisiert hat.

Wir betrachten, im Gegensatz zu Lohoff, das Grundeinkommen als ein geeignetes Vehikel im Hinblick auf eine kapitalismuskritische Debatte sowie zur Thematisierung der Krise der Arbeit unter dem Kapitalverhältnis. Unserer Meinung nach hat das Grundeinkommen das Potenzial zu einem Projekt, welches von der Masse getragen werden und damit die Chance auf Verwirklichung haben wird. Es ist der Versuch einer positiven Antwort auf die Frage, wofür wir streiten, wenn wir die herrschenden Zustände kritisieren.

Das Grundeinkommen greift ganz real eine entscheidende Voraussetzung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen an – namentlich die Abhängigkeit derjenigen, die nicht über Produktionsmittel verfügen und nur ihre Ware Arbeitskraft anzubieten haben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Arbeitskraftanbieter und -anbieterinnen zwar nicht völlig aus dieser Abhängigkeit befreien, aber es würde sie in eine deutlich bessere Verhandlungs- und Gestaltungsposition versetzen, da sie nicht mehr zwingend auf den sofortigen Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen wären. So eröffnen sich neue Möglichkeiten für die Mitbestimmung hinsichtlich Zweck und Methode der materiellen Produktion, für das Erstreiten ökologischer Standards und höherer Löhne. Ein Grundeinkommen erleichtert weiterhin die Gründung von Genossenschaften oder anderen Formen der freien Assoziation und kann damit die Voraussetzung für eine allmähliche Vergesellschaftung der materiellen Produktion bieten. Insofern meinen wir: Das bedingungslose, die Existenz sichernde Grundeinkommen hat das Zeug dazu, den Kapitalismus von innen zu zerstören.

Wir knüpfen dabei auch an den Überlegungen von Karl Marx zur Selbstverwirklichung und Selbstbildung des Menschen an, wie er sie in der Analyse und Kritik der kapitalistischen Lohn-/Erwerbsarbeit entwickelte: „Das produktive Leben ist aber das Gattungsleben. Es ist das Leben erzeugende Leben. In der Art der Lebenstätigkeit liegt der ganze Charakter einer species, ihr Gattungscharakter, und die freie bewusste Tätigkeit ist der Gattungscharakter des Menschen.“

Marx unterscheidet zwischen Arbeit unter dem Kapitalverhältnis und freier bewusster Tätigkeit. Geschult an Hegel meint er zum einen, dass die Qualität der gegenständlichen Tätigkeit die Qualität des gegenständlich Tätigen und seines bewussten Seins ausmacht und umgekehrt. Zum anderen ist seiner Ansicht nach der Zweck der menschlichen Tätigkeit der Mensch selbst. Das heißt, eine von fremdem Willen und äußeren Zwecksetzungen, also auch eine zum Zwecke des Erwerbs geleistete Tätigkeit ist eine entfremdete Tätigkeit – und in dieser ist die Aneignung des Gattungscharakters, das bewusste Sein eines sich selbst bildenden und sich selbst verwirklichenden Wesens als Mensch nicht möglich. Free activity, not labour ist Marx' Vision. In der free activity ist der Tätige ein sich zugleich als Gattungswesen (re-)produzierendes Wesen. Diese freie produktive menschliche Tätigkeit kann so Lebensbedürfnis, Selbstgenuss und volle Entwicklung des Individuums sein. Free activity vollzieht sich in der „freie(n) Zeit, die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist“. Free time, das ist – anders als Freizeit im heutigen Sinne – für Marx die Zeit, „die nicht durch unmittelbar produktive Arbeit absorbiert wird, sondern zum enjoyment (Genießen), zur Muße, (also) zur freien Tätigkeit und Entwicklung Raum gibt“. Die Zeit ist der Raum für die Entwicklung der faculties (Fähigkeiten). In diesem Freiraum, schreibt Marx, „beginnt die

menschliche Kraftentwicklung, (...), das wahre Reich der Freiheit (...) Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“ Die Aufhebung der Entfremdung und die Verkürzung der im Reich der Notwendigkeit zu leistenden Arbeit ist daher eine wichtige Voraussetzung für die Selbstverwirklichung.

Zum Teil abgeleitet aus dieser Marxschen Vision sehen wir weitere Gründe, für ein Grundeinkommen zu streiten: Erstens sei auf seine die Arbeitszeit verkürzende Wirkung verwiesen. Ein Grundeinkommen gibt denjenigen, die auf Erwerbsarbeit freiwillig (partiell) zugunsten der Arbeitsuchenden verzichten, eine Grundentschädigung und ermöglicht somit ein solidarisches Verhalten von Vollzeitbeschäftigten gegenüber Arbeitsuchenden. Weil Lohnverluste darüber kompensiert werden, können die Erwerbstätigen partiell auf Erwerbsarbeitszeit verzichten, sei es in Form von Sabbatjahren, Teilzeitarbeit oder kollektiver Arbeitszeitverkürzung.

Zweitens gewährleistet das Grundeinkommen, dass kein Mensch aus der Not heraus eine untertariflich bezahlte Tätigkeit aufnehmen und prekäre Arbeitsbedingungen akzeptieren und damit anderen Erwerbstätigen unsolidarisch in den Rücken fallen muss.

Drittens ist anzuführen, dass Kapital und Lohnarbeit auf vielen verschwiegenen Tätigkeiten und Leistungen basieren: Sorge-, Erziehungs-, Bildungs-, Kommunikations- und Organisationstätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit. Das heißt, die eigentliche Basis der bezahlten Erwerbsarbeit und der Mehrwertaneignung wäre durch ein Grundeinkommen zumindest in Ansätzen entgolten.

Darüber hinaus ist ein Grundeinkommen, viertens, die adäquate Antwort auf die Produktivkraftentwicklung selbst. In wachsendem Maße stellen Intelligenz, Kommunikation, Kreativität und Wissen die größte Produktivkraft dar. Diese generiert sich aber jenseits der Arbeit bzw. der Arbeitszeit. Deswegen kann die individuelle Arbeitszeit immer weniger das Maß der Arbeit und des damit verbundenen Einkommens sein. Auch kann das in den Mensch-Maschine-Organisations-Komplexen generierte kulturelle Wissen weniger einer individuellen Wertschöpfung zugerechnet werden. Je weniger aber die unmittelbare Arbeit bzw. Arbeitszeit Maß des Einkommens sein kann, desto mehr müssen sich Arbeit bzw. Arbeitszeit und Einkommen entkoppeln; es muss also ein Grundeinkommen gezahlt werden.

In der Tendenz ist das bedingungslose Grundeinkommen ein Phänomen der sich real vollziehenden Aufhebung des klassischen Wertgesetzes und der daran angelehnten Verteilung: Nicht mehr der während der Arbeitszeit erarbeitete Wert ist das Maß der künftigen Verteilung von Zahlungsmitteln, wie auch Preise nicht mehr den abstrakten Tauschwert der Ware spiegeln. Einkommen und Preise sind nunmehr Spiegel des gewählten Konsum-, Zivilisations- und Lebenskonzepts der Gesellschaft und ihrer Mitglieder.

Uns geht es, fünftens, um das Recht auf die frei gewählte, aktive Teilnahme an der Gesellschaft – um die Möglichkeit, dass jede und jeder die gesellschaftliche Entwicklung, ob nun in der Arbeits- oder Lebenswelt, mitgestalten kann. Und es geht uns um die Entfaltung der Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen und das „Recht auf Autonomie, die deren produktive Funktion transzendiert und Selbstzweck ist“, wie André Gorz schreibt.

Ein bedingungsloses, die Existenz sicherndes Grundeinkommen steht für eine andere Gerechtigkeit, die die falsche Logik, wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen, durchbricht. Es steht dafür, unterschiedliche Lebensstile als gleichwertig anzuerkennen. Und für diese Gerechtigkeit wollen wir hier und jetzt streiten, gerade angesichts von Hartz IV und globaler imperialer Politik. Das Grundeinkommen ist ein Weg zu mehr Gerechtigkeit und der Ansatz zu einer demokratischen Aneignung des materiellen und gesellschaftlichen Lebens.

Natürlich gibt es keine Garantie dafür, dass mit der Einführung des Grundeinkommens der Kapitalismus überwunden wird. (Mal davon abgesehen, dass wir skeptisch gegenüber solchen Projekten sind, die nicht über den nationalstaatlichen Tellerand schauen.) Aber in einer Gesellschaft, in der ein Grundeinkommen erstritten wurde, sind die Voraussetzungen für eine grundlegende Transformation der Gesellschaft deutlich besser (unnötig zu erwähnen, dass dies unserer Meinung nach nur auf demokratischem Wege vonstatten gehen kann).

Hinzu kommt, dass wir die Qualität von Kapitalismuskritik nicht nach ihrer Lautstärke, sondern nach ihrer Wirksamkeit und Überzeugungskraft bemessen. Aus diesem Grunde beteiligen wir uns an den Debatten des Basic Income Earth Network (BIEN), organisieren den ersten deutschsprachigen Kongress zum Grundeinkommen in Wien sowie einen Jugendkongress zum Wandel in der Arbeitswelt und zum Grundeinkommen. Auch werden wir auf dem Sozialforum in Deutschland (siehe Seite 9) für das Grundeinkommen werben. Dies alles erscheint uns kapitalismuskritischer zu sein, als mit herunterhängenden Mundwinkeln vergeblich auf Godot zu warten.

Ronald Blaschke ist Sprecher des Netzwerkes Grundeinkommen ([www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)) sowie der Sächsischen Armutskonferenz. Katja Kipping ist Sprecherin des Netzwerkes Grundeinkommen und stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.

## „Nicht ohne Arbeiterklasse“

**Warnstreik bei der Mineralbrunnen Oberselters. Erfahrungen sollen ins Sozialforum in Erfurt einfließen. Ein Gespräch mit Jürgen Hinzer**

**\* Jürgen Hinzer ist Gewerkschaftssekretär bei der NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten), Verwaltungsstelle Rhein-Main. Er hat Dienstag früh einen Warnstreik organisiert und wird am kommenden Wochenende für seine Gewerkschaft am Deutschen Sozialforum in Erfurt teilnehmen**

**Interview: Hans-Gerd Öfinger**

F: Sie haben gestern den 124. Streik in Ihrer Laufbahn geführt. Was waren die Hintergründe des Arbeitskampfes?

Wir haben die Mineralbrunnen Oberselters in Bad Camberg (Taunus) bestreikt, die bis vor drei Jahren im Besitz der Stadt Bad Camberg waren und dann mehrheitlich von den Frankenbrunnen übernommen wurden. Seit zwei Jahren herrscht in dem Betrieb ein tarifloser Zustand. Vor wenigen Wochen endeten die Gespräche über unsere Forderung nach einem Anerkennungstarifvertrag ergebnislos. Die Geschäftsleitung will den Urlaub um eine Woche kürzen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Lohnzuschläge absenken, zwei Stunden unbezahlte Mehrarbeit pro Woche und die Einkommen um zehn Prozent reduzieren. Am Sonntag beschloß eine betriebliche NGG-Mitgliederversammlung den befristeten Warnstreik, der am Montag von fünf bis neun Uhr gedauert hat.

F: Hat der Warnstreik schon Wirkung gezeigt?

Es war eindrucksvoll, daß in diesem 43 Beschäftigte zählenden Betrieb nicht nur die Arbeiter, sondern auch Angestellte, Außendienst und Leiharbeiter mitgestreikt haben. Jeder dritte Streikende war übrigens ein ehemaliger DDR-Bürger, der auf der Suche nach Arbeit übergesiedelt ist. Die Geschäftsleitung hat bis Mittwoch Zeit. Zeigt sie uns weiter die kalte Schulter und rückt nicht von ihrem Horrorkatalog ab, so regieren wir unverzüglich mit Urabstimmung und längerem Arbeitskampf.

F: Wie hat sich die Kampfbereitschaft dieser Belegschaft entwickelt?

So etwas kommt nicht per Knopfdruck und nicht ohne gründliche gewerkschaftliche Betreuung. Dabei ist es wichtig, auf die Nöte der Kollegen einzugehen. Viele haben Angst, daß sie durch Leiharbeiter verdrängt werden, die nur halb soviel verdienen. Außerdem entgehen jedem Kollegen bis zu 9000 Euro im Jahr, wenn der Tarifvertrag nicht mehr gilt. Wir wollen den Flächentarifvertrag verteidigen, aber müssen uns jetzt zunehmend einem Häuserkampf stellen.

F: Die Arbeiterklasse wird in harte Defensivkämpfe gezwungen. Was muß geschehen, damit sich das wieder ändert? Welche Botschaft nehmen Sie nach Erfurt mit?

Auf jeden Fall die Tarifverträge verteidigen! Wenn wir nicht einmal das schaffen, kriegen wir auch keine Offensivkämpfe hin. Eine erfolgreiche Verteidigung stärkt den Kollegen den Rücken, so daß sie dann wieder in die Offensive gehen können. So entwickelt sich Bewußtsein. Um den Tee zu kochen, muß man das Wasser erst mal heiß machen. Wer die Gesellschaft ändern will, muß verstehen: Ohne die Arbeiterklasse in den Betrieben geht gar nichts. Wir brauchen eine realistische Einschätzung der Lage in den Betrieben und müssen sehen, wie die Arbeiterklasse ist und nicht, wie man sie sich wünscht.

F: Im Wahlkampf gehen Schröder und die SPD mit ihrem Nein zur Besteuerung von Nacht-, Sonntags- und Feiertagszuschlägen hausieren. Wie reagieren Ihre Kollegen darauf?

Die Kollegen erkennen das als Wahlkampfgesäusel. Den Schröder nehmen die Kollegen nicht mehr ernst. Er hat sieben Jahre Zeit gehabt, um den Sozialstaat auszubauen statt abzubauen. Auch hier ist die Linkspartei für die Kollegen ein Thema.

## Erstes deutsches Sozialforum in Erfurt

Von Christian Schneider, dpa

Erfurt (dpa) - Ein halbes Jahr nach dem Weltsozialforum in Brasilien wagen Globalisierungskritiker in dieser Woche erstmals ein deutschlandweites Treffen. Beim „Sozialforum in Deutschland 2005“ in Erfurt will ein buntes Spektrum linker Gruppen von Donnerstag an auf mehr als 340 Veranstaltungen in vier Tagen ihre Themen vorstellen: Folgen der Globalisierung für die Arbeitswelt, Nord-Süd-Konflikte, Menschenrechte, EU-Verfassung oder neue Lebensformen im Alltag.

Ende Januar hatten sich in Porto Alegre rund 120 000 Menschen unter dem Motto „Eine bessere Welt ist möglich“ getroffen. Zu ihren Hauptforderungen gehörten eine Weltsteuer gegen Hunger und Elend, die Abschaffung von so genannten Steuerparadiesen, Schuldenerlass für die ärmsten Länder sowie die Garantie der Trinkwasserversorgung für die Menschheit. Beim deutschen Treffen finden sich an der Spitze Themen wie Hartz IV, unsichere Arbeitsverhältnisse oder Mindestlohn.

Doch trotz der Aufmerksamkeit dafür durch Vorwahlkampf und Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) stellen sich die Organisatoren nicht auf einen Ansturm ein. Das örtliche Team hält an der Schätzung von 5000 Teilnehmern fest. Doch Hugo Braun, für die globalisierungskritische Bewegung Attac im Vorbereitungskreis, will sich ausdrücklich nicht darauf festlegen. Natürlich wolle das Forum auch „normale Menschen“ erreichen und zum Mitmachen bewegen. „Doch das wesentliche ist, dass Menschen und Gruppen zueinander kommen, die sich bisher nicht kannten und nicht miteinander geredet haben.“

Selbst das stößt aber auf Schwierigkeiten. Für zahlreiche Themen haben verschiedene Gruppen jeweils eigene Veranstaltungen angemeldet und sich nicht zum Zusammengehen bewegen lassen. Deshalb beschäftigen sich nun der „Donnerstagskreis Berlin“ oder eine brandenburgische Abwasserinitiative genauso mit dem Thema Wasser wie eine Gruppe weiterer Initiativen.

Das sei aber Grundprinzip der Foren: „Das gibt ein Spiegelbild der Zivilgesellschaft im linken Spektrum“, sagt Braun. Es ist je nach Standpunkt bunt oder zersplittert. Der „Arbeitskreis Postautistische Ökonomie“ untersucht die „Macht der Konzerne“, der DGB fordert „Bürgerversicherung statt Kopfpauschale“, und Attac beschäftigt sich unter anderem mit Alternativen zwischen Karriere und Aussteigertum oder der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Die meisten Adressaten der Kritik fehlen aber. Im Gegensatz etwa zu Kirchentagen setzen die Sozialforen nicht auf kontroverse Diskussionen und dulden nach ihrer Charta keine Repräsentanten von Parteien. Die pragmatische Formel heißt aber: „Als Personen sind sie willkommen.“ Auch offizielle Erklärungen darf ein Forum nicht abgeben. Deshalb gibt es in Erfurt zum Schluss eine „Versammlung sozialer Bewegungen“, die eine Erklärung formuliert.

(Internet: [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de) )

## „Vorbereitung auf Sozialforum läuft auf Hochtouren“

**In Erfurt werden bis zu 5 000 Teilnehmer erwartet. Reger Zuspruch aus den Gewerkschaften. Ein Gespräch mit Matthias Plhak**

**\* Matthias Plhak ist beim Landesverband Thüringen des DGB für Organisation und Finanzen zuständig und hilft bei der Vorbereitung des Erfurter Sozialforums**

### **Interview: Wolfgang Pomrehn**

F: Morgen beginnt das erste bundesweite Sozialforum. Wie laufen die Vorbereitungen in Erfurt?

Auf Hochtouren. Am vergangenen Freitag wurde das Organisationsbüro im Gewerkschaftshaus eingerichtet, am Wochenende haben wir 12 000 Exemplare der Forum-Zeitung in Erfurt verteilt, um die Stadt auf das Treffen einzustimmen. Wir haben mittlerweile einen Pool von etwa 120 Helferinnen und Helfern, die den Teilnehmern des Forums bei der Orientierung zur Seite stehen sollen.

Wie viele Anmeldungen gibt es bisher?

Das ist etwas unübersichtlich. Das Problem ist, daß das Anmeldeverfahren auf der Homepage [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de) zu kompliziert ist. Mittlerweile haben sich etwa 1100 angekündigt. Viele Gewerkschafter kommen mit Bussen. Insgesamt rechnen wir mit bis zu 5000 Teilnehmern.

F: Wo werden die alle übernachten?

Wir haben Plätze in Schulen und Turnhallen organisiert, und wir kooperieren mit einem Zeltplatz in der Nähe von Erfurt.

F: Wie ist das Forum organisiert? An einem zentralen Ort oder über die Stadt verteilt?

Es spielt sich alles in mehreren Schulen und an anderen Veranstaltungsorten ab, das heißt nicht zentral. Aber es gibt auf dem Domplatz ein großes Veranstaltungszelt als zentralen Anlaufpunkt. Dort finden auch die Eröffnungs- und Abschlußveranstaltung sowie alle großen Konferenzen statt. Das Zelt faßt 1000 bis 1200 Zuhörer. Die Seminare und Workshops finden an zehn verschiedenen Punkten in der Stadt statt, wobei wir uns bemüht haben, thematisch verwandte Veranstaltungen räumlich beieinander unterzubringen. Die Teilnehmer sollen die Möglichkeit haben, sich auszutauschen, denn der Vernetzungsgedanke ist ein ganz wichtiges Element des Sozialforums.

F: Wenn man sich die Podien der geplanten Konferenzen ansieht, das heißt die vorbereiteten großen Diskussionsrunden, dann bekommt man den Eindruck, daß ein akademischer Grad die Voraussetzung für die Teilnahme ist. Wird da nicht eher über die sozialen Bewegung als von dieser diskutiert?

Ich denke, daß der Vorbereitungskreis bei der Zusammensetzung der Podien darauf geachtet hat, daß die Vortragenden auch etwas zu sagen haben.

F: Wie finanziert sich das Forum?

Zum einen durch die Besucherinnen und Besucher. In dem Teilnahmebeitrag von 50 Euro für Normalverdiener und 20 Euro ermäßigt sind auch Übernachtung und Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel enthalten. Außerdem entrichten die Veranstalter der Workshops und Seminare eine geringe Gebühr. Schließlich haben sich Organisationen wie die Gewerkschaften und ATTAC bereit erklärt, Zuschüsse zu zahlen. Nicht zuletzt ist auch die Stadt Erfurt sehr kooperativ, indem sie uns die Räume zur sehr günstigen Konditionen zur Verfügung stellt.

## Sozialforum: Von Porto Alegre nach Erfurt - (Hintergrund)

Erfurt (epd). Das erste Sozialforum in Deutschland, das vom 21. bis 25. Juli in Erfurt tagt, steht in einer internationalen Tradition: Im Jahr 2001 kamen Globalisierungskritiker aller Kontinente im brasilianischen Porto Alegre erstmals zu einem Weltsozialforum zusammen. Das offene Treffen sozialer Bewegungen war als Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum in Davos angelegt, das als elitärer Club von mächtigen Konzern- und Regierungschefs kritisiert wurde. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ versammelten sich seither zu Beginn eines jeden Jahres Umweltschützer, Menschenrechtler, Kleinbauern, Frauenrechtlerinnen, Gewerkschafter und Friedensaktivisten.

Porto Alegre, die von der brasilianischen Arbeiterpartei regierte Hafenstadt mit einer vorbildlichen Bürgerbeteiligung, wurde zum Symbol des Aufbruchs: Vier Mal tagte das Welttreffen dort - und einmal, 2004, im indischen Bombay (Mumbai). Die Teilnehmerzahlen wuchsen von 15.000 auf mehr als 100.000.

In Europa hat es regionale Sozialforen bisher in Florenz, Paris und London gegeben. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand Kritik am Irak-Krieg und am Militarismus sowie an der neoliberalen Globalisierung und den herrschenden Welthandelsstrukturen. Großen Raum nahmen auch wirtschaftliche, soziale und politische Menschenrechte ein. Zudem tauschten sich Aktivisten aus Deutschland, Indien und Südamerika über ihren Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung aus.

Das Weltsozialforum versteht sich als Bewegung und bekennt sich in einer Charta zu Toleranz, Gewaltfreiheit, Demokratie, Menschenrechten und Pluralismus. Es will sozialen Bewegungen Raum bieten, sich zu Wort melden und Bündnisse eingehen. Das Weltsozialforum beansprucht aber nicht, die Stimme der weltweiten Zivilgesellschaft zu sein und fasst selbst keine Beschlüsse.

Feste Strukturen werden auf ein Minimum begrenzt. Der „Internationale Rat“ des Weltsozialforums, der mehr als 100 Mitglieder hat, beschloss, 2006 kein zentrales Welttreffen abzuhalten, sondern regionale Sozialforen in den verschiedenen Kontinenten, darunter 2006 in Athen. Das nächste Weltsozialforum ist 2007 in Afrika geplant.

In Erfurt werden unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ 5.000 Teilnehmer erwartet, die sich unter anderem mit der Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform in Deutschland auseinandersetzen. Arbeitswelt, Globalisierung, Menschenrechte und Anders Leben lauten die vier angekündigten Themenblöcke. Das Sozialforum dürfte auch vom Wind des Wahlkampfs erfasst werden, wenn Bundespräsident Horst Köhler vorgezogene Neuwahlen im September ankündigt.

„Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen“, erklärten die Initiatoren. Die Veranstalter, ein breites Bündnis von Vereinen, Verbänden, Initiativen, darunter das Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“, erhoffen sich eine kreative Werkstatt für politische Ideen und Aktionen. Auch ökumenische Gottesdienste finden sich im Programm.

Die Sozialforen sind nicht als Bühne für Parteipolitiker, Machthaber, und Spitzenfunktionäre gedacht, die dennoch gelegentlich auftreten. Der brasilianische Staats- und Regierungschef Luiz Inácio Lula da Silva, der anfangs als linker Hoffnungsträger bejubelt wurde, erntet inzwischen in Porto Alegre deutliche Kritik. Nun fliegt er regelmäßig zum Weltwirtschaftsforum im noblen Schweizer Kurort Davos weiter.

Informationen im Internet: [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de)

epd, 20.07.05

## **Sozialforum Deutschland setzt auf außerparlamentarische Bewegung**

Erfurt (epd). Die Initiatoren des Sozialforums in Erfurt erwarten vom ersten bundesweiten Treffen sozialer Initiativen nachhaltige Impulse für eine neue außerparlamentarische Bewegung. Die Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen sei „beträchtlich“, sagte der Sprecher des Forums, Hugo Braun, am Mittwoch vor Journalisten in Erfurt. Mit rund 350 Seminaren und Workshops gebe das Forum vom 21. bis 24. Juli in der Thüringer Landeshauptstadt „den Veränderungswilligen eine Stimme“.

Alternativen zur aktuellen Politik mit ihren Auswirkungen wie Hartz IV und Rentenkürzungen seien unerlässlich, so Braun. Um eine breite Bewegung für dieses Ziel zu erreichen, müssten über das Forum hinaus in der Zivilgesellschaft „so viele Menschen wie möglich“ einbezogen werden. Zugleich schloss Braun eine Zusammenarbeit des Sozialforums mit politischen Parteien aus. Es werde „sicherlich einen Dialog geben, aber keine Kooperation“, betonte er unter Hinweis auf die Mitarbeit der „Wahlalternative soziale Gerechtigkeit“ im Forum.

Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ rechnen die Veranstalter mit insgesamt rund 5.000 Teilnehmern. „Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen“, hieß es. Als thematische Schwerpunkte sind die Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform in Deutschland sowie Fragen der Globalisierung, der Menschenrechte, der Arbeitswelt und des Lebensstils angekündigt.

Das Sozialforum wird von einem breiten Bündnis von Vereinen, Verbänden und Initiativen veranstaltet. Neben Gewerkschaften gehört dazu auch das Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“.

AFP, 20.07.05

## **Tausende Teilnehmer zu erstem Sozialforum Deutschland erwartet**

Erfurt, 20. Juli (AFP) - Zum ersten Sozialforum in Deutschland werden ab Donnerstag (18.00 Uhr) in Erfurt mehrere tausend Teilnehmer erwartet. Bis zum Sonntag sind eine Vielzahl von Kulturveranstaltungen, Vorträgen und Diskussionsrunden geplant. Im Mittelpunkt des Treffens, das von Gewerkschaften, Umweltsorganisationen und dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac unterstützt wird, stehen die Themen Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Frieden, Menschenrechte und Umwelt. Die Organisatoren erwarten darüber hinaus Debatten über die Rolle der neuen Linkspartei und die weitere außerparlamentarische Arbeit nach der geplanten Bundestagswahl. Es ist das erste Treffen dieser Art in Deutschland. Bisher gab es mehrere Weltsozialforen und Veranstaltungen auf europäischer Ebene.

dpa, 20.07.05

## **Erstes deutsches Sozialforum beginnt in Erfurt**

Erfurt (dpa) - In Erfurt beginnt heute (Donnerstag) das erste Sozialforum in Deutschland. Es greift das Konzept der weltweiten und europäischen Treffen von Globalisierungskritikern auf. Zu den Schwerpunkten gehören aber auch soziale Themen wie Hartz IV und Arbeitslosigkeit. Zahlreiche Gruppen aus dem linken Spektrum wollen bis Sonntag auf 340 Veranstaltungen ihre Themen vorstellen. Das Forum versteht sich als außerparlamentarische Bewegung, die sich scharf von Parteien abgrenzt. Erwartet werden bis zu 5000 Teilnehmer.

## Basar gegen den Neoliberalismus

**In Erfurt trifft sich das erste Sozialforum in Deutschland, um zu überlegen, wie eine andere Republik möglich wird**

VON BERNHARD HONNIGFORT (ERFURT)

Treffen die Schätzungen der Veranstalter zu, dann wird in den nächsten Tagen ein illustres Völkchen über Erfurt hereinbrechen. In Thüringens Landeshauptstadt findet das erste Sozialforum in Deutschland statt, man rechnet mit 5000 Teilnehmern.

Die Idee dazu ist ein paar Jahre alt und eine Kopie aus Brasilien: Dort fand 2001 in Porto Alegre erstmals das Weltsozialforum statt, zu dem sich Umweltaktivisten, Globalisierungsgegner, Gewerkschafter, Linke, Feministinnen und Christen trafen, um über mögliche Strategien gegen Neoliberalismus und Globalisierung zu diskutieren. Ihr Motto: „Eine andere Welt ist möglich.“

Nun also erstmals Deutschland, Erfurt. In vier Tagen 329 Vorträge, Diskussionen, Aktionen, mehr als 250 Veranstalter, fünf große Konferenzen. In Zelten, Schulen, Turnhallen, auf der Straße. „Alles, was hier stattfindet, ist von engagierten Menschen vorbereitet worden, denen das Schicksal dieser Welt und dieses Landes nicht egal ist und die es denen da oben nicht überlassen wollen, die Dinge zu richten“, heißt es im 24-seitigen Programmheft.

Nicht nur eine andere Welt, auch ein anderes Deutschland muss möglich sein, meinen die Veranstalter. „Die da oben“ - damit meinen sie jene, die glaubten, „ihnen gehöre dieses Land“. Das seien jene, welche auf Löhne, Renten und die Lebenslage „unserer Kinder“ einen Angriff starteten und mit Hartz IV den „Arbeitsdienst“ wieder eingeführt hätten. Außerdem auch diejenigen in Deutschland, die den Krieg wieder zu einem „normalen Mittel“ der Politik gemacht hätten.

Ziemlich unten in der Beliebtheitsskala: die deutschen Unternehmerverbände, welchen unterstellt wird, sie verträten die Ansicht: „Der Staat soll lieber Gefängnisse finanzieren als Studienplätze.“

Dagegen will man vorgehen in Erfurt. „Gegen die breite Front des neoliberalen Einheitsdenkens“, wie es im Programm heißt. Man will „gegen die Gleichschaltung der Medien, gegen die scheinbare Alternativlosigkeit eine breite Front derer aufbauen helfen, die sich eine bessere Welt vorstellen können“.

Der Bogen der gut 250 Veranstalter aus der politischen Linken ist so weit gespannt wie das Spektrum der einzelnen Veranstaltungen gefächert ist. Von der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung über Attac und IG Metall ist alles dabei: die Grüne Liga Thüringen, Amnesty International, „Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung“, Ökosozialisten, Spiritisten, Antifaschisten, Ostermarschierer, die Marx-Engels-Stiftung, das Erfurter Mädchenprojekt, der „Interessenverband dezentrale Abwasserbehandlung Oder/Spree“, ein „Kämpferischer Frauenrat“, Pax Christi, Terre des Hommes, die Gruppe „Oihuka“ der „Baskischen Solidarität“, die Herrnhuter Brüdergemeinde und Verdi.

Ausdrücklich nicht erwünscht sind Profi-Politiker. Vor allem solche nicht, „die Krieg und bewaffneten Kampf predigen, Völkerhass verherrlichen und die Gleichheit der Menschen leugnen“. Also spricht auch kein Regierender am Donnerstagabend bei der Eröffnung - weder Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus noch Erfurts Oberbürgermeister Manfred Ruge (beide CDU), sondern Hans Herrmann Hoffmann von der Arbeitsloseninitiative Thüringen.

Auf dem Sozialforum sollen Alternativen zur gegenwärtigen Politik und Wirtschaft ausgelotet, aber ausdrücklich keine Beschlüsse gefasst werden. Es ist eine Art Basar gegen den Neoliberalismus, auf dem ein jeder sein Rezept anpreisen kann.

In den unüberschaubar vielen Vorträgen und Debatten geht es oft einerseits stark ins Grundsätzliche. Sie drehen sich um die „Diktatur der Finanzmärkte“, die nötige „Neugestaltung der Welt“ oder die Fragen, ob es zum Geld und zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung keine Alternativen gibt.

Andererseits geht es auch sehr ins Konkrete. Am Freitagvormittag untersucht das Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen beispielsweise, wer an neuen Turnschuhen verdient und was ein in Deutschland verspeister Burger mit Kleinbauern in Brasilien zu tun hat. Gleichzeitig wirft ein „Biologisch-Veganes Netzwerk“ andernorts die Frage auf, ob Revolutionärinnen auch revolutionär essen müssen.

## **Kasten: Sozialforen**

Das Sozialforum ist eine politisch noch junge Form. Es ist keine feste Organisation, keine Partei, kein Parteienbündnis. Es gibt keine Vorsitzenden oder Sprecher, nur das zeitlich befristete Forum selbst und seine Regeln.

Es ist eine Plattform für engagierte linke Gruppen jenseits des Parteienspektrums. Es fasst keine Beschlüsse, sondern bietet allen Teilnehmern Raum für Diskussion sowie Möglichkeiten, sich mit anderen Gruppen zu vernetzen.

Im Kern richten sich die Sozialforen gegen Globalisierung und Neoliberalismus. Die Forums-Bewegung nahm ihren Anfang 2001 im brasilianischen Porto Alegre mit dem ersten Weltsozialforum. In den folgenden Jahren organisierten sich auch europäische Foren: 2002 in Florenz, 2003 in Paris, 2004 in London. Das nächste soll im April 2006 in Athen stattfinden. bho

## **Kasten: Porto Erfurt**

Am heutigen Donnerstag beginnt um 18 Uhr in Erfurt das erste Sozialforum Deutschlands.

Zur Eröffnung sprechen im Festzelt am Domplatz Moema Miranda vom Weltsozialforum Porto Alegre, Sotiris Kontogianis vom Europäischen Sozialforum Athen und Hans Herrmann Hoffmann von der Arbeitsloseninitiative Thüringen.

Es folgt der musikalisch unterlegte Aufruf „Lasst uns die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen“. Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ rechnen die Veranstalter bis Sonntag mit bis zu 5000 Teilnehmern. „

Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen“, heißt es. Eine Zusammenarbeit des Forums mit politischen Parteien wird ausgeschlossen. Es werde „sicherlich einen Dialog geben, aber keine Kooperation“, heißt es weiter unter Hinweis auf personelle Überschneidungen mit dem neuen Linksbündnis.

Mehr als 250 Veranstalter tragen zum Programm bei. Thematische Schwerpunkte sind die Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform in Deutschland sowie Fragen der Globalisierung, der Menschenrechte, der Arbeitswelt und des Lebensstils.

„Links als kultureller Wert“ ist der Titel einer Veranstaltung, die der Frage nachgeht, warum sich die Linke häufig in der Defensive wiederfindet. „Wie weiter mit den sozialen Bewegungen?“, heißt die zentrale Frage am Sonntag auf dem Domplatz.

Der abschließenden „Versammlung sozialer Bewegungen“ von 11.30 bis 13.30 Uhr soll eine konsensfähige Erklärung vorliegen. Neben inhaltlichen Positionierungen soll es auch um gemeinsame künftige Aktivitäten gehen. FR/epd

## **Frankfurter Rundschau, 21.7.05**

### **Sozialforum will Bewegung in die Politik bringen**

Das erste Sozialforum in Deutschland beginnt am heutigen Donnerstag in Erfurt. Von dem viertägigen Treffen erhoffen sich die Veranstalter nachhaltige Impulse für eine neue außerparlamentarische Bewegung. Mit hunderten Seminaren und Workshops gebe das Forum „den Veränderungswilligen eine Stimme“.

## Getrennte Wege, denn die Ziele sind nicht deckungsgleich

**Soziale Bewegungen und Linkspartei - geht das in Erfurt zusammen? Eher nicht, denn den einen geht es um ein breites Protestpotenzial, den anderen ist das Wählerpotenzial wichtiger.**

VON MARKUS BRAUCK

Die Linke macht wieder von sich reden. Zumindest parteipolitisch. Sie rauft sich zusammen - irgendwie. Sie hat mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi zwei Trümpfe im Medienwahlkampf. Sie drängt mit Macht ins Parlament und macht die anderen Parteien nervös. Also alles Friede, Freude, Weltrevolution?

Parteien sind beim Erfurter Sozialforum nicht zugelassen. Angelehnt an die „Charta von Porto Alegre“ sollen sich dort soziale Bewegungen treffen, sich vernetzen und gemeinsam Kraft entwickeln. Doch die Linkspartei wird in den Diskussionen stets präsent sein. Schließlich geriert sie sich globalisierungskritisch und wäre nach der Wahl irgendwie gern auch das parlamentarische Sprachrohr der sozialen Bewegungen. Doch die tun sich schwer damit.

Einerseits verfügen sie - so unterschiedlich die einzelnen Gruppen sind - über ein ordentliches Maß an Skepsis gegenüber den Parteien. Das hat sich schon bei der Wahlalternative WASG gezeigt. Die Vertreter der globalisierungskritischen Bewegungen waren dort gern gesehen, allerdings weniger gern gehört. Vor allem dann, wenn sie davor warnten, alle politische Energie allein auf den Einzug in Parlamente zu konzentrieren. Unter einer starken Linken verstanden sie viel eher eine Vernetzung der außerparlamentarischen Gruppen als eine Vereinigung von Parteien. Doch letztlich konnten sie sich nicht durchsetzen. Der Mehrheit der Wahlalternative war Wählerpotenzial wichtiger als Protestpotenzial.

Andererseits sehen manche in den glücklichen Umfragewerten der neuen Linkspartei auch ein Signal dafür, dass ihre Werte wieder stärker ernst genommen, ja überhaupt erst wieder wahrgenommen werden. Wozu etwa die Überzeugung gehört, dass sozial mehr ist als das, was Arbeit schafft.

Doch trotz mancher gemeinsamer politischer Grundüberzeugungen - oder oft auch nur dem Grundgefühl, irgendwie zum gleichen Lager zu gehören - werden Linkspartei und soziale Bewegungen letztlich getrennte Wege gehen. Zum einen, weil ihre Ziele keineswegs immer so deckungsgleich sind, wie es gerade den Parteipolitikern scheinen will. Zum anderen, weil sie ihre Ziele auf ganz anderen Wegen anstreben. Hauptsächlich aber, weil sich politischer Erfolg bei beiden ganz anders misst.

Ein medienuntauglicher Prozess

Während Parteien nach institutioneller Festigkeit streben, liegt die Chance der sozialen Bewegungen darin, für bestimmte Anliegen eine große Zahl von Menschen zu begeistern. Auch solche, die niemals eine Linkspartei wählen würden. So etwas schlägt sich dann nicht nur in Demonstrationen nieder - etwa gegen die Hartz-Gesetze, etwa gegen den Irak-Krieg - , sondern eben auch in Bewusstseinswandel, um es mit einem ebenso belächelten wie präzisen Wort zu sagen.

Das ist ein langwieriger, oft öder Prozess. Er ist selten medientauglich, und er steht immer in Gefahr, durch radikales Sektierertum an den Rand gedrängt zu werden. Auch Erfurt wird kein Fest werden. Dazu sind die sozialen Bewegungen in Deutschland zu schwach, fehlt ihnen eine breite Basis. In Erfurt wird sich auch zeigen, wie zersplittert die globalisierungskritische Linke ist. Wie weit entfernt voneinander etwa die IG Metall und Attac sind. Schließlich wird hier nichts, was sich sperrt, durch einen Wahltermin zusammengezwungen.

Das Sozialforum ist kein Parteitag. Es wird entsprechend auch kein Wahlprogramm geschrieben. Einerseits wird mancher Teilnehmer diesen Umstand zu endloser Rede nutzen, zu Scheindebatten und dergleichen. Andererseits liegt darin auch die Chance, sich selbst keine falschen Hoffnungen zu machen über die eigene Größe und anderen keine leeren Versprechungen zu geben.

PORTRÄT

## Einsteigerin

VON ANTJE HILDEBRANDT (BERLIN)

Das Leben in einer WG ist kein Picknick. Wer sich jemals mit seinen Mitbewohnern um das letzte Blatt Klopapier gezannt hat, kann das unterstreichen. Es gibt allerdings auch Menschen, die in der WG keine bloße Zweckgemeinschaft sehen. Die sich ernsthaft vorgenommen haben, das Zusammenleben mit einer Wahlfamilie bis ins Greisenalter auszudehnen. Eine davon ist Barbara Stützel. Jahrgang 1966. Diplom-Psychologin und Schauspielerin.

Schon ihre Adresse klingt ungewöhnlich. Barbara Stützel wohnt in einem Ökodorf im brandenburgischen Belzig, 80 Kilometer nordöstlich von Berlin. Ökodörfer - oder ecovillages, wie sich ein weltweites Netzwerk ähnlich gestrickter Wohngemeinschaften nennt - sind Kolonien für Aussteiger, die seit den siebziger Jahren auf der ganzen Welt entstanden sind und die jetzt im Zuge der Globalisierung einen neuen Aufschwung erleben. Die bekannteste Nische befindet sich in Kopenhagen und wurde von der dänischen Regierung mittlerweile „als soziales Experiment“ anerkannt. Es ist die autofreie Siedlung „Christiania“.

Barbara Stützel wohnt mit 64 Erwachsenen und 16 Kindern zusammen auf einem 15 Hektar großen Grundstück. Auf einem ehemaligen Ausbildungsgelände der Staatssicherheit (Stasi) haben sie eine Art Groß-WG gegründet. Die Bewohner kommen aus allen möglichen Berufen; es sind Handwerker, Bauingenieure, Künstler, Geschäftsleute oder Journalisten. Die einen haben Familie, andere leben alleine oder unter einem Dach mit Gleichgesinnten. Allen gemeinsam ist aber, dass sie zusammen in einer riesigen Gemeinschaftsküche essen und auch sonst vieles miteinander teilen, vom Auto bis zur Bibliothek oder Sauna.

Die Bewohner haben eine GmbH gegründet, es ist ein bisschen wie in einer großen Wohngemeinschaft. Jeder erwachsene Gesellschafter zahlt monatlich 500 Euro für Wohnen und Essen in eine Gemeinschaftskasse ein - Kinder zahlen nichts. Ihren Unterhalt bestreitet die Gemeinschaft.

Damit das Zusammenleben funktioniert, hat jeder Bewohner bestimmte Aufgaben. Die einen kaufen ein, andere arbeiten in der Küche oder im Garten. Neulich hat sich sogar einer bereiterklärt, die Finanzbuchhaltung zu übernehmen. Ein Aufatmen ging durchs Dorf. Barbara Stützel sagt: „Unter den Menschen, die diese Wohnform anzieht, ist der Typ Buchhalter eher selten.“

Fragt man sie, woran man den Ökodörfler erkennt, sagt sie, neugierig auf andere müsse er sein, kritikfähig und politisch engagiert. Eigenschaften, die wohl auch auf sie selber zutreffen. Stützel kommt aus Saarbrücken, sie sagt, sie habe schon einige Wohnformen ausprobiert, von der Zweierbeziehung bis zur WG. Ihre Schwester, die Geschäftsführerin eines Ökodorfs in der Altmark ist, habe sie von den Vorteilen des Zusammenlebens mit der Wahlfamilie überzeugt.

Vor vier Jahren hat Stützel ihre unbefristete BAT 2-Stelle in der Kinder- und Jugendpsychiatrie an den Nagel gehängt und ihre Wohnung gekündigt, um nach Belzig zu ziehen. Es sei nicht nur eine private Entscheidung gewesen, sagt sie heute, auch eine politische.

Ihre Argumente trägt sie heute beim Sozialforum in Erfurt vor. Man kann sie auch auf der Homepage des Ökodorfs ([www.zegg.de](http://www.zegg.de)) nachlesen. Von einem Gegenpol zur Globalisierung ist da die Rede. Und von der selbst gewählten Aufgabe, mit der Reform der Gesellschaft bei sich selber anzufangen.

Das klingt sektiererisch, und regelmäßig muss sich die Psychologin die Frage gefallen lassen: „Wie kannst du so leben, ohne Privatsphäre?“ Sie sagt dann, dass ihr diese Gemeinschaft Geborgenheit gebe. Und dass das politische Engagement der Bewohner inzwischen auch auf die Umgebung abstrahle. In Belzig hätten sie eine Beratungsstelle für Asylbewerber eröffnet. Sie selber spiele mit deutschen und russischen Jugendlichen Theater. Und das sei erst der Anfang. Glaubhaft versichert Stützel: „Wir steigen nicht aus - wir steigen ein.“

## Linkspartei will Sozialforum für Werbung nutzen

Globalisierungsgegner treffen sich in Erfurt

Von Petra Ahne

ERFURT, 20. Juli. Die Linkspartei.PDS will das Sozialforum Deutschland, das heute Abend in Erfurt beginnt, dazu nutzen, Werbung für ihr Programm zu machen. „Die Veranstaltung hat das Motto ‚Eine andere Welt ist möglich‘, das können wir mit Inhalten untermauern“, sagte Katja Kipping, die Vizechefin der Linkspartei.PDS. Man suche „potenzielle Mitstreiter“. Die Partei habe eine Vorstandssitzung verschoben, damit die Mitglieder nach Erfurt reisen können.

Dort befassen sich bis Sonntag 650 Seminare, Workshops und Mini-Konferenzen mit Fragen der Globalisierung, der Arbeitswelt und der Menschenrechte. Die Veranstalter, ein Bündnis von Vereinen und Verbänden, zu dem auch das Netzwerk der Globalisierungskritiker Attac gehört, erwarten 5 000 Teilnehmer. Das Sozialforum Deutschland soll sich als lokale Variante des Weltsozialforums, das zuletzt im Januar im brasilianischen Porto Alegre stattfand, etablieren. Während es beim Weltsozialforum eher um Kritik am Militarismus oder an den Welthandelsstrukturen geht, werden in Erfurt vor allem die Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform in Deutschland Thema sein. Man erwarte Teilnehmer, „die Alternativen zur neoliberalen Politik in Deutschland suchen“, sagt Sozialforums-Sprecher und Attac-Mitglied Hugo Braun - genau die Menschen also, die auch mit der neuen Linkspartei sympathisieren könnten.

Eigentlich sollen bei den Sozialforen Politiker nicht öffentlich auftreten. Dennoch steht in Erfurt eine Podiumsdiskussion zur Linkspartei auf dem Programm, an der Katja Kipping und Christine Buchholz aus dem Bundesvorstand der WASG teilnehmen. Angst, während des Sozialforums von der Linkspartei.PDS vereinnahmt zu werden, habe man nicht, sagte Peter Wahl, Mitgründer von Attac. Das Verhältnis zur Linkspartei würde allerdings bei Attac heftig diskutiert. Schließlich stimmen viele Forderungen überein. „Im Prinzip ist es Konsens, dass es klüger ist, sich nicht an eine Partei zu binden“, sagt Wahl. Ein Antrag, mit der Linkspartei zu kooperieren, wurde beim Attac-Rat aber schon gestellt - und abgelehnt.

## Gipfeltreffen der sozial Bewegten in Erfurt

**Ab heute tagt das erste Sozialforum in Deutschland. Initiativen debattieren über Globalisierung und Menschenrechte**

BERLIN taz Heute beginnt in Erfurt das Sozialforum in Deutschland. Und während PDS-Mitglieder und WASG-AktivistInnen sich in großer Zahl auf den Weg in die thüringische Landeshauptstadt machen, um die Stimmung für ihre neue Linkspartei auszuloten, erteilt Sozialforumssprecher Hugo Braun eine Zusammenarbeit mit politischen Parteien eine Absage: Es werde „sicherlich einen Dialog geben, aber keine Kooperation“, sagte Braun.

Angelehnt an die erfolgreichen Weltsozialforen in Porto Alegre und die europäischen Pendanten in Florenz, Paris und London findet ab heute bis Sonntag zum ersten Mal ein deutschlandweites Sozialforum statt. Vier Tage wollen AktivistInnen der sozialen Bewegungen über die Folgen der Globalisierung für die Arbeitswelt, über Menschenrechte, Deutschlands Rolle in der Welt, EU-Verfassung und alternative Lebensformen diskutieren. Getragen wird das Forum von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Verbänden und Basisinitiativen. Rund 350 Seminare und Workshops sind angemeldet, erwartet werden etwa 5.000 TeilnehmerInnen.

Die CDU-geführte Stadt Erfurt heißt die politisch überwiegend links gepolten Gegner der Globalisierung ausdrücklich willkommen. „Wir sind eine weltoffene Stadt, die Globalisierungskritiker sind Bestandteil unserer Gesellschaft, und deshalb sollte man sich ihren Anliegen nicht verschließen“, sagte der Sprecher der Stadtverwaltung, Torsten Jäger. Vor dem Dom ist ein Veranstaltungszelt aufgebaut. Zudem stellt die Stadt für die Unterbringung der sozial Bewegten Schulen zur Verfügung. Vielleicht ist es die von den VeranstalterInnen ausdrücklich formulierte Parteineutralität, die die schwarz geführte Stadtverwaltung dazu bewegt hat, selbst den für Samstag geplanten Sternmarsch zum Domplatz zu bewilligen.

Eine bereits vor sechs Monaten vorgesehene Veranstaltung, auf der über eine Zusammenarbeit von PDS und WASG diskutiert werden sollte, wurde abgesagt. Man wolle jeglichem Anschein einer Parteinahme ausschließen, betonten die Veranstalter.

Auch wenn sich im Programmheft nicht ein Termin findet, der sich mit dem Wahlkampf und der WASG beschäftigt, die vorgezogenen Bundestagswahlen werden dennoch das alles bestimmende Themen auf dem Sozialforum sein. Einige Initiativen der sozialen Bewegungen formulieren bereits eifrig Forderungskataloge an die neue Linkspartei (taz berichtete).

Zu konkreten Beschlüssen wird es auf dem Forum selbst nicht kommen. Dafür gibt es am Sonntag im Anschluss des Sozialforum die so genannte „Versammlung sozialer Bewegungen“, auf der auch eine Erklärung formuliert werden soll. Eine entsprechende Passage zur Linkspartei wird dann garantiert auch enthalten sein. FELIX LEE

## Sozialforum hält Distanz zu Parteien

5000 zu Treffen in Erfurt erwartet

**Heute beginnt in Erfurt das erste Sozialforum in Deutschland. Die Organisatoren erwarten sich Impulse für die außerparlamentarische Bewegung.**

Erfurt (ND-Strohschneider). Das erste Sozialforum in Deutschland soll nach dem Willen der Organisatoren in den nächsten Tagen „den Veränderungswilligen eine Stimme“ geben. Zu dem Polit-Happening mit mehr als 350 Veranstaltungen werden bis Sonntag rund 5000 Teilnehmer erwartet. Das Treffen sieht sich in der Tradition der weltweiten Sozialforen, zu dem erstmals im Jahr 2001 Tausende im brasilianischen Porto Alegre zusammenkamen. Das SFiD wird von einem Bündnis von politischen Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden veranstaltet.

SFiD-Sprecher Hugo Braun sprach einen Tag vor der Eröffnung von einer „beträchtlichen“ Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen. Im Mittelpunkt des Sozialforums unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ sollen Alternativen zur aktuellen Politik mit ihren Auswirkungen wie Hartz IV stehen.

Die Organisatoren bekräftigten erneut ihre Distanz zu politischen Parteien. Dialog werde es geben, aber keine Kooperation, so Braun. Die PDS-Vizevorsitzende Katja Kipping erneuerte unterdessen das Angebot einer vertieften „Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe“. Dies könne alle linken und widerständischen Initiativen in der Bundesrepublik stärken.

Mitteldeutsche Zeitung, 21.7.05

### 1. Sozialforum in Erfurt

## Visionen ohne klare Botschaft

**Veranstalter bekräftigen Abgrenzung zu Parteien - Globalisierung wird diskutiert**

Erfurt/MZ/sth. Vor dem ersten Sozialforum in Deutschland haben Veranstalter ihre Abgrenzung zu Parteien bekräftigt. Der Wahlkampf würde Diskussionen parteipolitisch aufladen, dass es den Charakter des Forums sprengt. „Die größte Chance auf gesellschaftliche Veränderungen bietet der außerparlamentarische Bereich“, so Organisator Steffen Kachel.

Ausgehend von dem Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre sollen in Erfurt die Folgen der Globalisierung diskutiert werden. Auf 350 Veranstaltungen werden etwa 5 000 Teilnehmer erwartet. Das Feld der Veranstalter ist so breit wie die Themen: Die Ausbeutung in der Dritten Welt wird ebenso diskutiert wie die Folgen von Hartz IV. Auch aus Sachsen-Anhalt werden Gruppen erwartet. Die Globalisierungskritiker von Attac aus Magdeburg wollen vor allem Kontakte knüpfen. „Wir wollen der breiten Öffentlichkeit zeigen, dass wir politische Botschaften haben, die wirkliche Alternativen sind“, sagt Attac-Sprecher Jens Maesse.

Die politischen Adressaten ihrer Botschaften werden jedoch zumeist fehlen. Im Gegensatz etwa zu Kirchentagen dulden die Statuten des Sozialforums keine Repräsentanten von Parteien. Auch das Sozialforum selbst wird am Ende keine Erklärung im Namen der Teilnehmer abgeben.

## Sandkörner im Getriebe

**Mit dem heute in Erfurt beginnenden bundesweiten Sozialforum findet Deutschland Anschluß an eine internationale Bewegung**

Von Wolfgang Pomrehn

Nun endlich, nach viereinhalb Jahren, hat auch Deutschland sein erstes bundesweites Sozialforum. Am heutigen Donnerstag öffnet es im thüringischen Erfurt seine Pforten. Sprechen werden zum Auftakt unter anderem Moema Miranda vom Organisationskomitee des Weltsozialforums im brasilianischen Porto Alegre und Sotiris Kontogianmis, der in Athen derzeit das nächste europäische Sozialforum mit vorbereitet.

Millionen Anhänger

Die Idee ist jung, aber hat weltweit bereits Millionen Anhänger gefunden: Die Sozialforen bieten auf allen Ebenen Gewerkschaften und Nachbarschaftsinitiativen, Frauenorganisationen und Bauernverbänden, Jugend- und Friedensgruppen – mit einem Wort: den diversen sozialen Bewegungen – einen offenen Raum, in dem man sich trifft, sich informiert, Kontakte knüpft und vielleicht auch gemeinsame Kampagnen entwickelt. Alles auf den ersten Blick sehr unverbindlich, manchmal auch beliebig und zufällig, aber unterm Strich äußerst effektiv: Internationale Netzwerke von Umweltschützern, Kleinbauern, Frauengruppen und Freihandelsgegnern sind aus den Foren hervorgegangen oder wurden von ihnen gestärkt und erweitert. In den Debatten und nicht zuletzt in den Versammlungen der sozialen Bewegungen, die jeweils am Rande der Foren für all jene abgehalten werden, die es nach gemeinsamem Handeln drängt, kommen sich die unterschiedlichsten Bewegungen Schritt für Schritt näher. Insbesondere globale Aktionstage wie der 15. Februar 2003, als 15 Millionen Menschen in aller Welt gegen den seinerzeit drohenden US-Angriff auf den Irak auf die Straße gingen, sind ohne die Sozialforen undenkbar. Keine einzelne Organisation, keines der internationalen Netzwerke hätte alleine die Kraft, so viele Menschen für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren.

Kaum jemand hätte zuvor zu hoffen gewagt, daß die Idee der Sozialforen so schnell derartige Kreise ziehen würde. Entstanden war sie im Frühjahr 2000 auf Alternativkonferenzen anlässlich der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung in Bangkok sowie der Frühjahrstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Washington. Monate zuvor hatten massive Straßenproteste im US-amerikanischen Seattle gegen die Welthandelsorganisation WTO die Welt aufhorchen lassen. Scheinbar aus dem Nichts kommend, hatte eine bunte, vor allem von jungen Menschen und Gewerkschaftern getragene Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung die Weltbühne betreten. Dieser neuen Bewegung, die sich bereits bei weniger aufsehenerregenden Mobilisierungen wie den Demonstrationen gegen die EU-Gipfel 1997 in Amsterdam und 1999 in Köln oder den G-7-Gipfel 1998 in Birmingham gezeigt hatte, sollte ein Forum verschafft werden, ein Weltsozialforum. Ein Bündnis, das von der brasilianischen Bewegung der Landlosen MST, über ATTAC Frankreich, das US-amerikanische Netzwerk gegen Weltbank und IWF „50 years are enough“ bis zu den Globalisierungskritikern vom Bangkoker Institut „Focus on the Global South“ reichte, tat sich zusammen, um den Gedanken umzusetzen. Verkündet wurde er im Juni 2000 auf einer anderen Alternativkonferenz am Rande des UN-Weltsozialgipfels in Genf. Miguel Rossetto, seinerzeit für die brasilianische Arbeiterpartei PT Vizegouverneur des Bundesstaates Rio Grande do Sul, lud in einer mitreißenden Rede, die die Übersetzer hoffnungslos überforderte, die versammelten 500 Aktivisten sozialer Bewegungen aus fünf Dutzend Ländern nach Porto Alegre in den Süden Brasiliens ein. Dort fand sieben Monate später, Ende Januar 2001, das erste Weltsozialforum statt. Von 2000 bis 2500 Teilnehmern war Rossetto in Genf noch ausgegangen, 10000 sollten es werden, die eine knappe Woche lang auf der Plattform der gemeinsamen Ablehnung der neoliberalen Globalisierung und der imperialistischen Kriege diskutierten. Eine Zahl, die seinerzeit für eine derartige Konferenz gigantisch anmutete.

Lauffeuer aus Porto Alegre

Vier Jahre später erscheint sie eher klein. Im Januar 2005 zum inzwischen fünften Weltsozialforum kamen über 150000 Menschen nach Porto Alegre. Wie ein Lauffeuer haben sich in den zurückliegenden Jahren die Sozialforen ausgebreitet. Europa bereitet sich bereits auf sein viertes kontinentales Forum im nächsten Frühjahr in Athen vor. Asien, Lateinamerika und Afrika haben ihre kontinentalen Foren. Viele Länder halten nationale Sozialforen ab, oder regionale wie in den USA. Und überall berichten die Beteiligten von neuem Schwung in den sozialen Kämpfen, von einer verbesserten Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Damit ist die Offensive der neoliberalen Kräfte, die in aller Welt den freien Warenverkehr und den kapitalistischen Profit zu den höchsten aller menschlichen Ziele erklären, weder gestoppt, noch nennenswert verlangsamt. Doch hier und da werden Sandkörner ins Getriebe geworfen, und in der gegenwärtigen politischen Krise der Europäischen Union, zu der sich zumindest in den Niederlanden, Deutschland und in Italien auch eine Rezession zu gesellen scheint, könnte die Dynamik des Sozialforumsprozesses weiter zunehmen.

\* Weitere Informationen: [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de)

## Aus dem Programm

### Donnerstag

18 bis 22 Uhr, Eröffnungsveranstaltung auf dem Domplatz: mit Sombrasil aus Chile, Quijote aus Chemnitz, Mitgliedern der Berliner Philharmoniker und anderen

### Freitag

9 bis 11 Uhr, Themenkonferenz: „Menschenrechte und politische Teilhabe“. Lutz Brangsch (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Frank John (kein Mensch ist illegal), Gislea Notz (Sozialwissenschaftlerin)

9 bis 21 Uhr, Internationales Hearing über Krieg und Besatzung im Irak.

9 bis 11 Uhr, Seminar: „Bundeswehr der Zukunft: Mit aggressiven Konzepten und hochmodernen Waffen in den weltweiten Einsatz“

9 bis 11 Uhr, Seminar: „Biedaszyby (Armenschächte)“: Wie polnische Bergleute in einem selbstverwalteten Projekt Kohle fördern

11.30 bis 13 Uhr, Seminar: „Mindesteinkommen und Mindestlohn – europaweit“

11.30 bis 13.30 Uhr, Themenkonferenz: „Anders besser Leben“. Manfred Linz (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie), Veronika Bennholdt-Thomsen (Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz), Barbara Stützel (Global Ecovillage Network)

14.30 bis 16.30 Uhr, Seminar: „Begegnung mit Buchenwald“

14.30 bis 16.30 Uhr, Themenkonferenz: „EU-Europa: In welcher Verfassung sollte es sein?“ Elisabeth Gauthier (Frankreich), Miklós Gáspár Tamas (Ungarn), Tobias Pflüger (Deutschland, MdEP)

15 bis 18 Uhr, Seminar: „Wohin steuert die Bildung“

17 bis 19 Uhr, Seminar: „Globalisierte Dienstmädchen“

### Samstag

9 bis 11 Uhr, Themenkonferenz: Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. Moema Miranda (Brasilien), Peter Wahl (ATTAC), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung), Ernesto Kroch (Uruguay), Werner Sauerborn (AK Gewerkschaften und Globalisierung)

9 bis 11 Uhr, Seminar: „Hartz IV“ im Frauenhaus“

9 bis 11 Uhr, Seminar: „Die Zukunft des Wassers in der BRD“

11.30 bis 13.30 Uhr, Themenkonferenz: „Arbeitswelt und Menschenwürde“. Frank Bsirske (ver.di), Ursula Schumm-Garling (Universität Dortmund), Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt), Daniela Dahn (Schriftstellerin)

11.30 bis 13.30 Uhr, Seminar: „Das Non zur EU-Verfassung – Für ein soziales Europa“

17 bis 19 Uhr, IGS 7, Seminar: „Wo stehen die sozialen Bewegungen in Europa?“

### Sonntag

9 bis 11 Uhr, Themenkonferenz: „Wie weiter mit den sozialen Bewegungen?“ Peter Sodann (Schauspieler, angefragt), Horst Schmitthener (IG Metall), Peter Grottian (Initiative Sozialforum Berlin), Elfriede Begerich (Pröbstin in Erfurt)

11.30 bis 13.30 Uhr, Domplatz: „Versammlung der sozialen Bewegungen“

## Was Erfurt sonst noch bietet

**Tiefgreifende Fragen an das Leben stellen. Oder ein Sozialforumsmandala malen**

**Von Gerd Feldkamp**

Etwa 260 Veranstaltungen stehen auf dem Programm des ersten deutschen Sozialforums, das heute in Erfurt beginnt. Für fast alle ist etwas dabei: Ernsthafte politische Diskussion, fundierte Information – aber auch ein wenig Kirchentag oder Esoterik-Messe. Selbst die Gaga-Fraktion im gesellschaftlichen Mainstream gibt sich die Ehre: „Antideutsche“, die meinen, ausgerechnet bei einem globalisierungskritisch angelegten Sozialforum Propaganda für die aggressive Politik Israels und der USA machen zu müssen.

Da veranstaltet ein „FrauenRaum“ einen „Open Space“ – was das auch sein mag, „open“ klingt immer gut. Auf dem Sozialforum erfährt man einiges über „Grundlagen spiritueller Politik“, für die es eigens einen „Spirituellen Raum“ gibt. Darin sollen die Teilnehmer „die Energien und Zielsetzungen des Sozialforums in einer Installation zum Ausdruck bringen und sich mit einem die Visionen und Ziele zum Ausdruck bringenden Gegenstand oder Symbol beteiligen. So kann ein ›Mandala‹ des Sozialforums entstehen.“ Enorm umstürzlerisch klingt auch der Veranstaltungstitel „Transmissionsmeditation: Gruppenmeditation als aktiver Beitrag für eine Neugestaltung der Welt.“

Wer nicht im Schneidersitz „Ohmm“ murmeln will, kann notfalls auch „Halleluja“ jauchzen und die Hände dabei falten. Aber immerhin bezeugen die christlichen „Ökumenischen Gottesdienste“ noch eine gewisse Realitätsnähe. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in einer Gottesdienstbeschreibung. „Wie kann der einzelne seine menschliche Würde angesichts zunehmender entwürdigender Sozialgesetzgebung bewahren?“ Die Herrnhuter Brüdergemeinde bietet eine „Morgenbesinnung“ zum Thema „Erhaltung der Schöpfung“ an.

Man kann allerdings auch mehr oder weniger ideologiefrei in sich gehen, ohne Buddha oder Jesus, ohne Waldteufel und Flußgeister. Dafür bietet sich ein „Zelt der Ruhe und Besinnung“ an. Wem die Versenkung in die eigenen Seelenfalten zu wenig ist, dem sei der schon fast aktionistisch anmutende Veranstaltungstitel „Handeln aus dem Herzen“ empfohlen. Da geht es nämlich um „Tiefenökologie“, die immer dann vorliegt, „wenn sich Menschen in ganzheitlicher Weise auf ihre Mitwelt beziehen“. Und da man in dieser Veranstaltung „tiefgehende Fragen an das Leben stellen kann“, sei sie hiermit nachdrücklich empfohlen. Wo sonst könnte man das heute noch?

## Das ganz große Linksbündnis

VON MATTHIAS THÜSING

ERFURT – Rund 10 000 Teilnehmer erwarten die Organisatoren zum ersten deutschen Sozialforum in Erfurt. Bis Sonntag soll in der Thüringer Landeshauptstadt über Themen wie Friedenspolitik, Arbeitsmarkt und Ökologie debattiert werden: Vorzugsweise eigenverantwortlich, global und außerparlamentarisch.

So unübersichtlich wie Anspruch und Zielsetzung des Sozialforums sind auch dessen Pressekonferenzen. „In Übereinstimmung mit der Charta von Porto Alegre dürfen wir nicht für alle sprechen“, so der Mitorganisator der Erfurter Begegnungen, Erhard Crome. Über alles andere konnte er reden. Und das betraf gestern zum Journalistengespräch vorzugsweise Fragen der Organisation. An insgesamt elf Standorten in der Innenstadt können die Teilnehmer der mehr als 200 Unterstützergruppen miteinander ins Gespräch kommen. Etwa 340 Veranstaltungen nennt das Programmheft aus Recyclingpapier. Das Forum selbst wolle hier nur einen „offenen Raum der Begegnung“ schaffen, in dem debattiert und nachgedacht werden könne. Die Inhalte werden durch die Teilnehmer bestimmt.

Das erste Sozialforum in Deutschland steht dabei in internationaler Tradition: 2001 kamen Globalisierungskritiker aller Kontinente im brasilianischen Porto Alegre zusammen – als Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum in Davos. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ trafen sich seither zu Beginn eines jeden Jahres Umweltschützer, Menschenrechtler, Kleinbauern, Frauenrechtlerinnen und Friedensaktivisten zu weiteren Sozialforen. Thematisch schöpfen auch die Erfurter Referate und Workshops das Spektrum des linksintellektuell Möglichen aus. Proteste gegen Hartz IV, die Forderung nach Mindestlöhnen und Entwicklungshilfefragen stehen im Zentrum der Debatten.

Mitunter allerdings klingen die Angebote auch etwas abseitig. So referiert etwa „Heinz von der Sozialistischen Selbsthilfegruppe Köln-Mülheim“ über die Entkoppelung seiner Hausgemeinschaft von der Marktwirtschaft. Acht indische Ureinwohnerinnen werden im Rahmen des Advasi-Tee-Projekts theaterspielend und tanzend über Entwicklung durch alternativen Handel informieren. Und der kämpferische Frauenrat unternimmt eine Reise zu den Frauen dieser Welt.

Ein zentrales Thema dieser Tage findet jedoch nur am Rande seinen Niederschlag auf dem Sozialforum: Mit Gefahren und Folgen des erstarkenden Islamismus in Europa beschäftigt sich so gut wie kein Arbeitskreis der kommenden Tage. „Ich persönlich hätte mir da auch mehr gewünscht“, meint Hugo Braun von der Antiglobalisierungsbewegung attac. „Aber auch hier gilt: Für die Inhalte der Angebote sind allein die Teilnehmer verantwortlich.“

## In Zeiten des Wahlkampfes

**Heute beginnt das Sozialforum in Erfurt: Es will überparteilich sein - aber das wird schwierig Für vier Tage soll Erfurt Mittelpunkt einer besseren Welt sein, so wünschen es sich die Organisatoren des ersten Sozialforums in Deutschland. Bis Sonntag erwarten sie dazu bis zu 5000 Friedensbewegte, Globalisierungsgegner und Umweltschützer. Parteien sind ausdrücklich ausgeschlossen - doch vor dem Hintergrund der möglichen Neuwahlen bietet sich die Veranstaltung als politische Plattform an. Besonders für Vertreter der neuen Linken.**

Von Michael WASNER und Florian GATHMANN

Es gebe mitunter Fragen, sagt Frank Spieth, die machten ihn fast fassungslos. Fragen, die ein Sozialforum in Erfurt in Zeiten des Wahlkampfes aber zweifelsohne mit sich bringen. Denn Frank Spieth, der DGB-Chef von Thüringen, hat nach Dafürhalten vieler möglich gemacht, dass man sich ausgerechnet hier zum ersten Sozialforum in Deutschland trifft.

Doch nun ist Frank Spieth Politiker, tritt als Bundestagskandidat für die neue Linkspartei an. Was - so die Frage - wird der Initiator des Sozialforums in diesen Tagen tun? Seine Antwort, nachdem er sich einigermaßen gesammelt hat: Ich kann mich doch nicht neutralisieren. Natürlich, das mit den Wahlen und der neuen Linken konnte noch keiner wissen, als man sich auf Erfurt einigte. Trotzdem hat Frank Spieth nun ein Problem: Denn von politischen Parteien versucht sich die Sozialforum-Bewegung - nach den Grundsätzen des Ur-Treffens in Porto Allegre - so scharf wie möglich abzugrenzen. Auf dem Forum wahlkämpfend aufzutreten, wird diesen ausdrücklich untersagt. Das haben die Organisatoren vom Antiglobalisierungs-Netzwerk attac und verschiedenen Gewerkschaften sogar schriftlich fixiert. Vor allem junge und allesamt kritische Menschen wollen sich ab heute in Erfurt treffen, 5000 werden erwartet. Sie möchten bei dem Sozialforum darüber sprechen, was in diesem Land und der Welt überhaupt schief läuft und besser zu machen wäre. In der Sprache des Forums heißt das: Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft. Weil das richtig gut klingt, ließ sich selbst Oberbürgermeister Manfred Ruge - Mitglied des CDU-Landesvorstands - begeistern und sicherte der linken Sache seine Unterstützung zu. Und sogar die Thüringer Polizei ist guter Dinge. Man gehe nicht davon aus, dass es zu Problemen kommt, heißt es bei der Polizeidirektion in Erfurt. Bodo Ramelow ist neben seinem Job als PDS-Fraktionschef im Landtag auch Bundeswahlkampfchef seiner Partei - und damit neuerdings sehr interessiert am politischen Schicksal Frank Spieths.

Nein, hier wird es überhaupt keine Probleme geben, da ist sich Ramelow sicher. Ich fände es völlig falsch, das Forum parteipolitisch auszunutzen, sagt der linke Spitzenmann und hofft, dass man es ihm glaubt. Auf alle Fälle werde er in der Stadt sein. Hinter den Kulissen des Sozialforums, so hört man, gibt es keine Einigkeit darüber, wie mit der neuen Linken im Kontext der Bundestagswahl umzugehen ist. Gerade bei attac hegen für sie nicht wenige Sympathie. So ist es nicht verwunderlich, dass lediglich zur Linkspartei eine Veranstaltung stattfindet. Eine Runde mit allen Parteien zur Wahl wurde abgelehnt. Er, sagt Hugo Braun, Mitglied im attac-Bundesvorstand, finde das schade. Einen Raum für Diskussionen soll das Sozialforum bilden, so formuliert es Steffen Kachel vom Erfurter Organisationsteam - der sonst für die PDS unterwegs ist. Überhaupt vertreten die Macher eine ziemlich eigentümliche Diskussions-Kultur: Ausgeschlossen sind beispielsweise Verteidiger der neoliberalen Ordnung, heißt es in einem Papier. Also alle, die anderer Meinung sind. Ebenso Rassisten, Antisemiten, Kriegstreiber und Sexisten. Mancher findet zumindest diese Reihung problematisch: Dass hier kriminelle Handlungen und neoliberale Positionen in einem Atemzug genannt werden, sagt Guido K. Raddatz von der Berliner Stiftung Marktwirtschaft, ist eine unsägliche Polemik. Raddatz ist der Meinung, man könne neoliberalen Positionen ja viel vorwerfen. Aber das hier ist völlig absurd. Über den Neoliberalismus, dieses Schlagwort für alles schlechte am Kapitalismus, ist bereits auf den Weltsozialforen viel geredet worden. Auch im Vorfeld des Erfurter Forums. Und über viele andere Fragen.

Alle wollten reden, aber kaum einer organisieren. Steffen Kachel sagt das ganz nüchtern. Es hätte auch schief gehen können. Inzwischen stehen große Zelte auf dem Domplatz, wo die Eröffnung stattfindet und die großen Konferenzen; für ausländische Gäste gibt es dort sogar eine Übersetzeranlage. Das imposante Programm mit rund 250 Veranstaltungen ist gedruckt und die Stadt hängt voll von Plakaten. Doch das meiste ist erst in den letzten Tagen passiert - vor einer Woche wusste außer den bundesweit 500 Unterstützer-Gruppen noch kaum einer vom Sozialforum. Zurück zu Frank Spieth. Der sagt, organisatorische Probleme seien bei einer solchen Veranstaltung zwangsläufig. Und: Ich habe das vorausgesehen. Aber ein Erfolg werde die Veranstaltung in jedem Fall. Vielleicht auch, weil seine neue Partei mit im Boot ist: Katja Kipping, Vize-Chefin der PDS, ließ gestern eine Erklärung verbreiten, in der sie eindringlich die Nähe von Sozialforum und Linkspartei beschwor. Sie vergaß auch nicht zu sagen, bei welchen Veranstaltungen Politiker ihrer Partei sind.

## Sozialforum will Distanz zu Parteien wahren

Peter Wahl, Mitbegründer von Attac, über die Ziele des Treffens

**Das erste deutsche Sozialforum in Erfurt soll nach Ansicht von Peter Wahl, Mitbegründer von Attac, zeigen, dass es viele Vorstellungen von einer „besseren Welt“ gebe. Es sei wichtig, durch Forderungen das Meinungsklima zu beeinflussen und überzeugende Argumente zu liefern. Man verstehe sich als überparteilich, deshalb werde man sich mit keiner Partei verbünden, betonte Wahl.**

Wiese: Wege zu einer anderen Welt - darunter kann man sich ja nun vieles vorstellen. Konkrete Vorstellungen hat möglicherweise Peter Wahl, Vorstandsmitglied der Nicht-Regierungsorganisation Attac, die in Erfurt natürlich auch dabei ist. Schönen guten Tag, Herr Wahl.

Wahl: Tag, Herr Wiese.

Wiese: Eine andere, bessere Welt wollen alle, wollen Sie, wollen wir hier, das ist ja banal. Wie soll denn diese Welt eigentlich aussehen? Können Sie das mal begreifbar machen?

Wahl: Wir können erste Schritte angeben. Wir wollen jetzt natürlich nicht eine Blaupause einer völlig anderen Gesellschaft entwerfen. Diese Herangehensweise ist ja nun sehr gründlich vor der Geschichte blamiert mit Sozialismus und Kommunismus und ähnlichem. Solche Dinge sind heute nicht mehr gefragt. Man muss eigentlich unseren Slogan präzisieren und sagen, „andere Welten“ sind möglich. Das heißt, es gibt eine ganze Pluralität von anderen Vorstellungen. Und Sinn und Zweck dieses Sozialforums ist es, diese miteinander in produktive Reibung zu bringen. Aber wir haben natürlich als Attac in einigen Kernbereichen unserer Aktivitäten konkrete Vorstellungen.

Wiese: Zum Beispiel?

Wahl: Wir wollen eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Dazu gehört für uns natürlich nach wie vor als Flaggschiff unsere Hauptforderung nach der Besteuerung von Devisentransaktionen, auch bekannt unter dem Namen Tobinsteuer. Wir wollen, dass Steuerschlupflöcher geschlossen werden und Offshore Zentren neutralisiert werden. Wir wollen eine Stabilisierung der Wechselkurse und wir befürworten die Schaffung von regionalen Währungsräumen, wie die EU ja einer ist, die vorbildliche Eurozone. Das sind so ein paar Reformvorschläge, von denen wir uns erhoffen, dass es eine größere Stabilität auf den Finanzmärkten gibt und dass die Finanzmärkte vor allem entwicklungsfreundlicher werden.

Wiese: Das sind also Ihre Vorstellungen. Über solche Vorstellungen wird bis Sonntag in Erfurt diskutiert. Aber was bringen solche Diskussionen, können Sie ein konkretes Beispiel nennen? Gehen die Teilnehmer nicht anschließend nach Hause und haben zwar ein gutes Gewissen aber letztlich nichts bewirkt?

Wahl: Naja, wenn Sie gerade das Beispiel der Tobinsteuer nehmen. Als ich 1997 anfang mich mit der Thematik zu befassen, haben mich alle blöd angeguckt. Inzwischen hat Gerhard Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos und auf dem Evangelischen Kirchentag sich dafür ausgesprochen und Chirac hat sich dafür ausgesprochen. In der UNO wird es im September eine Konferenz geben, bei der auch das wieder auf der Tagesordnung steht. Wir haben natürlich nicht tagespolitisch die ganz großen Durchbrüche auf einen Schlag bisher, aber wir beeinflussen das Meinungsklima und einige unserer Forderungen, unserer Vorstellungen diffundieren nach und nach doch in die offizielle Politik hinein.

Wiese: Darauf wollte ich hinaus. Sie beeinflussen also das Meinungsklima. Ist es nicht aber reiner Zufall, dass Bundeskanzler Schröder nun ausgerechnet diese Forderung mal aufgegriffen hat? Hätte er es auch nicht tun können oder eine andere Forderung aufgreifen können? Welche konkreten Handhabungen haben Sie denn?

Wahl: Unsere Handhabungen sind zum einen, dass wir überzeugende Argumente vorlegen. Die Regierungen haben ja alle das große Problem, das ihre Problemlösungsfähigkeit drastisch gesunken ist. Und wenn man überzeugende Konzepte vorlegt - und zur Tobinsteuer gibt es inzwischen viele Studien, das ist alles durchgerechnet und nachgerechnet worden - dann treten auch Regierende einem solchen Vorschlag näher, vor allem dann, wenn er mit politischem Druck von unten verbunden ist. Und diese Mischung, Überzeugungskraft und Konsistenz eines Vorschlages kombiniert mit Druck aus der Gesellschaft, verschafft solchen Vorschlägen dann doch Gehör.

Wiese: Aber Sie wollen ja ausdrücklich nicht das Instrument der politischen Parteien für Ihre Vorstellungen benutzen. Wo sehen Sie denn sonst potentielle Verbündete?

Wahl: Wir haben inzwischen sehr viel Verbündete im akademischen Bereich. Die akademische Community ist ja nun auch eine Brutstätte von Ideen und Vorschlägen und da gibt es immer mehr. Wir haben auch im Bereich der Finanz Community, also unter den Leuten, die als Banker mit Finanzfragen befasst sind, den einen oder anderen Verbündeten. Wenn Sie daran denken, dass zum Beispiel Herr Soros, Großspekulant seines Zeichens, der mal die Bank in England in den 1990er

Jahren auf die Knie gezwungen hat, ebenfalls Befürworter der Tobinsteuer ist, dann sehen Sie, dass wir inzwischen in Milieus Verbündete haben, wo man es vielleicht gar nicht erwartet hätte.

Wiese: Nochmal die Frage nach den Parteien. Vielleicht sind die bislang existierenden Parteien nicht geeignet für eine Zusammenarbeit. Nun gibt es aber demnächst - oder gibt es schon - eine Linkspartei. Wäre das eine Möglichkeit der Zusammenarbeit oder lehnen Sie auch diese Partei ab?

Wahl: Wir lehnen Parteien nicht grundsätzlich ab. Wir lehnen es nur ab, uns einseitig mit einer Partei zu verbinden oder zu verbünden. Wir sind überparteilich, im Grunde so wie Gewerkschaften und Kirchen überparteilich und unabhängig sind, so wollen wir auch operieren. Aber das schließt nicht aus, dass wir natürlich versuchen, Parteien zu bewegen, unsere Vorstellungen zu übernehmen. Und das tun wir gegenüber der Linkspartei, und das werden wir aber auch tun - wir haben es in der Vergangenheit getan - gegenüber den Grünen, gegenüber der SPD und bis zu einem gewissen Grade auch gegenüber den anderen Parteien. Der Arbeitnehmersausschuss zum Beispiel der CDU, die CDR, hat bereits die Tobinsteuer ebenfalls in ihr Programm aufgenommen.

Wiese: Peter Wahl von der Nicht-Regierungsorganisation Attac. Schönen Dank und auf Wiederhören.

**AFP, 21.07.05**

## **Sozialforum in Erfurt will keine Wahlwerbung von Parteien dulden**

### **Kipping: Linkspartei sucht „potenzielle Mitstreiter“**

Erfurt, 21. Juli (AFP) - Die Veranstalter des deutschlandweit ersten Sozialforums in Erfurt wollen keine Wahlwerbung von Parteien dulden. „Aktive Parteimitglieder können sich zu Sachthemen äußern, wir werden aber keine Wahlveranstaltungen zulassen“, sagte der Sprecher des Sozialforums, Hugo Braun, am Donnerstag in Erfurt. Er reagierte damit auf Berichte, wonach die Linkspartei das Treffen nutzen wolle, um für ihr Programm zu werben. „Die Veranstaltung hat das Motto 'Eine andere Welt ist möglich', das können wir mit Inhalten untermauern“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, der „Berliner Zeitung“ (Donnerstagsausgabe). Die Partei suche „potenzielle Mitstreiter“. Eine Sitzung des Parteivorstands sei eigens verschoben worden, damit die Mitglieder nach Erfurt reisen könnten.

„Dass politische Vorstellungen geäußert werden, die auch im Wahlprogramm stehen, können wir nicht verhindern“, räumte Braun ein. Er forderte zugleich einen Dialog mit allen Parteien. Dies dürfe nicht auf eine einzige Partei beschränkt werden.

Das Sozialforum versteht sich als außerparlamentarische Bewegung und wird unter anderem von Gewerkschaften, Umweltgruppen, Jugendorganisationen und dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac getragen. Parteien dürfen keine eigenen Veranstaltungen organisieren. Kipping selbst will am Freitag auf einem Forum zum Thema Linkspartei auftreten.

Zum ersten Sozialforum in Deutschland werden von Donnerstag an bis zum Sonntag insgesamt rund 5000 Teilnehmer erwartet. Die rund 260 Vorträge, Kulturveranstaltungen und Diskussionsrunden befassen sich unter anderem mit Fragen der Globalisierung, der Friedenspolitik und Arbeitslosigkeit. Das Sozialforum Deutschland wurde in Anlehnung an das Weltsozialforum und entsprechende Veranstaltungen auf europäischer Ebene initiiert.

## **Von Globalisierung bis Hartz IV - Erstes deutsches Sozialforum**

Erfurt (dpa) - Globalisierungskritische Gruppen, Vereine und Verbände wollen beim ersten deutschen Sozialforum Probleme und Ideen aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Menschenrechte erörtern. Die viertägige Veranstaltung begann am Donnerstagabend in Erfurt.

Das Sozialforum Deutschland versteht sich als Plattform für Diskussionen über Politik-Alternativen. Es soll sich in den nächsten Jahren als lokale Variante des Weltsozialforums etablieren. Dieses fand zuletzt im Januar in Porto Alegre in Brasilien statt.

Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ präsentieren in Erfurt bis zum Sonntag mehrere hundert Gruppen und Verbände ihre Themen und Ideen bei insgesamt 350 Veranstaltungen. Ein Thema sollen auch die Folgen der Arbeitsmarkt-Reform Hartz IV sein.

Gewerkschaften, Stiftungen und kirchliche Gruppen nehmen ebenso an dem Forum teil, wie das Netzwerk der Globalisierungsgegner Attac. Die Organisatoren erwarten insgesamt bis zu 5000 Teilnehmer.

Das Forum versteht sich als außerparlamentarische Bewegung, die sich von Parteien bewusst abgrenzt. Gemäß der weltweiten Charta der Sozialforen kann das Treffen keine Erklärungen oder Forderungen verabschieden. In Erfurt gibt es nach dem offiziellen Ende eine „Versammlung sozialer Bewegungen“, die Forderungen beschließen soll.

(Internet: [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de) )

**epd, 21.07.05**

## **Das aktuelle Stichwort: Sozialforum in Erfurt**

Erfurt (epd). Das Sozialforum, das vom 21. bis 25. Juli in Erfurt tagt, ist das erste in Deutschland. Es steht in einer internationalen Tradition: Im Jahr 2001 kamen Globalisierungskritiker aller Kontinente im brasilianischen Porto Alegre erstmals zu einem Weltsozialforum zusammen. Das offene Treffen sozialer Bewegungen war als Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum in Davos angelegt, das als elitärer Club der Konzern- und Regierungschefs kritisiert wurde.

Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ versammelten sich seither Anfang jeden Jahres Umweltschützer, Menschenrechtler, Kleinbauern, Frauenrechtlerinnen, Gewerkschafter und Friedensaktivisten. Porto Alegre wurde zum Symbol: Vier Mal tagte das Welttreffen dort - einmal, 2004, im indischen Bombay (Mumbai). Die Teilnehmerzahlen wuchsen von 15.000 auf mehr als 100.000.

Europäische Sozialforen fanden in Florenz, Paris und London statt. Im Mittelpunkt standen die Kritik am Irak-Krieg und am Militarismus, an der neoliberalen Globalisierung und den Welthandelsstrukturen. Zum ersten deutschen Sozialforum in Erfurt werden unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ 5.000 Teilnehmer erwartet. Arbeitswelt, Globalisierung, Menschenrechte, Anders Leben und die Zukunft Europas lauten die wichtigsten Themenblöcke.

Das Weltsozialforum versteht sich als Bewegung und bekennt sich in einer Charta zu Toleranz, Gewaltfreiheit, Demokratie, Menschenrechten und Pluralismus. Es will sozialen Bewegungen eine Plattform bieten. Parteipolitiker, Machthaber und Funktionäre sind unerwünscht. 2006 soll es kein zentrales Welttreffen geben, sondern regionale Sozialforen auf allen Kontinenten, darunter 2006 in Athen. Das nächste Weltsozialforum ist 2007 in Afrika geplant. Informationen im Internet: [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de)

epd, 21.07.05

## **Erstes deutsches Sozialforum beginnt in Erfurt - 5.000 Teilnehmer**

Erfurt (epd). Zum ersten Sozialforum in Deutschland treffen am Abend in Erfurt mehrere tausend Vertreter von sozialen Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Nach einer Auftaktveranstaltung wollen die Teilnehmer bis Sonntag unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ ihre Vorstellungen von einer gerechten Weltordnung diskutieren. Zu den rund 340 Seminaren und Workshops sowie fünf Konferenzen erwarten die Initiatoren insgesamt rund 5.000 Teilnehmer von mehr als 300 Organisationen.

Schwerpunkte des Forums sind die Themen Arbeitswelt, Globalisierung, Menschenrechte und „Anders besser leben“ sowie die Zukunft Europas und der weltweiten sozialen Bewegungen. Auf dem Programm stehen zudem die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland und Auswirkungen der eingeleiteten Sozialreformen. Als Redner sind Vertreter der Globalisierungskritiker von „attac“ und anderer Initiativen, der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, und die evangelische Pröpstin von Erfurt, Elfriede Begrich, vorgesehen.

Das erste bundesweite Treffen steht in der Tradition der 2001 im brasilianischen Porto Alegre begründeten Bewegung des Weltsozialforums. Das Sozialforum als breites Bündnis von Initiativen, Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen will sein Anliegen am Samstag bei einem Sternmarsch durch Erfurt der Öffentlichkeit bekannt machen. Für den Abschluss am Sonntag wurde eine gemeinsame Erklärung der in Erfurt vertretenen sozialen Bewegungen angekündigt.

epd, 21.07.05

## **Erstes deutsches Sozialforum in Erfurt eröffnet**

**Treffen bis Sonntag mit 340 Seminaren und Workshops - 5.000 Teilnehmer**

Erfurt (epd). Zum ersten Sozialforum in Deutschland sind am Donnerstagabend in Erfurt mehrere tausend Vertreter von sozialen Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengetroffen. Zum Auftakt des viertägigen Treffens bekräftigten Globalisierungskritiker ihre Forderung nach sozialen Veränderungen für eine gerechtere Weltordnung. „Trotz der Politik des Neoliberalismus ist eine andere Welt möglich“, betonte die Organisatorin des Weltsozialforums von Porto Alegre, Moema Miranda aus Brasilien.

Zuvor hatte Oberbürgermeister Manfred Ruge (CDU) bei einem Empfang Spekulationen über Konflikte zwischen der Stadt und den Initiatoren des Sozialforums zurückgewiesen. Das Treffen sei in „einer gewissen Einmütigkeit“ vorbereitet worden, so Ruge. Auch habe es kein „Veto“ von Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) gegeben, um das Forum in Erfurt zu verhindern.

Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ sind rund 340 Seminaren und Workshops sowie fünf Konferenzen geplant. Dazu werden insgesamt rund 5.000 Teilnehmer erwartet.

Schwerpunkte des Forums sind die Themen Arbeitswelt, Globalisierung, Menschenrechte und „Anders besser leben“ sowie die Zukunft Europas und der weltweiten sozialen Bewegungen. Auf dem Programm stehen zudem die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland und Auswirkungen der eingeleiteten Sozialreformen. Als Redner sind Vertreter der Globalisierungskritiker von „attac“ und anderer Initiativen, der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, und die evangelische Pröpstin von Erfurt, Elfriede Begrich, vorgesehen.

Das erste bundesweite Treffen steht in der Tradition der 2001 im brasilianischen Porto Alegre begründeten Bewegung des Weltsozialforums. Das Erfurter Forum biete die Chance, dass „ganz im Geist dieser Bewegung“ Menschen zusammenkommen, „die sich eine bessere Welt wünschen und vorher kaum miteinander geredet haben“, sagte der Sprecher der Vorbereitungsgruppe, Hugo Braun. Zugleich wandte er sich gegen eine Vereinnahmung des Sozialforums durch politische Parteien im Wahlkampf.

Auch gegenüber linken Parteien sei „Distanz“ erforderlich, um zu vermeiden, „dass die Forumsbewegung beschädigt wird“, betonte Braun. Das Sozialforum als breites Bündnis von Initiativen, Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen will sein Anliegen am 23. Juli bei einem Sternmarsch durch die Landeshauptstadt einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Für den Abschluss am 24. Juli wurde eine gemeinsame Erklärung der in Erfurt vertretenen sozialen Bewegungen angekündigt.

## Es fehlt die Konzentration

**Als Teil des Weltsozialforums hat in Erfurt das Erste Deutsche Sozialforum begonnen. Dort wird über Alternativen zur derzeitigen Wirtschaftspolitik diskutiert. Wie stark sind denn die Globalisierungsgegner in Deutschland?**

Von Dagmar Dehmer

Die globalisierungskritische Bewegung hat in Deutschland möglicherweise ihren Zenit bereits überschritten. Nun wollen sich die Globalisierungskritiker beim ersten Sozialforum in Deutschland bis zum Sonntag in Erfurt selbst vergewissern, wo sie überhaupt hinwollen. Jedenfalls steigen die Mitgliederzahlen des Netzwerks Attac seit dem vergangenen Jahr nicht mehr von selbst wie in den Jahren zuvor. Ein Grund dürfte die starke Zuwendung zu innenpolitischen Themen wie die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) gewesen sein. Zwar bestreitet Sabine Leidig von Attac, dass es ihre Organisation geschwächt haben könnte, die Hartz-IV- Demonstrationen mitzuorganisieren. Sie sagte dem Tagesspiegel aber auch: „Das haben wir uns nicht ausgesucht.“

Reinhard Loske, grüner Fraktionsvize im Bundestag, sieht bei den Globalisierungskritikern jedenfalls einen „Mangel an Konzentration“. Wer sich von Hartz IV bis zum Nahverkehr in Regensburg zu allem äußere, verliere eben auch etwas an Profil, sagte er dem Tagesspiegel, auch wenn „ich denen keine Ratschläge zu geben habe“. Aber die Stärke von Attac war in der Vergangenheit eben gerade die Konzentration auf Fragen der globalen Gerechtigkeit, findet Loske.

Loske sieht für Attac aber noch eine zweite Gefahr – die der Vereinnahmung durch die neue Linkspartei. Gelingt es Attac nicht, genügend Distanz zur Linkspartei zu halten, müssten sich auch die Globalisierungskritiker fragen lassen, ob sie Probleme wie den demografischen Wandel und die Globalisierung tatsächlich ignorieren wollten. Das Programm der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) jedenfalls lese sich wie ein Wunschzettel zur Rückkehr in den kuscheligen Sozialstaat der 80er Jahre in Westdeutschland. Allerdings habe dieser noch auf einer Umverteilung durch Wachstum basiert.

Sabine Leidig sieht lediglich die Gefahr, dass sich das öffentliche Interesse bis zur Bundestagswahl stärker auf die Linkspartei konzentrieren könnte. Sie sieht die Zeit für Attac nach der Wahl wieder gekommen, „weil unsere Themen dann auf jeden Fall eine große Rolle spielen.“ Zum Verhältnis zur Linkspartei sagt sie: „Wir werden uns nicht abgrenzen. Wir werden die Linkspartei aber auch nicht unterstützen.“ Allerdings gibt es in den Reihen von Attac eine Vielzahl von Unterstützern für die Linkspartei, die die Abgrenzung nicht immer einfach machen dürften. Dennoch betont Leidig: „Attac bleibt parteineutral.“ Das hält auch Reinhard Loske für überlebensnotwendig für Attac. „Soziale Bewegungen müssen einfach Distanz zu Parteien halten“, sagt er.

**Neues Deutschland, 22.7.05**

**Start des Sozialforums in Erfurt**

## **Schwung für eine gerechte Gesellschaft**

**Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik feierten am Donnerstagabend die Eröffnung des ersten Sozialforums in Deutschland. In den nächsten drei Tage stehen hunderte Diskussionen und Workshops auf dem Programm.**

Erfurt (ND). „Eine andere Welt ist möglich“ – das Credo der weltweiten Sozialforumsbewegung erscholl am gestrigen Abend in einem Festzelt auf dem Domplatz in Erfurt. Mehrere hundert Teilnehmer des Sozialforums waren zur Auftaktveranstaltung angereist und spendeten den Ansprachen von Vertretern verschiedener internationaler Sozialforen lautstarken Beifall. Neben weiteren Reden standen auch zahlreiche musikalische Darbietungen auf dem Programm.

Das Sozialforum will „gegen die breite Front des neoliberalen Einheitsdenkens“ ein Zeichen setzen. Christine Buchholz, im Vorstand der WASG und langjährige Basisbewegungsaktivistin, äußerte die Hoffnung, durch Erfurt einen Aufschwung der Proteste für eine gerechtere Gesellschaft zu erreichen. Von der „Versammlung der Sozialen Bewegungen“ am Ende des Treffens verspricht sie sich neue Perspektiven für den Widerstand gegen den Sozialabbau.

Bis Sonntag werden auf dem Sozialforum 5000 Besucher erwartet, die sich in rund 350 Workshops und Diskussionsforen mit Alternativen zur herrschenden Politik und Gesellschaftsordnung auseinander setzen wollen.

**Märkische Allgemeine, 22.7.05**

## **Sozialforum in Erfurt eröffnet**

**Veranstalter erwarten 5000 Teilnehmer**

ERFURT Mit Musik und kurzen Reden vor dem Erfurter Dom ist gestern Abend das erste deutsche Sozialforum eröffnet worden. Zu dem bis Sonntag dauernden Treffen erwarten die Organisatoren etwa 5000 Teilnehmer in der thüringischen Landeshauptstadt.

Das Forum versteht sich als lokale Variante des Weltsozialforums, das zuletzt in Port Alegre in Brasilien tagte. „Wir wollen Alternativen zur neoliberalen Politik der im Bundestag vertretenen Parteien diskutieren“, sagte Hugo Braun, Pressesprecher der Vorbereitungsgruppe. Schwerpunkte der rund 260 Diskussionsrunden, Vorträge und Kulturveranstaltungen sind die Themen Menschenrechte, Globalisierung, Europa und Hartz IV.

Getragen wird das Sozialforum unter anderem von der globalisierungskritischen Bewegung Attac und der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Deren Vorsitzender Frank Bsirske kommt am Sonnabend nach Erfurt.

Von den Parteien grenzt sich das Forum allerdings ab. Man sei eine außerparlamentarische Bewegung, so Hugo Braun. Wahlwerbung werde es nicht geben. Er reagierte damit auf Berichte, die Linkspartei wolle das Forum für den Wahlkampf nutzen. Die Linke selbst bestritt solche Pläne. Nach der Charta der Sozialforen kann das Treffen keine Beschlüsse fassen, daher wird ein „Treffen sozialer Bewegungen“ direkt im Anschluss einen Forderungskatalog verabschieden. cas

## Fünf von fünftausend

### Sozialforum in Erfurt - Was Menschen zusammenbringt

Ein Motto, etliche Organisatoren und über zweihundert Veranstalter. Unter dem Leitbild „Eine andere Welt ist möglich“ nehmen Gewerkschaften, Stiftungen und kirchliche Gruppen ebenso am Sozialforum in Erfurt teil wie das Netzwerk der Globalisierungsgegner attac. Das Treffen versteht sich als Plattform für Diskussionen über Politik-Alternativen. Mehrere hundert meist globalisierungskritische Gruppen, Vereine und Verbände stellen ihre Themen an Infoständen, in Workshops und Seminaren vor. Schwerpunkte sind Fragen der Globalisierung, der Arbeitswelt und der Menschenrechte. Die Organisatoren erwarten bis zu 5000 Teilnehmer. Fünf stellen sich hier vor.

Anja HEINTZE, 25 Jahre, Dolmetscherin, kommt aus Leipzig: Zumindest das Hotel wird bezahlt. Für ihre Arbeit nimmt sie kein Geld. Anja Heintze ist eine von insgesamt fünf Dolmetscherinnen, die an diesem Wochenende in Erfurt dafür sorgen, dass unter den erwarteten 5000 Besuchern keine babylonische Sprachverwirrung ausbricht. Bei den Konferenzen, Seminaren oder Workshops sitzt Anja Heintze in einer Kabine und übersetzt simultan, was an den Mikrofonen gerade gesagt wird oder heftig gestritten wird. Die 25-Jährige ist in Weimar aufgewachsen und hat sich an der Universität Leipzig zur Diplom-Dolmetscherin ausbilden lassen. Während der vier Tage in Erfurt übersetzt sie Deutsches ins Englische, Spanische und Portugiesische und umgekehrt. Normalerweise würde sie dafür eigentlich zwischen 500 und 700 Euro Tageshonorar bekommen. Stattdessen sammelt sie Routine. Das Sozialforum ist ideal für mich, um weiter Konferenzerfahrungen zu bekommen, sagt Anja Heintze, die ihr Studium gerade beendet hat. In vielen Situationen muss man einfach improvisieren. Außerdem werden Themen, wie die hier in Erfurt, auf Konferenzen immer wichtiger. Ihre Agentur hat sie deshalb hierher vermittelt, so wie schon im vergangenen Jahr zum Europäischen Sozialforum nach London. Das Forum findet sie interessant. Als Dolmetscher müsse man aber vor allem eines bleiben: neutral.

Simon TEUNE, 28 Jahre, Soziologe, lebt in Berlin: Er verteilt Fragebögen, führt Interviews, beobachtet, macht sich Notizen und wird am Sonntag mit einer randvollen Kiste an Material und einem Laptop voller Daten wieder nach Berlin zurückfahren. Simon Teune ist in Erfurt, weil die Globalisierungsgegner hier sind. Die sind für ihn deshalb interessant, weil er sich als Mitarbeiter am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung mit attac und Co. beschäftigt. Das Projekt der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und Politische Mobilisierung in Europa will zum Beispiel herausfinden, ob die Gesellschaft durch solche Bewegungen wirklich demokratischer wird. Das Projekt läuft unter anderem auch in der Schweiz, in Frankreich, Italien Spanien und Großbritannien. Der gebürtige Westfale ist mit einigen Kollegen hier, um zu erfahren, wer die Teilnehmer sind, woher sie kommen, welche Themen sie interessieren.

Inge HOLZINGER, 72 Jahre, Rentnerin, reiste aus Duisburg an: Die lange Zugfahrt hat sie gemacht, weil sie erleben will, wie etwas entsteht. Weil sie sehen will, wie Menschen zusammen daran arbeiten, dass es aufwärts geht. Weil sie merken möchte, dass sich etwas ändert. Weil sie eine Aufbruchstimmung fühlen will. Bei so einem Sozialforum, wie in Erfurt, sagt sie, zeigt sich, wie viel Wissen und Energie in der Bevölkerung in Deutschland steckt. Das müssten die Politiker nur endlich einmal erkennen und nutzen. Schließt man die Augen, während Inge Holzinger so redet und hört nur, was sie sagt, dann hat man den Eindruck, man stünde vor einer euphorischen 22-Jährigen. Tatsächlich ist sie Rentnerin. Langeweile kommt bei der Duisburgerin nicht auf. Sie ist Mitglied im Friedensforum, im Bündnis gegen Sozialkahltschlag und in der Gewerkschaft, seit 40 Jahren. Sie ist froh, dass so ein Sozialforum endlich in Deutschland stattfindet und interessiert sich für alles, was mit Sozialabbau zu tun hat. Außerdem will sie zu Seminaren gehen, in denen es um Friedenspolitik und Rüstungsabbau geht. Bis Sonntag wird sie eine Veranstaltung nach der anderen besuchen, fragen, zuhören, diskutieren und sich streiten - auf der Suche nach einem Gefühl.

Petre DAMO, 41 Jahre, Englisch-Lehrer aus Aiud in Rumänien: Der Weg war ziemlich weit. Trotzdem ist das für ihn hier alles nicht ganz fremd. Petre Damo ist der Koordinator des Sozialforums in Rumänien. Er kommt aus Aiud, einer 30000-Einwohner-Stadt, und arbeitet dort als Lehrer und freier Journalist. Eine deutsche Gewerkschaft hat ihn nach Erfurt eingeladen, die Anreise bezahlt und die Unterkunft. Der 41-Jährige findet es längst überfällig, dass ein solches Forum hier stattfindet. Deutschland sei schon durch seine geografische Lage der ideale Ort, um die soziale Bewegungen in Osteuropa mit einzubinden. Der Lehrer hat Teilnehmer aus Russland, der Ukraine oder Ungarn getroffen, die das genauso sehen. Deutschland sei nach der Erweiterung Europas nach Osten hin noch wichtiger geworden, weil es jetzt in der Mitte Europas liegt. Dieser Funktion müsse es jetzt auch gerecht werden, findet er.

Uli BARTH, 51 Jahre, lebt in einer Kommune in Kaufungen und regelt deren Verwaltung: Wer Uli Barth fragt, was er beruflich mache, bekommt zunächst ein Lächeln. Wenn man ihn fragt, was das heißen soll, atmet er hörbar durch die Nase aus und sagt, dass er dazu etwas weiter ausholen müsste. Denn der 51-Jährige lebt in Kaufungen bei Kassel auf einem einstigen Bauernhof. Vor 18 Jahren hat er dort zusammen mit anderen eine Art Kommune gegründet. Zurzeit leben hier 58 Erwachsene und 19 Kinder. Und Uli Barth ist sowas wie der Manager. Er kümmert sich um die Verwaltung, macht, tut und organisiert. Er engagiert sich unter anderem bei den Globalisierungsgegnern von attac. Unter den knapp 240 Veranstaltungen in Erfurt interessieren ihn vor allem die, die sich mit Kapitalismuskritik beschäftigen. Er erhofft sich Impulse für die soziale Bewegung in Deutschland. Nach Erfurt ist der Vater von zwei Kindern nicht allein gefahren. Einige aus der Kommune sind mit dabei.

epd, 22.07.05

## **Auftakt für inhaltliche Arbeit auf dem Sozialforum in Erfurt**

Erfurt (epd). Auf dem ersten Sozialforum in Deutschland hat am Freitag in Erfurt die inhaltliche Arbeit begonnen. Thematische Schwerpunkte der Vorträge und Diskussionen sind die Menschenrechte angesichts neoliberaler Wirtschaftsstrukturen, alternative Lebensweisen sowie die Zukunft Europas. In Themenkonferenzen und rund 260 Work-Shops stellen Initiativen aus allen Regionen des Landes ihre Konzepte für gesellschaftliche und soziale Veränderungen vor. Das Treffen bis Sonntag steht unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“.

Zum Rahmenprogramm auf einer Open-Air-Bühne im Zentrum der Thüringer Landeshauptstadt gehören unter anderem Gesprächsrunden, kulturelle Angebote sowie Produktionen des nichtkommerziellen Erfurter Senders „Radio F.R.E.I.“. Zum ersten Sozialforum in Deutschland hatten sich nach Angaben der Veranstalter bis Freitagmorgen „unter 2.000 Teilnehmer“ angemeldet. Initiatoren des Treffens, das in der Tradition der 2001 in Porto Alegre (Brasilien) begründeten Bewegung steht, sind Vereine, Verbände, Gewerkschaften, kirchliche Gruppen sowie das Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“.

epd, 22.07.05

## **Erfurt: Kircheninitiativen auf Sozialforum mit eigenen Projekten**

Erfurt (epd). Auf dem Sozialforum in Erfurt haben sich am Freitag zahlreiche kirchliche Initiativen mit eigenen Projekten vorgestellt. Die Evangelische Jugend in Thüringen startete eine Kampagne, mit der sie für Lebensmitteln aus biologischer und regionaler Produktion sowie aus dem fairen Handel werben will. Mit der Aktion sollen die Verbraucher „zu einem nachhaltigen und ethisch vertretbaren Konsum angeregt werden“, sagte Jugendreferent Matthias Sengewald dem epd.

Die angebotenen Produkte wie Kaffee, Tee, Getränke und Süßwaren sind mit dem Signet „bio - regional - fair“ gekennzeichnet. Die Kennzeichnung garantiere neben Herkunft und Qualität auch die Einhaltung der Menschenrechte bei der Herstellung der Erzeugnisse im Ausland, so Sengewald. Zu der Kampagne haben die Veranstalter auch einen Leitfadentext veröffentlicht ([www.bio-regional-fair.de](http://www.bio-regional-fair.de)).

Das Kinder- und Jugendpfarramt der mitteldeutschen Kirchenföderation zeigt im Erfurter Rathaus die Fotoausstellung „Lebenslinien“ mit Porträts von 34 jungen Menschen zwischen 14 und 25. Die Bilder des Fotografen Jens Klein entstanden in der Thüringer Kreisstadt Saalfeld mit Unterstützung der Stiftung Demokratische Jugend im Rahmen des Bundesprojekts „Zeitensprünge“. Die Ausstellung soll im Rathaus der Landeshauptstadt bis 10. August gezeigt werden.

Der Verein „Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung“ stellte auf mehreren Veranstaltungen des Forums seine Vorschläge für ein gerechtes und ökologisches Steuersystem vor. Nach den Überlegungen der Initiatoren sollen die Verursacher von Wasser- und Luftverschmutzung eine Steuer entrichten. Zudem soll im Kaufpreis gesundheitsschädigender Erzeugnisse wie Alkohol, Tabakwaren oder Zucker eine „Gesundheitssteuer“ enthalten sein. Dagegen sei bei Arbeitseinkommen eine steuerliche Entlastung vorgesehen, hieß es.

Während des ersten deutschlandweiten Sozialforums bietet die Herrnhuter Brüdergemeine eine tägliche Morgenbesinnung in der Michaeliskirche an. Ein ökumenischer Gottesdienst am Sonnabend gelte der Frage der Menschenwürde angesichts einer „entwürdigenden Sozialgesetzgebung“, teilten der Thüringer Landesjugendkonvent, das Politische Samstagsgebet München und ökumenische Basisgruppen als Veranstalter mit.

## **Erfurter Sozialforum diskutiert Konzepte gesellschaftlichen Wandels -**

Erfurt (epd). Auf dem Sozialforum in Erfurt haben am Freitag Initiativen aus allen Teilen der Bundesrepublik Konzepte für gesellschaftliche Veränderungen vorgestellt. Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ standen Fragen der aktuellen Situation in Deutschland nach Einführung der Hartz-IV-Reformen, aber auch die Folgen der Globalisierung und die Entwicklung in internationalen Krisengebieten im Mittelpunkt. Zu dem ersten Sozialforum in Deutschland haben sich nach Angaben der Veranstalter bisher etwa 1.500 Teilnehmer angemeldet. Bis Sonntag werden insgesamt rund 5.000 Forumsbesucher erwartet.

Während der Themenkonferenz „Anders besser leben“ wurden konkrete Anforderungen für eine ökologisch tragfähige Lebensweise der Zukunft formuliert. Deren wichtigste Voraussetzung sei ein nachhaltiger Umgang mit den Naturressourcen, betonte der Theologe und Sozialwissenschaftler Manfred Linz vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie. Ohne einen Ausgleich bei der Nutzung der begrenzten natürlichen Rohstoffe sei auf die Dauer kein friedliches Zusammenleben der Menschen möglich.

Das Treffen in der Thüringer Landeshauptstadt steht in der Tradition der 2001 im brasilianischen Porto Alegre begründeten Bewegung der Weltsozialforen. Auch von Christen werde das Forum zur Diskussion über „Möglichkeiten widerständigen Handelns“ gegen den „Absolutheitsanspruch des Kapitalismus“ genutzt, sagte Heribert Böttcher von der katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ dem epd.

Veranstalter sind Vereine, Verbände, kirchliche Gruppen und Gewerkschaften sowie das Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“. Am Samstag sind weitere Konferenzen und Seminare sowie ein Sternmarsch durch Erfurt geplant.

## Dem Sozialismus auf der Spur

**Die Linkspartei umarmt das Sozialforum der Globalisierungsgegner in Erfurt / Von Claus Peter Müller**

ERFURT, 22. Juli. Die Revolution begann auf dem Erfurter Domplatz am Freitag mit einer halben Stunde Verspätung. Denn wer die Welt verändern will, soll ausgeschlafen sein. Erst gegen 9.30 Uhr füllte sich das Festzelt zu Füßen des Mariendoms mit knapp hundert Zuhörern zur Auftaktdiskussion des ersten „Sozialforums“ in Deutschland. An die Foren in Porto Alegre, Florenz, Paris und London anknüpfend, zu denen deutsche Linke zu Tausenden reisten, verwandelte sich Thüringens Landeshauptstadt am Wochenende zu einer großen Montagsdemonstration der Globalisierungsgegner, mit DGB und PDS, Attac und Kirchengruppen als den bekannten Stützen der Bewegung.

Die Organisatoren wählten Erfurt als eine eher kleine Stadt, damit die angeblich 5000 Teilnehmer im Straßenbild auffielen. Ostdeutsch sollte der Ort sein, weil dort die sozialen Konflikte spürbarer seien. „Menschenrechte und politische Teilhabe“ hieß das Motto der ersten Diskussionsrunde des Forums, deren Dramaturgie und Inhalte aus der Zeit vor Einführung des Farbfernsehens entlehnt schienen. Lutz Brangsch, Ökonom von der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung, versprach umständlich, die Mechanismen, die hinter dem Menschenbild des Neoliberalismus stünden, aufzudecken, um zu dem Schluß zu kommen, daß im „Projekt“ des Neoliberalismus die Menschenrechte umdefiniert würden, damit es die Menschen unter seinem Angstregime erfasse. Gisela Notz, als Sozialwissenschaftlerin vorgestellt, überführte die Arbeitsmarktreform Hartz IV der Verfassungswidrigkeit, weil nach Artikel 12 des Grundgesetzes niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden dürfe, was aber geschehe, wenn staatliche Zuwendung an die Bedingung gelebter Arbeitsbereitschaft gekoppelt sei. Pflicht- und Zwangsdienste seien verboten: „Arbeitsdienste sollte es in einer Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr geben.“ Ein Vertreter der Föderation Demokratischer Arbeitervereine kam als nächster an die Reihe: Die imperialistische Einflußnahme auf Afghanistan und den Irak habe der Integration von Ausländern einen erheblichen Schlag versetzt. Der Mord an dem niederländischen Regisseur Theo van Gogh und die Anschläge von London hätten die Zensur noch weiter verschärft.

Im Atrium eines post-postmodernen Bürokomplexes war die Luxemburg-Stiftung dem sozialistischen Leitbild auf der Spur. Es ging wohnlicher und bürgerlicher zu als im Zelt. Geschützt vor Wind und Wetter, wurde die Forderung beklatscht, eine Partei zu schaffen, die „das System“ umstürzt. Die Vertreterin der Luxemburg-Stiftung aus Brasilien fragte, was denn Sozialismus bedeute? Sie wolle einige Ideen aus Deutschland mit nach Hause nehmen. Anregungen gab eine Frau aus Münster. Sie beklagte den Verlust des Sozialismus, denn weil es ihn nicht mehr gebe, nehme die „Barbarisierung“ der Welt seit fünfzehn Jahren zu. Die Autorin Daniela Dahn kam aus ostdeutscher Perspektive zum selben Schluß. Der Sozialismus habe große Wirkung auf den Kapitalismus gehabt, denn „genetisch hat der Kapitalismus keine Bezähmungsmöglichkeit“. Ohne Sozialismus lebe sich der Kapitalismus aus. Im Begriff der „Diktatur des Proletariats“ liege ein „Schuß Ironie und Humor“, der sich aber, wie die Geschichte gezeigt habe, nicht immer auf die Wirklichkeit habe übertragen lassen. Lenin habe gesagt, die Macht des Kapitals sei nicht durch eine bürgerliche Revolution zu brechen. Darum sollten sich die Veränderer von heute fragen, wie sie diese Macht durch politische Bewegungen, aber auch durch ungesetzliche Aktionen brechen könnten. Parlamentarische Mehrheiten müßten her, um die Gesetze zu verändern. Internetblockaden seien aufzurichten, es müsse ja kein Blut fließen.

Eine Frau aus Chemnitz spannte den Bogen in die Wirklichkeit des neuen Bundestags: „Die Linkspartei nutzt nichts, wenn sie für uns die Entscheidungen fällt. Sie soll unser parlamentarischer Arm sein, unser Megafon im Parlament.“ Die enge Verbindung des Sozialforums zur Linkspartei-PDS wiederum, dem Kondensat der SED, war nicht zu übersehen. Steffen Kachel aus dem Vorstand der Thüringer PDS übernahm die Pressearbeit und Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei-PDS, lobte das Forum als „wichtigen Beitrag zur besseren Vernetzung der sozialen Bewegung und zur Vertiefung der Debatte über politische Strategien und konkrete Alternativen zum Neoliberalismus“.

## Das erste Sozialforum in Erfurt: Schleppender Auftakt, wenige Teilnehmer

Erfurt - „Schröder hat die SPD kaputt gemacht.“ Lothar Großer war schon vieles in seinem Leben. Er war Kapitalist im Sozialismus, ist Inhaber zahlreicher Patente für Drehschalter, wurde enteignet. Nach der Wende schloss er sich den Sozialdemokraten an. Und seit gut 18 Monaten ist der 77-jährige Erfurter Mitglied bei Attac: „Geld ist wertvoller geworden als Menschenleben. Mit Geld wird Machtpolitik gemacht – zunehmend gegen die Interessen der Völker.“ Um seiner Kinder und Enkelkinder willen engagiert er sich auch auf dem Erfurter Sozialforum, als Ansprechpartner für die Medien.

Das erste Sozialforum in Deutschland will ein Raum der Begegnung sein, außerparlamentarisch und eigenverantwortlich. Doch es beginnt schleppend. Kaum hundert Zuhörer zieht es am Freitagmittag ins zentrale Veranstaltungszelt auf dem Domplatz. Reichlich tausend Zuhörer passten in das Zelt. Fünf Aktivisten des Koordinationskreises „Stoppt die Mauer in Palästina“ tragen ihr Anliegen vor, beschreiben die gigantischen Ausmaße des antipalästinensischen Schutzwalls und setzen das Bauvolumen der Sperranlage in Beziehung zur Berliner Mauer. Nicht alle hören zu.

„Die werden Veranstaltungen zusammenlegen müssen“, meint eine gepflegte ältere Dame. Gemeinsam mit einem Kollegen betreut sie den Info-Stand von Attac am anderen Ende der Innenstadt. „Es sind bis jetzt wenig Leute nach Erfurt gekommen.“ Auf 10000 Teilnehmer haben die Organisatoren gehofft. Und diejenigen, die hierher gefunden haben, müssen sich ungewollt mit einer thematischen Weiterung der Forums herumschlagen. „Ist doch klar, seit gestern reden hier alle nur noch von Neuwahlen“, sagt die Attac-Aktivistin. Und dabei immer auch ein wenig von PDS und WASG. „Die meisten hier werden wohl der WASG nahe stehen“, fügt die ehemalige Sozialdemokratin noch hinzu.

Teilnehmer und Organisatoren bemühen sich, die Parteipolitik außen vor zu halten. Der Sprecher der Vorbereitungsgruppe des Forums, Hugo Braun, warnt sogar vor einer „Beschädigung der Bewegung“, falls nicht Distanz auch zu den Parteien im linken Spektrum gehalten werde. Braun erinnerte im Vorfeld der 340 Veranstaltungen noch einmal an das Grundgesetz der internationalen Sozialforen, der Charta von Porto Alegre: „Repräsentanten von Parteien“ ist die Teilnahme an den weltweiten Treffen ausdrücklich untersagt. „Die größten Chancen auf gesellschaftliche Veränderungen bietet der außerparlamentarische Bereich“, meint auch Steffen Kachel vom örtlichen Organisationskomitee. Kachel weiß, wovon er redet. Bis 1994 war er innerparlamentarisch aktiv – als PDS-Abgeordneter im Thüringer Landtag. Rudolf Weber

## Kontakt zu potenziellen Wählern

Von Petra Ahne

ERFURT, 22. Juli. Irgendwann steht in der Aula des Erfurter Gymnasiums eine Frau auf und sagt, sie sei aus Frankreich, und dort beobachte man sehr genau das Projekt, in Deutschland eine neue linke Partei zu gründen. „Schon deswegen müsst ihr es schaffen, ihr müsst Erfolg haben“, ruft sie. Vorne auf dem Podium lächeln leicht verlegen Katja Kipping, Vizechefin der Linkspartei.PDS, und Christine Buchholz vom WASG-Bundesvorstand. In der voll besetzten Aula wird applaudiert.

Spätestens jetzt könnte man das Gefühl bekommen, auf einer Wahlveranstaltung von WASG und der Linkspartei.PDS, der beiden Partner des neuen linken Parteienprojekts zu sein. Aber das hier ist das Sozialforum, und normalerweise haben hier Parteien nichts zu suchen. Auf den Weltsozialforen in Porto Alegre und auf den Europäischen Sozialforen in Paris oder Genua war eines der Prinzipien, dass Politiker nicht öffentlich auftreten sollen. Auch in Erfurt, wo seit Donnerstagabend eine lokale Variante des Globalisierungskritiker-Treffens abgehalten wird, gilt die Regel- eigentlich. Doch irgendwie ist es passiert - zu einer Podiumsdiskussion am Freitagabend mit dem Titel „Guten Morgen, Gespenst! Annäherungen an das jäh Erscheinende eines Parteienprojekts“ wurden auch zwei Vertreterinnen des Projekts geladen.

Man könnte es konsequent nennen. Denn die neue Linkspartei ist so etwas wie das unausgesprochene Thema des ersten deutschen Sozialforums, bei dem sich 650 Veranstaltungen mit Themen wie Neoliberalismus, Globalisierung, Menschenrechten und den Sozialreformen in Deutschland auseinander setzen. So gut wie jeder, der hierher kommt, würde sich wohl als „links“ bezeichnen, und muss sich die Frage stellen, ob das Bündnis aus PDS und Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, kurz WASG, eine politische Heimat werden könnte. Die Linkspartei wiederum hat Interesse daran, Kontakt zu potenziellen Wählern aufzunehmen. 5 000 Sozialforums-Besucher waren angekündigt, am ersten Tag waren immerhin 1 500 da. Katja Kipping sagt, die Linkspartei habe extra wegen der Veranstaltung eine Vorstandssitzung verschoben.

Kaum kritische Stimmen

Wahrscheinlich hat sich das für die Partei gelohnt. Die Podiumsdiskussion zur Linkspartei ist wohl die bislang bestbesuchte Veranstaltung des Sozialforums, ein paar hundert Menschen sind gekommen. Es gehe um die Frage, wie sich die sozialen Bewegungen, die linken Vereine und Gruppen, zur neuen Partei verhalten, sagt Moderator und Soziologiedozent Rainer Rilling. Die Wortbeiträge aus dem Publikum vermitteln einen anderen Eindruck: Als sei es fraglos, dass man große Hoffnungen setzt in das Projekt. Eine historische Chance für die Linke sei dies, sagt einer. „Wir müssen aus dem linken Ghetto raus“, sagt Christine Buchholz und bekommt viel Applaus. Katja Kipping fordert, sich nicht mehr wie Kleingärtner zu verhalten, sondern sich zu einem linken Projekt zu vereinen. Sie wird beklatscht. Kritische Stimmen sind selten. Am vor-sichtigsten klingt noch Peter Wahl, Mitgründer des Globalisierungskritiker-Netzwerks Attac, der mit auf dem Podium sitzt. Es sei wichtig, die Autonomie der sozialen Bewegungen zu respektieren, sagt er. Noch wisse keiner, wie es sich entwickeln wird, das Projekt Linkspartei.

## Reichtum macht ein wenig unglücklich

**Erfurter Sozialforum debattiert, wie sich „anders besser leben“ lässt. Eine Lösung: freiwillige Selbstbeschränkung**

ERFURT taz Eine andere Welt ist möglich - so lautete die Vision des Weltsozialforums von Porto Alegre. Dem wollen die Veranstalter des ersten deutschen Sozialforums in Erfurt nicht nachstehen. Gleich zum Auftakt ging es gestern ums Ganze: „Anders besser leben“ hieß die Veranstaltung am Morgen. Manfred Linz vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie etwa fragte: „Wie können wir so leben und wirtschaften, dass wir nicht mehr in Anspruch nehmen, als uns zusteht?“

Knapp ein Drittel der Weltbevölkerung beansprucht momentan mehr als zwei Drittel aller Rohstoffe, erklärte der Wuppertaler Wissenschaftler. Zwar würden einige Länder des Südens und Ostens wirtschaftlich aufholen. Doch dabei orientierten auch sie sich an den Maßstäben der Industrieländer. Die Grenzen des Wachstums seien abzusehen, wenn die Weltbevölkerung in den kommenden Jahren um ein weiteres Drittel auf 8 bis 10 Milliarden wachsen werde. „Zu viele Güter mindern die Befriedigung“, konstatierte Linz.

Tatsächlich belegen empirische Untersuchungen, dass oberhalb einer mittleren Einkommensgrenze das Glücksempfinden nicht mehr wächst. Im Gegenteil: Es geht zurück. Linz plädierte deshalb dafür, die Bedürfnisse mehr auf Selbsterfüllung, soziale Beziehungen und das Allgemeinwohl zu richten: „Meine Sicherheit hat etwas mit sozialem Gerechtigkeitsempfinden zu tun.“

Weltweit existieren bereits Beispiele für die bewusste Selbstbeschränkung. In einer matriarchalisch geprägten Gegend in Südmexiko wirtschaftet die überwiegend indigene Bevölkerung primär fürs sich selbst. Veronika Bennholdt-Thomsen vom Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz berichtete: „Gegen den Trend der neoliberalen Globalisierung produzieren und handeln sie vor allem mit Waren, die sie selbst benötigen.“ Damit werde die Hausarbeit von Frauen aufgewertet. Sie sei wirtschaftlich anerkannt. „Armut ist diesen Menschen fremd.“

Barbara Stützel von „Global Ecovillage Network“ berichtet von hunderten von Projekten auch in Industrieländern, die ökologisches und sozial nachhaltiges Wirtschaften in ihrem Umfeld längst umgesetzt haben.

Um die Suche nach einer alternativen Lebensweise, Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Natur soll es bis Sonntag auch noch auf den anstehenden rund 200 Veranstaltungen gehen. Bisher kamen etwa 1.500 Besucher zum Sozialforum. Insgesamt werden in Erfurt rund 5.000 Gäste erwartet. Veranstalter sind unter anderem attac, amnesty international, die Kirchen und Greenpeace. Wie konkret die politischen Vorschläge bis Sonntag werden, das ist noch offen. FELIX LEE

## Perspektivlosigkeit raubt Würde

**„Arbeitswelt und Menschenwürde“ ist eines der zentralen Themen auf dem deutschen Sozialforum. Zu Recht - in der Arbeitswelt muss mehr Demokratie gewagt werden**

Gegenwärtig werden auf dem ersten deutschen Sozialforum in Erfurt soziale, ökologische und friedenspolitische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit gesucht. Unter der Fragestellung „Wie wollen wir leben und arbeiten?“ wird dem Thema „Arbeitswelt und Menschenwürde“ zu Recht eine zentrale Bedeutung zuerkannt.

Übertragen wir den pathetischen Begriff der Menschenwürde auf die alltäglichen Zumutungen im Arbeitsleben, so stellt sich Frage: Wie viel müssen die Menschen sich gefallen lassen? Im Leben außerhalb der Arbeit gilt, dass jeder Mensch als Bürger das Recht hat, informiert und angehört zu werden. Diese kulturelle Errungenschaft ist in Artikel 1 des Grundgesetzes festgelegt. Dort heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Worin besteht nun die Würde eines Menschen? Es ist schwierig, dies allgemein gültig zu bestimmen. Leichter ist es, zu sagen, wann die Würde eines Menschen verletzt wird, beispielsweise wenn Menschen gequält oder ausgegrenzt werden.

Der Begriff der Menschenwürde charakterisierte in der Phase des aufkommenden Bürgertums einen Menschen mit individueller Persönlichkeit, der eigenständig und eigenverantwortlich handelt. Unabdingbare Voraussetzung für die freie Entfaltung der Person ist die private finanzielle Unabhängigkeit.

Der fortschrittliche Gedanke dabei war, dass überholte Abhängigkeiten der feudalen und ständischen Gesellschaft überwunden wurden. In der aufkommenden kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft sollte mit dem Verweis auf die Menschenwürde ein Rest für die Menschen bewahrt werden, der nicht der beginnenden Ökonomisierung aller menschlichen Beziehungen unterliegen sollte. Ausgespart von dieser Bestimmung von Menschenwürde blieben die besitzlosen Proletarier, die

einen Teil ihrer Person - nämlich ihre Arbeitskraft - verkaufen mussten, um mehr schlecht als recht leben zu können. Heute muss es darum gehen, den im Grundgesetz verankerten Anspruch neu zu formulieren, um die Funktion dieses Artikels als Gegenprinzip zu menschenverachtenden Vorstellungen wieder neu zu beleben. Erhalten bleibt die Diskrepanz des Anspruchs auf Menschenwürde im bürgerlichen Leben und im Arbeitsleben. Die Ausprägungen haben sich jedoch im Laufe der Zeit wesentlich verändert.

Auch in früheren Perioden der Industrialisierung war die Arbeitsordnung in den kapitalistischen Unternehmen für die Arbeiter und Arbeiterinnen unwürdig, weil sie nicht als „eigensinnige“ Menschen mit einem schöpferischen Willen begabt wahrgenommen wurden, die den betrieblichen Ablauf mitgestalten, über Produkte mitentscheiden und den sie unmittelbar betreffenden Arbeitsprozess beeinflussen konnten. In den 70er- und 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden große Hoffnungen mit dem Programm der „Humanisierung der Arbeit“ der damaligen Bundesregierung verbunden.

Ein höheres Maß an Eigenverantwortung, Autonomie und Selbstbestimmung im Arbeitsprozess sollte durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen wie Jobrotation, Gruppenarbeit, Qualifizierung und Partizipation der Beschäftigten erreicht werden. Nun hat sich vor allem im Verlaufe der 90er-Jahre gezeigt, dass vor dem Hintergrund veränderter ökonomischer Bedingungen diese arbeitsorganisatorischen Veränderungen nicht unbedingt zu einem Zuwachs an Autonomie und Selbstbestimmung der abhängig Beschäftigten geführt haben

Für die Reklamation der Menschenwürde im Arbeitsalltag sind vor allem zwei Entwicklungen der kapitalistischen Arbeitsorganisation hervorzuheben, deren Existenz „revolutionäre“ Rückwirkungen auf die Unternehmensorganisation und negative Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen haben. Unter den Bedingungen verschärfter Konkurrenz, bedingt durch die „Globalisierung“, hat die Shareholder-Value-Orientierung zugenommen, wie auch die marktförmige Organisation unternehmerischen Handelns und innerbetrieblicher Prozesse. Diese Veränderungen haben zu einer grundlegenden Revision betrieblicher Herrschaft geführt. Selbstbestimmung und Autonomie bilden die Voraussetzung dafür, dass die Individuen selbstständig die jeweiligen Anforderungen erfüllen, ohne Anweisungen von Vorgesetzten zu erhalten oder ohne dass ihnen Bestrafungen angedroht würden. Arbeitsorganisatorische Voraussetzung dafür sind neue Managementkonzepte, deren Elemente flache Hierarchien, Vernetzung und Partizipation darstellen.

Arbeit ist ein rares Gut geworden. Das mag als Grund dafür gelten, dass im avancierten Kapitalismus die verinnerlichte Form der Herrschaft nicht als Zynismus begriffen wird. Begründet durch den Konkurrenzdruck, werden extensive Formen der Ausnutzung von Arbeitskraft durchgesetzt. Sämtliche Regelungsmechanismen, die die Tarifvertragsparteien ausgehandelt haben oder der Staat zum Schutze der Arbeitskraft erlassen hat, stehen zur Disposition. Lange Zeit gab es ein Alltagsbewusstsein davon, dass Tarifverträge oder Arbeitsschutzgesetze rechtmäßig erworbene Ansprüche darstellen. Der ständige Druck von Wirtschaftsverbänden, Politikern und Journalisten, von denen auf die zu hohen Arbeitskosten, Steuern et cetera sowie auf das Anspruchsdenken und Sozialschmarotzertum hingewiesen wird, hat dazu geführt, dass in der Öffentlichkeit der Widerstandswille erlahmt ist. Stattdessen hat sich eine passive Zustimmung breit gemacht, die hoffentlich durch viele Diskussionen auch auf dem Erfurter Sozialforum aufgebrochen wird.

Neben den Millionen Arbeitslosen bilden die prekär Beschäftigten eine immer größer werdende Gruppe, deren Existenz durch Unsicherheit und Perspektivlosigkeit charakterisiert ist. Gemeinsame Kennzeichen der in Teilzeit Beschäftigten, wie der Leiharbeiter, der abhängig Selbstständigen, der Mini- oder Gelegenheitsjobber, gar nicht zu reden von den 1-Euro-Jobbern, sind eine Bezahlung unterhalb des Existenzminimums, eine unsichere Beschäftigungsperspektive und damit verbunden eine Unsicherheit des Lebens.

Die Perspektive zur Veränderung dieser Verhältnisse wird nicht darin zu sehen sein, dass sich die Forderung auf die Wiedereinführung des „Normalarbeitsverhältnisses“ beschränkt. Um weiteren Spaltungen innerhalb der Beschäftigten vorzubeugen, muss das Problem der Prekarisierung politisiert werden und müssen kurzfristig „untere Haltelinien“ eingezogen werden, um der Angst vor dem völligen Absturz zu begegnen. Diese können in Mindeststandards für Lohn, Arbeitszeit und sozialer Absicherung bestehen. Menschenwürde in der Arbeitswelt heißt, dafür einzutreten, dass restaurative Tendenzen nicht hingenommen, sondern Demokratie in der Arbeitswelt gewagt wird. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung stellen Gewaltakte dar, die die Menschen um ihre Würde bringen.

URSULA SCHUMM-GARLING

Ursula Schumm-Garling, 68, diskutiert auf dem Podium „Arbeitswelt und Menschenwürde“ des Sozialforums in Erfurt. Sie war Professorin für Industriesoziologie an der Uni Dortmund und ist in der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung aktiv.

## Neuland Sozialforum

**In Erfurt versuchen die sozialen Bewegungen den schwierigen Prozess der Verständigung in Gang zu bringen**

**Von Tom Strohschneider, Erfurt**

Wie er da thront, hoch oben über der Kulisse, hat der Erfurter Dom etwas Drohendes. Vor allem, wenn dazu noch das Wetter schlecht ist. Auf dem Platz vor dem steinernen Koloss stehen zwei Plastikzelte, Rucksäcke werden hin und her getragen, Zettel verteilt. Es ist Donnerstagabend und in ein paar Minuten soll hier das erste Sozialforum in Deutschland beginnen. Aus sicherer Entfernung schauen ein paar Touristen skeptisch herüber und fliehen dann vor dem Regen in ihren Bus. Sozialforum? Man kann nicht sagen, dass die thüringische Landeshauptstadt davon ergriffen wäre. Während in den Ladestraßen der Altstadt fleißig konsumiert wird, bleiben die Kritiker des Überflusses, die Basis-Bewegungen und sozialen Initiativen unter sich. Ein paar Erfurter stehen, wie zufällig in die Szenerie geraten, vor einem Infostand des „Socialforums Iran“ und schauen müde auf den Packen Flugblätter in ihrer Hand.

„Das Sozialforum ist eine Erfolgsstory“, ist sich Angela Klein dennoch sicher. Aber was heißt das? „Es ist deshalb eine Erfolgsstory, weil es mehr ist als nur eine Veranstaltung, es ist ein Konzept für den Aufbau einer starken gesellschaftlichen Bewegung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Krise der beiden Mehrheitsströmungen der Arbeiterbewegung.“ Draußen ziehen die Wolken etwas schneller über den Dom. Etwas abseits setzen sich zwei Männer, Bierbüchsen in der Hand, in Bewegung. Die Krise der beiden Mehrheitsströmungen, die Angela Klein meint, ist offenbar auch an ihnen nicht vorübergegangen. Im Zelt spielt ein Bläser-Quartett der Berliner Symphoniker Tänze aus dem 17. Jahrhundert. Die Musiker sind leibhaftige Opfer der „neoliberalen Globalisierung“. Der Berliner Senat, erklärt eine junge Frau unter den Buhrufen von ein paar Hundert Sozialforums-Teilnehmern, habe dem Orchester die Mittel gestrichen, nun spiele es aus purem Enthusiasmus weiter. Die Leute klatschen Beifall.

Zwischen Gehässigkeit und höflichem Bedauern.

Aus dem Radio erfährt man später, dass die erwartete Teilnehmerzahl von 5000 wohl nicht erreicht worden ist, die Tonlage pendelt irgendwo zwischen Gehässigkeit und höflichem Bedauern. Man könne Erfolg und Misserfolg nicht daran messen, wie viele Menschen den Weg nach Erfurt gefunden haben, findet Angela Klein. Der Sozialforumsprozess stecke schließlich „noch im Anfang“, und außerdem wüssten „die meisten politisch, gewerkschaftlich oder sozial aktiven Menschen“ noch gar nichts davon. Nach vier Weltsozialforen mit Hunderttausenden Teilnehmern soll Erfurt ein Anfang sein? Erst die Veranstaltung in der thüringischen Landeshauptstadt, sagt Angela Klein, werde „eine größere Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen“.

Hugo Braun von der Kommunikations-Arbeitsgemeinschaft des SFiD würde es schon reichen, wenn in Erfurt „Menschen und Gruppen zueinander kommen, die bisher nicht miteinander geredet haben“. Aber das ist nicht ganz so einfach. Während in einer Schule das „Bündnis gegen Antizionismus und Antisemitismus“ zur Solidarität mit Israel aufruft und zur Diskussion über die „Kritik des globalen, antisemitischen Wahns“ eingeladen hat, wird ein paar Straßen weiter bei der „Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“ versichert: „Antizionismus ist nicht gleich Antisemitismus“. Auch andere finden in Erfurt nicht recht zusammen. Jeder hat seine eigene Veranstaltung angemeldet und so kann man sich aussuchen, ob man mit der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN oder dem Berliner Donnerstagskreis der SPD-Linken über das Thema Wasser diskutieren möchte, das hier offenbar sehr hoch im Kurs steht. Andere Themen fehlen dagegen ganz, weil niemand einen Workshop anbietet.

Ein Spiegelbild der Zivilgesellschaft

Das Sozialforum sei nun einmal, sagt Hugo Braun, ein „Spiegelbild der Zivilgesellschaft im linken Spektrum“. Man könne es bunt oder zersplittert nennen, undogmatisch oder einen politischen Gemischtwarenladen, das Durcheinander beklagen oder die Selbstorganisation loben – alles eine Frage des Standpunktes. In Erfurt, das ist das Credo der Veranstaltung, soll jeder seine eigene Meinung haben und auch sagen dürfen. Außer Nazis und Parteien, für die die sonst grenzenlose Toleranz der Sozialforen nicht gilt. Jedenfalls offiziell. Rechtsradikale werden einfach rausgeschmissen, sagt Steffen Kachel vom Erfurter Organisationskreis. Und als noch kurz vor der Eröffnungsrede ein Trupp Stadtbekannter Neonazis auftaucht und Einlass begehrt, wird das Tabu auf die Probe gestellt. Ein schlecht gekleideter Mann mit „Terror Worldwide“-Aufdruck auf der Jacke sagt unter den anerkennenden Blicken von ein paar Mitläufern: „Jeder hat das Recht, an einer öffentlichen Versammlung teilzunehmen, das steht im Grundgesetz.“ Die herbeigerufene Polizei, die seltsamer Weise aus Bayern kommt, sieht das anders, ein von zahllosen Solariumsbesuchen gebräunter Beamter nuschelt etwas von „Hausrecht der Veranstalter“ und die Nazis ziehen ab. „Ihr seid mit eurer Intoleranz die eigentlichen Faschisten“, ruft einer aus der Gruppe noch in Richtung Sozialforums-Zelt. Aber sein Megafon muss diesmal im Jute-Beutel bleiben.

Auch Parteien, so besagt es die Charta von Porto Alegre, haben auf den Treffen nichts verloren – wegen der politischen Unabhängigkeit, die sich die Sozialforen bewahren wollen. Hier ist die Sache allerdings komplizierter. Die Diskussionen um ein Bündnis zwischen PDS und Wahlalternative und die Möglichkeit einer neuen Linkspartei haben auch in der sonst

eher distanzierten Szene für einige Hoffnung gesorgt. Die will in Erfurt bedient werden, jedenfalls von einigen. „Als Personen sind sie willkommen“, sagt Hugo Braun über die Parteivertreter. Katja Kipping zum Beispiel, die Vizevorsitzende der Linkspartei, wird an einer Debatte über das neue Parteiprojekt teilnehmen. Andere wie Angela Klein hatten dagegen vor dem Treffen noch darauf bestanden, dass „das Sozialforum über die parteipolitischen Entwicklungen nicht diskutieren wird“. Es scheint, als kreisten da zwei relativ voneinander unabhängige politische Systeme umeinander, von einer gemeinsamen Kraft angezogen, aber doch für sich. „Für einen Teil derer, die derzeit aus der Sozialdemokratie der WASG zuströmen“, sagt Angela Klein, „ist das Sozialforum eh eine Welt, die noch entdeckt werden muss“.

Und die Linkspartei? Das bunte Durcheinander wird wohl auch für einen Teil der umbenannten PDS kulturelles wie politisches Neuland sein. Ansonsten umwerben die demokratischen Sozialisten die Sozialforumsbewegung ganz ungeniert. Eine Vorstandssitzung habe man extra verschoben, um nach Erfurt zu reisen, sagt die Partei und es klingt, als habe sich jemand für die Brautwerbung extra schick gemacht. Den Grundsatz der Parteineutralität respektiere man natürlich, aber – es gibt immer ein Aber – das der PDS kommt als politische Strategie daher. „Wir stehen aber auch für eine Politik, die auf das Zusammenspiel von außerparlamentarischen und parlamentarischen Kräften, auf eine Verbindung von Parteiarbeit und Druck der Straße setzt.“ Man könne doch zusammenarbeiten, „auf gleicher Augenhöhe“, versteht sich. Es gehe, sagt Angela Klein, bei der Frage nach der Neuformierung der Linken in erster Linie darum, „wie die Erosion des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses durch kollektives Handeln aufgehalten werden kann“. Eine neue Partei beantworte diese Frage zwar nicht, „sie schafft aber einen neuen Akteur“.

Es kursiert ein „Diskussionsangebot“

So wie die Sozialforumsbewegung vor ein paar Jahren ein ganz neuer politischer Akteur war – der heute noch immer nach einer Antwort sucht. Da die Treffen aus Prinzip keine Beschlüsse fassen können, muss auch in Erfurt eine eigens ausgerichtete „Versammlung der sozialen Bewegungen“ für die erwartete Abschlusserklärung sorgen. Seit ein paar Tagen erst kursiert ein „Diskussionsangebot“ im Internet. Sascha Kimpel und Ronald Blaschke haben es ins Rennen geschickt. Der Sozialstaat, heißt es darin, habe „grundlegende Defizite“. Deshalb müsste man vieles nicht nur besser, sondern gleich ganz anders machen. Reinhard Schaenke hält das für illusorisch. „Die alten Vorstellungen von Machtwechsel“ würden nicht länger funktionieren, sagt der Mann von der „Initiative spiritueller Raum der Besinnung und Begegnung“. Und irgendwie stehe auch „die ganze irdische Schöpfung“ zur Debatte. Davon will der offizielle Entwurf der Abschlusserklärung, der in Erfurt verteilt wird, jedoch nichts wissen. Und auch sonst findet sich wenig Neues darin. Dass sich soziale Bewegungen besser vernetzen müssten, dass der Globalisierung der Konzerne und Banken eine Globalisierung von unten entgegengesetzt werden müsse und dass eine andere Welt möglich ist.

Im weißen Plastikzelt am Domplatz nimmt sich Moema Miranda das Mikrofon. Die Brasilianerin gehört zu den Organisatoren des Weltsozialforums in Porto Alegre und während sie ihre Grußworte spricht, kommt einem der Gedanke, dass das Erfurter Treffen vor allem ein Ort der Übersetzung ist: Miranda spricht erst Englisch, später Portugiesisch, dann wieder Englisch. Und als es mit dem Dolmetschen Probleme gibt, sagt die 44-Jährige: „Das Sozialforum insgesamt ist ein schwieriger Prozess, in dem wir lernen müssen, uns gegenseitig zu verstehen, um uns selbst besser verstehen zu können.“

## In weite Ferne

Von Frieder Otto Wolf

Das Sozialforum, zur Zeit in Erfurt tagt, kann dazu beitragen, die Welt zu verändern. Und Europa. Nicht zuletzt auch Deutschland. Nicht so sehr, weil es in den Aufgalopp einer Bundestagswahl geraten ist, in der das souveräne Volk keine wirkliche Wahl zwischen alternativen Richtungen haben wird, sondern weil es von weit her kommt und in eine weite Ferne zielt. Es stimmt zwar, dass im Politischen die Entscheidungen letztlich immer im Hier und Jetzt fallen. Aber wer nur noch die Ad-hoc-Aktion kennt und das Nächstliegende zu tun imstande ist, der wird eben zum Schröder.

Von weit her: Die weltweite globalisierungskritische Bewegung – mit ihrem breiten Spektrum, das in den Initiativen der Zapatisten oder von ATTAC! Politische Entfaltungsräume für sich gefunden hatte – war zunächst in vielfältigen Bündnissen vor Ort oder zu bestimmten Anlässen zusammen gekommen, bevor ihre Netzwerke im Weltsozialforum eine gemeinsame Form gefunden haben. Seit Porto Alegre und Mumbai hat sich dieses vielstimmige globale politische Subjekt gleichsam auf den einzelnen Kontinenten niedergelassen, in Europa mit den Europäischen Sozialforen von Florenz, Paris und London. Inzwischen nimmt es innerhalb der Nationalstaaten Gestalt an – als ein politischer Raum, der gemeinsame Handlungsfähigkeit ohne Vereinheitlichung gewinnen helfen soll, um bei aller Unterschiedlichkeit der Hintergründe an Erfahrung, Kultur oder Ideologie eine gemeinsame Sprache zu finden, in der es möglich wird, sich über die langfristigen Erfordernisse für das Überleben der Menschen und die Emanzipation der vielfältigen Subjekte in dieser ihrer Vielfalt zu verständigen. Damit ist dem global entfesselten Kapitalismus zumindest wieder das Gespenst eines adäquaten Gegenspielers entstanden, nachdem im 20. Jahrhundert die Projekte von Revolutionären und Reformen gescheitert waren. Adäquat, weil tatsächlich die Frage der gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen auch im neoliberalen Marktradikalismus von allen Seiten aufwerfend. Bisher aber nur ein Gespenst, weil noch lange nicht klar ist, dass die wirklich gewichtigen Handlungsträger gemeinsam für das notwendige bunte Bündnis gewonnen werden können – wie die immer noch isolierten, schwer organisierbaren Hausfrauen und Mütter, die relativ gut gewerkschaftlich organisierten „klassischen LohnarbeiterInnen“, mit ihrer Anfälligkeit für nationalistische Lösungsansätze, oder die KleinbäuerInnen des globalen Südens, mit ihrer faktischen „Bindung an die Scholle“.

In weite Ferne: Das Sozialforum muss auch in Deutschland nichts weniger als die Frage auf die Tagesordnung setzen, wie eine Gesellschaftsordnung möglich wird, die endlich mit der kapitalistischen Produktionsweise bricht, welche der Befreiung der Frauen ebenso im Weg steht, wie der ökologischen Nachhaltigkeit, der Überwindung des Welthungers, der sozialen Gerechtigkeit oder fairen internationalen Handelsverhältnissen. Und wie Deutschland in Europa und wie Europa insgesamt einen Beitrag dazu leisten können. Das Sozialforum wird daran arbeiten, beurteilbar zu machen, was vorwärtsweisende und was regressive politische Vorschläge sind – hier und jetzt, aber eben im Blick auf alle anderen und in der langen Frist. Damit leistet es auch den wirksamsten denkbaren Beitrag zu einer Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung im anlaufenden Bundestagswahlkampf und in der parlamentarischen Arbeit des kommenden Bundestages, in der sich an dieser Frage die Spreu vom Weizen trennen wird.

Der ehemalige Europa-Abgeordnete der Grünen lehrt an der FU Berlin politische Philosophie.

## „Angstregime“ überwinden

**Beim ersten deutschen Sozialforum in Erfurt begann der Freitag mit der Themenkonferenz „Menschenrechte und politische Teilhabe“**

**Von Stefan Wogawa**

Kurz vor neun Uhr erklingt auf der Bühne am Erfurter Anger am Freitag laute Musik. Der „offene Raum“ des Sozialforums hat gerade seine Pforten geöffnet. Zwei Moderatoren sprechen sich warm. Nebenan bauen Gewerkschaften und Initiativen an ihren Infoständen. Fünfhundert Meter entfernt, im großen Zelt auf dem Domplatz, beginnt die erste Themenkonferenz des Sozialforums. Der Blick fällt auf Transparente an der Zeltwand: „Neoliberal ist asozial“ und „Against Global Migration Management“ ist zu lesen, gegenüber hängt ein Plakat, das mehrsprachig für Schutzzehen wirbt.

Zur Konferenz „Menschenrechte und politische Teilhabe“ haben sich 100 Zuhörer aller Altersgruppen eingefunden. Moderatorin Sigrid Graumann von der „Initiative Sozialforum Berlin“ erklärt, warum das Thema aufgenommen wurde: In den sozialen Bewegungen sei der Bezug auf die Menschenrechte noch unterentwickelt.

Experten und Aktivisten auf dem Podium nähern sich dem Problem unterschiedlich. Der Wirtschaftswissenschaftler Lutz Brangsch (Rosa-Luxemburg-Stiftung) erklärt das Leitbild des Neoliberalismus. Das sei der Bürger, der sich bewußt in das neoliberale Projekt einbringe, gleichzeitig werde permanent die Konsequenz des Abweichens von der Norm deutlich gemacht. Damit habe sich ein Zustand entwickelt, den Brangsch als „Angstregime“ bezeichnet. Neoliberalismus ist aus seiner Sicht eine Lebensweise, die die Rücknahme von Rechten einschließt, wobei gerade das Angstregime verhindert, daß Menschenrechte eingefordert würden. Die Sozialwissenschaftlerin Gisela Notz geht auf soziale Grundrechte ein. Die Politik sei eigentlich an das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes gebunden, die Realität sehe anders aus. Gerade durch „Hartz IV“ nehme das Armutsrisiko wieder zu. Auch Notz hinterfragt Leitbilder: Durch aktuelle Debatten fühle sie sich an das sozialdarwinistische „Survival of the Fittest“ erinnert. Düzgün Altun von der „Föderation Demokratischer Arbeitervereine“ sieht in der Folge der Anschläge vom 11. September 2001 eine Entwicklung, mit der neue Feindbilder entstanden seien, die der Integration ausländischer Bürger in den europäischen Ländern „einen Schlag versetzt“ habe. Inzwischen herrsche eine „Islamophobie“, eine „Verzerrung der Wirklichkeit aus politischem Kalkül“. Die eigentliche Musik spiele auf dem sozialen Parkett.

Frank John (Initiative „Kein Mensch ist illegal“) weist darauf hin, daß Ungleichheit älter sei als der Neoliberalismus; es handle sich um ein konstitutives Element seit Gründung der BRD. Für ihn ist auch die Migration eine soziale Bewegung. Als wesentliche Rechte für Migranten nennt John das Recht auf Bewegungsfreiheit und das Recht und das Bleiberecht. In der Diskussion verliert Gottfried Rabe vom „Dresdner Bündnis für soziale Gerechtigkeit“ einen Aufruf, mit dem er „ein Grundeinkommen für jeden Erdenbürger“ fordert. Martin Britsch vom Sozialforum Reutlingen greift das auf: Er sehe ein solches Grundeinkommen als Alternative zum Sozialstaat. „Der Sozialstaat ist doch Teil und Stütze des Systems und die Umsetzung der These, die besagt, daß Profite individualisiert, Risiken und Verluste sozialisiert werden“, ergänzt er anschließend gegenüber junge Welt. Ljudmila Bulavka von der „Bewegung Alternative“ aus Moskau fragt, welche gesellschaftlichen Aufgaben übernommen werden müßten, nachdem der Staat in Europa wie auch in Rußland auf sozialem Gebiet fast tot sei. Axel Schmidt vom Bündnis „Contra Sozialabbau“ aus Aschersleben ist skeptisch, ob Menschenrechte angesichts des Privateigentums an Produktionsmitteln durchzusetzen seien. Einen Zuhörer hält es nicht mehr auf dem Sitz. Ihm ist die Debatte zu philosophisch. „Was wißt ihr denn schon vom Osten?“, ruft er Richtung Podium. Was hier fehle, sei Arbeit.

In den Schlußworten folgen Handlungsoptionen. Lutz Brangsch fordert, „bestehende demokratische Verfahren radikal weiterzuentwickeln“. Ansätze sehe er bei direkter Demokratie und Wirtschaftsdemokratie, die es zu gestalten gelte. Die Linke müsse sich die Menschenrechtsfrage aneignen, habe sie doch den Menschen bisher zu sehr auf ein Klassenkampfsubjekt reduziert. Düzgün Altun sieht in der Überwindung der gesellschaftlicher Spaltung die einzige Chance, eine Gegenkraft zustande zu bekommen. Da ist das Fazit, das Sigrid Graumann nach zwei Stunden zieht, fast zaghaft: „Wir wissen immerhin, in welche Richtung es gehen soll.“

## Power statt Panik: für gleiche Rechte

Frauen protestierten in Erfurt gegen „Hartz IV“ und konservative Familienbilder

Von Stefan Wogawa

Unter dem Motto „Frauen wehrt euch!“ demonstrierte am Donnerstag abend der Landesfrauenrat Thüringen auf dem Erfurter Domplatz für eine geschlechtergerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit der Aktion sollten frauenpolitische Forderungen zum 1. Sozialforum in Deutschland eingebracht werden. Der Protest richtete sich vor allem gegen die „Hartz“-Gesetze der Bundesregierung. Gerade von „Hartz IV“ seien Frauen besonders negativ betroffen, kritisierte Silke Bemman, Leiterin des Arbeitskreises Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landesfrauenrates. Das zeige sich auch daran, daß zwei Drittel der abgelehnten Anträge auf Arbeitslosengeld II von Frauen stammten.

Deshalb bildete sich auf dem Domplatz eine Frauenkette, die etwa einhundert Tücher präsentierte, die alle von Frauen gestaltet wurden, die von „Hartz IV“ betroffen sind. „Die Tücher stellen jedes für sich ein Einzelschicksal dar, aneinandergereiht zeigen sie die erdrückenden Auswirkungen der „Hartz-Reformen“ als Massenerscheinung“, erläuterte Silke Bemman. Entsprechend individuell fielen die Bilder und Texte auf den Tüchern aus. Einige widerspiegelten Resignation („Trauer“), andere waren anklagend („Mit Hartz IV bleibt die Menschenwürde vor der Tür“), nicht wenige kämpferisch („Power statt Panik“).

Gleichzeitig wies der Frauenrat, Dachverband von 27 Mitgliedsverbänden, die 200000 Frauen vertreten, auf dem Domplatz auf die Gefahren hin, die aus seiner Sicht mit der sogenannten „Familienoffensive“ der Thüringer Landesregierung verbunden sind. „Mit der Fixierung auf das konservative Familienbild werden die Frauen wieder an Heim und Herd geschickt und die Kinderbetreuung zur Angelegenheit des einzelnen“, erläuterte Petra Beck, Geschäftsführerin des Landesfrauenrates, die Kritik an der CDU-Landesregierung. Beck befürchtet, daß die Arbeit in den Frauenhäusern und Frauenzentren künftig nicht mehr gesichert sei.

Zum Abschluß der FrauenRäume des Sozialforums ist am Sonnabend ab 12 Uhr eine Kundgebung auf dem Erfurter Anger geplant. Dort sollen die Texte und Bilder auf den Tüchern durch die Schilderungen persönlicher Erlebnisse betroffener Frauen ergänzt werden.

## Die gleichen Ziele

**Auf dem Sozialforum in Erfurt treffen Menschen zusammen, die sehr verschieden sind. Das Motto des ersten Sozialforums in Deutschland, das noch bis Sonntag in Erfurt stattfindet, heißt Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur. Wie viele und welche unterschiedlichen Gruppen sich dazu treffen, ist erstaunlich.**

**Von Florian GATHMANN**

Es riecht sehr gut im Offenen Raum, das ist der erste Eindruck. Weil rechts neben der ersten Treppenstufe ein großer Topf steht, aus dem es dampft, Kartoffelsuppe. Einige Stufen später kommt ein Mädchen mit langen blonden Haaren die Treppe herabgerannt. Wir machen einen Akrobatik-Workshop im zweiten Stock, ruft sie, in den Händen eine Holzstange. Im Gang lümmeln sich junge Menschen auf knautschigen Sofas, hinter mancher Tür sieht man Isomatten und Schlafsäcke. Noch bis morgen, wenn das Sozialforum in Erfurt endet, ist das der Offene Raum. Wo während der Schulzeit gelernt und gelehrt wird, hier im Erfurter Ratsgymnasium, sind für wenige Tage Hierarchien und Strukturen vergessen. So wünschen es sich jedenfalls die Initiatoren dieses Projekts. Liebe Beamte im Dienst, bitte vor Betreten anmelden, dann eine Handynummer, dieses Schild hängt vor dem Hof-Tor. Ein paar Straßen entfernt sieht das Sozialforum weniger wild aus. Da sitzt eine Gruppe von nicht mehr ganz so jungen Menschen um den Tisch und spricht sehr gesetzt und ernsthaft über Kriege und die Rolle der Medien. Über ihnen prangt ein hellgrün gestrichener Balken mit dem aufgemalten Paulus-Psalm: Wie wird ein Jüngling seinen Weg unsträflich gehen? Wenn er sich hält nach Deinen Worten. Man diskutiert in der Evangelischen Stadtmission.

Das ist es eben, was so ein Sozialforum ausmacht. Auf dem Domplatz sitzt Frank Spieth an einem Biertisch in dem großen Veranstaltungszelt, auf der Bühne wird gerade aus verschiedenen Perspektiven erläutert, warum die EU-Verfassung ganz zu Recht am Boden liegt. Wir bieten kritischen Menschen und Gruppen die Möglichkeit, sich darzustellen, sagt der Thüringer DGB-Chef, ohne den dieses Sozialforum wohl an einem anderen Ort stattgefunden hätte. Er ist auch ein bisschen stolz. Knapp 2000 Menschen sind es, die sich bis gestern offiziell angemeldet haben, auf 5000 Teilnehmer wollen die Veranstalter bis morgen kommen. Gut gefüllt ist im Laufe des Tages bereits das zweite Zelt auf dem Domplatz. Da ist ein Stand für die israelische-palästinensische Freundschaft neben einem aufgebaut, der viel Rot zeigt. Schröder muss weg, heißt es auf einem Plakat der Gruppe Linksruck. Einige Meter weiter hängen T-Shirts mit dem Konterfei von Che Guevara, Umweltaktivisten präsentieren sich hier genauso wie christliche Initiativen. Auch der alteingesessene Sozialverband VDK. Irgendwoher erklingen Sitar-Töne. Ein Kulturschock? Keinesfalls, sagt Martina Hecktor, die VDK-Kreisgeschäftsführerin. Wir haben alle die gleichen Ziele, nämlich eine gerechtere Gesellschaft.

Mitunter wird dafür hart gestritten. Am Morgen beispielsweise, bei einem Workshop zum Thema Hartz IV im Heinrich-Mann-Gymnasium. Vertreter aller Parteien wurden eingeladen, vertreten sind aber nur PDS und SPD. Carsten Schneider, sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter aus Erfurt, ist hier nicht zu beneiden. Das war schon eine ziemlich harte Veranstaltung, sagt er später. Aber, das zu betonen ist ihm wichtig, es sei trotzdem sachlich diskutiert worden. Die Stimmung auf dem Sozialforum, hört man, ist gut. Nur auf dem Anger bleibt gestern ein wenig Trostlosigkeit nicht verborgen. Ein Betrunkenener tanzt - hin und her zuckend - vor der großen Bühne, Niesel und Regen trotzend. Die meisten Passanten huschen auch an den Informationsbuden vorüber. Heute soll es weniger regnen.

Märkische Allgemeine, 23.7.05

## Parteilos

**KOMMENTAR VON KLAUS STARK**

Seit Neuwahlen zum Deutschen Bundestag so gut wie sicher sind, konzentriert sich das Interesse von Globalisierungskritikern auf die neue Linkspartei. Auch die vielen kleinen lokalen und regionalen Initiativen, die sich seit Donnerstag in Erfurt zum ersten deutschen Sozialforum treffen, profitieren davon. Glaubt man Berichten von der Basis, war die Anzahl der Anmeldungen zunächst ziemlich mau: Erst die Aussicht auf die bevorstehende Wahl brachte die Aktivisten so richtig auf die Beine. Gleichzeitig lauert hier aber auch eine Gefahr: Das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre, in dessen Tradition das Erfurter Treffen steht, versteht sich ausdrücklich als Bühne für soziale Bewegungen - und nicht für politische Parteien. Auch die Globalisierungskritiker von Attac haben parteipolitischen Umarmungen bisher stets widerstanden. In Erfurt könnte sich dies ändern: So hat die neue Linkspartei bereits angekündigt, dort nach potenziellen Mitstreitern Ausschau zu halten. Angeblich wurde sogar eine für dieses Wochenende geplante Vorstandssitzung verschoben. Für die Initiativen geht es dabei um das Ganze: Lassen sie sich vor den parteipolitischen Karren spannen, verlieren sie das, was sie gerade auszeichnet - ihre Unabhängigkeit.

## Deutsches Sozialforum beginnt in Erfurt

Erfurt. 3000 Teilnehmer von Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet diskutieren seit gestern beim deutschen Sozialforum in Erfurt über Globalisierung und soziale Gerechtigkeit. Die Veranstaltung ist der deutsche Ableger des in Porto Alegre (Brasilien) entstandenen Weltsozialforums, das sich als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsgipfel versteht. Wahlveranstaltungen der neuen Linkspartei und anderer Parteien sind auf dem Forum tabu.

Märkische Allgemeine, 23.7.05

## Sonnabends? Nein, montags!

**Auf dem Sozialforum in Erfurt wird auch über Hartz-IV-Demos diskutiert**

VON RONNY MÜLLER

ERFURT Edgar guckt angestrengt auf die Uhr. Der junge Mann ist Moderator einer Diskussion über einen gemeinsamen Aktionstag von Montagsdemonstranten aus ganz Deutschland. Eine halbe Stunde hatte der Göttinger angesetzt, um sich auf einen Forderungs-Katalog zu einigen. Rede und Widerrede wechseln unkoordiniert durcheinander. Nach ganzen 45 Minuten ist immer noch kein Kompromiss in Sicht.

Michael Maurer aus Jüterbog (Teltow-Fläming) ist nur wegen dieser Konferenz nach Erfurt gekommen. Der 53-Jährige organisiert die Jüterboger Montagsdemo. „Wir brauchen keine endlosen Debatten“, wirft er ein. Ein anderer Mann unterstützt ihn lautstark: „Lasst uns aufhören zu diskutieren, lasst uns in die Socken kommen“, ruft er unwillig.

Insgesamt waren in Erfurt gestern rund 3000 Vertreter von Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet zum ersten deutschen Sozialforum zusammengekommen. Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ werden bis Sonntag rund 340 Seminare und Workshops sowie fünf Konferenzen angeboten. Schwerpunkte sind die hohe Arbeitslosigkeit, Alternativen zu einer neoliberalen Wirtschaftsordnung und die weltweite Globalisierung.

Als Redner sind unter anderem Vertreter der Globalisierungskritiker von Attac, der Vorsitzende der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, und die evangelische Pröpstin von Erfurt, Elfriede Begrich, vorgesehen. Das Sozialforum geht auf das 2001 gegründete Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre zurück, das sich traditionell als parteipolitisch unabhängig versteht.

Im Vorfeld hatte die Vize-Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, jedoch den Initiativen ausdrücklich die „Unterstützung“ der neuen Partei angeboten. Wegen des „wichtigen politischen Prozesses“ in Erfurt habe man extra eine für das Wochenende geplante Vorstandssitzung verschoben. „Aktive Parteimitglieder können sich zu Sachthemen äußern, wir werden aber keine Wahlveranstaltungen zulassen“, kontert Sozialforums-Sprecher Hugo Braun. „Dass politische Vorstellungen geäußert werden, die auch im Wahlprogramm stehen, können wir nicht verhindern.“

In Erfurt ist die Stimmung derweil gut. Allerdings hat der Würstchenverkäufer auf dem Domplatz noch kein großes Geschäft gemacht. „Bei dem Regen nicht“, schimpft er. Joseph Hloucal aus Jena schwankt noch, in welches Seminar er geht. „Ich möchte mehr über einen ökologischen Lebensstil erfahren“, sagt er.

Michael Maurer hingegen macht erst mal jede Menge Erfahrungen mit dem Diskussionsstil in alternativen Gruppierungen. Wann soll der geplante dezentrale Aktionstag nun bitteschön stattfinden? Vorgeschlagen wird der 3. September. Ein Sonntag. Doch es gibt Gegenstimmen. „Lasst uns einen Montag nehmen“, sagt ein Mann aus Sondershausen. „Am Wochenende werden sonnabends um zwölf die Bürgersteige hochgeklappt.“ Ja, sagt einer aus Gera: „Ein Montag ist besser, da können wir auch vor den Arbeitsagenturen demonstrieren.“

Die Probeabstimmung endet unentschieden. Maurer argumentiert: „In Jüterbog können wir sonnabends viel mehr machen.“ Noch eine Abstimmung. Zuerst über die Zahl der Aktionstage, dann über das Datum. Es wird Montag, der 5. September. Maurer gibt klein bei: „Man muss Kompromisse eingehen“, sagt er.

## Erstes deutsches Sozialforum kommt nur zaghaft in Gang

Erfurt. Bis zum Mittag dominiert noch der neolibérale Gemüsehändler das Geschehen auf dem Erfurter Domplatz. Die „frischen Kräuter aus eigener Ernte“ - der Bund zu je 60 Cent - findet fast mehr Interessenten als die „Themenkonferenz zu Menschenrechten und politischer Teilhabe.“

In dem Zentral-Zelt unmittelbar neben dem allwöchentlichen Markttreiben verlieren sich kaum hundert Interessenten. Zwei haben ihren Hund und einer sein Fahrrad mitgebracht. Tapfer zieht die Moderatorin die Diskussionsrunde durch.

Immerhin findet hier die Debatte statt. Ein paar hundert Meter weiter - auf der großen Bühne am Anger - dudelt ein nicht-kommerzieller Radiosender seine Chartmusik rauf und runter. Doch das war so nicht geplant. Angemeldet hatte sich für diese Zeit und diesen Ort die „Bürgerinitiative gegen Billiglohn“. Gemeinsam mit Vertretern aus Gewerkschaft und Arbeitgebern sollte laut Programmheft über das Vergabegesetz diskutiert werden. Doch der Mann vom Org-Büro - erkennbar an den orangefarbenen T-Shirts - winkt ab. „Wir haben nichts mehr von denen gehört.“

Überhaupt kommt die inhaltliche Arbeit auf dem ersten Sozialforum in Deutschland nur schleppend voran. Das mag am Wetter liegen, wie der Mann vom Org-Büro vermutet, oder auch an den Uhrzeiten. Die Weltrevolution wird wahrscheinlich eben nachmittags gemacht, bemerkt ein Besucher am Stand der Globalisierungsgegner von attac. Doch möglicherweise erweist sich der deutsche Volkscharakter dann doch als nicht kompatibel mit der Charta von Porto Alegre. Das Grundsatzzprogramm der Bewegung - 2001 in der brasilianischen Hafenstadt gleichen Namens entworfen - hält die Grundsätze der Selbstverantwortung, der Prozesshaftigkeit und des Pluralismus hoch.

Für jene Repräsentantin eines großen Deutschen Sozialverbands, die gestern ein paar Stunden der kollektiven Selbstorganisation hin zu einer ruhigen Tasse Kaffee entflohen, ist diese Form der Arbeit gewöhnungsbedürftig. „Chaotische Zustände“, beklagte sie. Zu Brasilien mag das fröhlich Bunte, das vielstimmig Laute ja passen, nicht jedoch auf den sitzungsgestählten bundesdeutschen Verbands- oder Gewerkschaftsvertreter.

Dabei sind die Ziele des ersten bundesweiten Sozialforums im Grundsatz aller Ehren wert. „Eine andere Welt ist möglich“, lautet der Grundgedanke, von dem sich die Bewegung leiten lässt. Thematische Schwerpunkte der Vorträge und Diskussionen sind die Menschenrechte, alternative Lebensweisen sowie die Zukunft Europas. In Themenkonferenzen und rund 260 Work-Shops stellen Initiativen aus allen Regionen des Landes ihre Konzepte vor. Am Ende des Sozialforums sollen konkrete Vorschläge, etwa zur Steuerpolitik, öffentlich präsentiert werden.

Doch gestern Abend kreisten die Gedanken erst einmal um sich selbst. Die Initiative für einen Politikwechsel lud zur Manöverkritik ein: „Sozialforum in Deutschland“, so der Titel der Veranstaltung: „Wie weiter?“

Matthias Thüsing

epd, 23.07.05

## Sozialforum: Themenkonferenzen mit Bsirske und Sternmarsch

Erfurt (epd). Die rund 1.500 Teilnehmer des ersten Sozialforums in Deutschland haben am Samstag in Erfurt ihre Diskussionen in Themenkonferenzen und Workshops fortgesetzt. Im Mittelpunkt eines Podiums unter anderem mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, und dem Erfurter Sozialwissenschaftler Ronald Lutz stehen die Auswirkungen von Globalisierung und Neoliberalismus auf Arbeitswelt und Menschenwürde. Am Nachmittag soll das Motto des Forums „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ bei einem Sternmarsch durch Erfurt bekräftigt werden.

Das bundesweit erste Treffen bis Sonntag dient dem Gedankenaustausch von politischen und Sozialinitiativen über Konzepte der gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen. Dabei versteht sich das Forum als außerparlamentarische Bewegung in der Tradition des ersten Weltsozialforums 2001 im brasilianischen Porto Alegre, dem seither weitere internationale, europäische und nationale Treffen folgten. Zu den Initiatoren in Deutschland gehören Vereine, Verbände, Gewerkschaften, das Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“ sowie kirchliche Gruppen.

epd, 23.07.05

## **Bsirske fordert mehr Aktionen für soziale Gerechtigkeit**

Erfurt (epd). Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, hat zu verstärkten Aktionen für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland aufgerufen. Das Sozialforum müsse zu einem „Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns“ werden, forderte Bsirske am Samstag auf dem ersten bundesweiten Treffen von Sozialinitiativen in Erfurt. Nach dem Sozialabbau durch Hartz IV und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit müssten sich die außerparlamentarischen Bewegungen „die soziale Gestaltungsmacht erkämpfen“.

Durch die Sozialreformen der Bundesregierung seien keine neuen Arbeitsplätze entstanden, sondern neue Job-Ängste, kritisierte der Chef der Einzelgewerkschaft. Der Druck auf Arbeitslose zur Übernahme von Ein-Euro-Jobs wirke auf die Betroffenen wie eine Einschüchterung.

Unter den Vorzeichen des Neoliberalismus mit seiner „Dynamik der Maßlosigkeit“ seien die Vorstellungen von einer Humanisierung der Gesellschaft und von sozialer Gerechtigkeit verloren gegangen, so Bsirske. Dieser Entwicklung müsse „eine andere Logik und eine andere Moral“ entgegengesetzt werden.

epd, 23.07.05

## **Sternmarsch des Sozialforums durch Erfurt**

### **Bsirske prangert Neoliberalismus an**

Erfurt (epd). Mit einem Sternmarsch durch Erfurt hat das erste Sozialforum in Deutschland am Samstag in Erfurt seine Forderung nach einer gerechteren Gesellschaft bekräftigt. Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ zogen in drei Blöcken nach Polizeiangaben insgesamt rund 450 Menschen durch die Landeshauptstadt zur Abschlusskundgebung auf dem Domplatz.

In Erfurt diskutierten seit Donnerstag in über 260 Veranstaltungen nach Veranstalterangaben insgesamt rund 4.000 Menschen Konzepte gegen Sozialabbau und Neoliberalismus. Unter den Teilnehmern sind zahlreiche Vertreter von Sozialinitiativen aus allen Bundesländern. Zum Abschluss des Sozialforums am Sonntag soll eine „Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen“ über eine gerechtere Gesellschaft in Deutschland verabschiedet werden.

Auf einer Veranstaltung am Samstag betonte der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, das Forum müsse für die Sozialbewegungen ein „Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns“ werden. Die Vorstellungen von einer Humanisierung der Gesellschaft und von sozialer Gerechtigkeit seien mit dem Neoliberalismus und seiner „Dynamik der Maßlosigkeit“ verloren gegangen.

Der Entwurf der Abschluss-Erklärung nennt als Kernpunkte die Überwindung von Ausgrenzung, Armut und sozialen Spaltungen, den Verzicht auf militärische Gewalt nach innen und außen, ökologische Strategien für die Zukunft und eine aktive Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen.

Das Erfurter Treffen steht in der Tradition der Weltsozialforen, die 2001 im brasilianischen Porto Alegre begründet und seither mit Foren auf internationaler und nationaler Ebene fortgesetzt wurden. Zu den Veranstaltern in Deutschland gehören neben Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und dem Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“ auch kirchliche Gruppen.

dpa, 23.07.05 (gedruckt u.a. in Berliner Morgenpost)

## **Bsirske fordert erneut Vermögenssteuer und Ausbildungsplatzabgabe**

Erfurt (dpa) - Ver.di-Chef Frank Bsirske hat auf dem ersten Sozialforum in Deutschland die Einführung einer Vermögenssteuer gefordert. Die Finanzierung des Sozialsystems müsse auf mehr Schultern verteilt werden als bisher, sagte der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft am Samstag in Erfurt. Die Starken der Gesellschaft müssten daher mehr zur Kasse gebeten werden. Außerdem erneuerte er die Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und sprach sich für die Ausbildungsplatzabgabe aus.

**dpa, 23.07.05**

## **ver.di-Chef Bsirske für Vermögensteuer und Mindestlohn**

Erfurt/Berlin (dpa) - Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, hat die Einführung einer Vermögensteuer und eines Mindestlohns gefordert. Außerdem begrüßte er am Samstag die Gründung eines neuen Linksbündnisses - es mache „die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik spannender und farbiger“.

Die Finanzierung der Sozialsysteme müsse auf mehr Schultern verteilt werden als bisher, begründete Bsirske seine Forderung nach einer Vermögensteuer am Samstag auf dem Sozialforum in Erfurt. Die Starken der Gesellschaft müssten daher mehr zur Kasse gebeten werden. Zur Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn sagte der Gewerkschaftschef in Erfurt: „Arbeit darf nicht arm machen und nicht entwürdigen.“

In der Zeitung „Welt am Sonntag“ zeigte Grünen-Mitglied Bsirske Sympathie für das neue Linksbündnis. Nach dessen Gründung profilierten sich die Grünen nun wieder als moderne Linkspartei, und die SPD konkretisiere ihr Programm. Das rot-grüne Projekt habe „zuletzt geschwächt, weil es sich zu sehr neoliberalen Dogmen geöffnet hat“.

Bsirske setzte sich auch für eine Reform der betrieblichen Mitbestimmung ein. Die Besetzung der Aufsichtsräte müsse der Internationalisierung der Unternehmen angepasst werden. „Deshalb sollten Vertreter ausländischer Gewerkschaften mit in die Aufsichtsräte einbezogen werden“, sagte er der „Welt am Sonntag“.

**AP, 23.07.05**

## **Erstes deutsches Sozialforum demonstriert in Erfurt**

### **Bsirske fordert andere Verteilung**

Erfurt (AP) Mit einem Sternmarsch zum Erfurter Domplatz haben am Samstagnachmittag rund 1.500 Teilnehmer des ersten Sozialforums in Deutschland für eine sozial gerechte, alternative globale Politik demonstriert. Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, rief dazu auf, sich soziale Gestaltungsmacht zu erkämpfen und die Veranstaltung als Ort des Gedankenaustauschs und der Verabredung zum Handeln zu verstehen. Bekämpft werden müsse eine „mentale Kolonialisierung durch den Neoliberalismus“.

Auf einer Podiumsdiskussion „Arbeitsmarkt und Globalisierung“ kritisierte Bsirske, die Verteilung zwischen „oben und unten“ stimme nicht. Die wirtschaftliche Lage sei keineswegs so schlecht, wie sie meist dargestellt werde. Der ver.di-Chef kritisierte erneut auch die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Koalition. Die Gewerkschaft werde sich gegen eine weitere Arbeitszeitverlängerung in Deutschland mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen. In den kommenden Monaten könne es zu organisierten Arbeitsniederlegungen kommen, sagte Bsirske.

Das Veranstalter-Bündnis aus Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften und Verbänden erwartete rund 5.000 Besucher, gekommen sind schätzungsweise die Hälfte. Die Teilnehmer aus aller Welt arbeiten in rund 300 Workshops zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Natur. Hugo Braun, Sprecher des Sozialforums, erklärte, dies sei ein Ableger des Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre und orientiere sich an deren Charta, nicht an linken Wahlprogrammen. Das Sozialforum soll für gesellschaftliche Probleme keine politischen, sondern zivilgesellschaftliche Lösungen entwickeln, wie Braun sagte.

**Berliner Kurier am Sonntag, 24.7.05**

## **„Sozialforum“ für mehr Gerechtigkeit**

Erfurt - Mit einem Sternmarsch durch Erfurt hat das erste Sozialforum in Deutschland seine Forderung nach einer gerechteren Gesellschaft bekräftigt. Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ zogen in drei Blöcken rund 450 Menschen durch die Landeshauptstadt. Außerdem diskutierten rund 4000 Teilnehmer Konzepte gegen Sozialabbau und Neoliberalismus.

## Sozialforum geht mit Abschlusserklärung zuende

Erfurt (epd). Mit einer Abschlusserklärung soll an diesem Sonntag das Sozialforum in Erfurt zuende gehen. Das Treffen von politischen und Sozialinitiativen stand unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“. Es diente dem Gedankenaustausch über Konzepte gesellschaftlicher und sozialer Veränderungen. Dabei verstand sich das Forum mit rund 1.500 Teilnehmern als außerparlamentarische Bewegung in der Tradition des ersten Weltsozialforums 2001 im brasilianischen Porto Alegre, dem seither weitere internationale, europäische und nationale Treffen folgten. Zu den Initiatoren in Deutschland gehörten Vereine, Verbände, Gewerkschaften, das Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“ sowie kirchliche Gruppen.

epd, 24.07.05

## Zwischen Polit-Happening und Kirchentag

**Organisatoren werten erstes deutsches Sozialforum in Erfurt als Erfolg**

**Von Thomas Bickelhaupt (epd)**

Erfurt (epd). Eigentlich sollte der Sternmarsch ein Signal des Aufbruchs werden. Mit den Demonstrationen durch die Erfurter Innenstadt zum Domplatz wollte das erste Sozialforum in Deutschland nachdrücklich zu weiteren Aktionen gegen Sozialabbau und die negativen Auswirkungen der Globalisierung motivieren. Doch letztlich versammelten sich hinter dem Transparent „Eine andere Welt ist möglich!“ nur einige hundert Menschen. Der Zulauf von Teilnehmern aus der gastgebenden thüringischen Landeshauptstadt hielt sich in Grenzen.

Gleichwohl werteten die Initiatoren des bundesweit ersten Treffens von Sozialinitiativen und Globalisierungskritikern das Sozialforum zum Abschluss am Sonntag als einen Erfolg. Allein dessen Zustandekommen sei ein positives Zeichen, sagte der Sprecher der Vorbereitungsgruppe, Hugo Braun. Immerhin musste ein Podium gefunden werden, auf dem sich in einer äußerst heterogenen Vielfalt von über 250 Gruppen keiner benachteiligt und niemand bevorzugt fühlen durfte. Rund 1.500 Dauerteilnehmer waren registriert.

Das viertägige Forum verstand sich als Teil der 2001 im brasilianischen Porto Alegre begründeten Bewegung der Weltsozialforen, die seither mit mehreren internationalen und regionalen Treffen fortgesetzt wurde. Sie vereint Friedens- und Menschenrechtsgruppen ebenso wie Migrant\*innenorganisationen, Feminist\*innen, Umweltschützer und kirchliche Initiativen unterschiedlichster Ausrichtung. Grundlage ihrer Mitwirkung in den Sozialforen ist die „Charta von Porto Alegre“.

Das bedeutet statt hierarchischer Strukturen bei der Organisation der Foren die Gleichberechtigung aller Beteiligten und die strikte Abgrenzung von politischen Parteien. In Erfurt sei dieses Konzept weitgehend aufgegangen, so die Organisatoren. Trotz aller Versuchungen nach der Ankündigung von Neuwahlen wurde das Treffen nicht zur Tribüne des Wahlkampfes.

Gleichwohl lag neben weltweiten Problemen wie dem Klimaschutz, der Situation in Krisengebieten und der Lage der Menschenrechte im Zeitalter der Globalisierung ein besonderer Schwerpunkt auf der Situation in Deutschland mit seinen knapp fünf Millionen Arbeitslosen nach Hartz IV.

Dabei galt der Begriff Neoliberalismus als das weithin anerkannte Synonym, um die Gründe für Ungerechtigkeiten auf nationaler Ebene und im internationalen Zusammenleben zu benennen. Frank Bsirske, Chef der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, fand in seiner kämpferischen Rede für eine gerechtere Gesellschaft Argumente bei Jean Jacques Rousseau, Karl Marx und im jüngsten Lidl-Schwarzbuch. Lang anhaltenden Beifall für ihre emotionale Sicht auf die Ursachen zunehmender sozialer Kälte in Deutschland erhielt die Berliner Autorin Daniela Dahn.

Parallel zu den Diskussionen in Themenkonferenzen und Workshops bot das Forum den Teilnehmern vielfältige Möglichkeiten der Selbstdarstellung. Nicht nur wegen der zahlreichen bunten Info-Stände, die neben dem großen Tagungszelt auf dem Domplatz an einen „Markt der Möglichkeiten“ erinnerten, empfanden manche das Treffen als einen „Kirchentag ohne Kirche“. Dagegen ging es den politischen Initiativen von marxistisch-leninistischen Splittergruppen bis zu Kernkraftgegnern durchaus um eine größere Verbindlichkeit im Eintreten für soziale Veränderungen.

Die Organisatoren gaben sich am Ende überwiegend optimistisch, dass das Erfurter Experiment gelungen ist und wichtige Impulse für eine neue außerparlamentarische Gemeinsamkeit vermittelt hat. In der Gesellschaft gebe es eine „aktive Veränderungsstimmung“, sagte Steffen Kachel vom Erfurter Vorbereitungssteam. Doch erst wenn die Sozialbewegungen lernen, ihre Forderungen gemeinsam zu formulieren, könnten im politischen Bereich tatsächlich Veränderungen durchgesetzt werden.

**dpa, 24.07.05**

(viel gedruckt, u.a. **Aller-Zeitung, Bremer Nachrichten, Eichsfelder Tageblatt, Göttinger Tageblatt, Kölner Stadtanzeiger, Main-Post, Schweriner Volkszeitung, Weser-Kurier, Wolfsburger Allgemeine,** )

## **Was ist gerecht und was sozial?**

### **Sozialforum in der Selbstfindung**

**Von Denni Klein, dpa**

Erfurt (dpa) - Sozial ist „In“. Gerecht auch. Doch was ist das eigentlich? Hunderte soziale Bewegungen sind in Erfurt angetreten, um sich selbst und anderen auf diese Frage eine Antwort zu geben. „Das Erste Sozialforum in Deutschland ist der Versuch, den vielen engagierten Initiativen eine gemeinsame Stimme zu geben“, sagt Steffen Kachel vom Organisationsteam. Das Gefühl „links“ zu sein, verbinde. „Und die Unzufriedenheit.“ In zwei bis drei Jahren soll aus dem „bunten Haufen Engagierter“ eine starke Protestbewegung entstanden sein, die kritisiert, aber auch Alternativen anbietet.

In hitzigen Debatten über gerechte Arbeit und soziale Absicherung ist der Feind schnell ausgemacht. „Ein radikaler Neoliberalismus des Kapitals“, bringt der Attac-Globalisierungskritiker Hugo Braun es auf den Punkt. Unternehmen, die für Gewinn alles tun, werden von Rednern immer wieder an den Pranger gestellt. „Rekordgewinne und Entlassungen bei der Deutschen Bank - das zeigt, dass Marx Recht hat: Manager gehen für Profit über Leichen“, ruft ein glühender Verfechter des „ML“ - wie es auf seinem T-Shirt steht - des Marxismus-Leninismus. „Die müssen ihren Gewinn endlich zum Wohle aller einsetzen“, endet sein umjubeltes Statement.

Gestärkt fühlen sich die Protestierer durch den Rückenwind von Menschen, „die es ja wissen müssen“, wie Markus aus Bayern sagt. Hat doch selbst ver.di-Chef Frank Bsirske vor hunderten Begeisterten am Erfurter Dom die Einführung der Vermögenssteuer gefordert. „Und der kennt die da oben noch viel besser“, kommentiert Markus weiter. Dann taucht er wieder ab in die bunte Anonymität.

Gegen Ende des viertägigen Treffens von gut 2000 Menschen und nach fast 350 Workshops und Seminaren steht das „Wie weiter?“ auf dem Programm. Alles beherrschendes Thema bleibt der Arbeitsmarkt. „Was ist eigentlich Arbeit und wie wollen und können wir in Zukunft arbeiten?“ lauten Diskussionsansätze. Klar ist - und wieder werden Bsirskes Äußerungen ausgeliehen - „Arbeit darf nicht arm machen.“ Fertige Lösungen in nur vier Tagen waren nicht zu erwarten, sagt Kachel.

Zum Ende des Sozialforums wird „massiver Protest“ gegen einen weiteren neoliberalen Umbau angekündigt. Gemeinsam fordern die Initiativen: Ausstieg aus der Atomenergie, eine soziale Grundsicherung für alle und friedliche Konfliktlösung in der Welt. Am 5. September soll bei einem bundesweiten Aktionstag die Stimme vor der Wahl erhoben werden, Ende November kommt die Regierungserklärung auf den Prüfstand.

Gemeinsam wollen die Gruppen gegen den G8-Gipfel im Juli 2007 in Mecklenburg-Vorpommern protestieren. „Bis dahin soll der hier bewährte Netzwerkgedanke ausgebaut und an den Alternativen inhaltlich gearbeitet werden“, sagt Braun von Attac. Damit könne das wachsende Lager der Unzufriedenen im Land von grundsätzlichem Umdenken überzeugt werden. Zum nächsten Sozialforum in Deutschland 2007 soll die „soziale Stimme geeint“ auftreten.

(Internet: [www.sozialforum2005.de](http://www.sozialforum2005.de) )

## Organisatoren werten erstes Sozialforum in Deutschland als Erfolg

Erfurt (epd). Die Organisatoren des ersten Sozialforums in Deutschland haben das bundesweite Treffen in Erfurt als Erfolg für die unabhängigen Sozialbewegungen bezeichnet. Mit seinen inhaltlichen Diskussionen habe das viertägige Forum den insgesamt rund 3.000 Teilnehmern wichtige Impulse für weitere Aktivitäten gegen Sozialabbau und Globalisierung vermittelt, sagte der Sprecher der Erfurter Vorbereitungsgruppe, Steffen Kachel, am Sonntag vor Journalisten zum Abschluss des Sozialforums.

Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ standen von Donnerstag bis Sonntag mehrere Themenkonferenzen sowie über 250 Seminare und Workshops zur sozialen Situation in Deutschland sowie zu Frieden, Menschenrechten und zum Umweltschutz auf dem Programm. Abschließend verabschiedeten die über 200 in Erfurt vertretenen Initiativen aus dem Bundesgebiet eine Erklärung mit konkreten Anforderungen an eine gerechtere Gesellschaft.

Das nächste deutsche Sozialforum ist für 2007 im Zusammenhang mit dem im Ostseebadeort Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) geplanten G-8-Gipfel vorgesehen. Zu den Veranstaltern in Erfurt gehörten neben Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und dem Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“ auch kirchliche Gruppen.

dpa, 24.07.05

(viel gedruckt [teilweise gekürzt], u.a. **Aachener Nachrichten, Augsburger Allgemeine, Bremer Nachrichten, Celle-sche Zeitung, Frankenpost, Freies Wort, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Hessische/Niedersächsische Allgemeine, Landeszeitung, Lausitzer Rundschau, Ludwigsburger Kreiszeitung, Main-Taunus-Kurier, Mitteldeutsche Zeitung, Neue Presse Hannover, Neue Presse Coburg, Neue Westfälische, Nordkurier, Nürnberger Nachrichten, Peiner Allgemeine Zeitung, Schaumburger Nachrichten, Südthüringer Zeitung, Weser-Kurier**)

## Erstes Sozialforum endet mit Forderung nach mehr Gerechtigkeit

Erfurt (dpa) - Auf dem ersten Sozialforum in Deutschland haben Vertreter von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften für einen grundsätzlichen Wandel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik plädiert. Die vorhandene Arbeit sollte gerechter verteilt, sozial Schwächere müssten finanziell abgesichert werden. In einer Erklärung forderten die Teilnehmer in Erfurt am Sonntag eine Grundsicherung für alle, weltweit friedliche statt militärische Konfliktlösungen und den Ausstieg aus der Atomenergie. Für den Fall eines fortschreitenden Sozialabbaus kündigten sie massive bundesweite Proteste an.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, verlangte die Einführung einer Vermögenssteuer. Die Finanzierung des Sozialsystems müsse auf mehr Schultern verteilt werden als bisher. Die Starken der Gesellschaft müssten daher mehr zur Kasse gebeten werden. Außerdem erneuerte Bsirske die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. „Arbeit darf nicht arm machen und nicht entwürdigen.“ Ziele der Gewerkschaften seien deshalb auch der Erhalt von Tarifverträgen und die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen.

In der „Welt am Sonntag“ begrüßte der ver.di-Chef das neue Linksbündnis. „Das Linksbündnis hat die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik spannender und farbiger gemacht.“ In der Folge profilierten sich die Grünen nun wieder als moderne Linkspartei und die SPD konkretisierte ihr Programm. Das rot-grüne Projekt habe „zuletzt geschwächelt, weil es sich zu sehr neoliberalen Dogmen geöffnet hat“. Veranstalter des Sozialforums sehen mit der Linkspartei die „größte gemeinsame Schnittmenge“.

Mit der Resonanz auf das erste Treffen dieser Art in Deutschland zeigten sich die Organisatoren zufrieden. „Ich bin nicht euphorisch, aber froh, dass sich die vielen Gruppen nicht nur gegenseitig als Mitglieder geworben, sondern einander zugehört und inhaltlich gearbeitet haben“, sagte Steffen Kachel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Rund 2000 Menschen diskutierten vier Tage lang über Arbeitsmarkt, Globalisierung und Frieden. Ursprünglich waren 5000 Teilnehmer erwartet worden. Eine Neuauflage der lokalen Variante des Weltsozialforums soll es 2007 geben.

epd, 24.07.05 (u.a. gedruckt in: Berliner Zeitung, Main-Post, Sächsische Zeitung, [teilweise gekürzt])

## **Sozialforum ruft zu Protesten gegen weiteren Sozialabbau auf**

Erfurt (epd). Die auf dem ersten Sozialforum in Deutschland vertretenen Initiativen haben zu breiten Protesten gegen einen weiteren Sozialabbau aufgerufen. Wer immer auch regieren werde und den „neoliberalen Umbau“ der Gesellschaft weiter betreibe, müsse mit „massivem Widerstand rechnen“, heißt es in einer am Sonntag in Erfurt vorgestellten Abschlusserklärung der Teilnehmer des Sozialforums.

In der „Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen“ sind zahlreiche Forderungen an eine sozial gerechtere und zukunftsfähige Gesellschaft in Deutschland formuliert. Als Ziel wird in dem Papier eine „Alternative zu Hartz IV“ durch die „komplette Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitspolitik“ gefordert.

Die Teilnehmer verlangten ein garantiertes Mindesteinkommen, eine menschenwürdige Rente und massive Arbeitszeitverkürzung. Weitere Forderungen sind die Überwindung von Armut und sozialen Spaltungen, der Verzicht auf militärische Gewalt „nach innen und außen“, ökologische Strategien für die Zukunft und eine aktive Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen. Zudem werden durch eine Ausweitung von Bürgerbegehren und -entscheiden mehr Möglichkeiten der direkten Demokratie in Deutschland gefordert.

Auf dem ersten bundesweiten Treffen unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ hatten seit Donnerstag rund 1.500 Dauerteilnehmer und zahlreiche weitere Gäste Alternativen für eine gerechtere Gesellschaft diskutiert. So forderten mehrere Redner in einer Veranstaltung zur Zukunft der sozialen Bewegungen zu zivilem Ungehorsam gegen Neoliberalismus und Globalisierung auf. Als Beispiele für „authentischen sozialen Protest“ wurden Arbeitsniederlegungen, die Besetzung von Arbeitsagenturen und „Störmanöver gegenüber den politisch Herrschenden“ genannt.

Zu den Vorschlägen gehören unter anderem ein dezentraler bundesweiter Aktionstag zum Wahlkampf am 5. September sowie „globalisierungskritische Kampagnen“ zur Fußballweltmeisterschaft 2006 und zum G-8-Gipfel 2007 im Ostseebadort Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern). Zeitgleich dazu ist auch das nächste deutsche Sozialforum vorgesehen.

Das Erfurter Treffen stand in der Tradition der Weltsozialforen, die 2001 im brasilianischen Porto Alegre begründet und seither mit Foren auf internationaler und nationaler Ebene fortgesetzt wurden. Zu den Veranstaltern in Erfurt gehörten neben Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und dem Netzwerk der Globalisierungskritiker „attac“ auch kirchliche Gruppen. Über 200 Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet waren vertreten.

AP, 24.07.05 (gedruckt u.a. in: Fuldaer Zeitung, )

## **Sozialforum kündigt Proteste zur Bundestagswahl an**

### **Kritik an radikalen Reformen - Kein parteipolitisches Bekenntnis**

Erfurt (AP) Ohne ein parteipolitisches Bekenntnis ist am Sonntag in Erfurt das erste Sozialforum in Deutschland zu Ende gegangen. Die nach Veranstalterangaben mehr als 4.000 Teilnehmer kritisierten vor allem radikale neoliberale Reformen in Deutschland, für die sie eine „Koalition von Profit-Politikern im Bundestag“ verantwortlich machten. Der Sprecher des Forums, Hugo Braun, kündigte massiven Widerstand zur erwarteten Bundestagswahl im Herbst an. Man bereite nun dezentrale Protestaktionen vor, egal welche Partei die Wahl gewinne.

Braun betonte, ein Bekenntnis zu einer Partei widerspreche dem Charakter sozialer Bewegungen, die sich letztlich aus allgemeinem Misstrauen gegenüber Parteien gebildet hätten. Man könne die Politik nicht allein den Parlamentarier überlassen. Die neue Linke brauche die sozialen Bewegungen, damit ihr nicht ein ähnliches Schicksal wie den Grünen widerfahre, die ihre „Basis und Werte“ verloren hätten.

Am Samstag hatte der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, die Forums-Teilnehmer dazu aufgerufen, eine „mentale Kolonialisierung durch den Neoliberalismus“ zu bekämpfen und die seiner Ansicht nach falsche Verteilung zwischen „oben und unten“ kritisiert. Bsirske drohte zudem mit neuen Streiks gegen weitere Arbeitszeitverlängerungen.

Das Sozialforum sieht sich in der Tradition der Weltsozialforen. Braun sagte, das Erfurter Forum habe wichtige Impulse für politische Beteiligungen fern ab von Parteien gegeben und Alternativen für eine sozialere, gerechtere Welt entwickelt.

<http://sozialforum2005.de/>

## Solidarisch, ökologisch, demokratisch

### Auf dem Erfurter Sozialforum wurde vier Tage lang die gerechte Gesellschaft entworfen

Diese vier Tage von Erfurt, die unter der Bezeichnung „Sozialforum“ firmierten, sind schwierig zu fassen. In den Papieren, Resolutionen und Flugblättern, die man nach Hause tragen konnte, wimmelt es vor Formulierungen wie „aktive Partizipation“, „verstärkte Vernetzung“ oder auch „zivile Konfliktbearbeitung“. Das Sozialforum wollte ausdrücklich nicht mehr sein als eine Plattform für sehr unterschiedliche Gruppen aus dem linken Spektrum. Globalisierung ist doof und George Bush der Gottseibeius - größer war der gemeinsame Nenner nicht.

Wie man Missstände so formuliert, dass sie deutlich werden, demonstrierte die Caritas. Die Katholiken hatten außerhalb des Tagungsgeländes ein Banner aufgehängt: „Wenn es Arbeitslosen zu gut geht, warum wollen dann nicht alle arbeitslos sein?“

Das erstmals in Deutschland abgehaltene Sozialforum knüpft an die Tradition der Weltsozialforen an, die vor vier Jahren im brasilianischen Porto Alegre begründet wurde. Zu den Veranstaltern auf dem Erfurter Domplatz zählten der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften Verdi und IG Metall, die Globalisierungsgegner von Attac sowie Dutzende von sozialen Initiativen und politischen Grüppchen; Parteien durften ausdrücklich keine eigenen Veranstaltungen anbieten. Das Sozialforum bot unter anderem vier Konferenzen zu den Themen „Arbeitswelt und Menschenwürde“, „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ sowie „Eine lebenswerte Welt - anders leben“. Laut Veranstaltern nahmen an den Workshops und Diskussionen 2000 bis 5000 Menschen teil.

„Dies war ausdrücklich ein Sozialforum von unten“, leitete Anne Leidig, Geschäftsführerin von Attac, die Abschlussdiskussion am Sonntag ein. Das Podium zeigte deutlich die Vielfalt, die die Veranstaltung prägte. Dagegen kam die Diskussion darüber, wie es weiter gehen solle mit den „sozialen Bewegungen“, nicht recht in Gang. Jeder Redner nutzte seine zwei Minuten, um sein Anliegen bekannt zu machen - für Obdachlose und gegen die Bundeswehr, für mehr Bildung und gegen weniger Sozialleistungen. Die „Alternativen für eine solidarische, demokratische, ökologische, nicht-patriarchale und sozial gerechte Gesellschaft“ jedenfalls, deren Erarbeitung in Erfurt angestrebt worden war, ließen sich nicht mal in Grundrissen erkennen.

„Leicht gedämpfte Stimmung“, fasste denn auch ein Podiumsteilnehmer die Tage zusammen. „Ein Aufbruch geht von Erfurt wohl nicht aus“, meinte er. Auch in der Erklärung, die nach mühevoller Abstimmung am Sonntag vorgelegt wurde, ist wenig von konkreten Forderungen, etwa an die Parteien, die Rede. „Wer immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, der muss mit unserem massiven Widerstand rechnen“, heißt es.

Keinen abschließenden Kommentar gab das Sozialforum zur Verschmelzung von PDS und WASG zur Linkspartei ab. „Die politische Nähe gibt es sicher“, sagte Hugo Braun vom Sozialforum, „und die Linkspartei wird uns nach der Bundestagswahl als Korrektiv brauchen.“ Besagte Partei hatte mit Katja Kipping ihre am ehesten mit der Jugend kompatible Spitzenpolitikerin nach Erfurt entsandt, prompt zog die stellvertretende Bundesvorsitzende die meisten Besucher an. Man solle der „Kleingärtnerei“ abschwören, forderte die eifrig beklatschte Linkspartei-Frau. Statt dessen müsse man sich „zu einem linken Projekt vereinen“.

Peter Wahl von Attac goss ein wenig Wasser in den Wein: „Noch kann keinersagen, wie sich das Projekt Linkspartei entwickeln wird.“ Der Versuch bei der Abschlussdiskussion, eine Wahlempfehlung zugunsten der Linkspartei zu initiieren, scheiterte. Der größte Vorbehalt des Sozialforums gegen die Linkspartei ist leicht zu benennen: Er heißt Oskar Lafontaine.

Arne Boecker

## Ostdeutscher Globalisierungsakt

Auf den ersten Blick besaß die Idee durchaus Charme. Als linke Gruppen und Truppen nach dem Austragungsort für das erste deutsche „Sozialforum“ suchten, stießen sie auf Erfurt. „Gegen Sozialabbau“ und „Gegen Globalisierung“: Diese Schlagworte sollten doch wohl in Ostdeutschland - bekanntlich in Gänze im Griff von Hartz IV - auf fruchtbaren Boden fallen! Und eilt in Ostdeutschland diese Partei, die sich immer noch traut, den Sozialismus im Namen zu führen, nicht von Erfolg zu Erfolg?

Erfurt jedoch wusste nicht so recht viel anzufangen mit den Sozialmenschen und Globalisierungsgegnern, die - in der Tradition des ersten Weltsozialforums 2001 im brasilianischen Porto Alegre - drei Tage lang das verträumte Hauptstädtchen Thüringens beehrten. Nebenbei: Sehr viele trauten sich ohnehin nicht in den Osten. Im Frühstücksraum des Intercity-Hotels duckte man sich tief hinter die BamS, als am Nebentisch eine Frau mit Che-Guevara-Schattenriss auf dem Shirt mit einer Freundin, die eine bunte Kette aus einschlägigen Buttons um den Hals trug, „antifaschistische Strategien“ erörterte. In der Bierstuben-Gemütlichkeit der Altstadt hatte der junge Mann, der das „Internationale Bulletin“ der „Marxistisch Leninistischen Kommunistischen Partei“ verteilte, einen schweren Stand. Weil augenscheinlich weder die werktätigen noch die vom altbösen Kapital stillgelegten Massen über den „Weltsozialforumsprozess“ und die Auswirkungen der „Charta von Porto Alegre“ auf den Foren in Erfurt diskutieren wollten, verlegten sich die Linken auf Graffiti: „Leben statt konsumieren“ empfahlen sie den Geknechteten und Entrechteten oder auch „Kooperation statt Konkurrenz“.

Ziemlich ernüchtert mussten sich die Sozialforums-Diskutierer eingestehen, dass die Mauer in den Köpfen höher ist, als man das gedacht hatte. Für die Abschlussdiskussion gelang es nicht mal, einen ostdeutschen Teilnehmer aufzutreiben. Einer Pastorin war kurzfristig eingefallen, dass sie sonntags ja einen Gottesdienst abzuhalten hat. Den Linken hätte aber auch klar sein müssen, dass der Boden steinig sein würde, auf dem sie in Erfurt wandeln: Thüringen hat einen CDU-Ministerpräsidenten, Erfurt einen CDU-Oberbürgermeister. Außerdem, aber das muss unter uns bleiben, setzt die Linkspartei/PDS auf dasselbe Rezept zur wirtschaftlichen Gesundung Ostdeutschlands wie SPDCDUFDPRGRÜNE: Wachstum, Wachstum, Wachstum. ab

Handelsblatt, 25.7.05

## Sozialforum plädiert für Politikwechsel

Zum Abschluss des ersten Sozialforums in Deutschland haben rund 2000 Vertreter von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften für einen grundsätzlichen Wandel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik plädiert. Sozial Schwächere müssten finanziell abgesichert werden, heißt es in einer Erklärung. Zu der viertägigen Veranstaltung waren ursprünglich 5000 Teilnehmer erwartet worden.

SOZIALFORUM

## Nicht jeder wartet auf die Revolution - einige tun auch etwas

Das erste Sozialforum in Deutschland suchte nach Möglichkeiten konkreter Veränderungen. Etablierte Parteien waren nicht gefragt - außer PDS und WASG.

VON B. HONNIGFORT (ERFURT)

Nieselregen weht über dem Erfurter Domplatz, die Zeltplanen klatschen übellaunig im Wind, doch Diethard Möller, 55, Psychotherapeut aus Stuttgart, ist gehobener Stimmung. Wie ein Ritter seinen Schild trägt er Zeitungen vor der Brust, „Arbeit Zukunft“, heißt das Blatt. Sehr meinungsstark, viele Marx- und Engels-Zitate, aber er wird sie nur schwer los.

Dann beginnt die Konferenz. Ein Mann von der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung spricht über „Angst als verbindendes Element“, das den Leistungswilligen als disziplinierendes Instrument vor Augen geführt werde. Etwa 70 Menschen hören zu, plaudern, lesen unzählige Flugblätter. Kurz darauf geht Herr Möller. „Man hat das doch alles schon gehört“, sagt er. „Ich hatte mehr erwartet.“

Vermutlich sind es nicht die mehr als 300 Vorträge, Referate und Konferenzen, welche die geschätzten 1500 Teilnehmer von Donnerstagabend bis Sonntag zum ersten Sozialforum in Deutschland führen. Sicherlich haben die meisten das meiste schon andernorts gehört: Dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, Globalisierung und Neoliberalismus ein Fluch sind, Menschenrechte fast überall mit Füßen getreten werden, George W. Bush ein Krieger ist, Kanzler Schröder weg muss, die Medien „gleichgeschaltet“ sind und man von den etablierten Parteien wenig erwarten darf. Offenbar mit einer Ausnahme: Das Bündnis aus PDS und WASG ist deutlich vertreten in Erfurt. Keine Veranstaltung war so gut besucht wie die Diskussion zur neuen Linkspartei - sie scheint die Hoffnung des Herbstes für etliche Erfurt-Reisende.

Aber eigentlich will das linke Spektrum Möglichkeiten konkreter Veränderungen ausloten. Nicht jeder wartet auf die Revolution, etliche fangen zu Hause an, ein kleines Stück der großen Welt zu reparieren. So verleiht Helmut Müllers Bürgerinitiative in Thüringen die „Goldene Nase“, einen Preis für miese Arbeitgeber mit Billigslöhnen. Alwine Schreiber-Martens aus Köln, 55, Mathematikerin, argumentiert in der „Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung“ für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus und gegen Verschuldung. „Puh“, sagt sie, „ich weiß, wie kompliziert das klingt.“ Ein Ingenieur sagt: „Montagsdemos reichen nicht“, und setzt sich für den Urstromtaler, einer Regionalwährung in Sachsen-Anhalt, ein, denn: „Man muss auch Lösungen anbieten, mit irgendetwas anfangen.“ Die Kölner Mathematikerin nickt: „Man muss Ideen unters Volk bringen. Nur gegen etwas sein, das reicht nicht mehr.“

Diethard Möller wartet, die Konferenz verzögert sich. „So ist das auch mit der Revolution“, sagt er milde lächelnd. „Wenn sie wirklich mal kommt in Deutschland, die Linke wird sie verschlafen.“ Sein Traum ist es, eine kommunistische Arbeiterpartei in Deutschland aufzubauen. „Es wäre der hunderste Anlauf“, sagt er. Er ist geduldig. Mit der Revolution wie mit den trödelnden Forumsteilnehmern. „Ich habe schon so viele linke Projekte untergehen sehen.“

Sozialforum

Die Plattform für engagierte, meist linke Gruppen fasst keine Beschlüsse, sondern bietet Gedankenaustausch und Kontakte. Die Bewegung begann 2001 in Brasilien, das Forum in Erfurt war das erste in Deutschland. bho

## Treffen des Unbehagens

Von Petra Ahne

ERFURT, 24. Juli. Im Klassenzimmer eines Erfurter Gymnasiums, auf einem Klassenzimmer-Stuhl, der zu klein ist für ihn, sitzt Thomas Miska, 44, und sagt, dass er sich gestresst fühle von den Besuchen beim Arbeitsvermittler. „Weil man da einem Profi gegenüber sitzt. Das ist nicht auf einer Augenhöhe“. „Elo: Angst, Streß“ schreibt der Moderator an die Tafel. Elo, so werden hier Erwerbslose genannt. Fast alle Menschen, die das Seminar „Schöne neue Jobwelt“ besuchen, haben keine Arbeit, schon lange nicht. Thomas Miska aus Dortmund war Altenpfleger, jetzt ist er ALG II-Empfänger und der Meinung, dass „man gegen die Parteien vorgehen muss, die uns den Mist eingebrockt haben“. Er sagt, es mache krank, keine Arbeit zu haben. Vom Sozialforum erhoffe er sich „einen Aufbruch“.

Am anderen Ende der Stadt, in einem Zimmer der Fachhochschule, rücken zwei Stunden später etwa 30 junge Menschen ihre Stühle zu einem Kreis zusammen. Eine rothaarige Frau stellt sich als Isolde und Bewohnerin der Kommune Niederkauungen in Hessen, vor, 70 Menschen leben dort. Sie wird gleich vom Leben in der Kommune erzählen. Jetzt sollen aber erstmal die Anwesenden sagen, warum sie sich fürs Leben in der Gemeinschaft interessieren. Er wolle herausfinden, ob die Kommune für ihn eine Lösung sein könne in einer Gesellschaft, die in einer Existenzkrise sei, sagt einer. „In meinem Freundeskreis stellen alle fest, dass die Zeiten vorbei sind, in denen man über den Beruf Bestätigung findet“, sagt eine andere. „Wir suchen Alternativen“.

Es ist mehr eine Stimmung, ein Gefühl, dass sich gefestigt hat, je mehr der vielen hundert Veranstaltungen zu Themen wie Neoliberalismus oder „Arbeit und Menschenwürde“ man besuchte: Man kann wohl sagen, dass das erste Sozialforum Deutschland, das von Donnerstag bis Sonntag in Erfurt stattfand, tatsächlich ein sehr deutsches war. Dass die Veranstaltung, die sich in den vergangenen Jahren in Porto Alegre, in Genua, Paris, London als welt- und europaweites Treffen der Globalisierungskritiker etabliert hat, in ihrer deutschen Ausgabe vor allem eines war: Eine Zusammenkunft von Menschen, die sich unbehaglich fühlen in ihrem Land. Die Angst davor haben, wie sich die Gesellschaft durch die Sozialreformen verändert. „Die soziale Frage ist das dominierende Thema, das treibt alle um“, sagt auch Hugo Braun, Sozialforums-Sprecher und Mitglied des Globalisierungskritiker-Netzwerks Attac, das das Treffen mitorganisiert hat.

Als einen großen Erfolg kann man das Sozialforum wohl nicht bezeichnen: Statt der erwarteten 5 000 Teilnehmer sind höchstens 3 000 gekommen. Unter diesen waren zudem viele, die nicht zum typischen jungen, linken Sozialforums-Publikum gehören: Mitglieder von Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschafter. „Was machen die ganzen alten Leute hier?“ fragte am Eröffnungsabend im Festzelt am Domplatz ein junges Attac-Mitglied. Am Sonntag gab es eine Abschlusserklärung: Eine Regierung, die den „neoliberalen Umbau der Gesellschaft“ weiter betreibe, müsse mit „massivem Widerstand“ rechnen, heißt es darin. Was damit gemeint ist, können die Organisatoren am 5. September zeigen: Da soll es seinen bundesweiten „Aktionstag“ geben.

## Sozialforum lockt wenig Teilnehmer

Erfurt - Das erste Sozialforum ist mit einer Erklärung für mehr Gerechtigkeit zu Ende gegangen. Darin forderten die Teilnehmer des Sozialforums in Erfurt am Sonntag eine Grundsicherung für alle und den Ausstieg aus der Atomenergie. Für den Fall eines „fortschreitenden Sozialabbaus“ kündigten sie massive Proteste an. Statt der erwarteten 20000 Teilnehmer haben nur rund 2000 Menschen vier Tage lang über Arbeitsmarkt, Globalisierung und Frieden diskutiert.

Eigentlich sollte der Sternmarsch am Samstag der Höhepunkt der lokalen Variante des Weltsozialforums werden. Mit der Demonstration durch die Erfurter Innenstadt zum Domplatz wollte das erste Sozialforum in Deutschland zu weiteren Aktionen gegen Sozialabbau und negative Auswirkungen der Globalisierung motivieren. Doch letztlich versammelten sich hinter dem Transparent „Eine andere Welt ist möglich“ nur einige hundert Menschen. Der Zulauf von Teilnehmern aus der gastgebenden thüringischen Landeshauptstadt hielt sich in Grenzen. Offenbar hat es die Globalisierungskritiker eher geschwächt, dass sie sich im vergangenen Jahr an den Hartz-IV-Protesten beteiligt hatten. „Die Stärke von Attac resultierte ja gerade aus dem Gedanken der globalen Gerechtigkeit“, sagte der Fraktionsvize der Grünen, Reinhard Loske, dem Tagesspiegel. Nachdem sich Attac auf das „innenpolitische Klein-Klein“ eingelassen hatte, sei eben auch ein wenig Profil verloren gegangen.

Gleichwohl werteten die Initiatoren das Treffen als Erfolg. Allein das Zustandekommen sei ein positives Zeichen, sagte der Sprecher der Vorbereitungsgruppe, Hugo Braun. „Das Sozialforum ist der Versuch, den vielen engagierten Initiativen eine gemeinsame Stimme zu geben“, sagte Steffen Kachel vom Organisationsteam. Das Gefühl, „links“ zu sein, verbinde. „Und die Unzufriedenheit.“ In zwei bis drei Jahren soll aus dem „bunten Haufen Engagierter“ eine starke Protestbewegung entstanden sein. Am 5. September will sie bei einem bundesweiten Aktionstag vor der Wahl schon einmal üben. dpa/epd/Tsp

## Links im Basislager

AUS ERFURT FELIX LEE

Nimmt man die Teilnehmerzahl zum Maßstab, dann ist es um die Bewegung der Bewegungen zumindest in Deutschland eher schlecht bestellt. Nicht einmal 2.500 DemonstrantInnen zogen am Samstagnachmittag in einem mickrig wirkenden Sternmarsch durch die Erfurter Innenstadt, um sich anschließend gemeinsam zu einer „machtvollen“ Abschlusskundgebung zu treffen. Erwartet hatten die Veranstalter doppelt so viele Teilnehmer.

Doch wie so häufig ist die Quantität nicht das einzige Kriterium. Das erste Sozialforum in Deutschland habe durchaus neue Weichen gestellt, findet Attac-Gründer Sven Giegold. „Zu lange haben die Einzelbewegungen in Deutschland ihr eigenes Süppchen gekocht.“ Dies sei nun anders. Und tatsächlich: Vor nicht all zu langer Zeit war es noch unvorstellbar, dass Gewerkschaftsführer, Globalisierungskritiker, Autonome Antifas, Arbeitsloseninitiativen und Anhänger alternativer Lebensformen gleichberechtigt in einem Diskussionskreis sitzen, gemeinsam über Mindestlöhne oder Kapitalismus debattieren und sich auch noch positiv auf ein parlamentarisches Projekt beziehen - so wie es in Erfurt zu beobachten war.

Vier Tage lang hatten Vertreter von mehr als 200 Initiativen in hunderten von Workshops über Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Natur diskutiert. Und dennoch fehlten wichtige Kräfte. Umweltverbände wie Greenpeace zum Beispiel oder große Sozialverbände wie das Diakonische Werk oder die Caritas. Sie hätten wohl noch immer zu große Berührungsängste besonders gegenüber Gewerkschaften oder den klassisch linken Gruppen, vermutet Giegold - und hätten zum anderen noch nicht den Zusammenhang mit den großen Systemfragen erkannt. Dabei beträfen soziale Ungleichheit, Entdemokratisierung und der Neoliberalismus auch ihre Anliegen, so Giegold. „Ohne social peace kein Greenpeace.“

Das ehemalige IG-Metall-Vorstandsmitglied Horst Schmitthener sprach von einer Neugründung der politischen Linken. Dass demnächst Gewerkschaften im Bundestag mit der Linkspartei endlich wieder ein Sprachrohr haben werden, sei sehr zu begrüßen. „Was jedoch fehlt, ist die entsprechende Neuformierung der gesellschaftlichen Linken“, so Schmitthener, der auch die Gewerkschaften in der Pflicht sieht. Es fehle noch immer ein europaweiter Tarifvertrag. „Wir brauchen Gewerkschaften, die sich nicht nur sozial engagieren, sondern auch global.“

Dem Berliner Aktivistin Sascha Kimpel, der im vorigen Jahr die Montagsproteste gegen Hartz IV mitorganisiert hatte, blieb das Sozialforum hingegen zu schwammig. Bei einem Weltforum möge die bewusst gewählte Themenvielfalt funktionieren, weil so unterschiedliche Menschen zusammengebracht werden, sagte Kimpel, auf nationaler Ebene aber sei „ein solches Forum überflüssig“. Die Beliebtheit führe kaum zu Kontroversen. Diese seien jedoch notwendig, um konkrete Vorschläge im Widerstand gegen Sozialabbau zu entwickeln.

Die Veranstalter sind dennoch zuversichtlich, dass Erfurt nicht das letzte nationale Sozialforum war. Spätestens in zwei Jahren soll es eine Neuauflage geben. Konkreter wird das Forum dann zwangsläufig werden - dann steht der G-8-Gipfel in Heiligendamm direkt bevor.

## Im Herbst geht es weiter

**Erst Ende November trifft sich die Erfurter Bewegung wieder zu einer Konferenz**

ERFURT taz Nach Erfurt beginnt für die deutschen Globalisierungskritiker bundespolitisch eine lange Sommerpause. Erst am 19. November wollen die AktivistInnen wieder zusammentreten, um auf einer gemeinsamen Aktionskonferenz zu beraten, wie es mit dem Widerstand gegen Krieg, Sozialabbau und Umweltzerstörung weitergehen wird. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, welche Themen dabei die Hauptrolle spielen. Ver.di-Chef Frank Bsirske, der nach der Bundestagswahl einen Angriff auf den Flächentarif vorhersieht, kündigte an, dass sich die Gewerkschaften gemeinsam mit den sozialen Bewegungen gegen eine weitere Arbeitszeitverlängerung zur Wehr setzen werden.

Außerdem wollen die deutschen Globalisierungskritiker verstärkt die Debatte um ein soziales Europa anstoßen. Im Gespräch sind die Forderungen nach so genannten Sozialkorridoren. Diese sehen keine totale Harmonisierung der Sozialstandards aller EU-Länder vor, sondern sollen abhängig vom jeweiligen Bruttosozialprodukt bestimmt werden. Das Ziel: Reiche Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre bestehenden Sozialstandards nicht weiter zu senken, ärmere sorgen dafür, dass sie ihre Sozialstandards anheben, sobald sie wirtschaftlich entsprechend aufgeholt haben.

Die entwicklungspolitischen Initiativen wappnen sich für die WTO-Konferenz im Dezember in Hongkong. Da dort Massenproteste nur schwer zu organisieren sind, setzen die AktivistInnen auf die bewährte Strategie bei der letzten WTO-Konferenz in Cancun. Weltweit werden NGOs im Vorfeld wieder austarieren, auf welche Regierungen von Entwicklungs- und Schwellenländern es besonders Sinn macht, Druck auszuüben. In Cancun gelang das mit Indien und Brasilien. F. LEE

## Sozialforum zum Abschluss optimistisch

Erfurt (ND). Zum Abschluss des ersten Sozialforums in Deutschland haben die dort vertretenen sozialen Bewegungen zu Protesten aufgerufen. Wer den neoliberalen Umbau vorantreibe, müsse mit „massivem Widerstand rechnen“. Die Teilnehmer des Treffens in Erfurt verlangten unter anderem ein Mindesteinkommen, eine menschenwürdige Rente und eine deutliche Arbeitszeitverkürzung. In den kommenden Monaten sollen dazu eine Reihe von Strategietreffen und Aktionstagen unter anderem kurz vor der Bundestagswahl im Herbst genutzt werden. Am Forum hatten sich nach verschiedenen Angaben zwischen 2000 und 4000 Menschen aus sozialen Initiativen, Gewerkschaften, kirchlichen und linken Gruppen sowie der globalisierungskritischen Bewegung beteiligt. Die Veranstalter hatten mit 5000 Teilnehmern gerechnet.

Die Organisatoren werteten das Treffen gestern dennoch als Erfolg, es habe ihrer Meinung nach wichtige Impulse für soziale Bewegungen gegeben. Unter dem Motto „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“ waren zuvor auf rund 260 Veranstaltungen alternative Entwürfe vorgestellt worden. Das nächste Sozialforum in Deutschland soll 2007 im Zusammenhang mit dem im Ostseebadeort Heiligendamm geplanten G 8-Gipfel stattfinden.

Neues Deutschland, 25.7.05

## Wärmendes im politischen Eisschrank

**Enttäuschung und Hoffnung: Gestern endete das erste deutsche Sozialforum in Erfurt**

Von Tom Strohschneider

Richtige Aufbruchstimmung wollte beim ersten Sozialforum in Deutschland nicht aufkommen. Doch trotz verbreiteter Enttäuschung machte sich die Bewegung in Erfurt weiter Mut.

Das Wort Debakel will Angelo Lucifero zwar nicht in den Mund nehmen. Doch die Enttäuschung über das erste Sozialforum in Deutschland (SFID) ist dem Mann von ver.di in Thüringen auch so anzusehen. Vor der Tribüne in der Erfurter Innenstadt sitzen nur ein paar Dutzend Menschen und Lucifero denkt laut darüber nach, was bei der Organisation des Polit-Happenings schief gelaufen sein könnte: „Wie soll von dieser Veranstaltung ein Signal ausgehen?“

Am ersten Tag des Erfurter Sozialforums hatten sich 1500 Teilnehmer angemeldet, am Sonntag sprachen die Organisatoren dann von etwa 4000 Menschen, die sich über alle vier Tage beteiligt hätten. Am Samstag hatten die Teilnehmer mit einem Sternmarsch ihre Forderung nach einer gerechteren Gesellschaft bekräftigt.

Welcher Weg in jene andere Welt einzuschlagen ist, den die Sozialforumsbewegung für möglich hält, konnte aber auch das Erfurter Treffen nicht beantworten. Bei den rund 260 Veranstaltungen war zuvor die ganze Bandbreite alternativer Ideen vorgestellt worden. Ein einigendes Band ließ sich indes kaum ausmachen.

Die Organisatoren hatten zuvor immer wieder darauf hingewiesen, dass sich das Sozialforum nicht als Beschlüsse fassendes Organ verstehe, sondern als Ort der Verständigung. Etwas mehr Dynamik von unten wünschte sich dann aber selbst ver.di-Chef Frank Bsirske, der am Samstag erklärte, das Forum müsse ein „Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns“ werden.

Das ist angesichts der Vielfalt der in Erfurt vertretenen Positionen nicht ganz einfach. So sorgte eine Debatte auch beim Sozialforum für Ärger, die seit längerem die linke Szene durcheinanderwirbelt. Das „Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus“ zog kurzfristig seine Beteiligung zurück. Bei Veranstaltungen des Forums, so die Begründung, würden Bewegungen unterstützt, die „keine diskutabile Position, sondern ein Verbrechen“ darstellten. Hintergrund: Auf mehreren Podien hatte man sich in mehr oder weniger solidarischer Absicht mit palästinensischen bzw. irakischen Bewegungen beschäftigt, die ihre teils bewaffneten Aktionen als legitimen Widerstand ansehen.

Weniger Kontroversen gab es dagegen über einen der Themenschwerpunkte des SFID, der Kritik an der herrschenden Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Vorstellungen von einer Humanisierung der Gesellschaft und von sozialer Gerechtigkeit seien mit dem Neoliberalismus und seiner „Dynamik der Maßlosigkeit“ verloren gegangen, heißt es im Entwurf der Abschluss-Erklärung. Die Überwindung der Armut, der Verzicht auf militärische Gewalt nach innen und außen, ökologische Strategien für die Zukunft und eine aktive Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen stünden ganz oben auf einer alternativen Politikagenda.

„Mit der Politik aus dem sozialpolitischen Eisschrank muss endlich Schluss sein“, forderte denn auch der DGB-Vorsitzende für Hessen und Thüringen, Stefan Körzell. Davon wollten die meisten Erfurter bei ihren Wochenendeinkäufen allerdings nichts wissen. Das Sozialforum in Erfurt spendete nur für die Teilnehmer ein wenig Wärme. Hugo Braun konnte dem Treffen dennoch etwas Gutes abgewinnen. Schon das Zustandekommen des ersten Sozialforums in Deutschland, so der Mann vom Vorbereitungskreis, sei ein positives Zeichen.

**Neues Deutschland, 25.07.05**

## **Kein Erfolg**

**Von Tom Stroschneider**

Kaum ist das Erfurter Sozialforum zu Ende, klopfen sich die Organisatoren auf die Schultern. Von Erfolg ist da die Rede und einem positiven Signal. Fragt sich nur, was für ein Zeichen man da gesehen hat. Das Menetekel einer Bewegung, der es immer schwerer fällt zu begründen, was das Vorwärtsweisende an ihr sein soll, wohl nicht.

2001 betrat in Porto Alegre eine Szene die politische Bühne, die nicht nur einen neuen Internationalismus gegen die Globale des neuen Hauptfeindes Neoliberalismus verhiess, sondern auch eine Form mit sich brachte, die das ewige Gegeneinander auf der Linken in einem Ort der Toleranz der Ideen aufheben sollte. Vier Jahre später fragt man sich: Wozu braucht die Linke, wozu brauchen Bewegungen ein Sozialforum? Eine Ideenbörse, in der allerlei Alternatives vorgetragen wird, aber der Versuch ausbleibt, daraus kohärente politische Strategien und längerfristiges gemeinsames Handeln zu entwickeln, ist in Zeiten des Internets überflüssig. Darüber täuscht auch ein Konsenspapier wie die abschließende Erklärung nicht hinweg.

Was die Bewegung, die nach Erfurt mobilisiert hat, jetzt braucht, sind nicht falsches Eigenlob oder der derzeit für manchen verlockende Rückzug auf den Parlamentarismus, sondern Mut zur Selbstkritik: Das erste Sozialforum in Deutschland war kein Erfolg.

## Aufruf zum Widerstand

**Knapp 5000 Teilnehmer beim ersten deutschen Sozialforum in Erfurt. Weitere Aktionen gegen Sozialabbau vereinbart. Am 5. September Aktionstag gegen „Hartz IV“-Gesetze**

Von Peter Wolter

Auch in Deutschland hat jetzt ein landesweites Sozialforum stattgefunden. Mitglieder zahlreicher Initiativen von Erwerbslosen, der Friedensbewegung, der Flüchtlingshilfe, der Gewerkschaften sowie politischer Gruppierungen beschlossen am Wochenende in Erfurt, enger zusammenzuarbeiten und sich zu vernetzen. An dem Treffen, das von Donnerstag bis Sonntag etwa 250 Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen bot, nahmen nach Angaben des Vorbereitungskreises etwa 3500 registrierte Besucher teil. Einschließlich der interessierten Erfurter Bürger habe die Gesamtzahl der Teilnehmer bei knapp 5000 gelegen.

Die Veranstaltungen des ersten deutschen Sozialforums umfaßten politische Diskussionen und Vorträge, Theater-, Kabarett- sowie Filmaufführungen. Zu den Teilnehmern zählten auch christliche Gruppen, hier und da bot sich Gelegenheit zur Meditation. Höhepunkt war ein Sternmarsch am Samstag, der durch die Erfurter Innenstadt zum Veranstaltungsort führte. Die Abschlußkundgebung zählte schätzungsweise 1500 Teilnehmer.

Seinem Selbstverständnis entsprechend faßte das Forum keine Beschlüsse. Das blieb der „Versammlung sozialer Bewegungen“ vorbehalten, die weitgehend identisch mit dem Teilnehmerkreis ist und sich aus Vertretern verschiedener Netzwerke, Organisationen und Initiativen zusammensetzt. Sie rief die Bevölkerung für den Herbst zu massiven Aktionen gegen den Sozialkahltschlag auf. Unter anderem ist der 5. September als ein weiterer Aktionstag gegen die „Hartz IV“-Gesetze vorgesehen. Am 21. November soll außerdem eine Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen stattfinden. Das zweite deutsche Sozialforum ist für den Herbst 2007 geplant.

In einer Abschlusßerklärung der sozialen Bewegungen heißt es, die Verhinderung des neoliberalen Umbaus unserer Gesellschaft hänge entscheidend von den Protesten vor und nach den Bundestagswahlen ab. „Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muß mit unserem massiven Widerstand rechnen.“

Das Sozialforum sei ein „wichtiger Schritt zur Formierung einer breiten Front gegen den neoliberalen Großangriff auf die sozialen und demokratischen Rechte“, faßte Hugo Braun vom Vorbereitungskreis zusammen. Es habe „eindrucksvoll die Gemeinsamkeit von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen gesellschaftlichen Gruppen in dieser Auseinandersetzung mit den Vertretern von Kapitalinteressen unterstrichen.“

Zum Linksbündnis gebe es zwar eine gewisse politische Affinität, räumte Braun vor Journalisten ein. Dennoch habe das Sozialforum keine Aussage zur Bundestagswahl getroffen. Ein großer Teil der beteiligten Gewerkschafter sei immer noch auf die gegenwärtigen Regierungsparteien fixiert – andererseits wollten viele der an der Sozialforumsbewegung Interessierten nichts mit Parteien zu tun haben. „Eine große Mehrheit bringt der Linkspartei sicherlich große Sympathien entgegen“, sagte Braun. „Diese neue Partei braucht aber ein kritisches Korrektiv aus den sozialen Bewegungen heraus, damit sie nicht den Anpassungsweg der Grünen geht.“

\* Siehe auch Bericht „Zeit für Plan B“, Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen und Interview mit Peter Grottian

## „Zeit für Plan B“

**Dreieinhalb Tage Veranstaltungen und Diskussionen beim Sozialforum in Erfurt: Die Devise heißt, sich selbst in Bewegung zu setzen**

**Von Wolfgang Pomrehn**

Manche Leute sind mutig, oder sie haben schlechte Redenschreiber: „Hartz IV muß nachgebessert werden“, forderte der DGB-Chef des Bezirks Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, am Samstag in Erfurt und erntete ein gellendes Pfeifkonzert. So etwas hörte man auf dem ersten deutschen Sozialforum gar nicht gern, auch nicht unter den zahlreichen Gewerkschaftern, die in Thüringens Hauptstadt gekommen waren.

Gegen die Reformagenda

Dreieinhalb Tage lang hatte man diskutiert. Über Mindestlohn und Grundeinkommen, über Gentechnik und zivilen Ungehorsam, über Weltwirtschaftspolitik und die Besetzung in Irak und Palästina über die Kommunebewegung und Montagsdemonstrationen. Wer die europäischen Sozialforen in Florenz, Paris und London mit ihren Zehntausenden Teilnehmern erlebt hat, könnte ein bißchen enttäuscht gewesen sein. Die Teilnehmerzahlen blieben mit vielleicht 3500 – die Veranstalter sprechen von 5000 – hinter manchen Erwartungen zurück. Auch die Breite der vertretenen Bewegungen ließ etwas zu wünschen übrig. Die Umweltbewegung fehlte fast vollständig, Studenten wurden nur wenige gesichtet, und die Einwanderer, Hauptbetroffene der sozialen Ausgrenzung und der Hartz-Gesetze, waren deutlich unterrepräsentiert. „Warum“, so fragte Abdullah Ates von der Anatolischen Förderation, „sitzen eigentlich so wenig Migranten auf den Podien?“ Bei sechs sogenannten Themenkonferenzen hatte lediglich ein Vertreter einer Einwandererorganisation mitdiskutieren können.

Gut vertreten waren hingegen die Friedensbewegung, lokale Sozialforen und Bündnisse gegen Sozialabbau. Auch linke Gewerkschafter waren zahlreich gekommen, und viele Diskussionen drehten sich um den Widerstand gegen die Reformagenda der Noch-Bundesregierung und den Zumutungen, die man von der nächsten erwartet. Besonders schön brachte ein Transparent einer ver.di-Arbeitslosengruppe aus Oldenburg die Stimmung auf den Punkt: „Unsere Agenda 3010: 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, 10 Euro pro Stunde Mindestlohn.“

Anders, als man es in einem solchen Zusammenhang vielleicht erwarten würde, spielte „Die Linkspartei.“ nur am Rande eine Rolle. Viel Beifall gab es auf einem von etlichen hundert Menschen besuchten Podium über die Zukunft der sozialen Bewegungen, als Peter Grottian von der Initiative für ein Berliner Sozialforum aufforderte, nicht auf das neue Linksbündnis zu schießen. Sich selbst in Bewegung zu setzen, sei die Devise. Auch Hagen Kopp vom Netzwerk „Kein Mensch ist illegal“ erntete reichlich Beifall, als er die Rolle Oskar Lafontaines bedenklich nannte, da dieser einer der ersten gewesen sei, die Ende der 1980er Jahre die Abschaffung des Asylrechts gefordert hatten.

Plädoyer für Aufklärung

Einen breiten Raum nahm in den Diskussionen hingegen der EU-Verfassungsvertrag und die Krise ein, in die die Europäische Union nach den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geraten ist. Verschiedene Redner wiesen darauf hin, daß vermutlich im ersten Halbjahr 2006 die österreichische EU-Ratspräsidentschaft den Vertrag wiederbeleben will. Er sei keineswegs vom Tisch. Vor allem würde versucht, so Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisation in Tübingen, seine militärischen Komponenten auch ohne Ratifizierung umzusetzen. Es sei daher „Zeit für unseren Plan B“, so Haydt, die für weitere Aufklärung und europaweit vernetzen Widerstand plädierte.

Das paßte ganz gut zu Vorschlägen, wie sie von Mitgliedern des Euromarsch Netzwerks diskutiert wurden. Im Juni 2006 findet in Wien ein EU-Gipfel statt, und Österreichs Hauptstadt drängt sich aufgrund ihrer Lage im Zentrum des Kontinents förmlich für große internationale Demonstrationen auf. Deshalb schlagen die Euromarschierer einen europaweiten Sternmarsch in die Donaumetropole vor. Inhalt: Gegen die Ausgrenzung der Arbeitslosen, für ein bedingungsloses Grundeinkommen, für ein soziales Europa.

### **Daten und Fakten**

Teilnehmer:

3 500 zahlende Gäste haben die Veranstalter gezählt. Der Teilnahmebeitrag betrug 50 Euro, ermäßigt 20 Euro.

Veranstaltungen:

Alle Organisationen, die auf der Charta von Porto Alegre stehen, das heißt gegen Neoliberalismus und imperialistische Kriege sind, konnten Seminare anmelden. Rund 250 davon fanden statt. Hinzu kamen sechs sogenannte Themenkonferenzen, an denen meist mehrere hundert Menschen teilnahmen. Darüber hinaus: Jede Menge Diskussionen, Vorträge, Theater- und Kabarettaufführungen

Internationale Gäste:

Auf den Podien der Themenkonferenzen und als Sprecher in Seminaren saßen unter anderem Gäste aus Rußland, Ungarn, Rumänien, Frankreich, Belgien, Brasilien und Uruguay.

Abschlußerklärung:

Zum Ende des Forums traf sich die Versammlung der sozialen Bewegungen und verabschiedete einen Aktionsplan. Dieser gilt wie üblich nicht als Erklärung des ganzen Forums, sondern nur der beteiligten Netzwerke und Organisationen. Die Versammlung war allerdings mit rund 1000 Teilnehmern sehr gut besucht.

Ausblick:

Das nächste deutsche Sozialforum ist für den Herbst 2007 geplant. Das nächste Europäische Sozialforum tagt im Frühjahr 2006 in Athen. Das Weltsozialforum wird Ende Januar 2006 dezentral abgehalten, und zwar in Caracas, Venezuela, in Karatschi, Pakistan, und in Bamko, Mali. 2007 soll es wieder ein zentrales Weltforum geben, und zwar in einem afrikanischen Land.

G-8-Gipfel:

Im Sommer 2007 wird der G-8-Gipfel an der deutschen Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Die Vorbereitungen für die entsprechend Proteste wurden auf dem Erfurter Forum begonnen.

**Junge Welt, 25.7.05**

## **„Ein kleinteiliger Anfang“**

**Sozialinitiativen haben den Zerlegungsprozeß der SPD gefördert. „Hartz-Schluß“ nächste bundesweite Aktion. Ein Gespräch mit Peter Grottian**

**\* Peter Grottian ist Hochschullehrer für Politologie an der Freien Universität Berlin und Mitglied im Berliner Sozialforum**

**Interview: Peter Wolter**

F: Um die Anti-Hartz-Proteste und die Montagsdemos ist es in den vergangenen Monaten ruhig geworden. Signalisiert das erste deutsche Sozialforum in Erfurt jetzt einen Aufbruch?

Die langfristige Wirkung der Proteste war wie eine Zündschnur – der Zerlegungsprozeß der SPD wurde gefördert. Es gibt also keinen Grund, daß die Sozialprotest-Initiativen jetzt mit langen Dackelohren herumlaufen und klagen, die Aktionen hätten die Einführung von „Hartz IV“ nicht verhindern können. Die Proteste dagegen waren dennoch erfolgreich. Das ist einer der Gründe, warum von Erfurt keine wirkliche Aufbruchstimmung ausgeht.

F: Haben die Proteste gegen „Hartz IV“ der Sozialforum-Bewegung den Wind aus den Segeln genommen?

Die Sozialforum-Bewegung ist komplizierter. Dem Sozialforum in Florenz ist es zu verdanken, daß sich überhaupt lokale und regionale Sozialforen in Deutschland gebildet haben. Dieser Prozeß ist mit etwa 40 Initiativen nicht sehr weit gekommen. Soeben hat man sich darauf verständigt, in Bremen in den nächsten Monaten einen Austausch aller deutschen Sozialforen zu organisieren. Mit anderen Worten: Das Sozialforum in Deutschland hat noch einen sehr schwachen Unterbau. Und deshalb ist es schwierig, größere gemeinsame Projekte zu entwickeln. Erfurt ist ein kleinteiliger Anfang ohne größere Perspektiven. Beim Sozialforum geht es ja nicht nur um Sozialproteste, sondern um eine ungleich breitere Thematik, in der es um die globalisierungskritische Bewegung, um Geschlechterdemokratie, um ökologische Zukunftsfragen usw. geht.

F: Beim Sozialforum waren viele IG-BAU-, IG-Metall- und ver.di-Fahnen zu sehen, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske beteiligte sich an den öffentlichen Diskussionen. Deutet sich hier ein neues Verhältnis der Gewerkschaften zur Protestbewegung an?

Positiv ist, daß sich Bsirske eindeutig für radikale Arbeitszeitverkürzungen in Richtung der 30-Stunden-Woche geäußert hat. Solche radikalen Töne sind von den Funktionären von ver.di und IG Metall fast nicht mehr zu hören. Negativ ist, daß er keine Perspektive der Kooperation zwischen neuen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften vermitteln konnte. Das Wort „Grundeinkommen“ kommt nur mühsam über seine Lippen und eine grundsätzliche Ablehnung der Hartz-Gesetze hat man auch nicht hören können. Und das wohl wichtigste: Daß neue soziale Bewegungen und Gewerkschaften darüber streiten, welche Streikformen und welche Formen des zivilen Ungehorsams sie gemeinsam oder getrennt praktizieren sollen – darauf hat sich Bsirske nur auf Fragen aus dem Publikum eingelassen.

F: Welche Perspektiven haben die sozialen Proteste nach Gründung des Sozialforums?

Wichtig ist, daß sie inzwischen klarere Positionen erreicht haben: Bedingungsloses Grundeinkommen, radikale Arbeitszeitverkürzungen, Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in Zehn-Euro-Jobs mit freiwilligen, tarifgesetzlichen Regelungen. Hinzu kommt eine Vorstellung von Erwerbsarbeit, in der sich ein bis zwei Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz selbst suchen können, der gesellschaftlich bezahlt wird. Und es gehört auch dazu, solche Arbeitsplätze durch eine teilweise Schließung der Arbeitsagenturen zu finanzieren. Offen ist aber, inwiefern es uns gelingen kann, im Wahlkampf und nach der Wahl einen authentischen Sozialprotest zu organisieren, der nicht nur auf die Linkspartei schießt, sondern diese ebenso wie die herrschenden Parteien herausfordert.

Es gibt deshalb den Vorschlag einer längerfristig angelegten Strategiekonferenz mit den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und anderen politischen Initiativen. Die Aktionsbündnisse der Sozialproteste haben außerdem angeregt, am 5. September nach dem Muster des „Agentur-Schluß“ vom 3. Januar einen „Hartz-Schluß“ zu organisieren. Das könnte etwa so aussehen: Interventionen im Wahlkampf, Belagerung von Arbeitsagenturen, unkonventionelle Demonstrationen oder auch offizielle Begräbnisse von Schröder, Clement und Fischer.

**Junge Welt, 25.7.05**

## **Wir haben Alternativen – eine andere Welt ist möglich!**

**Dokumentiert: Die Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen von Erfurt, 24. Juli 2005**

Der Ausgang des Referendums zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ebenso wie die Regierungskrise in Deutschland beweisen: Immer weniger vertrauen die Bürgerinnen und Bürger auf Empfehlungen und Aussagen der herrschenden Politikerinnen und Politiker. Die neoliberale Politik der vergangenen Jahre steckt in einer tiefen Legitimationskrise. Es hat sich als falsch erwiesen, daß durch Sozialabbau die Erwerbslosigkeit gesenkt wird. Das Gegenteil ist eingetreten und wird durch das Festhalten an der Lissabon-Strategie weiter verschärft: die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, Jung und Alt, Menschen mit und ohne genehmen Paß, in „Leistungserbringer“ und „Alimentenbezieher“. Die Gewerkschaften und die abhängig Beschäftigten sehen sich einem Generalangriff auf Tarifautonomie, Mitbestimmungsrechte und Kündigungsschutz ausgesetzt. Demokratieabbau und steigende Repressionen gehen einher mit Militarisierung. Die Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Umwelt sind völlig unzureichend. Die Kluft zwischen GlobalisierungsgewinnerInnen und -verliererInnen wird tiefer. All das erfüllt zahlreiche Menschen mit wachsender Sorge um eine lebenswerte Zukunft – global, in Europa und auch hier in Deutschland.

Als Teil der internationalen und globalisierungskritischen Bewegung trafen wir uns in Erfurt – nicht nur, um die politischen und sozialen Verhältnisse grundlegend zu kritisieren, sondern auch, um unsere Alternativen zu entwickeln für eine solidarische, demokratische, ökologische, nicht-patriarchale und sozial gerechte Gesellschaft.

Soziales und Arbeit neu denken. Wir fordern eine komplette Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitspolitik. Wir brauchen ein existenzsicherndes Mindesteinkommen/ Grundeinkommen für jede und jeden jetzt als Alternative zu Hartz IV, einen gesetzlichen Mindestlohn, eine menschenwürdige Rente ohne Diskriminierung, massive Arbeitszeitverkürzung.

Wir treten ein für eine solidarische Gesellschaft, ohne Ausgrenzung und Massenerwerbslosigkeit, ohne Armut und soziale Spaltung, in der jeder und jede sich umfassend bilden und entwickeln und in unterschiedlichen Formen tätig werden kann, chronisch Kranke und behinderte Menschen gleichgestellt sind, jeder Mensch das Recht auf Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen hat. Die Privatisierungen in diesen Bereichen müssen gestoppt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder am gesellschaftlichen Reichtum angemessen und sicher teilhat. Geld ist genug da! Solidarische Einfachsteuer jetzt!

Eine nach innen und außen friedliche Gesellschaft, die auf militärische Gewalt verzichtet und auch ökonomisch auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität mit anderen Ländern und Weltregionen zusammenarbeitet. Wir lehnen den „Krieg gegen den Terror“ ab – er wird zum Vorwand genommen, um demokratische Rechte einzuschränken und Muslimen und Muslime zu stigmatisieren. Wir fordern die Rücknahme der Antiterrorgesetze und des Zuwanderungsgesetzes sowie den sofortigen Stopp aller Deportationen von Flüchtlingen! Wir brauchen keine weltweit einsatzfähige Interventionsarmee, sondern Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung. Stoppt die milliardenschweren Aufrüstungsprogramme! Die außerhalb Deutschlands stationierten Bundeswehrtruppen müssen abgezogen werden. Die faktische Unterstützung der Besatzungsherrschaft und der US-Kriegsführung im Irak muß beendet werden. Für einen gerechten Frieden in Palästina! Wir bleiben bei unserem konsequenten Nein zur EU-Verfassung!

Eine ökologische zukunftsfähige Gesellschaft, die den Ausstoß von Klimagasen und umweltbelastenden Stoffen sowie den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen auf ein international verträgliches Maß senkt. Das bedeutet bei uns eine ökologisch konsequente Landwirtschaft-, eine Siedlungs-, Energie- und Verkehrspolitik auf der Basis regenerativer Energien und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt leben und in der Männer nicht über die Köpfe der Frauen entscheiden. Dies ist zur Zeit in Politik, Gesetzgebung sowie in der Arbeitswelt immer noch die diskriminierende Realität.

Eine demokratische Gesellschaft – mit weit über Wahlkämpfe und Wahltage hinausgehender demokratischer Teilhabe und aktiver Partizipation sowie Entscheidungskompetenz für alle Einwohnerinnen und Einwohner auf allen Ebenen: von der unmittelbaren Interessenvertretung über ökonomische Entscheidungsprozesse, betriebliche Mitbestimmung bis hin zu allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Fragen – von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und globalen. Wege dahin sind die Ausweitung von BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheiden auf allen Ebenen sowie Beteiligungshaushalte.

Eine andere Welt ist möglich, wenn wir gemeinsam die totale Vermarktung der Menschen und ihrer Umwelt stoppen und globales Zusammenleben neu gestalten. Dazu brauchen wir Austausch und Begegnung wie bei diesem Sozialforum in Erfurt:

Verstärkte Vernetzung der sozialen Bewegungen vor Ort, nicht zuletzt in Form der lokalen Sozialforen, um die Menschen zu befähigen, Akteure direkter Demokratie zu werden. Dazu gehört auch die Verknüpfung zu überregionalem Austausch und gemeinsamer Aktion.

Globalisierung von unten: Kommunikation und Kooperation unabhängig von Kultur, Religion, Geschlecht und Hautfarbe. Der gemeinsame Kampf weltweit für globale soziale Rechte für alle ist unsere Aufgabe. Wir fordern Schuldenstreichung und das Ende der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme.

Ob es gelingt, weiteren neoliberalen Umbau zu verhindern, hängt entscheidend von den Protesten der sozialen Bewegungen vor und nach den Bundestagswahlen ab. Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muß mit unserem massiven Widerstand rechnen.

Als gemeinsame Aktionen der nächsten Monate schlagen wir vor:

- Einen dezentralen bundesweiten Aktionstag am 5. September: Soziale Bewegungen melden sich zum Wahlkampf zu Wort!
- Eine Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen am 19./20. November 2005.
- Die Mobilisierung zum europäischen Aktionstag für ein soziales Europa am 15. Dezember 2005 in Brüssel sowie die Fortsetzung der Kampagne gegen die EU-Verfassung und die Proteste gegen die EU-Richtlinien zu Dienstleistung, Arbeitszeit und Militarisierung.
- Bundesweite globalisierungskritische Aktionstage im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer 2006: Gegen Überwachungswahn, gegen die ausbeuterische Produktionsweise von Nike und Co. sowie gegen Rassismus.
- Eine Kampagne gegen die Politik der G 8 anlässlich ihres Gipfels im Juli 2007 in Heiligendamm.

Wir laden im Herbst 2007 zu einem zweiten Sozialforum in Deutschland ein.

Außerdem unterstützen wir folgende Veranstaltungen und Aktionen:

- Die Aktionen gegen Gentechnik in der Landwirtschaft „Tanz in den Mais“ am 30./31. Juli 2005.
- Die Aktionen der Friedensbewegung am Hiroshimatag und Antikriegstag.
- Das Aktionswochenende gegen Lager und für Bewegungsfreiheit am 24./25. September.
- Die Aktionen der Friedensbewegung gegen die Verlängerung des Afghanistan-Mandats der Bundeswehr im Oktober 2005.
- Den Kongreß „Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein“ in Wien, 7.–9. Oktober 2005.
- Die landesweiten Aktionen in Baden-Württemberg gegen Wohnungsnot und Armut am 12. Oktober 2005
- Die Demonstration gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien am 5. November in Lüneburg sowie die nachfolgenden Aktionen gegen die Castor-Transporte.
- Den Bürgerkonvent „Für ein anderes Europa“ in Rom am 12./13. November 2005.

- Den weltweiten Aktionstag am 10. Dezember gegen die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong: „Stoppt die WTO-Konzern-Agenda“!
- Das internationale Symposium über Isolation von Gefangenen vom 17. bis 20. Dezember in Paris.
- Die Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren und Abschaffung der Lehrmittelfreiheit im Herbst 2005 und Frühjahr 2006.
- Gegenaktionen zur NATO-Sicherheitskonferenz vom 3.–5. Februar 2006 in München.
- Einen bundesweiten Aktionstag der lokalen Sozialforen für ein lebenswertes Europa im Zusammenhang mit einer europäischen Initiative am 4. März 2006.
- Die Beteiligung am nächsten Europäischen Sozialforum in Athen im April 2006.
- Die Ostermärsche der Friedensbewegung im Frühjahr 2006.
- Europäische Märsche für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zum EU-Gipfel nach Wien im Juni 2006.

**Junge Welt, 25.7.05**

## **Massives Kontrollversagen**

### **Das Verhalten der UNO vor und nach der Irak-Invasion 2003**

**Von Hans-Christoph von Sponeck**

**\* Der ehemalige UN-Mitarbeiter Hans-Christoph von Sponeck nahm Ende Juni in Istanbul als Sachverständiger am „Internationalen Hearing über Krieg und Besetzung im Irak“ (siehe jW vom 22. Juli) teil und am vergangenen Freitag am Sozialforum in Erfurt. Sein in Istanbul in Englisch gehaltener Beitrag wurde von Michael Schiffmann ins Deutsche übersetzt.**

Bei der Diskussion der Beteiligung der Vereinten Nationen (UN) vor und nach der Invasion des Irak durch die USA, Großbritannien und andere an der Koalition gegen den Irak beteiligte Länder müssen wir eine klare Unterscheidung treffen zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den jeweiligen Beamten, von denen erwartet wird, daß sie diese Politik durchführen, das heißt, zwischen den Regierungen der UN-Sicherheitsratsmitglieder und dem Sekretariat der UN. Sobald eine solche Unterscheidung vorgenommen wird, wird rasch klar, daß die Hauptverantwortung für die heutige humanitäre Katastrophe im Irak beim politischen Zweig der UN, das heißt bei jenen UN-Sicherheitsratsmitgliedern liegt, deren Stimme wichtig genug war, um einen Unterschied zu machen. Die Weigerung des UN-Sicherheitsrates, eine Entscheidung zu treffen, die mit humanitären, ethischen und rechtlichen Gesichtspunkten in Einklang steht, ist wesentlich schockierender als allgemein bekannt. Hier handelt es sich nicht nur um einen Verrat an der Bevölkerung des Irak, sondern auch um einen Verrat an der Charta der Vereinten Nationen und am Weltgewissen.

Rekolonisierung des Irak

Warum bin ich dieser Meinung?

Die führenden Politiker der Welt versteckten sich hinter dem Schutzschirm des UN-Sicherheitsrats, um ihren Verrat vor und nach dem illegalen Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 zu ermöglichen. Inzwischen kann es jedoch aufgrund der vorliegenden Fakten keinen Zweifel mehr daran geben, daß die Regierungen der USA und Großbritanniens aktiv einen gewaltsamen Sturz des Regimes im Irak betrieben – zu einer Zeit, als man der Welt weismachte, den Regierungen der USA und Großbritanniens gehe es in diesem Konflikt um das internationale Recht, eine friedliche Lösung des Konflikts und den Schutz des irakischen Volkes. Darum ging es ihnen nicht. Nachdem dieser ungleiche Krieg vorüber war, wurde der internationalen Öffentlichkeit außerdem klar, daß diejenigen, die diesen Krieg angezettelt hatten, ihre Unverantwortlichkeit auf die Spitze getrieben hatten, indem sie diesen Krieg führten, ohne eine Strategie für den Frieden zu haben.

Das Ziel dabei war, den Irak im Würgegriff zu behalten. Dabei wurden Verwirrung und Täuschung als Mittel eingesetzt, um das Ziel der Beherrschung des Irak zu rechtfertigen. Die Soldaten der irakischen Armee wurden entlassen und heimgeschickt. Viele Staatsbeamte wurden ohne Beweise für irgendwelches Fehlverhalten entlassen, nur weil sie der Baath-Partei angehört hatten. Dann wurden per Dekret Gesetze der Übergangsbehörde (CPA) erlassen. Sie zielten auf die wirtschaftliche Rekolonisierung des Irak und die Schaffung von Abhängigkeiten sogar in Bereichen wie der Landwirtschaft, wo irakisches Saatgut zugunsten genetisch manipulierten, aus den Vereinigten Staaten importierten Saatgutes aus der Konkurrenz ausge-

geschlossen wird. Die dadurch entfachte irakische Opposition löste bei den Besatzungsmächten Ratlosigkeit und Verwirrung aus.

Wie reagierten der UN-Sicherheitsrat und das UN-Sekretariat auf diese bilateralen Rechtsbrüche? Mehr als zehn Jahre lang hat der UN-Sicherheitsrat billigend toleriert, was zwei seiner ständigen Mitglieder, die USA und Großbritannien, taten, um zunächst ihre Politik der „Eindämmung“ des Irak und dann ihre Agenda des Regimewechsels zu verfolgen. Diese Praxis bedeutete nichts Geringeres als die De-facto-Bilateralisierung des UN-Sicherheitsrates. Die Ausführungen während der Irak-Debatten im UN-Sicherheitsrat zeigten, daß die Teilnehmer dieser Debatten sich der immer schlimmer werdenden humanitären Krise im Irak nur allzu bewußt waren. Aber zugleich bestand ein gravierender Mangel an politischem Willen, rechtzeitige Schritte zu unternehmen, um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen.

#### Sicherheitsrat instrumentalisiert

Es war allen Mitgliedern des Sicherheitsrates bekannt, daß die Verknüpfung zwischen der Entwaffnung des Irak und den umfassenden Wirtschaftssanktionen gegen dieses Land bedeutete, daß die irakische Bevölkerung für das Vorgehen ihrer Regierung im Hinblick auf ihr eigenes Überleben und ihre Lebensqualität einen schweren Preis bezahlen mußte. Es war allen Mitgliedern des Sicherheitsrates bekannt, daß die unzureichenden Bewilligungen des Sicherheitsrates für das Öl-für-Nahrungsmittel-Programm die Überlebenschancen zahlreicher irakischer Bürger erheblich beeinträchtigten. Es war sämtlichen Mitgliedern des Sicherheitsrates bekannt, daß die Weigerung des Rates, Geldüberweisungen an die irakische Zentralbank für den allgemeinen Staatshaushalt und die Finanzierung der Ausbildung von Personal, der Installation von technischem Gerät und den Aufbau von Institutionen zu bewilligen, die irakische Regierung dazu drängten, sich illegaler Mittel zu bedienen, um an Geld zu kommen.

Ferner wußten sämtliche Mitglieder des Sicherheitsrates, daß die Einrichtung der beiden Flugverbotszonen innerhalb des Irak wenig mit dem Schutz ethnischer und religiöser Gruppen und dafür umso mehr mit einer Politik der Destabilisierung zu tun hatte. Sämtliche Mitglieder des Sicherheitsrates wußten, daß die Regierungen der USA und Großbritanniens nach der „Operation Wüstenfuchs“ vom Dezember 1998 den Luftraum des Iraks als Übungsgebiet nutzten, indem sie den Piloten ihrer Bomber und Kampfflugzeuge erweiterte Einsatzbefehle zukommen ließen. Da die UN in Bagdad Berichte über die daraus folgenden Bombardements anfertigte, hatte der Sicherheitsrat natürlich auch Zugang zu ihnen, und daher wußten sämtliche Mitglieder des Sicherheitsrates über Tötung von Zivilisten und die Vernichtung zivilen Eigentums bei solchen Angriffen Bescheid. Aber dennoch konnte sich der Sicherheitsrat nie auch nur zu einer Debatte über die Rechtmäßigkeit der Flugverbotszone entschließen, mit der das einseitige Handeln zweier Sicherheitsratsmitglieder in Frage gestellt worden wäre, die dem Irak diese Zonen ohne UN-Mandat aufgezwungen hatten.

All das war bekannt. Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates haben mit seltenen Ausnahmen die Instrumentalisierung des Sicherheitsrates zur Verfolgung bilateraler Interessen toleriert. Dabei hatte die Nutzung von Resolution 687 (1991) und 1284 (1999) durch die Regierungen der USA und Großbritanniens schon genügend Lehrmaterial für die Gefahr eines Mißbrauchs von Konsensresolutionen geliefert. Das hielt die Mitglieder des Sicherheitsrates jedoch nicht davon ab, auch noch einer weiteren Konsensentschließung, nämlich der UN-Resolution 1441 (2002), zuzustimmen. Die hohe Wahrscheinlichkeit, daß bestimmte Mitglieder des Sicherheitsrates auch dieses Mal Formulierungen wie „substantielle Verletzungen“ und „ernsthafte Konsequenzen“ dazu benutzen würden, eine militärische Invasion zu rechtfertigen, hätte die anderen Mitglieder des Rates davon abhalten sollten, eine derartige Resolution mit zu verabschieden.

Das UN-Sekretariat fügte sich, als die USA und Großbritannien, Gründungsmitglieder der UN, im Sicherheitsrat auf einem Regime der Wirtschaftssanktionen bestanden, das zu einer Tragödie führte. Das Sekretariat der UN schwieg, als dieselben Regierungen sich aus der internationalen Gemeinschaft verabschiedeten, um einseitig mit einer illegalen Invasion des Irak zu beginnen. Nicht einmal in dieser entscheidenden Zeit, als die gesamten Grundlagen der Vereinten Nationen zur Disposition gestellt waren, gab es vom UN-Sekretariat eine Reaktion. Direkt zuvor hatte Dr. Hans Blix, der oberste Waffeninspektor der UN, über Fortschritte bei der Verifizierung der Nichtexistenz irakischer Massenvernichtungswaffen berichtet und um mehr Zeit für die Beendigung der Inspektionen gebeten. Das UN-Sekretariat hätte diese Gelegenheit nutzen sollen, um die Kriegspläne der Regierungen der USA und Großbritanniens zu kritisieren, nahm aber statt dessen lieber Abstand davon. Im März 2003 zog das UN-Sekretariat seine Waffeninspektoren ohne Protest zurück.

Dabei hatte das UN-Sekretariat keine Möglichkeit, diesen von langer Hand geplanten Krieg zu verhindern. Der extrem heftige Charakter der Verletzung des internationalen Rechts durch zwei Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates und die Mißachtung einer internationalen Körperschaft, die schließlich zur Verhinderung von Kriegen geschaffen worden war, stellte dennoch eine Herausforderung an die Mitarbeiter der UN dar, öffentlich klarzustellen, daß es wichtiger ist, ein Gewissen zu haben als Gehorsam zu demonstrieren.

Seit der illegalen Invasion des Irak hat es im Sicherheitsrat keine Debatte über die fundamentale Mißachtung bestehender militärischer Konventionen gegeben, die geschaffen wurden, um dafür zu sorgen, daß Besatzungsmächte sich in Einklang mit den Haager und Genfer Konventionen verhalten, die von ihnen unterzeichnet wurden. Die Plünderung und Niederbrennung des Nationalmuseums und der Nationalbibliothek, die Beschädigung archäologischer Stätten und die demütigende Behandlung von Zivilisten durch die US-Armee haben im Sicherheitsrat keinen Protest ausgelöst. Statt dessen sah der Sicherheitsrat zu, wie Moral und Seele des Irak angegriffen wurden. Die Inhaftierung politischer Figuren über eine unbegrenzte Zeitspanne hinweg sowie die unvorstellbare Brutalität und Grausamkeit, mit denen Häftlinge nicht nur in Abu

Ghraib und Camp Bucca, sondern auch in anderen Gefängnissen behandelt wurden, waren für den Sicherheitsrat nie Gegenstand von Besorgnis. Das zerstörerische Flächenbombardement von Städten wie Falludscha, Talafar und Al Qaim schreckte den Sicherheitsrat nicht aus seinem Schlaf und führte nicht zu Sondersitzungen. Es gab keine Proteste dagegen, daß der CPA-Verwalter Paul Bremer und andere CPA-Beamte einen angeblich befreiten und souveränen Irak bei wichtigen internationalen Treffen wie dem Weltwirtschaftsforum in Amman und dem Treffen der Welthandelsorganisation in Genf vertraten. Der Sicherheitsrat interessierte sich nicht dafür, daß die UN-Menschenrechtskommission in Genf nach dem Krieg ihre Ernennung eines Berichterstatters für die Menschenrechte im Irak sofort zurückzog. Außerdem stimmte der Sicherheitsrat 2003 der Fortsetzung der Reparationszahlungen des Irak über die UN-Kompensationskommission zu, obwohl er zuvor eingewilligt hatte, daß die entsprechenden Ansprüche an den Irak fallengelassen werden sollten.

Der Sicherheitsrat hat in der Tat eine wichtige Rolle bei den Vorbereitungen für den Aufbau einer Verwaltung des Irak und für Wahlen in diesem Land gespielt, aber zugleich hat er sich hierbei dem Druck der USA untergeordnet. In den Geschichtsbüchern über die Vereinten Nationen wird die Handhabung des Irak-Konflikts durch den Sicherheitsrat als massives Kontrollversagen verzeichnet werden.

Dabei sollten die Geschichtsbücher außerdem darauf aufmerksam machen, daß an die Stelle der Stimme des UN-Sicherheitsrates nunmehr weltweit die Stimme der Bevölkerung getreten ist. Sie darf nicht nachlassen in ihrer Forderung, daß die Regierungen der USA und Großbritanniens bilateral, als nationale Regierungen, und multilateral, als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, gegenüber ihrer Bevölkerung und gegenüber der Weltgemeinschaft verantwortlich sind für ihr brutales Vorgehen gegenüber dem Irak vor, während und nach ihrem illegalen Krieg.

### Verbrechen im Irak

In vielen Ländern gilt es als Verbrechen, einen Unfall- oder Tatort zu verlassen, ohne den Opfern zu helfen. Dasselbe Prinzip gilt für die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, den irakischen Opfern zu helfen. Unser Gewissen, unser Mitgefühl und unser Sinn für Verantwortlichkeit sind wichtige Gründe, an diesem Punkt nicht lockerzulassen. Dabei geht es um zwei wichtige Themen: um den Irak und die Reformierung der UN.

Unsere politischen Führer verlangen von uns, daß wir nach vorn schauen. Und das müssen wir auch. Dabei ist es aber so, daß wir uns bei unserem Blick nach vorn auch immer Rechenschaft über die Vergangenheit ablegen müssen. Das gilt für Nationen, Gemeinschaften und Einzelpersonen – für alle Institutionen und Menschen, besonders die an der Macht. Das kommende Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten des Irak, Saddam Hussein, geht ganz selbstverständlich von dieser Rechenschaftspflicht für die Verbrechen an seinem Volk aus. Aber dasselbe Prinzip gilt für die Verbrechen gegen die Menschheit, die von denen begangen wurden, die ohne die geringste Rücksicht auf den menschlichen Preis die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak durchgesetzt haben, die in den Flugverbotszonen einen geheimen Krieg führten und die dann in den Irak einfielen und die Menschen dieses Landes mißhandelt, verstümmelt, gefoltert und getötet haben. Neben Saddam Hussein müßten auch andere auf der Anklagebank Platz nehmen! Es ist traurig, daß es notwendig ist, dies zu unterstreichen, aber die Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit gelten nicht nur für die, die in einem Kampf unterlegen sind.

### Ungelöste Aufgaben

Es gibt heute Tausende von wehrlosen, unbewaffneten irakischen Vätern, Müttern und Kindern, die die Leidtragenden der Tatsache sind, daß es uns nicht gelungen ist, Krieg und Zerstörung im Irak zu verhindern. Sie sollten uns an unsere Verpflichtung erinnern, die Debatte über diesen Krieg mindestens so lange weiterzuführen, bis die entscheidenden Fragen offengelegt sind.

Alles in allem: Die Situation im Irak bleibt eine „ungelöste Aufgabe“ für die internationale Friedensbewegung und verantwortungsbewußte Bürgerinnen und Bürger überall. Hierbei müssen drei vorrangig angegangen werden:

1. Die Vereinten Nationen haben versagt, als es galt, ungerechte Wirtschaftssanktionen, einen illegalen Krieg und weitere Zerstörungen unter einer Besatzung des Irak zu verhindern. Das bedeutet, daß die Friedensbewegung unmittelbar und kurzfristig auf ihrer Forderung beharren muß, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß all das, was im Namen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten getan wurde, eine Karikatur der tatsächlichen Bedeutung der Worte „Freiheit“, „Demokratie“ und „Menschenrechte“ darstellt.

Mittelfristig sollte die Friedensbewegung sich intensiv an der Debatte um die Reform der UN beteiligen, um dazu beizutragen, eine Struktur der Vereinten Nationen zu schaffen, die gegen Mißbrauch gefeit ist. Dazu gehört erheblich mehr als eine Erweiterung des Sicherheitsrates.

2. Auch der internationalen Friedensbewegung ist es nicht gelungen, die ungerechtfertigten Wirtschaftssanktionen und den nachfolgenden illegalen Krieg zu verhindern. In der nächsten Zeit sollte die Friedensbewegung diese Situation als wichtige Gelegenheit für eine selbstkritische Analyse zu der Frage nutzen, weshalb sie an diesem Punkt gescheitert ist und welche Faktoren hierzu beitragen.

Die Gefahren, die derzeit am politischen und sozialökonomischen Horizont heraufziehen, sind enorm. Mittelfristig muß die Friedensbewegung auf diese Tatsache reagieren, indem sie sich von Revierkämpfen und Auseinandersetzungen wegen institutioneller oder persönlicher Ambitionen verabschiedet und sich statt dessen um eine wesentlich besser organisierte Reaktion auf internationale Krisen bemüht. Nur durch ein gemeinsames Engagement und eine koordinierte Strategie werden wir hier die Möglichkeit haben, etwas zu ändern.

3. Als Einzelpersonen, die das Ethos der Charta der Vereinten Nationen verstehen und hochhalten, die an Frieden und Gerechtigkeit für alle Erdenbürger glauben, die entsetzt sind über das, was im Irak vor diesem illegalen Krieg und während dieses Krieges und danach geschehen ist, müssen wir zuerst und vor allem an uns selbst arbeiten, um der Aufgabe, die vor uns liegt, gewachsen zu sein. Aber darüber hinaus müssen wir uns, wie der zweite UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld es ausdrückte, immer „der Realität des Bösen und der Tragödie im Leben des einzelnen bewußt sein, ebenso wie der Forderung, daß wir unser Leben in Würde und Anstand führen müssen“.

\* Hans-Christoph von Sponeck arbeitet seit 1996 für die Vereinten Nationen. Für das Entwicklungsprogramm UNDP war er in Ghana, Pakistan, Botswana und Indien. Er war ab Herbst 1998 als Nachfolger von Denis Halliday Koordinator des humanitären UN-Hilfsprogramms für den Irak, bis er im Februar 2000 aus Protest gegen die Fortsetzung der Sanktionen seinen Rücktritt einreichte.

Weitere Informationen: [www.iraktribunal.de](http://www.iraktribunal.de)

## Der Erfolg der Linkspartei bringt Prinzipien ins Wackeln

**Kirchenleute, Gewerkschafter und Globalisierungskritiker haben sich an einem langen Wochenende in Erfurt getroffen, um gemeinsame Strategien zu diskutieren. Geklärt werden sollte auch das Verhältnis zur Linkspartei. Schon allein, weil viele sozial Bewegte bald im Bundestag sitzen.**

Von Christopher Ziedler, Erfurt

Deutscher geht es kaum. Vor der imposanten Kulisse des Erfurter Doms wird Politik im Bierzelt gemacht. Hier finden die zentralen Veranstaltungen des ersten Sozialforums in Deutschland statt. Vielen Angehörigen dieser doch eigentlich internationalen Bewegung erschien das im Vorfeld viel zu national, weswegen sich die Veranstalter beeilt haben, in den Zelten ein möglichst kosmopolitisches Programm zu bieten: Begrüßung in acht Sprachen, eine Solidaritätsadresse vom Weltsozialforum in Porto Alegre, der Infostand der Reformbewegung im Iran. Thüringer Rostbratwurst gibt es allerdings trotzdem.

Ein sehr deutsches Sozialforum wird es spätestens in dem Augenblick, als eine französische Globalisierungskritikerin vom Podium herunter der nationalen Nabelschau Absolution erteilt: „Wir Franzosen setzen darauf, dass euch in Deutschland der Schritt hin zu einer von den sozialen Bewegungen getragenen Linkspartei gelingt.“ Das Zelt tobt. Schließlich ist die Parteienfusion im linken Lager das, worüber in Erfurt alle sprechen - auch wenn auf den weltweit stattfindenden Sozialforen Parteien offiziell eigentlich tabu und deren Mitglieder nur als privat interessierte Einzelpersonen geduldet sind.

Heike Hänsel ist so eine, die an vielen Fronten für ihre Sache kämpft. Die Tübingerin hat mit der Gesellschaft „Kultur des Friedens“ gegen den Irakkrieg protestiert und als Sprecherin der EU-Arbeitsgemeinschaft von Attac gegen die aus ihrer Sicht unsoziale Verfassung Europas mobilgemacht. Vergangenes Jahr ist sie der Wahlalternative beigetreten, für die sie nun fast sicher in den Bundestag einziehen wird. Sie steht auf Listenplatz zwei in Baden-Württemberg hinter dem früheren SPD-Landeschef Ulrich Maurer.

Jetzt ruckelt ihr alter Daimler über das Kopfsteinpflaster der Erfurter Altstadt. Als Linke meint Heike Hänsel, sich für die Automarke entschuldigen zu müssen; sie sei halt eine „schwäbische Globalisierungskritikerin“. Was das Leben als Abgeordnete so mit sich bringen könnte, hat sie noch nicht realisiert. Dafür ging alles zu schnell. Wohl aber fragt sie sich, wie parlamentarisches und außerparlamentarisches Engagement zusammengehen werden. Im Heinrich-Mann-Gymnasium, zu dem sich Hänsel jetzt durchgefragt hat, soll es um eben jenes Verhältnis von sozialer Bewegung und Linkspartei gehen.

Eine künftige Fraktionskollegin mit knallrotem Schopf sitzt vorne auf dem Podium und macht Wahlkampf. „Wenn es jemals die historische Chance gab, die Linke zu stärken und zu einen, dann jetzt“, ruft Katja Kipping in die holzvertäfelte Aula. Die 27-jährige stellvertretende Parteichefin ist von der PDS zum Sozialforum entsandt worden, um bei den Linken für die Linkspartei zu werben.

Neben der Hoffnung hegen sie nämlich auch viel Skepsis gegenüber neuen Hierarchien, die ein Mittfünfziger ausspricht: „Ein Diskussionsprozess von unten ist mit Oskar Lafontaine doch gar nicht zu machen.“ Man dürfe die Inhalte eben „nicht allein dem Oskar und dem Gregor überlassen“, sagt die junge PDS-Frau. Schützenhilfe erhält sie von einem Genossen aus dem Westen. Anstatt von außen die Linkspartei zu schelten, fordert er die Aktivisten auf, Parteipolitik zu machen: „Stürzt euch ins Getümmel!“

„Anti-Capitalist“ ist ein ganz schön langes Wort und verschlingt viel weiße Farbe. Vier junge Leute der Initiative „Linksruck“ bemalen am Morgen ihr rotes Transparent im Stil des Coca-Cola-Schriftzugs. Zu den Erwartungen an die Linkspartei befragt, werden sie konkret: Sie wollen eine starke linke Opposition in den Bundestag wählen, die Forderungen von der Straße ins Parlament trägt, kritische Anfragen stellt und - man höre und staune - auch ganz praktisch die Finanzen linker Gruppen und Initiativen aufpöppelt.

Neben den Malermeistern liegen Plakattafeln mit demselben Logo. Einen Euro das Stück berechnen sie jenen, die sich für die Demo am Nachmittag noch schnell eine sichtbare politische Aussage zulegen wollen. Als Verdi-Chef Frank Bsirske auftaucht, versucht ein Fotograf, ihn vor dem symbolträchtigen Stapel zu knipsen. Doch Bsirske entflucht.

Der Auftritt im linken Bierzelt ohne Bier gleicht für ihn einer rhetorischen Gratwanderung. Der Mitorganisator des Sozialforums muss einerseits ordentlich poltern, um den sozial Bewegten klar zu machen, dass er voll bei der Sache ist. Eine Unternehmensberaterin, die mit ihm auf dem Podium sitzt, schüttelt angesichts der „Klassenkampfparolen“ nur den Kopf. Bsirske wettet gegen Hartz IV, dessen „einzige Wirkung die Einschüchterung“ sei. Und gegen neoliberale Abhängige: „Wenn die Droge nicht wirkt, wird die Dosis erhöht.“ Er plädiert für die 30-Stunden-Woche und einen gesetzlichen Mindestlohn. Er zitiert Marx' Forderung, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch geknechtet wird“, was gut ankommt.

Wie der Teufel das Weihwasser vermeidet Bsirske andererseits die einzig mögliche Konsequenz solcher Aussagen - die offene Unterstützung der Linkspartei. „Ich gebe keine Wahlempfehlung ab, mich interessieren Inhalte“, wird er später im direkten Gespräch sagen. Der Gewerkschaftschef hält sich alle strategischen Optionen offen - während an der Gewerkschaftsbasis längst viele den Schwenk vollzogen haben.

Dazu gehört auch der IG-Metall- Funktionär Horst Schmitthenner, der mit Anzug und Krawatte so gar nicht zu dieser bunten Sozialforumstruppe passen will. Und doch beschreibt er am deutlichsten, in welche Lage das „Ende der SPD“ und die neue Linkspartei seine Organisation gebracht habe: „Der Riss geht mitten durch die Mitgliedschaft und durch die Führung der IG Metall.“

Zwischen Fotos von Ostermärschen, Che-Guevara-T-Shirts und fair gehandelten Mangos findet sich ein weiterer Beweis, wie sehr Lafontaine und Gysi polarisieren. Ein Herr vom Sozialverband VdK verteilt Widersprüche gegen Rentenbescheide. Sein Bundesverband und der fusionierte Landesverband Hessen- Thüringen hatten Bedenken gegen das Sozialforum. Da machte sich die thüringische Hälfte des Verbands allein auf die roten Socken: „Wir hier im Osten sehen das mit der Linkspartei eben ein bisschen anders.“

## Dagegen sein allein reicht nicht mehr

### Das Sozialforum in Erfurt

#### Von unserem Korrespondenten Bernhard Honnigfort

Tapfer steht Diethard Möller im Eingang des großen Zelt. Es zieht, Nieselregen geht nieder über dem Erfurter Domplatz. Die Zeltplanen klatschen übellaunig im Wind aneinander. Aber Diethard Möller ist gehobener Stimmung. Wie ein Wachtposten steht er hier, ein freundlicher Herr mit grauem Haar, seine Zeitungen vor der Brust tragend wie ein Ritter seinen Schild. „Arbeit Zukunft“, heißt das Blatt. Sehr meinungsstark, lauter Marx- und Engels-Zitate, aber etwas schwächlich im Druck. Er wird es nur schwer los.

Diethard Möller, 55 Jahre alt, Psychotherapeut aus Stuttgart, wartet, dass endlich die angekündigte Konferenz beginnt. Aber sie verzögert sich. „So ist das auch mit der Revolution“, sagt er milde lächelnd. „Wenn sie wirklich mal kommt in Deutschland, die Linke wird sie verschlafen.“ Er weiß offenbar, wovon er spricht. Aber er ist mit allen geduldig. Mit der Revolution, die nicht kommt, mit den Forumsteilnehmern, die sich verspäten.

Dann spricht ein Mann von der PDSnahen Rosa-Luxemburg-Stiftung über „Angst als verbindendes Element“, das als disziplinierendes Instrument genutzt werde. Etwa 70 Menschen im Zelt plaudern oder lesen - Zeitungen oder die unzähligen Flugblätter, die im Fünf-Minuten-Takt von irgendwem verteilt werden. Herr Möller geht schon bald. „Man hat das doch alles schon gehört“, sagt er.

#### Die neue Linkspartei als großer Hoffnungsträger

Vermutlich sind es auch gar nicht die mehr als 300 Vorträge, Referate oder Konferenzen, welche die geschätzten 1500 Teilnehmer von Donnerstagabend bis Sonntag zum ersten Sozialforum in Deutschland führten. Sicherlich haben die meisten das meiste wirklich schon mal gehört: Dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, Globalisierung und Neoliberalismus ein Fluch sind, Menschenrechte wenig gelten, George Bush ein Krieger ist, Kanzler Schröder weg muss und man von den etablierten Parteien wenig erwarten darf. Nur die neue Linkspartei erscheint vielen hier als die Hoffnung des Herbstes. Keine Veranstaltung war so gut besucht, wie die Diskussion zur neuen Linkspartei.

Aber eigentlich soll das Forum ein Basar sein, auf dem das linke Spektrum Ansätze konkreter Veränderungsmöglichkeiten ausloten kann. Nicht jeder wartet auf die Revolution, viele sind mit Bescheidenerem zufrieden. Auf dem Anger, der Erfurter Prachtmeile, steht eine Bühne. Ein Mann von „Stadtradio Frei“ befragt Helmut Müller und der erklärt, was er und seine Bürgerinitiative machen. Sie verleihen in Thüringen die „Goldene Nase“, einen Preis für miese Arbeitgeber.

Müller (47) ist Rechtsanwalt in Erfurt. Er hörte von Sicherheitsfirmen, die 3,58 Euro Stundenlohn zahlen. Er sah Abrechnungen: 260 Stunden Arbeit im Monat, 700 Euro netto. Seitdem vergibt die Initiative gegen Billiglohn diesen Negativpreis in Thüringen. „Man muss sich organisieren“, sagt er. „Man kann Dinge verbessern.“ Vom Sozialforum erhofft er sich neue Anregungen. „Den Stein der Weisen wird hier auch keiner finden.“

Am anderen Ende der Altstadt wirbt Ulf Blendow (40) aus Magdeburg, für den Urstromtaler, eine Regionalwährung, eingeführt in Sachsen-Anhalt. Damit könne man schon in mehr als einhundert Gaststätten, Buchläden und Biohöfen einkaufen. „Das funktioniert gar nichtschlecht“, sagt er. Das Geld bleibe in der Gegend, man unterstütze sich gegenseitig. Natürlich benutze man auch den Euro, aber es sei wie mit Werkzeug. Da gebe es auch den großen und den kleinen Hammer. Warum sie nach Erfurt kamen? „Man muss auch Lösungen anbieten, mit irgendetwas anfangen.“ Immer nur gegen etwas sein, das reiche nicht mehr.

## „Keine Wahlempfehlung“

**Frank BSIRSKE (53), Vorsitzender der Gewerkschaft Verdi, zöge eine große Koalition einer Regierungsbeteiligung der Liberalen vor.**

Was hatten sich die Gewerkschaften vom ersten deutschen Sozialforum erhofft?

Mit vielen gesellschaftlichen Gruppen, die hier auf dem Sozialforum vertreten sind, verbindet uns der soziale Gedanke. Deshalb ist die Veranstaltung eine sehr gute Gelegenheit, um miteinander in Kontakt zu kommen, uns auszutauschen und Initiativen zu bündeln.

Aber diese Bewegung ist doch entstanden, weil man beispielsweise mit Verdi unzufrieden ist.

Wie kommen Sie darauf? Verdi und die anderen Gewerkschaften teilen ganz klar die globalisierungskritische Haltung dieser Bewegung. Wir alle wollen verhindern, dass Menschen zur Ware werden. Und bereits in der Vergangenheit haben wir gut zusammengearbeitet, wie etwa bei der Initiative zur Tobin-Steuer. Im Übrigen - die Gewerkschaften haben maßgeblich zum Gelingen dieses Sozialforums beigetragen und sind ein Teil davon.

Können die Gewerkschaften vom Sozialforum lernen?

Der Erfolg des Forums zeigt doch, dass es sich lohnt, wenn sich verschiedene gesellschaftliche Kräfte miteinander vernetzen. Das ist ein wichtiger Impuls für uns, so wie er schon von der Friedens- und der Öko-Bewegung ausging. Auch viele der fantasievollen Aktionen der neuen Gruppen sind ein Beitrag dazu, soziale Fragen wieder zum Thema zu machen.

Beim Sozialforum spürte man viel Sympathie für das neue Linksbündnis. Teilen Sie diese?

Es gibt größere Schnittmengen als zu den Westerwelles und Brüderles dieser Welt. Und ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass ich die Agenda 2010 für untauglich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für sozial unausgewogen halte.

Ist das eine Wahlempfehlung?

Ich werde keine Empfehlung abgeben. Mir geht es um Inhalte, nicht Parteien. Wir werden deutlich machen, dass wir keine Agenda 2010 im Quadrat mit noch mehr Sozialabbau wollen.

Jede Stimme für das Linksbündnis macht eine große Koalition wahrscheinlicher...

... jedenfalls wäre dort mehr Kompetenz vorhanden als in einer Koalition unter Beteiligung von Herrn Westerwelle.

Gespräch: F. GATHMANN

## Bürger sollten beim Haushalt mitreden

**ERFURT/NORDHAUSEN. 2000 Menschen diskutierten beim ersten Sozialforum in Erfurt vier Tage lang über Arbeitsmarkt, Globalisierung und Frieden. Mit dabei war Gisela Hartmann, Kreisvorsitzende der Grünen.**

TA: Waren es stressige Tage?

Hartmann: Es war anstrengend, ich besuchte ein Dutzend Veranstaltungen und war begeistert. Hier ging es nicht ums Klagen, sondern ums Aufbrechen - also ums Hinterfragen, nicht ums Verteufeln. Das Forum spiegelte die Interessen der Menschen wider, die von Politikern oft nicht beachtet werden. Viele haben nur Macht als Ziel.

TA: Was nützen die gesammelten Erfahrungen dem Landkreis?

Hartmann: Auch auf kommunaler Ebene wird nicht immer die intelligenteste und nachhaltigste Politik gemacht. Das Forum bestärkte mich als Kreistagspolitikerin darin, die Meinung der Bürger ernst zu nehmen. Ich kämpfe also weiter für meine Anliegen.

TA: Ein Beispiel?

Hartmann: Nachdem andere Kommunen ihre guten Erfahrungen mit einem Bürgerhaushalt schilderten, werde ich erneut versuchen, Mehrheiten dafür im Kreistag zu gewinnen. Ich bin überzeugt, dass ein Mitspracherecht der Bürger in Haushaltsfragen zu mehr gegenseitiger Akzeptanz von Politikern und Bürgern sowie zu mehr Vertrauen in die Politik führt.

Was war Ihre eindrücklichste Erfahrung auf dem Forum?

Hartmann: Die Begegnungen mit Menschen auf dem Erfurter Anger. An einem Stand erklärte ich unter dem Motto „Steuern zu Pflugscharen“, wie viel Steuern zurzeit in die deutsche Waffenproduktion gehen. Eine verbeamtete Lehrerin kritisierte diese Ausgabenpolitik scharf, wollte aber nicht mit ihrer Unterschrift dagegen protestieren - aus Angst vor dienstrechtlichen Konsequenzen. Das gab mir sehr zu denken.

TA: Hat die Linkspartei - wie befürchtet - das Forum als politische Plattform missbraucht?

Hartmann: Einen Wahlkampf erlebte ich nicht. Aber natürlich war es eine linke Veranstaltung, schließlich ging es um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur. Gleichwohl halte ich es für notwendig auch auf einem Sozialforum, sich mit Leuten anderer Ansichten, etwa mit Neoliberalen, auseinanderzusetzen.

TA: Solche Positionen aber wurden weitgehend ausgeklammert. . .

Hartmann: Es ging darum, Modelle für eine gerechtere Welt zu entwickeln. Neoliberale Positionen kamen vor, spielten aber keine dominante Rolle beim Forum.

Gespräch: Kristin KAISER

## Bunte Federn

**Die Welt ist in diesen vier Tagen nicht wirklich besser geworden. Doch der Wunsch nach gesellschaftlichen Alternativen wurde auf dem ersten Sozialforum in Deutschland, das seit Donnerstag in Erfurt stattfand, vielfach artikuliert.**

Von Michael WASNER und Florian GATHMANN

ERFURT. Am Ende zeigt das Sozialforum noch einmal Farbe, wie ein bunter Hahn. Was für Federn: Eine ältere Dame tritt als erste ans Mikrofon, zur Diskussion um eine Abschlusserklärung. Sie erbringt auf Russisch solidarische Grüße aus Moskau, mit „Rotfront“ schließt sie ihre Rede. Ihr folgt ein schüchterner Jüngling aus Berlin mit Pferdeschwanz, der stolz davon berichtet, wie er und seine Freunde kürzlich die Gelöbnisveranstaltung der Bundeswehr störten. „Am Ende mussten die Soldaten im Regen stehen.“ Dann kommt Ali von der anatolischen Union, er möchte auf Probleme des neuen Einwanderergesetzes hinweisen.

Es ist schon ziemlich heiß in dem großen Zelt, die Mittagssonne knallt auf den Domplatz, aber alle dürfen reden und alle werden geduldig angehört. Auch der Mann aus Hamburg von der Obdachloseninitiative, der sich für das nächste Sozialforum mehr „Diskussionen um das Thema Wohnungslosigkeit“ wünscht.

Die vorbereitete Erklärung, sie wird noch ein bisschen verändert, die meisten zwischen den Bierbänken und -Tischen wirken sehr zufrieden. Sogar Vera Morgenstern, für Verdi Mitorganisatorin des Forums. Es gehe „um die große Schnittmenge“, sagt sie. Deshalb könne ihre Gewerkschaft beispielsweise das klare Nein zur EU-Verfassung tolerieren, das da eben beschlossen wurde.

Die Gewerkschaften: Richtige Konflikte hat es in den vier Erfurter Tagen kaum gegeben, trotz aller Vielfalt, gerade bei sozialen Themen einigt man sich zumeist. Doch zu erleben ist, dass die Gewerkschaften - als traditionelle politische Akteure - in dieser neuen sozialen Bewegung schon ihre Probleme haben.

Beispielsweise, als Verdi-Chef Frank Bsirske am Samstag auf dem Podium sitzt. „Er hat doch nur gelabert“, sagt eine Studentin mit Wollmütze. Jürgen Grottian, Politik-Professor und Initiator des Berliner Sozialforums, greift Bsirske ebenfalls hart an: „Kein Wort höre ich zu eurem Schlingerkurs.“ Heftiger Beifall. Auf der letzten Konferenz gerät Grottian mit Horst Schmitthenner vom Bundesvorstand der IG Metall aneinander. Der PolitikProfessor und andere sind für eine zentrale Kundgebung vor der Bundestagswahl, Schmitthenner will diese abwarten.

Worum es geht? Soziale Wut gegen politische Strategie. Oder - was nützt wie dem linken Bündnis.

Parteilich will das Forum nicht sein, das Bemühen ist erkennbar. Aber die Sympathie für das Linksbündnis auch. Simon Teune, Forscher aus Berlin, hat für sein wissenschaftliches Projekt 600 Fragebogen verteilt, die Neuwahlen sind ein Thema. Ergebnis: 90 Prozent der hier Befragten würden für Gysi & Lafontaine stimmen.

„Ich denke, wir haben es geschafft, nach unseren Grundsätzen kaum Parteilichkeit zuzulassen“, sagt Mitorganisator Hugo Braun. Das Sozialforum geht in diesen Minuten auseinander - die einen mit Wolldecke und Rucksack, die anderen mit Rollkoffern.

Und sonst? Man sei sehr zufrieden, erklärt Braun, auch mit der Teilnehmerzahl, 4000 sollen es gewesen sein.

Ziemlich erschöpft sehen die Erfurter Helfer in ihren orangenen T-Shirts aus. Das Sozialforum wandert weiter - 2007 an einen noch unbekanntem Ort.

Das Erfurter Treffen verfehlte die Erwartungen an Teilnehmerzahl und - wohl auch - Inhalten deutlich

## Debatten zwischen Kapital- und Wochenmarkt

VON MATTHIAS THÜSING

„Fertige Lösungen in nur vier Tagen waren nicht zu erwarten“, sagt Steffen Kachel vom Organisationsteam des ersten deutschen Sozialforums. Er kündigt weitere Proteste gegen neoliberale Tendenzen an. Doch aller Kampfgeist verblasst vor den nackten Tatsachen. Von den erwarteten 5000 Besuchern blieben etwa 3000 daheim.

ERFURT - Jeweils bis zum Mittag dominiert am Freitag und Samstag morgen noch der neoliberale Gemüsehändler das Geschehen auf dem Erfurter Domplatz. Die „frischen Kräuter aus eigener Ernte“ - der Bund zu je 60 Cent - findet fast mehr Interessenten als die „Themenkonferenz zu Menschenrechten und politischer Teilhabe“. In dem riesigen Zentral-Zelt unmittelbar neben dem allwöchentlichen Markttreiben verlieren sich kaum hundert Interessenten. Zwei haben ihren Hund und einer sein Fahrrad mitgebracht. Tapfer zieht die Moderatorin die Diskussionsrunde bis zum Ende durch.

Immerhin findet hier die Debatte statt. Ein paar hundert Meter weiter - auf der großen Bühne am Anger - dudelt ein nicht-kommerzieller Radiosender seine Chartmusik rauf und runter. Vor der Bühne wagt einsam ein bärtiger Mann in Blue Jeans ein paar Tanzschritte. Doch das war so nicht geplant. Angemeldet hatte sich für diese Zeit und diesen Ort die „Bürgerinitiative gegen Billiglohn“. Gemeinsam mit Vertretern aus Gewerkschaft und Arbeitgebern sollte laut Programmheft über das Vergabegesetz diskutiert werden. Doch der Mann vom Org.-Büro - jeweils erkennbar an ihren knallend orangen T-Shirts - winkt ab. „Wir haben nichts mehr von denen gehört.“

Überhaupt kam die inhaltliche Arbeit auf dem ersten Sozialforum in Deutschland nur schleppend voran. Das mag am Wetter gelegen haben, wie der Mann vom Org.-Büro vermutet. Zwar wurde drei Tage lang demonstriert und debattiert, doch nur selten vermochten sich die Aktivisten von mehr als 200 Unterstützer-Organisationen stadtbildprägend in Szene zu setzen. „Hier ist viel Leerlauf“, meint auch Pascal aus Berlin erkannt zu haben. Der junge Mann mit der Cannabispflanze auf der Jacke sei nach Erfurt gekommen, um „irgendwas gegen das Gen-Food zu unternehmen“. Allerdings sei er - einmal in Erfurt - bei ganz anderen Diskussionsrunden „hängen geblieben.“

Das ist durchaus im Sinne der Veranstalter. „Veränderungswillige Menschen sollen eine Stimme bekommen“, sagt Hugo Braun, Mitglied im Vorbereitungskreis Sozialforum. „Wir wollen Denkprozesse in Gang setzen.“ Das Forum stellt dafür den äußeren Rahmen zur Verfügung, die Teilnehmer des Forums müssen ihn mit Inhalten füllen.

Abschlussklärung auf dem Domplatz

So steht es auch schon in der Charta von Porto Alegre, dem Grundgesetz der weltweiten Sozialforen. Selbstbestimmt, regierungs- und parteienfern sollen die Treffen der Sozialbewegung sein, vernetzt und pluralistisch. Trotzdem haben sich die Teilnehmer gestern Nachmittag auf dem Erfurter Domplatz auf ein Abschlusskommuniqué einigen können, in der sie für den Fall eines fortschreitenden Sozialabbaus, massive bundesweite Proteste ankündigten. Den Anfang soll ein bundesweiter Aktionstag für soziale Gerechtigkeit am 5. September machen. Gemeinsam wollen die verschiedenen Gruppen auch auf eine Neuauflage des ersten deutschen Sozialforums hinarbeiten.

Vermutlich wird es in zwei Jahren als Gegenveranstaltung zum Gipfeltreffen der acht führenden Industrienationen angelegt sein. Der findet zu diesem Zeitpunkt in Mecklenburg-Vorpommern statt. Und auch Steffen Kachel vom Erfurter Organisationsbüro wird sich weiter in der Sozial-Bewegung engagieren. In zwei bis drei Jahren solle aus dem „bunten Haufen Engagierter“ von Erfurt eine starke Protestbewegung entstanden sein, die kritisiert, aber auch Alternativen anbietet.

Mit einem Sternmarsch haben die Teilnehmer des ersten Sozialforums in Deutschland am Samstag in Erfurt für eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik demonstriert.

## Forum kündigt Proteste an

### Soziale Abschlusserklärung in Erfurt

**Ohne ein parteipolitisches Bekenntnis ist am Sonntag in Erfurt das erste Sozialforum in Deutschland zu Ende gegangen.**

Die rund 3000 Teilnehmer kritisierten vor allem radikale neoliberale Reformen in Deutschland, für die sie eine „Koalition von Profit-Politikern im Bundestag“ verantwortlich machten. Ein Sprecher des Forums kündigte massiven Widerstand zur Bundestagswahl im Herbst an. Man bereite dezentrale Protestaktionen vor, egal, welche Partei die Wahl gewinne.

Braun betonte, ein Bekenntnis zu einer Partei widerspreche dem Charakter sozialer Bewegungen, die sich letztlich aus allgemeinem Misstrauen gegenüber Parteien gebildet hätten. Man könne die Politik nicht allein den Parlamentariern überlassen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, hatte die Forums-Teilnehmer dazu aufgerufen, eine „mentale Kolonialisierung durch den Neoliberalismus“ zu bekämpfen. Das Sozialforum sieht sich in der Tradition der Weltsozialforen und will globalisierungskritischen Gruppen eine Diskussionsplattform bieten. Teilnehmer waren Gewerkschaften, Stiftungen, kirchliche Gruppen und das Netzwerk Attac

(Kommentar auf Seite 2).

### Sozialforum gegen weiteren Sozialabbau

## Nur ein Anfang

Das erste deutsche Sozialforum war kein Erfolg - jedenfalls wenn man es an den Ansprüchen seiner Veranstalter misst. Statt der erwarteten 5000 Mitstreiter machten „nur“ 3000 mit. Und von den zwei Hauptzielen einer erhofften Bewegung, die gesellschaftsskeptischen Gruppen eine gemeinsame Stimme geben will, wurde auch nur eines erreicht: Die versprochene Kritik an Gesellschaft und Wirtschaftssystem kam reichlich - echte Alternativen aber wurden nicht entwickelt.

Dabei ist das, was in der Erfurter Abschlusserklärung steht, nicht nur in Wahlkampfzeiten ebenso populär wie richtig: Arbeit soll gerechter verteilt, sozial Schwache abgesichert werden. Krieg und Gewalt darf es nicht mehr geben, und die Umwelt muss nachhaltig geschützt werden - wer wollte da ernsthaft widersprechen?

Aber leider ändert allein das Aufzählen von lange erkannten Aufgaben nicht die Welt, ebenso wenig ein zum Prinzip erhobener Protest gegen jeden, der soziale Errungenschaften weiter abbauen will. Die in Erfurt geforderte Wiedereinführung der Vermögensteuer etwa kann allenfalls eingebettet in einen großen gesellschaftspolitischen Gesamtzusammenhang sinnvoll sein - aber den lieferten die Forumsteilnehmer nicht. Schade.

Trotzdem: Das soziale Treffen ist keine schlechte Idee, vor allem, weil Politik tatsächlich nicht allein den Parlamentariern überlassen werden darf. Einige der erhobenen Forderungen werden in die aktuelle Politik einiger Parteien einfließen - und das wäre zumindest ein Anfang.

## Sozialforum fehlte es an Unterstützung

### Erstes Podium für Polit-Aktivisten in Erfurt

ERFURT. Eigentlich sollte der Sternmarsch ein Signal des Aufbruchs werden. Mit den Demonstrationen durch die Erfurter Innenstadt zum Domplatz wollte das erste Sozialforum in Deutschland nachdrücklich zu weiteren Aktionen gegen Sozialabbau und die negativen Auswirkungen der Globalisierung motivieren. Doch letztlich versammelten sich hinter dem Transparent „Eine andere Welt ist möglich!“ nur einige hundert Menschen.

Der Zulauf von Teilnehmern aus der gastgebenden thüringischen Landeshauptstadt hielt sich in Grenzen. Gleichwohl werteten die Initiatoren des bundesweit ersten Treffens von Sozialinitiativen und Globalisierungskritikern das Sozialforum zum Abschluss als einen Erfolg. Allein dessen Zustandekommen sei ein positives Zeichen, sagte der Sprecher der Vorbereitungsgruppe, Hugo Braun.

1500 Dauerteilnehmer

Immerhin musste ein Podium gefunden werden, auf dem sich in einer äußerst heterogenen Vielfalt von über 250 Gruppen keiner benachteiligt und niemand bevorzugt fühlen durfte. Rund 1500 Dauerteilnehmer waren registriert. Das viertägige Forum verstand sich als Teil der 2001 im brasilianischen Porto Alegre begründeten Bewegung der Weltsozialforen, die seither mit mehreren internationalen und regionalen Treffen fortgesetzt wurde. Sie vereint Friedens- und Menschenrechtsgruppen ebenso wie Migrantenorganisationen, Feministinnen, Umweltschützer und kirchliche Initiativen.

Gruppen gleichberechtigt

Grundlage ihrer Mitwirkung in den Sozialforen ist die „Charta von Porto Alegre“. Das bedeutet statt hierarchischer Strukturen bei der Organisation der Foren die Gleichberechtigung aller Beteiligten und die strikte Abgrenzung von politischen Parteien. In Erfurt ist dieses Konzept weitgehend aufgegangen, sagen die Organisatoren.

Trotz aller Versuchungen nach der Ankündigung von Neuwahlen wurde das Treffen nicht zur Tribüne des Wahlkampfes. Gleichwohl lag neben weltweiten Problemen wie dem Klimaschutz, der Situation in Krisengebieten und der Lage der Menschenrechte im Zeitalter der Globalisierung ein besonderer Schwerpunkt auf der Situation in Deutschland mit seinen fünf Millionen Arbeitslosen. Dabei galt der Begriff Neoliberalismus als das weithin anerkannte Synonym, um die Gründe für Ungerechtigkeiten auf nationaler Ebene und im internationalen Zusammenleben zu benennen.

Thomas Bickelhaupt

## „Grundbedürfnisse nicht berücksichtigt“

### In Nürnberg ist ein breit angelegtes Hearing zur Sozial- und Wirtschaftspolitik geplant

In Nürnberg ist ein breit angelegtes Hearing, also eine öffentliche Anhörung von Experten, geplant, das sich mit dem grundsätzlichen Wandel in der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf lokaler Ebene beschäftigt. Die Veranstaltung soll im kommenden Frühjahr stattfinden.

Die Idee zu diesem Projekt entstand unter den etwa 20 Teilnehmern aus Nürnberg auf dem ersten deutschlandweiten Sozialforum, das kürzlich in Erfurt stattgefunden hat — wir berichten im Politik-Teil. Tausende von Menschen beschäftigten sich dort in zahlreichen Gesprächsrunden mit dem gegenwärtigen Sozialabbau und seinen Folgen. In einer Erklärung forderten sie zum Abschluss eine angemessene Grundsicherung für alle, weltweit friedliche statt militärische Konfliktlösungen und den Ausstieg aus der Atomenergie.

Aus Nürnberg waren in Erfurt unter anderem Hans-Joachim Patzelt, Sprecher des Nürnberger Friedensforums, und Erik Petter von den Globalisierungsgegnern von attac dabei. Nach Auskunft von Patzelt ging es auf dem Großtreffen vor allem um einen Austausch mit Vertretern anderer deutscher Kommunen. „Die Ablehnung der gegenwärtigen neoliberalen Politik eint uns,“ sagte er gegenüber der Lokalredaktion, „jetzt muss jeder schauen, wie er den Protest in seiner Stadt voranbringt.“

Differenzen offenkundig

Für die vielen Gruppen, die schon existieren, solle auch in Nürnberg eine gemeinsame Diskussionsbasis geschaffen werden. Ziel sei es vor allem, auch die Kirchen und die Gewerkschaften stärker einzubinden. Da gebe es noch Differenzen. „Während die Gewerkschaften beispielsweise Hartz IV für verbesserungswürdig halten, lehnen andere, wie das Nürnberger Sozialforum, die Reform total ab.“ Ziel des geplanten Hearings sei es, die Bewegung sozialer Gruppen vor Ort zu bündeln. „Wir wollen das, was im Großen in Erfurt geschah, auf kommunaler Ebene durchführen,“ betonte Hans-Joachim Patzelt, „wir wollen uns von hier aus einmischen und eine breite Gegenbewegung zur Politik der etablierten Parteien stärken, die die Grundbedürfnisse der Menschen nicht mehr berücksichtigt.“

Für Erik Petter geht es bei dem geplanten Hearing darum, die sozialen Probleme in Nürnberg deutlich zu machen: „Es gibt auch bei uns große Armut, aber genauso großen Reichtum.“ Attac, die Organisation, die er vertritt, habe dazu das System einer „solidarischen Einfachsteuer“ entwickelt, das Konzerne und Vermögende belastet, um mit diesen Einnahmen Sozialausgaben zu finanzieren. Dieses Konzept habe auch in die Schlusserklärung von Erfurt Eingang gefunden.

Diese nationalen Vorstellungen von attac sollten aber, so Petter, auch in ein „internationales Steuerkonzept“ münden, „denn die gegenwärtigen Probleme sind schließlich in vielen Ländern gleich“.

MICHAEL KASPEROWITSCH

## Ermutigende Impulse aus Erfurt

### Fürther Sozialforum erhält durch Bundestreffen Aufwind — Für mehr Transparenz

Gegen den fortschreitenden Sozialabbau formiert sich parteiübergreifender Widerstand in unabhängigen Sozialbewegungen. Ein Beispiel dafür ist das Fürther Sozialforum, ein Netzwerk verschiedener Privatpersonen und Organisationen, die sich gegen die Folgen von Globalisierung und Hartz IV engagieren. In Erfurt ist am Wochenende nach dem Vorbild des Weltsozialforums erstmals ein nationales Sozialforum über die Bühne gegangen, bei dem rund 3000 Mitstreiter aus dem gesamten Bundesgebiet gegen den neoliberalen Umbau protestiert hatten.

FÜRTH/ERFURT — „Es bewegt sich etwas“, stellte Stephan Stadlbauer dort fest. Der Sonderschulpädagoge hat ermutigende Impulse auch für die lokale Mitarbeit im Fürther Sozialforum mitgebracht. Zwar sei die Stimmung noch etwas gedämpft und gleiche eher gespannter Erwartung, meinte er. „Alles schießt momentan auf den Ausgang der Wahlen“, lautete seine Erklärung. Doch gebe es auch in Fürth genug Ansatzpunkte für das Sozialforum.

Stadlbauer kritisiert in diesem Zusammenhang den jüngsten Armutsbericht der Stadt Fürth als unvollständig. Mit einer reinen Auflistung der Alg-II-Empfänger, wie hier geschehen, sei es nicht getan.

#### Problem Obdachlosigkeit

Dabei stehe das nächste Problem in Form von Obdachlosigkeit bereits an, befürchtet Stadlbauer und sagt: „Die Stadt hat keine Zahlen darüber, wem demnächst die Wohnung gekündigt wird, weil die Miete zu hoch ist.“ Das Fürther Sozialforum fordert hier mehr Transparenz, auch damit der Sozialabbau nicht stillschweigend weiter gehen kann. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Sozialforums liegt bei den Folgen von Globalisierung und fortschreitenden Privatisierungstendenzen. Kritisch steht man vor allem der Privatisierung kommunaler Aufgaben entgegen, wie etwa im Wasserbündnis, das sich gegen ein privates Abwasserentsorgungsunternehmen wendet.

Als sehr positiv bezeichnet Stadlbauer dabei die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die eine starke Basis garantieren helfen. Dennoch will das Sozialforum völlig unabhängig, vor allem von Parteiinteressen, agieren. Parallelen zu den Forderungen der neuen Linkspartei seien zwar vorhanden, „aber wir sind kein verlängerter Arm von irgendeiner Partei“, betont Stadlbauer. In Erfurt habe sich gezeigt, dass eine Mobilisierung unabhängiger Sozialbewegungen durchaus Sinn mache.

JOHANNA SCHOLZ

## Local Players

**Am Wochenende tagte in Erfurt das erste deutsche Sozialforum. martin kröger (text), tim zülch und gordon welters (fotos) haben sich dort umgesehen**

So hat sich Frank Spieth, Vorsitzender des DGB-Thüringen, das sicherlich nicht vorgestellt, als er vor einiger Zeit gemeinsam mit Erfurter Erwerbslosen die Initiative ergriff, um das Sozialforum in die thüringische Landeshauptstadt zu holen. Eben noch, als er den Sozialabbau in Deutschland kritisierte, haben ihm die knapp tausend Menschen, die es sich auf den Bierbänken im Großraumzelt auf dem Erfurter Domplatz gemütlich gemacht haben, zugejubelt. Dann aber brandet auf einmal eine Woge der Emotionen und des Unmuts auf wie selten in diesen Tagen. Spieth sagt den Leuten, die sich zum ersten deutschen Sozialforum in Erfurt versammelt haben: „Unser erstes Ziel muss sein, dass Hartz IV nachgebessert wird.“ Nach diesem Satz, der eigentlich nur die Politik der Gewerkschaften der vergangenen Monate spiegelt, kann der Gewerkschaftsfunktionär immerhin fünf Minuten lang nicht weitersprechen, so lautstark wird er von der wütenden Menge niedergebüllt.

Danach kommt es zu einer Szene, die bezeichnend für den Zustand dieser Zusammenkunft ist, von der behauptet wird, sie sei eine Vertretung der Betroffenen und der sozialen Bewegungen in Deutschland: Einer der Organisatoren tritt ans Mikrofon und erklärt den Anwesenden die Bestimmungen. „Das ist ein Sozialforum, man darf den anderen nicht übertönen!“ maßregelt der Moderator die Menge. Es sei schließlich nur möglich, gemeinsam in einem sozialen Bündnis mit den Gewerkschaften zu handeln. Kritik, gar eine Aussprache über den Sachverhalt scheint unerwünscht. Schnell wird die Theatergruppe „Global Players“ auf die Bühne geholt und Frank Spieth von wohlwollenden Organisatoren in Obhut genommen.

### Chaosfreiheit

Zu betreuen hat auch Peter Vogel einiges. Der pensionierte Journalist ist einer der Helfer des Sozialforums, die sich von den anderen Teilnehmern durch ein orangefarbenes T-Shirt mit dem Logo des Treffens kenntlich machen. „Mein Ukrainerhemd“, wie Vogel sagt. Nach zwei Tagen ist der Erfurter ziemlich frustriert. An der Informationsstelle im zweiten Großraumzelt im Schatten des Doms ist er dafür zuständig, alle Fragen und Wünsche der aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten 3 000 Teilnehmer zu beantworten und zu erfüllen. „Wir sind überhaupt nicht in der Lage, Informationen zu geben“, beschwert sich Vogel. „Hier herrscht die absolute Chaosfreiheit!“ Ständig fielen angekündigte Veranstaltungen aus, und die Verantwortlichen seien nicht erreichbar. „Ich hab mich an den zuständigen Manager gewandt, der kann allerdings auch nichts machen.“

Tatsächlich ist vielerorts Kritik an der Organisation zu vernehmen. „Um hier überhaupt eine Veranstaltung machen zu können, mussten wir erst einmal 100 Euro und dann noch für jeden von uns den Teilnahmebetrag von 20 Euro bezahlen“, erzählt ein Teilnehmer, der einen Workshop über antirassistische Bewegungen anbietet. Das Ganze sei doch viel zu teuer, wenn noch Kost und Logis sowie die Fahrtkosten dazugerechnet würden.

Andere beschwerten sich über fehlende Toiletten, die weiten Wege zwischen den Veranstaltungsorten und die raren Möglichkeiten, günstig zu essen. Ob das Sozialforum auch dazu dienen soll, das Erfurter Gaststättengewerbe anzukurbeln? „Für Erfurt bringt das Ganze gar nichts“, glaubt Vogel.

Ob denn nicht wenigstens die Stimmung für die Unzuverlässigkeiten und Probleme in der Organisation, die er auszubaden habe, entschädigen könne? „Wissen Sie“, sagt er, „da gehe ich lieber zu Rot-Weiß Erfurt, da habe ich richtig Stimmung beim Fußball und kann noch ein Bier trinken. Außerdem, gucken Sie sich doch mal um, hier haben doch viel mehr Menschen lateinamerikanische Ökonomie studiert als die Verhältnisse vor Ort.“

### Vielfalt ist möglich

Folgt man diesem Ratschlag und schaut genauer hin, kann man zwar keine politischen oder ökonomischen Präferenzen der Teilnehmer erkennen, dennoch zeigt sich auch im Organisationszelt die große Vielfalt und die heterogene Zusammensetzung der Gruppen. Neben den Tageszeitungen und Stiftungen, die als Kooperationspartner des Sozialforums auftreten, bieten alle möglichen Organisationen ihre Literatur, ihre Publikationen und Heftchen feil. Neben den Anti-Atomaktivisten von X-tausendmal quer stellen Amnesty International, Pax Christi und Linksruck ihre Forderungen. Jede der Gruppen, die an kleinen Tischen logieren, bietet neben der eigenen Wahrheit zudem die eigene Produktpalette an. Oder gleich die Insignien und Ikonen der linken Bewegung der vergangenen Jahre. Da hängt Che Guevara neben Curt Cobain, Metallica-, Totenkopf- und Bob-Marley-Fahnen finden sich dort genauso wie jeder Sticker und jedes Logo, das jemals zu einer politischen Kampagne oder Person entwickelt wurde.

Die Vielfalt dieser Zusammenkunft spiegelt sich dann nicht nur im Titel des Sozialforums wider: „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur“. Es zeigt sich auch im Programm. Neben den Veranstaltungen der globalisierungskritischen Gruppen wie Attac etwa über „Vorstellungen über die internationalen Netzwerke Steuergerechtigkeit“ gibt es die

Workshops der lokalen Sozialforen und bildungspolitische Seminare von Stiftungen und Gewerkschaften. Außerdem werden Vorträge, Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen zu atomkritischen und friedenspolitischen Themen geboten.

Vier Schwerpunkte hatten sich in der Vorbereitung zum Treffen in Erfurt herauskristallisiert: „Arbeitswelt und Menschenwürde“, „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ und „Eine lebenswerte Welt – anders leben“. Auf die Schnelle wurde der Schwerpunkt „Europäische Verfassung“ noch aufgenommen.

Man sieht, dass in Erfurt fast jedes Thema vertreten war. Aber, das geben die Grundsätze der Charta von Porto Alegre vor, nicht jeder Anbieter schafft es bis ins Forum. „Gruppen oder Organisationen oder Einzelpersonen, die diesen Kriterien nicht entsprechen (weil rassistisch, antisemitisch, kriegstreibend oder die neoliberale Ordnung verteidigend)“ sind als Veranstalter nicht zugelassen, verraten die Richtlinien der Organisatoren des Sozialforums. Die Frage, wie systemstabilisierend die Gewerkschaften sind und ob sie nicht auch die neoliberale Ordnung verteidigen, spielt aber offenbar keine Rolle. Dennoch haben die Veranstalter bei Hunderten von Veranstaltungen offensichtlich den Überblick verloren und sich gar nicht die Mühe gemacht, die Vorgaben aus dem brasilianischen Porto Alegre, wo die Idee der Sozialforen vor vier Jahren entstand, zu überprüfen. Anders lässt sich die Anwesenheit der einen oder anderen skurrilen Vereinigung nicht erklären.

### Ein bisschen Gesell

Gleich neben dem Hauptzelt steht eine besonders skurrile Gruppierung. Neben einer riesigen, übermannshohen aufgeblasenen schwarzen Bombe, auf der das Wort „Zinsbombe“ prangt, stehen die Mitglieder der Initiative für eine natürliche Wirtschaftsordnung Deutschlands (Inwo). Neben der Bombe hat die Inwo ein Räderwerk auf einen Anhänger montiert, dessen Zahnräder mittels Strom bewegt werden können. Das Ganze soll die Weltökonomie darstellen. „Wir wollen damit die Fehler des Wirtschaftssystems aufzeigen, nachdem das Geldsystem mittels der Zinsen erpressbar wird“, erläutert Markus Fiedler die Analyse der Vereinigung, die in der Tradition von Silvio Gesell steht.

Wer Silvio Gesell ist, der schon mal als „Marx der Anarchisten“ bezeichnet wurde, wie Fiedler erklärt, was er dachte und wie er wirkte, erfährt der Zuhörer zunächst nicht. Dabei weiß Fiedler genau, was das Problem mit Gesell ist. „Einzelpersonen werfen uns vor, dass wir mit der Zinskritik an die religiös motivierte antijüdische Kritik des Mittelalters anknüpfen, die später von den Nationalsozialisten aufgegriffen wurde“, sagt er und behauptet, „dass Marxisten dies nutzen, um uns zu diffamieren“. Nicht nur dass Gesell, der Nationalökonom und Vorsitzende des Deutschen Erneuerungsbundes, eine Vorlage für ihre antisemitische Politik gab und sich „mit den Beratern Adolf Hitlers traf, um sich auszutauschen“, wie Fiedler zu berichten weiß. Auch die im sozialdarwinistischen Jargon verfassten Texte Gesells, der eine natürliche Auslese in der Medizin propagierte und seine letzten Lebensjahre in einer Kommune, in der nur Arier zugelassen waren, verbrachte, erschüttern Fiedler nicht in seinem treuen Glauben. „Die Kritiker sollten abstrahieren und Gesell doch schließlich im Kontext seiner Zeit, dem Beginn des 20. Jahrhunderts, lesen.“ Dass man auch „Mein Kampf“ im Kontext seiner Zeit lesen sollte, sagt er nicht.

### Spirituelle Raum

Problematisch geht es auch im Johannes-Lang-Haus zu, einem der vielen Veranstaltungsorte. In dem mittelalterlichen Gebäude, das der evangelischen Kirche gehört, haben sich die Reste der Kommunebewegung und Spiritualisten versammelt. Im großen Saal des Hauses findet die Themenkonferenz unter dem Motto „Anders Leben, besser leben“ statt, auf der die Referentinnen und Referenten Manfred Linz, Veronika Bennholdt-Thomsen und Barbara Stütze über Ökodörfer, Suffizienz, Subsistenzwirtschaft und indigen-martriachale Gesellschaften und Konzepte referieren. Die etwas älteren Semester sitzen dabei harmonisch beisammen, und in einer Ecke wird sogar gestrickt. „Sowas habe ich ja seit 20 Jahren nicht mehr gesehen“, erzählt Maike Fischer aus Frankfurt, die eigentlich gekommen ist, um den Ausführungen von Linz, dem Wuppertaler Klimaforscher, zu lauschen. Wutentbrannt verlässt sie den Saal. „Das hier ist ziemlich dubios“, meint sie. „Auf der Veranstaltung hat eben eine Vertreterin der in Belzig bei Berlin gelegenen Kommune Zegg gesprochen“, sagt Fischer, „und niemand hat dieses Projekt kritisiert oder ihm widersprochen.“ Dabei sei seit Jahren klar, wie sexistisch es dort zugehe, und dass das Ganze in der Tradition des wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger verurteilten Otto Mühl stehe. „Außerdem liegen hier rechtsextreme Flugblätter aus, an denen sich keiner stört“, sagt die Frankfurter Politikstudentin.

„Angesichts der Not der Menschen und aufgrund ihres eigenen Evolutionszyklus ist nun für die Meister die lang erwartete Gelegenheit gekommen, wieder offen in der Welt zu leben und zu arbeiten“, verrät die Gruppe mit dem unscheinbaren Namen „Share international“. Welche Meister? „Seit 1945 wissen die Meister, dass sie schon bald in die Alltagswelt zurückkehren und ihre Aufgaben erfüllen werden“, schreibt die Organisation vieldeutig.

Eine Etage tiefer hat Bernhard Schaekel aus Berlin den „Spirituellen Raum“ eingerichtet, damit an einem Ort der Stille und Besinnlichkeit die Möglichkeit bestehe, zu meditieren und zu kommunizieren. „Wir müssen neue Wege des Dialogs finden, um die aggressiven Parolen wie Geld für alle und Macht für niemand zu überwinden“, erläutert Schaekel die Idee. Ganz wohl ist ihm dabei aber auch nicht. „Gestern waren mehrere Mitglieder der Moon-Sekte bei uns und haben mitmeditiert“, erzählt Schaekel. Wobei er bei dem Wort „Moon“ die Stimme senkt, offensichtlich hat er Angst, gehört zu werden.

Guten Morgen, Linkspartei!

Dass die Meister der Maitreyas oder der Südkoreaner San Myung Mun die Welt retten werden, darauf wollen sich auf dem Sozialforum dennoch nur die Allerwenigsten verlassen. Mehr Hoffnung wecken da schon die Namen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi und deren Projekt der neuen Linkspartei. Obwohl Parteien explizit von dem Forum ausgeschlossen sind, finden sich allenthalben ihre Vertreter. Kein Wunder, dass die Veranstaltung zum Thema „Guten Morgen, Gespenst! Annäherung an das jähe Erscheinen eines Parteiprojekts“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung so gut besucht ist.

„Es handelt sich hier nicht um Reklame“, bekräftigt der Moderator Rainer Rilling zu Beginn der Podiumsdiskussion mit den Vertreterinnen und Vertretern der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (Wasg), Christine Buchholz, die auch in Linksruck aktiv ist, Ralf Krämer von Verdi, Peter Wahl von Attac und der stellvertretenden Parteivorsitzenden der Linkspartei, Katja Kipping.

Die Frage, was denn neu an der Partei sei, ist schnell geklärt. Zum erstenmal stehe eine gesamtdeutsche linke politische Kraft zur Verfügung, die aus ihrem „Schrebergarten hinausgetreten ist“ und die „Neoliberalen das Fürchten lehrt“, wie gegenwärtig überall zu spüren sei, verkünden die Podiumsteilnehmer. Es gebe eine neue Einstellung, „so zusammen zu arbeiten, dass man auch morgen zusammenarbeiten kann“. Wer wie wo arbeitet, scheint indes schon geklärt zu sein. Anders lassen sich solche Sätze nicht erklären: „Wenn ich im Amt bin, werde ich mich so verhalten“, verspricht Christine Buchholz. „Ich will da rein“, sagt Ralf Krämer über den Bundestag.

Auch strategisch scheinen sich die Mitglieder der Wahlalternative und der PDS weiterentwickelt zu haben. „Ich würde gerne von euch wissen, was wir 2009 machen, gehen wir wieder mit der SPD ins Bett? Oder nicht?“ fragt ein Teilnehmer aus dem Publikum. Das seien nur Spekulationen, heißt es zweideutig. Nur wenige kritische Stimmen sind zu vernehmen. Eine Frau aus Berlin beklagt die „Two-Man-Show“ und die Geschlechterpolitik in der neuen Partei. Ralf Krämer will mit der Linkspartei verhindern, „dass rechter Populismus stark wird“. Über welche konkreten Schritte und finanziellen Zuwendungen sich die Basisgruppen im Falle eines Wahlsiegs freuen dürften, wird indes diskret verschwiegen.

See you in Heiligendamm

Überhaupt, die Basis! Nur an wenigen Orten wie „beim Sozialforum von Unten“, im „Open Space“ mit angeschlossenem „Direct Action-Raum“ hat man das Gefühl, mit ihr zu tun zu haben. Im Stadtbild sind die Aktivisten nicht präsent, der Kontakt mit den Erfurtern kann nicht hergestellt werden. Die Angereisten blieben unter sich.

Das soll in zwei Jahren beim geplanten Protest gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm an der Ostsee anders werden. „Niemand von uns geht davon aus, dass wir im Frühsommer 2007 an der mecklenburgischen Ostseeküste die Welt entscheidend verändern werden, aber wir wissen, was Tage der Bewegung leisten können“, heißt es in einem Aufruf. Bleibt also nur, auf Besserung zu hoffen. In Erfurt ist von Veränderung wenig zu spüren.

**Wolfsburger Allgemeine, 27.7.05**

## **Attac zieht positive Bilanz**

### **Wolfsburger Aktive waren beim ersten Sozialforum in Erfurt dabei**

(kau) Die Wolfsburger Attac-Gruppe zieht eine positive Bilanz des Sozialforums in Deutschland. 2000 Teilnehmer tauschten in Erfurt drei Tage lang Erfahrungen in dem Kampf für soziale Gerechtigkeit aus. Dabei waren Teilnehmer aus Wolfsburg. Die Themen: Garantiertes Mindesteinkommen, menschenwürdige Rente und Arbeitsverkürzung.

„Wir haben aus Erfurt die Erfahrung mitgenommen, dass es mit Protestaktionen gelingen kann, nicht nur die Öffentlichkeit auf soziale Probleme aufmerksam zu machen, sondern auch an der politischen Situation etwas zu ändern,“ sagt Dr. Alfred Hartung von Attac Wolfsburg. Dieses Wissen werde die Gruppe auch bei weiteren Aktionen in Wolfsburg nutzen.

Attac ist es besonders wichtig, in der VW-Stadt auf die negativen Auswirkungen von geplanten Privatisierungen, zum Beispiel der Stadtwerke Wolfsburg, aufmerksam zu machen. Um ihre Ziele zu erreichen, will Attac eng mit Gewerkschaften zusammenarbeiten. Die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit in der Politik umsetzen, ist ein ganz wichtiges Anliegen für die Aktivist:innen.

**Westfälische Nachrichten, 28.7.05**

## **Reinhard schildert seine Erfahrungen**

### **FI-Mitglied beim Sozialforum Deutschland**

Nottuln. Drei Tage lang fand am vergangenen Wochenende das erste „Sozialforum Deutschland“ statt, zu dem Organisator:innen aus der sozialen Bewegung, der Friedensbewegung und den Gewerkschaften nach Erfurt eingeladen hatten. Der Austausch über Vorstellungen und praktikable Wege zu einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft standen im Mittelpunkt. Thematische Schwerpunkte waren: Menschenrechte und politische Teilhabe; Anders besser leben; Arbeitswelt und Menschenwürde; EU-Europa: In welcher Verfassung sollte es sein? Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt.

Als Mitglied der Friedensinitiative (FI) Nottuln und Mitarbeiter in der Nahost-Kommission von Pax Christi, der Friedensbewegung der katholischen Kirche, beteiligte sich Roger Reinhard an einer Podiumsdiskussion zum friedenshemmenden Mauerbau der israelischen Regierung in Palästina, heißt es einer Pressemitteilung der FI. Nach seinen Erfahrungen im dreimonatigen Friedensdienst in Ostjerusalem konnte er die Bedeutung dieses eskalierten Konfliktes für den Frieden in der Welt unterstreichen. „Die andauernde Besatzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens erweisen sich nach meiner Einschätzung als ein Jungbrunnen für den Terror in Europa und anderswo“, erklärte Reinhard.

Das Sozialforum Deutschland fasste keine Beschlüsse. Verabredet wurde aber, dass sich die sozialen Bewegungen zum Bundestagswahlkampf mit Aktionen zu Wort melden und zu einer Reihe nachfolgender Konferenzen und Kampagnen mobilisieren werden. Nicht zuletzt aber diene das Treffen den Beteiligten zur Bestärkung ihres Vertrauens in das Forumsmotto: „Eine andere Welt ist möglich“.

Freitag, 29.7.05

## Erfurt ist nicht Porto Alegre

### ERSTER VERSUCH: Die Idee des Sozialforums ist angekommen - die Massen sind es noch nicht

Am Samstagnachmittag spürt man ein bisschen südländisches Temperament auf dem Domplatz von Erfurt, da wagt sich plötzlich doch einmal die Sonne hervor, und junge Frauen und Männer in orange farbigen T-Shirts tanzen mit Trommeln, Rasseln und Pfeifen so laut hinter einem attac-Transparent mit der Aufschrift „Die Welt ist keine Ware“ einher, dass es keinem der Wochenmarktbesucher und Touristen mehr verborgen bleiben kann: Hier ist eine politische Veranstaltung im Gange.

Als es Abend wird, hellen sich die Mienen im Organisationsbüro merklich auf: Das große Zelt auf dem Domplatz ist nach langsamem Beginn nun doch gefüllt, es gibt ein lebendiges Treffen mit Reden, Musik und Begeisterung. Um 22 Uhr freilich fordert die Stadtverwaltung Ruhe ein. Erfurt ist nicht Porto Alegre.

Aber wie in Porto Alegre, so kann auch in Erfurt niemand der gut 3.000 Besucher all die vielen Hundert Veranstaltungen gleichzeitig besuchen - und wie es „wirklich“ war, kann daher auch keiner allein berichten. Natürlich sind die auf September vorgezogenen Bundestagswahlen und die beachtlichen Umfrageergebnisse für die neue Linkspartei überall Gesprächsstoff. Um die 300 Leute drängen sich am Freitagabend in der Aula des Heinrich-Mann-Gymnasiums, um direkt zum Thema zu streiten. Was ist neu an der neuen Linken? Und was links? Geht es um die Restauration alter Sozialstaatsvorstellungen? Gibt es überhaupt noch nationalstaatliche Regulierungsmöglichkeiten? Wie steht die Linkspartei zu den sozialen Bewegungen? Was vermag das Parlamentarische - und was nicht? Selbstverständlich ist das Forum eine Angelegenheit, aus der sich die Parteien herauszuhalten haben, aber den Trubel um die Linkspartei - warum sollte der an einer solchen Veranstaltung vorbei gehen?

Ein erstaunlicher ZDF-Bericht am gleichen Abend bestätigt den Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen. Dort gilt das Interesse einer der kleineren Veranstaltungen des Forums, die in einem Klassenzimmer stattfindet und sich mit der Solidarität im Kampf gegen Hartz IV befasst. Noch im Herbst war das Europäische Sozialforum in London von deutschen Fernsehsendern vollends ignoriert worden.

Besonders hoch schlagen in Erfurt die Wogen während eines Podiums am Domplatz, als ver.di-Chef Frank Bsirske durch den Berliner Professor Peter Grottian heftig attackiert wird. In dessen harziger Polemik fehlt nichts von dem, was den Leuten auf der Seele brennt: Warum haben die Gewerkschaften die Anti-Hartz-IV-Protteste im Stich gelassen? Warum gibt es kein klares Bekenntnis der Gewerkschaften zu den sozialen Bewegungen? Stürmischen Beifall erntet Grottian auch für seinen Vorschlag, auf die Bundestagswahlen mit einer dreistündigen Arbeitsniederlegung zu reagieren, um nachdrücklich zu zeigen: So, wie es jetzt ist, darf es nicht weitergehen.

Der Sternmarsch jedoch, mit dem das Forum seinen Höhepunkt finden soll, bleibt mit nur 1.000 Teilnehmern hinter den Hoffnungen weit zurück. Aber was besagt das? Erfurt war ein Beginn, ein erster Versuch, Porto Alegre nach Deutschland zu holen. Getroffen haben sich jene, die sich mit der Idee des Sozialforums schon seit Längerem identifizieren können. Nicht funktioniert hat die Mobilisierung über diesen Kreis hinaus. Aber ein Königsweg, sind sich alle einig, steht dafür nicht zur Verfügung. Doch sicher ist, so utopisch und selbstverständlich zugleich das auch klingen mag, dies kann nur von unten geschehen.

Freitag, 29.7.05

## Drei Stunden Arbeit am Tag werden genügen

**AUS DEM DENKKÄFIG AUSBRECHEN: Für eine Wirtschaftsordnung, die jedem seine Würde lässt - ein Plädoyer auf dem Erfurter Sozialforum**

**Am Wochenende schloss das Erfurter Sozialforum mit der Ankündigung, wer den neoliberalen Umbau vorantreiben müsse „mit massivem Widerstand rechnen“. Zu einem der zahlreichen Podien des ersten Treffens dieser Art in Deutschland war auch die Schriftstellerin Daniela Dahn geladen. Auf ihrer Erklärung beruht der hier abgedruckte Artikel.**

Es sind überaus erfreuliche Umstände, die uns vor überaus unerfreuliche Probleme stellen: Die Massenarbeitslosigkeit wird scheinbar deshalb ausgelöst, weil wir weniger schuften müssen, freizügiger reisen dürfen und länger leben können. In Wirklichkeit wird sie ausgelöst, weil wir unfähig sind, diese emanzipatorischen Errungenschaften in gesellschaftlichen Fortschritt, in Glück für alle zu verwandeln.

Als sich die Sozialdemokratie 1891 hier in Erfurt ihr Programm gab, leuchtete ein solcher Fortschritt als Fernziel durch. Und der einflussreiche Ökonom Keynes prophezeite schon vor 80 Jahren: Drei Stunden Arbeit am Tag werden genügen. Stattdessen befinden sich hierzulande mehr als sieben Millionen Menschen eben nicht in emanzipierter, sondern in trostloser Lage, sie haben gar keine Arbeit. Die Gesellschaft ist gespalten in anerkannte Leistungsträger und alimentierte Überflüssige. Die EU hat eine Armutsgrenze von 700 Euro Nettoeinkommen im Monat ermittelt - Hartz IV-Empfänger bekommen die Hälfte und bleiben auch mit Zuschüssen unter dem Existenzminimum. Es sind arme Menschen. Das Einzige, was bei den so genannten Reformen funktioniert, ist die Einschüchterung. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist eine dauerhafte, perfekte Repression, der Verlust der Arbeit schließlich eine Gewalterfahrung.

Das DIW hat vor wenigen Tagen eine Studie vorgestellt, die belegt, dass die Armut im Osten Deutschlands weiter gewachsen ist. (Im Westen ist sie konstant geblieben, was auch nicht tröstlich ist.) Das Durchschnittseinkommen ist auf den Stand von 1994 zurückgefallen und beträgt wieder nur 80 Prozent des Westniveaus. Zieht man die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt ab, beträgt es sogar nur 63 Prozent, was der niedrigste Wert seit dem Mauerfall ist. Aufhorchen lässt eine Nebenbemerkung des Institutes: Die gestiegene Ungleichheit sei nicht mehr mit dem bisherigen Umverteilungssystem über Steuern und Transfers korrigierbar. Der einzige Ausweg sei der Abbau der Arbeitslosigkeit.

Für diese epochale Aufgabe hat niemand Patentrezepte, zweifellos auch ich nicht. Was die etablierten Parteien als Therapie gegen Massenarbeitslosigkeit empfehlen, mutet allerdings an, als wolle eine Mücke einem sich im Fieberwahn wälzenden Elefanten kalte Wadenwickel machen. Seit 20 Jahren versagt diese Quacksalberei. Steuergeschenke an die Wirtschaft haben keine Arbeitsplätze gebracht, im Gegenteil: zwei Drittel der Gewinne werden in Rationalisierung, also in Arbeitsplatzabbau investiert.

Manche Politiker und Gewerkschafter, wie der Wirtschaftsminister oder der DGB-Vorsitzende, stehlen sich gar ganz aus der Verantwortung, indem sie den Irrtum verbreiten, die Schaffung von Arbeitsplätzen sei Sache der Unternehmen. Doch nach herrschender Gesetzeslage müssen und dürfen Konzerne und Betriebe gar nichts, außer rentabel sein. Bei Strafe der feindlichen Übernahme oder einfach der Insolvenz verbieten sich gemeinnützige Erwägungen. Als zweitgrößter Deutscher vereinnahmt, kann Marx ja kaum noch aufschrecken: „Die räuberischen Strukturgesetze des Kapitals lassen es räuberisch sein, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.“

Die zur Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen zu zwingende Gesellschaft besteht aus Parteien, Regierungen, Parlamentariern, Gewerkschaftern, Bürgerbewegungen. Es ist ihre Aufgabe, Verhältnisse zu schaffen, unter denen alle ein sinnvolles Dasein und ein sorgenfreies Auskommen haben. Deshalb sind unter den Wortführern beim ersten Sozialforum in Deutschland gute Namen wie attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung, GEW, IG Metall und ver.di - als größte Einzelgewerkschaft der Welt persönlich vertreten durch ihren engagierten Vorsitzenden Frank Bsirske. Und auch die neugierige Aufmerksamkeit für die als Gast geladene Linkspartei kann nicht überraschen. Es gibt Konstellationen, in denen die Gesellschaft aus der Opposition nachhaltiger verändert werden kann als aus der Regierung. Nur wenn der neoliberalen Einheitspartei im Parlament künftig hörbar widersprochen wird, können überholte Gewissheiten erschüttert werden.

Etwa der Aberglaube, wonach immer noch Wachstum der Garant für die benötigten Arbeitsplätze wäre. In Aufbauphasen mag die Konjunktur die Arbeitslosigkeit gemildert haben, abgeschafft werden konnte sie nie. Kein Ökonom vermag heute überzeugend vorherzusagen, wie viel Leistungssteigerung denn wie viel Arbeitsplätze bringen würde. Eine Schätzung geht davon aus, dass ein jährliches (und unerreichbares) Wachstum von drei Prozent 600.000 Arbeitsplätze schaffen könnte. Angenommen dies sei real, dann bräuchten wir, um alle sieben Millionen Menschen ohne Arbeit zu beschäftigen, ein jährliches Wachstum von 35 Prozent. Wie würden wohl wir und die Natur danach aussehen? Wo doch schon bei drei Prozent Zuwachs die nächste Generation doppelt so viel konsumieren müsste, wie wir heute. Und die übernächste das Vierfache ... Wozu? Die sich beschleunigende Steigerung ist eine Existenzbedingung des Kapitalismus, nicht der in ihm lebenden Menschen. Sie werden dadurch immer wieder in Sinnkrisen gestürzt.

Seien wir doch ehrlich: die Massenarbeitslosigkeit lässt sich bei ungebremster Ausdehnung der Profitmaximierung über den ganzen Globus, und unter beinahe ausschließlichem Privateigentum an Produktionsmitteln, nicht bekämpfen. Die systeminterne Logik ist offenbar ausgereizt. Daran wird auch eine Linke kurzfristig nichts grundlegend ändern. Nur wenn sie Mehrheiten dafür gewinnt, aus diesem Denkkäfig auszubrechen, könnte sie mittel- und langfristig neue einheimische, europäische und globale Spielregeln erlassen.

Arbeitslosigkeit ist die radikalste Form von Arbeitszeitverkürzung. Eine Nulllösung, die beweist, die Wirtschaft braucht Verkürzung, aber die Menschen brauchen sie nicht so. Die verbleibende Erwerbsarbeit muss gerechter verteilt werden. Ob es realistisch ist, drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu fordern, ist auch unter Gewerkschaftern umstritten. Da heute schon viele bereit sind, für weniger Geld länger zu arbeiten, wenn sie nur den Arbeitsplatz behalten, scheint es mir folgerichtig, dass sie unter dieser Bedingung auch nicht abgeneigt wären, erträgliche Geldeinbußen durch sehr viel weniger Arbeit auszugleichen.

Ergänzend dazu müsste ein neuer Typ von natur- und menschenzugewandter Arbeit mit einem durch Steuergerechtigkeit finanzierten Bürgergehalt entgolten werden. Erst dieses unabhängig machende Grundeinkommen würde dazu berechtigen, von einem Bürgerstaat zu sprechen, in dem jeder in Würde leben kann.

Ein solcher Staat hätte eine weitere Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, wenn er nämlich selbst Unternehmer ist. Wenn er also aus der effektiven Verwaltung von partiellem Gemeineigentum Gewinne erzielt, die in jenes Bürgergehalt investiert werden können. Wer glaubt, dies seien unbelehrbare Rückgriffe in die planwirtschaftliche Mottenkiste sei versichert: Alle Wiederbelebungsversuche der „guten alten Zeiten“ sind unrealistisch, dafür gibt es im Osten einen Erfahrungsvorsprung. Dieser besagt aber auch: Durch die schrankenlose Privatisierung fast aller öffentlichen Güter haben die Politiker sich selbst entmachtet. Wo kein Haben ist, da ist nach geltender Spielregel auch kein Sagen. Wer nur noch Schulden verwaltet, kann nicht gestalten.

In seiner Streitschrift Wozu noch Gewerkschaften betont Oskar Negt: „Wer nicht die Herrschaftsverhältnisse als Ganzes abschaffen will, wird sie auch in ihren Teilaspekten nicht überwinden können.“ Wer dieser Forderung Radikalität unterstellt, sei daran erinnert, dass zur Zeit nur eins radikal ist: das Kapital. Gebraucht wird eine gemischte Wirtschaftsordnung, in der die Fermente Markt und Plan optimal dosiert werden, in der die Bürger Mitsprache über Haushalte haben, weil der Anteil des Gemeineigentums erstmalig demokratisch kontrolliert wird. In der die Regierung wieder regiert. Denn wenn die Demokratie nicht die Wirtschaft erfasst, ist sie keine.